



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Der EU-Wahlkampf 2009 – am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Verfasser:

Markus Glück

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im April 2010

Studienkennzahl: A 300
Matrikelnummer: 0601092
Studienrichtung: Politikwissenschaft
Betreuer: O. Univ.- Prof. Dr. Peter Gerlich

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Diplomarbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Nachname, Vorname (in Blockschrift)

Datum

Unterschrift

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich jenen danken die mir durch ihre Unterstützung im Studium und bei dieser Diplomarbeit besonders geholfen haben. Die vielen Diskussionen über die Thematik meiner Diplomarbeit im Familien- aber auch im Freundeskreis wirkten bei der Umsetzung stets hilfreich und ermunternd.

Zuerst gilt mein Dank meinen Eltern, denen ich dafür danke, dass sie mir dieses Studium ermöglicht haben. Im Laufe meines Studiums konnte ich immer auf ihre Unterstützung bauen und auf ihre hilfreichen Ratschläge zurückgreifen.

Großer Dank gilt auch meinem Betreuer Dr. Peter Gerlich, der mich durch seine fachlichen Kenntnisse und Kompetenz im Verlauf der Arbeit stets unterstützt und ermutigt hat.

Besonderer Dank gilt meiner Partnerin Melanie, welche die Höhen und Tiefen bei meiner Diplomarbeit stets live miterlebt und ertragen hat und mir durch ihre Unterstützung stets ein wertvoller Rückhalt im Laufe meines Studiums war. Zudem möchte ich ihr auch Danke sagen, für das stundenlange Korrekturlesen und ihre Kritik an meiner Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

1. <u>Einleitung</u>	7
2. <u>Wahlforschung und Wahlverhalten</u>	10
2.1. Die soziologischen Ansätze der empirischen Wahlkampfforschung	11
2.1.1. Der mikrosoziologische Ansatz	11
2.1.2. Der makrosoziologische Cleavage – Ansatz	13
2.2. Der sozialpsychologische Ansatz	15
2.2.1. Die Übertragbarkeit des Ann-Arbor Ansatzes nach Europa.....	16
2.3. Der Rational Choice Ansatz	17
2.4. Exkurs: Wahlgeografie	20
3. <u>Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe in Europa</u>	22
3.1. Der Wandel von Wahlkämpfen	22
3.2. Der Amerikanisierungsbegriff	24
3.3. Die Gründe für den Wandel von Wahlkämpfen	25
3.4. Die neuen Methoden der Wahlkämpfe	26
3.4.1. Der Einfluss der Medien auf die Wahlkämpfe	26
3.4.1.1. Der Fernsehwahlkampf	28
3.4.1.2. Der Wahlkampf im Internet	30
3.4.2. Spin Doctoren	31
3.4.3. Die Personalisierung der Wahlkämpfe	32
3.4.4. Negative Campaigning	34
4. <u>Das Europäische Parlament</u>	36
4.1. Die Geschichte des Europäischen Parlaments	37
4.2. Die Funktionen des Europäischen Parlaments	41
4.2.1. Kontrollfunktionen	41
4.2.1.1. Misstrauensvotum	41
4.2.1.2. Fragerechte und Untersuchungsausschüsse	42
4.2.2. Die Gesetzgebungskompetenz	42
4.2.2.1. Anhörung	43
4.2.2.2. Verfahren der Zusammenarbeit	43

4.2.2.3.	Mitentscheidungsverfahren	43
4.2.2.4.	Kooperations- und Zustimmungsverfahren	44
4.2.3.	Das Haushaltsverfahren	45
5.	<u>Die Wahlen zum Europäischen Parlament</u>	46
5.1.	Die Europäischen Parteien	47
5.1.1.	Das Europäische Parteiengesetz	48
5.1.2.	Parteienfinanzierung	48
5.1.3.	Aufgaben der Europäischen Parteien	50
5.2.	Das Wahlsystem zum Europäischen Parlament	51
5.3.	Die Wahlbeteiligung in den EU-Ländern	53
6.	<u>Der österreichische Wahlkampf zu den Europawahlen 2009</u>	54
6.1.	Die Europäisierung der österreichischen Parteien	54
6.1.1.	Die Europapolitik der österreichischen Parteien bis zum Jahr 1995.....	55
6.1.2.	Die Positionen der Parteien nach dem EU-Beitritt	56
6.1.3.	Die Kooperation und Fraktionen der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament	57
6.2.	Rückblick auf den EU-Wahlkampf 2004	58
6.3.	Wahlprognosen	61
6.4.	Wahlkampagne des Europäischen Parlaments	62
6.5.	Die Themen der Parteien und ihre Spitzenkandidaten	65
6.5.1.	SPÖ und Hannes Swoboda	65
6.5.2.	ÖVP und Ernst Strasser	66
6.5.3.	Liste Martin und Hans Peter Martin	68
6.5.4.	Die Grünen und Ulrike Lunacek	70
6.5.5.	FPÖ und Andreas Mölzer	72
6.5.6.	BZÖ und Ewald Stadler	73
6.6.	Elefantenrunde mit den Spitzenkandidaten der Parteien	74
6.6.1.	Das ORF- Bürgerforum	78
6.7.	Wahlwerbung im Web 2.0	79

7. <u>Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)</u>	81
7.1. Die Entstehung der Freiheitlichen Partei Österreichs	81
7.2. Die erste Spaltung der FPÖ	82
7.3. Die Gründe für den Aufstieg der FPÖ in den 1990er Jahren	84
7.4. Das Auf und Ab zu Beginn des 21. Jahrhunderts und weitere Spaltungen des Dritten Lagers	85
7.5. Die FPÖ und Europa	88
7.6. Der Wandel der FPÖ unter der neuen Führung	89
8. <u>Der Wahlkampf der FPÖ zur EU-Wahl 2009</u>	91
8.1. Der Spitzenkandidat Andreas Mölzer	91
8.2. Die Wahlkampagne der FPÖ	94
8.3. Wahlprogramm zur EU-Wahl 2009	95
8.4. Wahlwerbung	102
8.4.1. Wahlplakate	103
8.4.2. Inserate in den Medien	106
8.4.3. Kritik an der Wahlwerbung der FPÖ	110
8.5. Die Wahlkampfkundgebungen der FPÖ	111
8.6. Moscheedemonstration und das „Kruzifix“	114
8.7. Comic: „Der Blaue Planet“	116
8.8. Rap: „Österreich zuerst“	120
8.9. Streit mit News	124
9. <u>Das Wahlergebnis und die Analyse der EU-Wahlen 2009</u>	127
9.1. Das Wahlergebnis der EU-Wahlen 2009 in Österreich	128
9.2. Wählerstromanalyse und Wahlmotive	130
9.2.1. Wählerstromanalyse	130
9.2.2. Wahlmotive und Wahlverhalten	131
9.2.3. Der Einfluss der Kronen Zeitung auf die EU-Wahl 2009	133
9.3. Wahlkampfkosten	134
9.4. Triumph der rechtspopulistischen Parteien und der EU-Kritiker	135

10. <u>Schluss</u>	138
11. <u>Quellenverzeichnis</u>	141
12. <u>Abstract</u>	164
13. <u>Lebenslauf von Markus Glück</u>	165

1. Einleitung

Der Titel meiner Diplomarbeit lautet „Der EU-Wahlkampf 2009 – am Beispiel der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Dem Titel nach beschäftigt sich diese Diplomarbeit mit der Thematik des EU-Wahlkampfes unter besonderer Berücksichtigung der FPÖ. Diese Diplomarbeit ist meine erste große wissenschaftliche Arbeit.

Ausschlaggebend für die Bearbeitung und dem geweckten Interesse an dieser Themenstellung war die Wahlkampfführung der FPÖ mit ihren hetzerischen Wahlplakaten und ihrem fern der Wahrheit publizierten Comic „Der blaue Planet“. Die FPÖ wagte sich mit starken rechtsnationalen Parolen in den Wahlkampf um eine möglichst hohe Anzahl an Mandaten zu erreichen. Andreas Mölzer und Heinz-Christian Strache, als selbst bezeichnete Rot-Weiß-Rote Achse zwischen Wien und Brüssel, bewegten mit ihrer Themensetzung und ihrem Verhalten die österreichische Innenpolitik und durch Vorfälle bei verschiedenen Wahlveranstaltungen machte die FPÖ wieder einmal europaweit Schlagzeilen. Darüber hinaus zeigte sich nach den Wahlen, dass in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise mit hohen Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern der EU nicht wie erwartet die Sozialdemokratie zulegen konnte, sondern vor allem rechtspopulistische und EU-kritische Parteien. Auf viele EU-kritische Parteien passt nicht ebenso der Terminus Rechtspopulismus. Die Freiheitlichen vereinen aber beides in einer Partei. Da sich die Wahlkämpfe der verschiedenen Parteien in den laufenden Jahren massiv geändert haben fallen besonders die Wahlkämpfe der FPÖ auf, in welchen mit wenigen aber populistischen und knappen Inhalten der Wähler mit neuen Methoden der Wahlkampfführung versucht wird aktiviert zu werden.

Im Zusammenhang mit diesen Tatsachen stellte sich auch zu Beginn der Diplomarbeit die Fragestellung. Wie sehr hilft die zunehmende Amerikanisierung der Wahlkämpfe der FPÖ und wie schaffte es die FPÖ im EU- Wahlkampf die Themenführerschaft zu übernehmen. Zudem stellt sich die Frage wie sehr sich die Wahlkampfführung der FPÖ während des gesamten EU-Wahlkampfes 2009 auf die österreichischen Parteien ausgewirkt hat. Ebenso soll der Frage nach den Darstellungen der Wahlkampfthemen in den Wahlunterlagen der FPÖ nachgegangen werden.

Die vorliegende Diplomarbeit gliedert sich in demnach in mehrere Abschnitte. Zu Beginn werden in einem theoretischen Teil die Wahlforschung und das Wahlverhalten behandelt.

Darin finden sich der soziologische und der sozialpsychologische Ansatz sowie die Rational-Choice Theorie. In der Geschichte der Wahlforschung gibt es naturgemäß mehrere Ansätze, ich habe mich aber auf diese drei Ansätze beschränkt da sie wichtig für die Amerikanisierung von Wahlkämpfen und die diesbezügliche Fragestellung sind.

Im zweiten theoretischen Teil wird näher auf den Wandel von Wahlkämpfen eingegangen. Im Zuge des Wandels von Wahlkämpfen hat sich auch der Wähler verändert. Begriffe wie Politainment und Infotainment rücken ebenso wie die Spitzenkandidaten der Parteien immer mehr in den Mittelpunkt. In diesem Teil sollen auch die Gründe für den Wandel und die neuen Methoden in Wahlkämpfen analysiert werden. Als einer der Hauptpunkte der neuen Methoden zeigt sich der Weg des Wahlkampfes weg von der Masse hin zu den Massenmedien.

Da sich der Wahlkampf mit den Wahlen zum Europäischen Parlament beschäftigt wird im nächsten Kapitel auf die Bedeutung, die Geschichte und die Funktionen des Parlaments eingegangen. Dies zeigt sich vor allem deswegen als wichtig, da ein Verständnis der Funktion und der Bedeutung des Parlaments eine wichtige Grundlage für das Verstehen so mancher Wahlkampfpoemik und die Wiederlegung dieser darstellt.

Das sechste Kapitel widmet sich als erster inhaltlicher Schwerpunkt dem österreichischen Wahlkampf aller Parteien zu den EU-Wahlen 2009. Ausgehend von einer Darstellung der Europäisierung der Parteien werden die Wahlkampagnen der Parteien aber auch des Europäischen Parlaments analysiert. Daneben folgt eine ausführliche Darstellung der Elefantenrunde und dem Bürgerforum im Österreichischen Rundfunk. Als letzten Punkt wird in diesem Kapitel auch auf den Wahlkampf im Web 2.0 eingegangen.

Die Diplomarbeit hat besonderen Aspekt auf die FPÖ und aus diesem Grund ist es unumgänglich kurz auf deren Entwicklung einzugehen. Dieser Thematik widmet sich das siebente Kapitel der Arbeit. Als ein Schwerpunkt dieses Kapitels gilt aber auch die Beziehung der FPÖ zu Europa.

Im achten Kapitel folgt eine detaillierte Analyse des Wahlkampfes der FPÖ mit einer Konzentration auf die Wahlunterlagen. Nach einer Betrachtung des Spitzenkandidaten Andreas Mölzer wird das Wahlprogramm der FPÖ und die darin aufgestellten Behauptungen ausgearbeitet. Im Punkt Wahlwerbung werden Plakate, Inserate und die Reaktionen erläutert. Ebenso folgt eine Analyse mehrerer Wahlkampfveranstaltungen der FPÖ und der Behauptungen, dass sich auf diesen mehrere Personen mit rechtsradikaler Ideologie aufgehalten haben. Neben der sogenannten „Moscheendemonstration“ und dem „Streit mit

News“ folgt eine Aufarbeitung des Comics „Der Blaue Planet“ und des Raps „Österreich zuerst“.

Das letzte Kapitel befasst sich mit einer Analyse der Wahlen, so werden hier etwa die Wählerströme sowie die Wahlmotive analysiert. Des Weiteren beinhaltet dieses Kapitel eine Analyse des Aufstiegs der rechtspopulistischen und EU-kritischen Parteien.

Da die FPÖ für die Gestaltung des Wahlkampfes keine eigene Agentur engagierte und der Wahlkampf von FP-Generalsekretär Herbert Kickl gemanagt wurde, plante ich ein Interview mit diesem. Nach mehreren Kontaktaufnahmen erfolgte ab Anfang November ein reger Emailverkehr mit der Zusicherung eines Interviewtermins von Seiten der FPÖ für Anfang Jänner. Nach der Wiedervereinigung der FPÖ mit dem Kärntner BZÖ erfolgte eine Verschiebung des Termins auf Anfang Februar. Danach kam von Seiten Herbert Kickls keine Antwort mehr, weshalb hier kein Interview zustande kam, jedoch erfolgte die Zusendung von verschiedenen Wahlkampfmaterialien per Post. Die Problematik des fehlenden Interviews wurde aber durch das Internetportal YouTube gelöst. Auf YouTube finden sich mehrere Pressekonferenzen Kickls zur EU-Wahl. Diese wurden analysiert und den vorbereiteten Fragen zugeordnet womit eine optimale Analyse des Wahlkampfes gewährleistet blieb. Neben der Kontaktaufnahme und der Anfrage eines Interviews an den Wahlkampfleiter Kickl erfolgte eine Interviewanfrage an den Abgeordneten der FPÖ im Europaparlament Andreas Mölzer. Dieses Interview sollte als Vertiefung des Interviews mit Kickl dienen. Nach kurzem Mailkontakt erfolgte die Bitte Mölzers auf Übermittlung der Fragen, da er diese gerne per Email beantworten möchte. Nach der Übermittlung der teils kritischen Fragen kam auch hier keine Rückmeldung mehr. Im Zuge meines Studiums der Politikwissenschaft führte ich mehrere Interviews mit verschiedenen Stellen durch, nie war eine kritische Hinterfragung Problem oder Grund für eine Nichtbeantwortung einer Frage. Es lässt den Schluss daher zu, als ob die FPÖ nicht wirklich Freude daran hat, wenn ein Student der Politikwissenschaft sich mit der Analyse eines Wahlkampfes ihrer Partei beschäftigt.

Um die Lesbarkeit der vorliegenden Diplomarbeit zu vereinfachen, wurde auf eine geschlechtsneutrale Schreibweise verzichtet, es sei jedoch ausdrücklich daraufhin gewiesen, dass gedanklich beide Geschlechter berücksichtigt wurden.

2. Wahlforschung und Wahlverhalten

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Wahl- und Wählerforschung dynamisch entwickelt. In den 1940er Jahren beruhten die Untersuchungen von Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen zur Wahlforschung auf Annahmen, die heute nicht mehr zutreffen. In den 1950er und 1960er Jahren wechselte die Forschung weg von Panel-Designs, hin zu landesweiten Befragungen. Ebenso wurde auch die Rolle der Massenmedien in den Wahlkämpfen dabei erstmals, wenn auch nur gering, abgefragt. Ein Jahrzehnt später war die Annahme weit verbreitet, dass die Massenmedien für die Aufklärung der Wählerschaft verantwortlich sind. Das heutige Forschungsfeld der Wahlforschung ist immer noch ein Produkt seiner historischen Traditionen und Wurzeln (vgl.: Chaffee/ Horschheimer 1983 S. 65-103). Als Beginn der Wahlforschung wird die Wahlgeografie um André Siegfrieds im Jahr 1913 gesehen. Eine differenzierte Erfassung der Wahlergebnisse gab es schon frühzeitig, vor allem in den skandinavischen Ländern und Deutschland (vgl.: Roth 1998 S.7).

Geht man in einer Demokratie vom etymologischen Sinn des Wortes aus, so geht hier die „Macht vom Volk“ aus, jedoch beschränkt sich diese Teilnahme an der Macht jedes einzelnen Bürgers Großteils an der Teilnahme an Wahlen. Aus diesem Grund stellt sich die Frage welche Bedeutung Wahlen in einer Demokratie haben. Viele Wähler identifizieren Demokratie mit Wahlen doch das Wissen warum gewisse Wähler gewisse Parteien wählen, kommt aus der Wählerforschung (vgl.: Schmitt 2005 S.3-27). Von der Wählerforschung ist die Rede, wenn man die individuellen Entscheidungen der Wähler bei den verschiedenen Wahlen untersucht und hieraus Erklärungsansätze bildet, warum und wie gewählt wurde. (vgl.: Pappi/Shikano 2007 S.13). Obwohl die Ergebnisse der Wahlforschung oft mit Prognosen in Verbindung gebracht werden, sind die Fragestellungen der Wahlforscher meist vor allem rückblickend. „Wer hat wen gewählt und warum?“ kann sozusagen als Einstiegsfrage titulierte werden, denn erst wenn diese Frage ausreichend beantwortet ist, bleibt Platz für weitere Fragen. Die Legitimation der Wahlforscher könnte in etwa darin bestehen ob die Ziele, die durch den Urnengang beabsichtigt sind, tatsächlich erreicht werden oder nicht. Wahlen finden in allen demokratischen Ländern eine große Aufmerksamkeit bei der Bevölkerung und der Wunsch von vielen Seiten nach den Wahlen alsbald als möglich ein Wahlergebnis präsentiert zu bekommen wird immer größer. Medien transportieren diese Ergebnisse in die Öffentlichkeit und sie beschränken sich nicht nur darauf die Ergebnisse zu Veranschaulichen und zu Präsentieren sondern sie liefern auch Hintergrundanalysen und Prognosen, ebenso wie die Gründe warum eine Partei gewählt wurde. In dieser Situation

treten die Medien zeitgleich als Anbieter aber auch als Nachfrager auf, als Nachfrager in dem Zusammenhang, dass die Ergebnisse auch an die Medien geliefert werden müssen, wodurch sich ebenso die Wahlkampfforschung verantwortlich zeigt. Neben den Wählern und den Medien haben auch die verschiedenen Parteien ein großes Interesse an der Wahlforschung. Sie werden das Wissen um die Ursachen der Wahlentscheidungen zur Verbesserung ihrer Strategie bei den nächsten Wahlen einsetzen, darüber hinaus auch in der täglichen Politik einen Nutzen daraus ziehen. Die Gefahr des Wissens um die Ursachen birgt auch immer die Gefahr der Manipulation und dies machen sich die Parteien in der Wahlwerbung zunutze. Denn aus der Wählerforschung wissen sie, wer ihnen Nahe steht und wen sie mit verschiedenen Methoden noch erreichen und mobilisieren können. (vgl.: Roth 1998 S.1-6). Über die Jahre haben sich verschiedene Forschungstraditionen herausgebildet, welche in den folgenden Unterkapiteln dargestellt werden sollen.

2.1. Die soziologischen Ansätze der empirischen Wahlkampfforschung

Den soziologischen Ansatz der empirischen Wahlforschung kann man in zwei Erklärungsmodelle gliedern. Hier wäre einerseits das mikrosoziologische Erklärungsmodell zu nennen, welches stark mit den Namen Paul F. Lazarsfeld und seinen beiden Mitarbeitern Bernard Berelson und Hazel Gaudet verbunden ist und auch „Columbia School“ genannt wird sowie der makrosoziologische Erklärungsansatz von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, welche ausgehend von den Erkenntnissen der Columbia School, Wahlverhalten auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene betrachten (vgl.: Roth 1998 S.23-24).

2.1.1. Der mikrosoziologische Ansatz

Die Begründung des mikrosoziologischen Ansatzes erfolgte in den Pionierarbeiten der Columbia School „The People`s Choice“ sowie „Voting“. Die Forscher begannen ihre Arbeiten aber nicht mit dem Ziel, Wahlverhalten anhand soziologischer Kategorien zu erklären, sie wollten eigentlich das Stimmverhalten analog zu Konsumentenentscheidungen als Ergebnis eines individuellen Abwägungsprozesses modellieren. Die Autoren der Columbia School vertreten einen sozialen Determinismus, nachdem die sozialen Positionen unvermittelt die Parteipräferenzen bestimmen. Laut Lazarsfeld weisen Personen in der gleichen sozialen Lage ähnliche Bedürfnisse und Interessen auf und entwickelnd daher auch ein ähnliches Wahlverhalten. Darüber hinaus spielt die Identifikation mit einer sozialen Großgruppe und deren Interessensorganisationen eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt ihrer Theorie stellt das Team um Lazarsfeld ein mikrosoziologisches Interaktionsmodell. Sie gehen

davon aus, dass objektive soziale Merkmale einer Person darüber entscheiden in welchen sozialen Kreisen sie agieren, und stellen darüber hinaus die Vermutung auf, dass sie soziale Kreise vertreten die Ihresgleichen widerspiegeln. Die Grundlage bildet Dahrendorfs Menschenbild des „homo sociologicus“, denn er begreift die Stimmabgabe als eine Gelegenheit, seinen erworbenen Einstellungen Ausdruck zu verleihen, ohne auf die Konsequenzen zu achten. Laut der mikrosoziologischen Argumentation wird die politische Orientierung von äußeren Einflüssen geformt, welche vor allem im direkten Kontakt mit den Menschen vermittelt werden. Das Argument ist, dass Menschen bemüht sind möglichst im Einklang ihrer Umgebung geäußerte politische Einstellungen und Orientierungen zu übernehmen. Dieser Faktor wird noch verstärkt durch den sozialen Druck und die soziale Kontrolle. Demzufolge entwickelt eine Gruppe, auch wenn sie sich nur hin und wieder über Politik unterhält über die Zeit ähnliche Attitüden und Parteipräferenzen und diese Gruppenmitglieder wählen weitgehend homogen, sprich die gleiche Partei. Daher ist die Wahrscheinlichkeit relativ hoch, dass innerhalb einer Familie oder des Freundeskreises, die gleiche Partei gewählt wird (vgl.: Schoen 2005 S.136-138). Um die Determiniertheit des Wahlverhaltens durch die soziale Gruppe zu unterstreichen, wurde von den Forschern ein Index der politischen Prädispositionen entwickelt. Hierbei handelt es sich um eine Kombination von drei Charakteristika, dem sozioökonomischen Status, der Religionszugehörigkeit und der Wohngegend (vgl.: Roth 1998 S.24-25). Daher kamen die Autoren zu dem Schluss „ *A person thinks politically as he is socially. Social characteristics determine political preference.* “ (Roth 1998 S.25).

Innerhalb einer Gruppe wird den „opinion leaders“ von den Forschern der Columbia School eine wichtige Rolle zugeschrieben. Die Meinungsführer zeichnen sich hier nicht durch besonders hohe soziale Kompetenz oder ihren Status aus, es unterscheidet sie ausschließlich ihr ausgeprägtes politisches Interesse sowie ihre Kontakte zu vielen anderen Menschen von außerhalb der Gruppe. Da Menschen nicht nur einer sozialen Gruppe angehören sondern zumeist mehreren Gruppen, wird dies bei der Annahme, dass es sich bei allen um eine homogene Gruppe handelt, dazu führen, dass daraus eine intensive Parteiloyalität entwickelt wird. Treffen Menschen in ihrer Arbeit eher auf SPÖ- Wähler und in ihrer Freizeit eher auf FPÖ oder ÖVP Wähler so spricht man von einem heterogenen Umfeld. Dieses heterogene Umfeld hemmt die intensive Parteiloyalität. Sie geraten daher unter sogenanntes „cross pressure“, was zu einer schwachen Parteiloyalität führt. Hat eine Person keine ausgeprägte Parteiloyalität entwickelt und trifft sie auf eine Gruppe mit anderen parteipolitischen Normen, wird sie sich recht schnell den neuen Umständen anpassen. Ein Wechsel des sozialen

Umfeldes kann die Parteipräferenzen zwar nicht umschalten, jedoch kann es einen schrittweisen Richtungswechsel von Parteipräferenzen verursachen. Daraus kann man schließen, dass politische Einstellungen und hier speziell Parteipräferenzen unter stetigen Veränderungsdruck stehen. Daher ist es in der mikrosoziologischen Argumentation zwar nicht ausgeschlossen, aber auch keineswegs selbstverständlich, dass es eine lebenslang stabile Parteipräferenz gibt (vgl.: Schoen 2005 S. 139-142).

Menschen in einer homogenen Gruppe werden am Wahltag in jedem Fall das Wahllokal besuchen und stets für die gleiche Partei stimmen. Menschen in einer heterogenen Gruppe und unter sozialen „cross pressure“ lebend legen ein instabiles Stimmverhalten zu Tage und werden am Wahltag als typische Wechsel- bzw. Nichtwähler dargestellt. Dies macht diese Personen besonders anfällig für äußere Einflüsse. Diese Personen sind leicht erreichbar für das vorherrschende politische Meinungsklima und ein sogenannter „breakage effect“, „Mitläufereffekt“, kann sich einstellen. Zudem sind diese Personen anfällig für Wahlwerbung, wohingegen bei der homogenen Gruppe Werbeversuche abprellen und wann dies nicht der Fall ist führt dies höchstens zu einer Aktivierung ihrer bereits vorhandenen Parteipräferenzen. Es scheint, dass Personen unter „cross pressure“ auf den ersten Blick aufgrund der möglichen Manipulierbarkeit problematisch erscheinen. Bestünde unsere Gesellschaft jedoch nur aus homogenen Gruppen würden sich konzentrische soziale Kreise herausbilden und die Mehrheitsverhältnisse auf lange Zeit wie in Stein eingemeißelt sein. In der Folge würde eine politische Stagnation drohen. Dadurch führen Parteien auch einen intensiven Wettbewerb um die heterogene Gruppe zu erreichen und zu instrumentalisieren (vgl. Schoen 2005 S.142 – 145). Zum Schluss bietet sich die Aussage aus „The People’s Choice“ an: *„People who work or live or play together are likely to vote für the same candidate“*. (Schoen 2005 S.145)

2.1.2. Der makrosoziologische Cleavage Ansatz

Mit ihrem Aufsatz „Party Systems and Voter Alignments“ legten Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan eine Rekonstruktion über die Entstehung von Parteiensystemen in westeuropäischen Demokratien vor. Die Autoren gehen, gestützt auf Parsons‘ AGIL Schema, davon aus, dass sich im Laufe der Geschichte in Gesellschaften soziale Spaltungslinien, sogenannte Cleavages, entwickelt haben. Diese Gegensätze führten dazu, dass sich betroffene Gruppierungen in Organisationen zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschlossen und in der Phase der Demokratisierung ein Bündnis mit einer politischen Partei eingingen, die ihre Interessen am besten vertreten konnte. In der Folge votierten die Mitglieder einer solchen Bündnispartei stets geschlossen bei Wahlen für ihre Bündnispartei. Die makrosoziologische

Parteiensystemanalyse erlaubt somit indirekt Aussagen über das Wahlverhalten, weshalb sie als Ausgangspunkt des Cleavage-Ansatzes in der empirischen Forschung dient. Nach Lipset und Rokkan werden vier Spannungslinien unterschieden (vgl.: Schoen 2005 145-146):

- 1) Der Zentrum- Peripherie Konflikt, trennt die herrschenden nationalen Eliten und die Vertreter meist ethnischer, sprachlicher oder religiöser Minderheiten die sich der Nationalstaatsbildung widersetzen.
- 2) Der Kirche – Staat Konflikt, stellt die Kirche und ihre Zuständigkeitsbereiche sowie ihre Moralvorstellungen im Gegensatz zum Machtanspruch des Staats.
- 3) Die Spannungslinien zwischen Stadt und Land, welche aus der Zeit der Industriellen Revolution entstanden sind. Hierbei vor allem die unterschiedlichen Interessen der städtischen Unternehmer gegen die ländlichen Bauern.
- 4) Der Konflikt Kapital und Arbeit, welcher sich im Zuge der Industrialisierung herausgebildet hat.

Anhand der Spaltungslinien Kapital und Arbeit bzw. Stadt und Land formierten sich in Österreich die beiden dominanten politischen Lager, welche Subkulturen mit starken emotionalen, weltanschaulichen und organisatorischen Bindungen darstellten. Diese Spaltungslinien haben sich durch die Proporzpolitik der Zweiten Republik weiter verstärkt und brechen erst in den letzten Jahren langsam auf. Zudem kommt hinzu, dass in den letzten Jahren ein größeres Parteispektrum Einflüsse auf die Spaltungslinien genommen hat. Sie haben jedoch noch heute in der Politik absolute Wichtigkeit bei der Analyse von Wahlen. Anhand dieser Spaltungslinien können auch beide österreichische Großparteien zugeordnet werden, auch wenn die Arbeitnehmerseite auch sehr stark für das Dritte Lager votiert, Arbeitgeber (ÖVP) – Arbeitnehmer (SPÖ), Stadt (SPÖ) – Land (ÖVP), Kirche (ÖVP) – Staat (SPÖ) und Zentrum (SPÖ) – Peripherie (ÖVP) (vgl.: Plasser/Ullram 2006 S. 550- 557). Da der Cleavage-Ansatz für einige Bevölkerungsgruppen homogenes Stimmverhalten vorhersieht, gewinnt er an Bedeutung für die empirische Wahlforschung. Es muss jedoch an dieser Stelle festgehalten werden, dass Cleavages nicht auf Regelmäßigkeiten im Wahlverhalten reduziert werden können und sie lediglich einen Aspekt einer politisierten sozialen Spannungslinie darstellen. Außerdem kann man aus dieser Perspektive zwar gutes stabiles Wahlverhalten prognostizieren, jedoch nur schlecht wechselndes Wahlverhalten (vgl.: Schoen 2005 S. 147-149).

2.2. Der sozialpsychologische Ansatz

Während die Wahlforscher der Columbia School Wahlverhalten auf den gesellschaftlichen Kontext zurückführten beschäftigten sich Wissenschaftler der University of Michigan in Ann Arbor mit dem Individuum und stellten dieses in den Mittelpunkt. Die Forscher um Angus Campbell glauben, dass die individuelle Wahrnehmung und Einschätzung von Kandidaten und Sachthemen maßgeblich zur Wahlentscheidung beitragen, sie sprechen hier von kurzfristigen Einflüssen. Während die „psychologische Mitgliedschaft“ in einer Partei als Summe verschiedener längerfristiger Einflüsse ebenfalls in die Wahlentscheidung mit einfließt. Das Konzept wurde rund um den US-Präsidentenwahlkampf im Jahr 1948 und 1952 entwickelt, um es dann um die Kongresswahlen 1954 und die Präsidentenwahl 1956 zu erweitern. Daraus entstand das allseits bekannte Hauptwerk „The American Voter“. Damit waren das erste Mal Rückschlüsse auf ein Wahlverhalten möglich (vgl.: Roth 1998 S. 35-37). Die Mitglieder der Gruppe am Survey Research Center (SRC) an der Universität von Michigan in Ann Arbor legten mit ihrem Werk „The Voter Decides“ eine empirische Analyse vor, welche das Ziel hatte, das Wahlverhalten einer Person mit deren individueller Motivation zu erklären. Sie gehen in ihrer Untersuchung von sechs verschiedenen Einstellungsgrößen aus wobei im Mittelpunkt der Untersuchung die drei folgenden Einstellungen stehen : die Identifikation mit einer politischen Partei, die Einstellung zu Sachfragen auf der nationalen Ebene und die persönlichen Merkmale der Präsidentschaftskandidaten. Im Zusammenspiel dieser drei Faktoren kann ein Wahlverhalten erklärt werden. Treten jedoch Konflikte zwischen den drei Motivationskomponenten auf, so sinkt die Wahlwahrscheinlichkeit. Campbell verwendet hierbei die Bezugsgruppentheorie, denn er betrachtet eine Partei als Großgruppe und folgert daraus die Parteiidentifikation. Diese wird mittels einer Selbsteinstufung der Befragten in „Strong bzw. Weak bzw. Independent Republican“, „Independents“ sowie „Strong bzw. Weak bzw. Independent Democrat“ untergliedert. Mit diesem Instrument konnten schon 1952 drei Viertel der Wähler als Parteianhänger herausgefiltert werden (vgl.: Schoen/Weins 2005 S.188-190).

Die Issue-Orientierung bezieht sich auf die inhaltlichen Angebote, also auf die Policies – Ebene. Auch hier folgt eine Unterscheidung in drei Komponenten: „sensitivity to partisan differences“, „extent of involvement“ und „direction of issue involvement“. Die Kandidatenorientierung entwerfen die Autoren aus Einstellungen der Befragten zu den persönlichen Merkmalen der Präsidentschaftskandidaten. Das Ausmaß der Kandidatenorientierung wird empirisch abgebildet, indem die Forscher die Antworten auf offene Fragen nach den guten und schlechten Seiten der Kandidaten filtern. Um hier eine

Richtung zu messen werden Punkte vergeben, jeder pro Eisenhower und contra Stevenson Aussage werden etwa +1 für Eisenhower gerechnet und ebenso umgekehrt, um die Komponenten genauer zu messen. Wie auch bei der Issue-Orientierung hängt auch das Ausmaß der Kandidatenorientierung stark mit dem Grad der politischen Beteiligung zusammen und es kommt zu einer Korrelation der Richtungskomponenten mit der Wahlentscheidung zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten Eisenhower und Stevenson. Es ergibt sich laut Schoen und Weins das Muster, dass *„je einhelliger die politische Einstellungen in eine parteipolitische Richtung weisen, um so wahrscheinlicher wird eine entsprechende Wahlentscheidung, während sich die Wahlentscheidung bei Personen mit Einstellungskonflikten, also attitudinalen cross-pressures nicht eindeutig vorhersagen lässt“*. (Schoen/Weins 2005 S. 192-193 bzw. vgl.: Schoen/Weins 2005 S.190 – 193)

Da den Forschern in „The Voter Decides“ psychologischer Reduktionismus vorgeworfen wurde, versuchten sie im Nachfolgewerk „The American Voter“ diese Kritik konstruktiv zu verbessern. Sie entwickeln für die Wahlentscheidung die Metapher des „funnel of causality“. Demzufolge kann man sich das Votum einer Partei oder eines Kandidaten an der Mündung eines Trichters vorstellen, welcher für die Wahlentscheidung relevante Faktoren enthält. Der „funnel of causality“ betont den Charakter der politischen Einstellungen als intervenierende Variable. Bei der Parteiidentifikation verfahren sie wie bei „The Voter Decides“ und ordnen ebenfalls jede Aussage nach ihren parteipolitischen Richtungen. Das Modell ist, wie auch schon das Vorgänger Modell „The Voter Decides“ in der Lage, stabiles und wechselndes Wahlverhalten zu erklären. Diese Modell ist besser, als das Modell der Columbia, in der Lage School, festzulegen eine Person zu einer bestimmten Partei wechselt. Als Beispiel wird von den Autoren Schoen und Weins angeführt, dass ein Wechsel der Kandidatenpräferenzen einen Richtungswechsel der Wahlentscheidung nach sich ziehen kann. Campbell kommt in seiner Studie zum Urteil, dass *„gerade die politisch wenig interessierten und kompetenten Wähler für Regierungswechsel sorgen“* und darüber hinaus, dass vor allem die Bürger die *„am wenigsten dafür geeignet scheinen, die politisch besonders einflußreichen (sic!) sind, da sie ausschlaggebend für Regierungswechsel sind.“* (Schoen/Weins 2005 S. 199 bzw. vgl.: Schoen/Weins 2005 S194-199)

2.2.1. Die Übertragbarkeit des Ann-Arbor Ansatzes nach Europa

Die europäische Wahlforschung stieg später als die amerikanische Wahlforschung auf die Umfrageforschung um. Die ersten größeren Langfristpanel in Europa wurden von Vertretern

der Michigan School selbst auf den Weg gebracht, Drei Wellen Panel 1963-64-66 in Großbritannien und Drei-Wellen-Panel 1967-86-69 in Frankreich. Franz Urban Pappi und Susumu Shikano erläutern in ihrem Band Wahl- und Wählerforschung, wie weit der Ansatz auf die europäische Politik angewendet werden kann. Dabei stellten sich zwei Themen als besonders interessant heraus, zum Einen die Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf Europa und zum Anderen die Struktur der Issue-Einstellungen. (vgl.: Pappi/Shikano 2007 S.25-26)

Im Sinne der Gültigkeit des Konstrukts galt es bei der Parteiidentifikation nachzuweisen ob auch in Europa die theoretisch vorausgesagten Zusammenhänge ihre Gültigkeit haben. Es wurde jedoch nicht völlige Gleichheit erwartet, etwa für den Prozentsatz der Parteianhänger oder im Zusammenhang mit dem Alter. In diesem Zusammenhang stellte sich nach einer Untersuchung von Converse und Dupeux im Jahr 1962 heraus, dass ein bedeutend höherer Anteil der Amerikaner die gewählte Partei ihres Vaters kennen aber nur wenige Franzosen diese kennen. Bei denen die es wussten stellte sich aber in beiden Nation ein gleich hoher Prozentsatz von 80 Prozent heraus, welche auch die Partei des Vaters wählten. In Europa trat zudem ein weiteres Problem auf, da in Europa im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten von Amerika die Partei zumeist im Vordergrund steht und nicht der Kandidat. Daraus lässt sich schließen, dass in Europa eigentlich eine höhere Parteiidentifikation vorherrschen müsste als in den USA. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass in Europa die Parteiidentifikation für einen relativ großen Teil der Wählerschaft nicht die Funktion der politischen Orientierung erfüllt, hierbei stellt sich aber auch die Frage nach funktionalen Äquivalenten, welche Converse und Pierce zu beantworten versuchten (vgl.: Pappi/Shikano 2007 S.26-27).

Bei den Issue Einstellungen wird in Europa in einem Links-Rechts Schema unterschieden, daher ergeben sich auch hier Unterschiede zu den USA. Die Ergebnisse in Europa beweisen, dass das Ideologiemass eine gültige Skala ist, die in Europa tatsächlich das misst, was sie messen soll. Es zeigt auch, dass mit dem Grad der politischen Involvierung das Interesse der Wähler zunimmt und bei den Eliten am höchsten ist. Demzufolge können Parlamentskandidaten nur mit dem politisch interessierten Teil ihrer Wählerschaft über politische Inhalte kommunizieren und mit dem Rest erfolgt eine Zuordnung auf dem Links-Rechts Schema. (vgl.: Pappi/Shikano 2007 S.26-29)

2.3. Der Rational Choice Ansatz

Die Anwendungen von Rational Choice finden sich in vielen Bereichen der Sozialwissenschaft. Zu den einflussreichsten Arbeiten gehören die Analyse demokratischer

Prozesse nach Anthony Downs und die Analyse "kollektiven Handelns" nach Mancur Olsen. Mit der „Economic Theory of Democracy“ von Anthony Downs ist die grundlegende Vorstellung verknüpft, dass Politik ein Markt ist auf dem der Wettbewerb um die Stimmen vorherrscht. (vgl.: Kunz 2004 S.60 -133). Im Klassiker unter den Rational Choice Ansätzen von Downs wird der homo oeconomicus porträtiert und Downs rückt mit seinen Ansätzen als Erster von den Erklärungsansätzen der Columbia School und der Michigan School ab. Nach Downs verfolgt der rationale Wähler nur seine eigenen Interessen und ordnet andere Interessen im Zweifelsfall immer unter. Die Menschen handeln laut Downs egoistisch, indem sie vor allem ihr materielles Wohlergehen maximieren wollen. In der Wahlforschung geht man in diesem Ansatz davon aus, dass der Wähler die Partei wählt, welche für ihn den größtmöglichen Nutzen bringt. Das Problem in der Down'schen Theorie ist, dass der Wähler einen kompletten Einblick in die Partei braucht um zukünftige Handlungen abzuschätzen und auch über die Vergangenheit der Partei muss der Wähler bestens Bescheid wissen. In der Regel liegen vollständige Informationen nicht vor und man kann nicht in die Zukunft einer Partei blicken. Aus diesem Grund muss der Wähler zumeist in der Ungewissheit entscheiden. Laut Downs muss sich der Wähler an Medien, Interessensgruppen und auch Parteien selbst bedienen um eine möglichst große Übereinstimmung zu finden. Es ist für den einfachen Wähler jedoch irrational politisch gut informiert zu sein, denn die daraus resultierenden Erträge reflektieren nicht die Kosten, hier vor allem Zeit, welche man benötigt um die wahren Ansichten zu definieren. Aus diesem Grund machen sich viele Wähler nicht die Mühe um die für sie wahren Ansichten zu definieren und verlassen sich in diesem Zusammenhang auf eine Arbeitsteilung in der Gesellschaft, folgen den politischen Spezialisten oder sie gehen überhaupt nicht zu einer Wahl. Die Erklärung für Protestwähler lieferte Pappi unter Berücksichtigung des Down'schen Ansatzes. Demzufolge gehen Protestwähler zur Wahl um eine kleine radikale Partei zu wählen um danach die großen Parteien zu einem Kurswechsel zu zwingen (vgl.: Pappi/Shikano 2007 S.48-52). Die Bürger sind laut Downs in mehrfacher Weise von Unsicherheit betroffen. An dieser Stelle sollen die fünf Hauptproblempunkte angeführt werden, wie sie im Handbuch für Wahlforschung dargestellt werden:

1. Die Wähler wissen häufig nicht, ob bereits eingetretene Veränderungen ihres Nutzeneinkommens auf das Handeln der Regierung zurückgehen.
2. Sie sind sich nicht im Klaren, ob einzelne Maßnahmen der Regierung Einfluss auf ihr zukünftiges Nutzeneinkommen haben werden.

3. Meist wissen sie nicht, dass die Regierung in gewissen Bereichen überhaupt aktiv geworden ist.
4. Es ist ihnen unbekannt, wie weit sie tatsächlich auf die Regierung Einfluss ausüben können.
5. Sie sind sich im Unklaren darüber, wie sich die anderen Wähler verhalten.

Man geht davon aus, dass die Parteien die Ziele der Bürger letztlich nicht beeinflussen können, so führt die Unsicherheit der einzelnen Wähler doch dazu, dass sich der politische Prozess weit komplexer darstellt als vielleicht angenommen werden kann. Nur dadurch, dass einzelne Wähler schlecht informiert sind, können Parteien überhaupt erst Einfluss auf die Segmente der Wählerschicht nehmen, da sich sonst ja jeder Bürger unabhängig von allen Beeinflussungsversuchen in seinem besten Interesse verhalten würde. Der Unsicherheit der einzelnen Bürger steht aber auch ein hohes Ausmaß an Unsicherheit von Seiten der Regierungen und der Oppositionsparteien gegenüber. Laut Downs lassen sich Phänomene wie die systematische Einbeziehung von Interessensverbänden bei der politischen Willensbildung auch dadurch erklären, dass die Regierungen in den meisten politischen Fragen dem Willen der Mehrheit entsprechen muss, um nach der Legislaturperiode überhaupt wiedergewählt und nicht durch eine andere Partei in der Regierung ersetzt zu werden. Die Regierung ist sich aber meist im Unklaren darüber, was die Mehrheit im Einzelfall jedoch wünscht. Aus diesem Grund sind die Parteien und vor allem die Regierung laut Downs auf Vermittler angewiesen, welche im stetigen Kontakt mit der Wählergruppe stehen und so die Interessen und Meinungen besser herausfiltern können. Diese Vermittler helfen der Regierung dabei, den Willen der Wahlberechtigten zu ermitteln aber sie haben auch den umgekehrten Effekt, nämlich dass diese Vermittler als Meinungsbildner auftreten und die beschlossenen Gesetze und getroffenen Entscheidungen gegenüber der Wählergruppe, auf welche sie Einfluss ausüben können, versuchen in ein positives Licht zu stellen und Vorurteile zu beseitigen. Der Preis der Regierenden dafür ist, die verstärkte Einbeziehung der Interessen der Vermittler in die politischen Entscheidungen der Regierung, damit diese „freundlich“ gestimmt werden. (vgl.: Arzheimer/Schmitt 2005 S. 247-257)

Geht der Michigan-Ansatz vom einzelnen Wähler aus und betrachtet nur die Nachfrageseite, so behandelt der Rational Choice Ansatz neben der Nachfrageseite auch noch die Angebotsseite der politischen Parteien. Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hängt dabei entscheidend von den jeweiligen institutionellen und politischen Bedingungen ab. Rationales Handeln ist zielorientiert und der Handelnde wird nicht von seiner Einstellung zu

einer bestimmten Handlung veranlasst, sondern er entscheidet sich bewusst und vorausblickend für Handlungsalternativen, welche ein Handlungsergebnis bringen, das für ihn den höchsten Stellenwert besitzt. Ein Beispiel hierfür wurde im vorigen Absatz im Bereich der Vermittler von politischen Entscheidungen dargestellt und soll an dieser Stelle nicht nochmals wiedergegeben werden. (vgl.: Pappi /Shikano 2007 S. 33-34).

Für Downs ist es ein weiteres politisches Phänomen, dass die Entstehung politischer Ideologien und deren Einfluss auf die Wahlentscheidung auf die Unsicherheit der Parteien, deren Wählern und den Druck der Informationskosten zurückzuführen ist. In seiner Modellwelt sind Parteien ausschließlich daran interessiert öffentliche Ämter zu besetzen. Parteien sind laut Downs demnach eher mit Maklern oder Rechtsanwälten vergleichbar, welche die Interessen einer oder mehrerer sozialer Gruppen vertreten und dafür mit Wählerstimmen entlohnt werden. Die Ideologien sind, wie bereits erwähnt, für die Wähler auf Grund dessen attraktiv, da sie die Informationskosten des Einzelnen senken. Wenn jeder der relevanten Parteien eine Ideologie zu gewendet werden kann, so ist es für den Wähler nicht mehr notwendig sich genau über die einzelnen relevanten Parteien zu informieren. Natürlich muss hier aber vorausgesetzt werden, dass sich die Parteien immer im Sinne ihrer Ideologie verhalten. Tritt dies alles ein, so entsteht auch für die Parteien selbst eine Informationskostensenkung und daher werden sich alle rationalen Parteien darum kümmern, diese Bedingungen zu erfüllen. Für die Parteien kommt dann hinzu, sofern sie sich einmal für eine Ideologie entschieden hat, dass sie sich dann nicht bei jeder Sachthemenentscheidung definieren muss, mit welcher Meinung sie die meisten Stimmen, sprich Wähler, lukrieren kann. Vielmehr können hier die Parteiführer Zeit und Mühe sparen, wenn sie für den Standpunkt plädieren, welcher mit ihrer Ideologie übereinstimmend ist. Ein weiterer Vorteil einer konsistent gleichen Ideologie ist, dass sich in der Down'schen Modellwelt Parteien besser entfalten und einen besseren Anreiz für den Wähler bieten als inkonsistente. Rationale Wähler werden nämlich immer ehrliche Parteien gegenüber unehrliche Parteien bevorzugen. Der demokratische Wettbewerb zwingt laut Downs Parteien daher dazu, sich im Wesentlichen ehrlich zu verhalten und ihre Standpunkte nicht abrupt zu ändern (vgl.: Arzheimer/Schmitt 2005 S. 256-257).

2.4. Exkurs: Wahlgeografie

Da die Wahlgeografie als Ausgangspunkt der Wahlforschung gilt, soll an dieser Stelle der Arbeit kurz auf diese eingegangen werden. Nach dem Verständnis der Geografie befasst sich die Wahlgeographie mit dem Einfluss räumlicher Faktoren auf Aspekte von Wahlen sowie

nachrangig auch mit den räumlichen Folgen davon. Die Begründung der Wahlgeografie erfolgte im Jahr 1913 durch André Siegfried mit seiner zu dieser Zeit bahnbrechenden Untersuchung über Wahlen und politische Strömungen in Nordwestfrankreich. Er wurde damit zum Begründer der in Frankreich hochangesehenen Wahlgeographie, welche in der Politikwissenschaft jedoch von geringer Bedeutung blieb (vgl.: Falter/Winkler 2005 S.107-109).

Das Hauptaugenmerk dieser Richtung der Wahlforschung richtet sich nach der geografischen Verteilung der Partei- und Kandidatenanteile und der sie beeinflussenden räumlichen Faktoren, der räumlichen Konstituierung von Wahlkreisen, der Geografie der politischen Repräsentation und der Geografie der politischen Macht. Wahlgeografische Studien verfolgen demnach vor allem vier Ziele: Erstens dienen sie zur Darstellung der räumlichen Verteilung von Wahlergebnissen. Die Aufgabe darin besteht hauptsächlich die räumlichen Muster des Wahlverhaltens zu beschreiben. Zweitens werden politische Merkmale zur Charakterisierung von Räumen herangezogen um die politischen Räume von Großstädten zu identifizieren oder zum Erkennen von Identifikationen von regionaler politischer Kulturen und Milieus. Das dritte Ziel ist die Untersuchung von räumlich gegliederten Einflüssen auf das Wählerverhalten. Hierin besteht das Ziel, die territoriale Variation in den Stimmen bzw. Wähleranteilen zu erklären. Dieses Ziel kann auch als Schwerpunkt der Wahlgeografie nach Siegfried und Heberle bezeichnet werden. Zu den am häufigsten angewandten sozioökonomischen Faktoren zählen die Berufs- und Wirtschaftsstruktur, die Verstädterung und ethnische Zusammensetzung von Räumen. Viertens definiert sie Einflüsse von Wahlkreisgrenzen auf Wahlergebnisse. So wird hier der Frage nachgegangen, ob und inwieweit geographische Gegebenheiten wie Berge oder Flüsse bei der Konstruktion von Wahlsystemen beachtet werden. Zudem befasst sich dieser Punkt mit der Beeinflussung von Wahlverhalten durch den Zuschnitt von Wahlkreisen und der Sitzverteilung in den Parlamenten. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch, will man die Stimmenanteile in Regionen erklären können, muss man die historisch entstandene administrative und politisch-soziale Formung des Landes, die Sozialstruktur und religiöse Faktoren sowie Einflüsse der Außenwelt auf die Untersuchungsgebiete unter Berücksichtigung der Widerstandskraft der lokalen Milieus gegenüber diesen Einflüssen berücksichtigen. (vgl.: Falter/ Winkler 2005 S. 109-133). Der Ansatz der Wahlgeografie spielt zwar durch die rasante Entwicklung der Umfrageforschung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar nur mehr am Rande eine Rolle, jedoch finden hier Falter und Winkler den Vorteil des Ansatzes darin, „*die Faktoren der politischen Willensbildung in ihrem räumlichen Mit- und Beieinander zu sehen, d.h. wie*

sie in Wirklichkeit auftreten“ und damit wird „sozusagen das gesamte politische Klima einer Landschaft untersucht“ (Falter/ Winkler 2005 S. 132)

3. Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe

Eine Behandlung des Wahlkampfes der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) geht nicht umher, sich mit der Amerikanisierungsthese zu beschäftigen. Am Augenscheinlichsten für den Betrachter ist das Zuschneiden der Kampagnen weg von der Partei hin zu einem propagierten Führer der Partei, welcher nicht immer gleichzeitig der Spitzenkandidat ist, was das Beispiel EU-Wahlkampf 2009 deutlich zeigt.

3.1. Der Wandel von Wahlkämpfen

Die Wahlkämpfe in den westlichen Demokratien haben sich im letzten Jahrhundert deutlich verändert. Viele gaben dem Wandel das Beiwort der „Amerikanisierung“, obwohl hier nicht selten ein gewisser negativer Unterton mitschwingt (vgl.: Schoen 2005/2 S.512-513).

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts waren die Kampagnen meist von Parteien geprägt. Man kämpfte in erster Linie um Stimmen für die Parteien und nicht für die einzelnen Kandidaten. Die Kampagnen wurden auch von den Parteiorganisationen durchgeführt und geplant. Die Parteiführer und Kandidaten entwickelten in der Regel für ihre Region eine Wahlkampfstrategie, wobei sie auf ihre eigenen Erfahrungen und Faustregeln zurückgriffen. Die Kampagnenführung wurde unterstützt von Parteimitgliedern oder Parteianhängern. Als Medien wurden hauptsächlich Flugblätter, Plakate und Zeitungsanzeigen eingesetzt. Einerseits wurden öffentliche Kundgebungen durchgeführt, vor allem um öffentlich Siegesicherheit zu Vermitteln und die eigenen Sympathisanten zur Wahl zu bewegen und andererseits suchten Wahlkampfhelfer die Bürger zu Hause auf, um sie zum Engagement im Wahlkampf zu bewegen oder zum Gang zur Wahlurne zu überreden. Der persönliche Kontakt half auch den Parteien und den Wahlkämpfern dabei die Bürgerreaktionen auf den Wahlkampf zu erfassen (vgl.: Schoen 2005/2 S. 513-515).

Im Laufe der Zeit hat sich die Wahlkampfkommunikation von diesem Muster entfernt wobei die Literatur dabei verschiedene Tendenzen ausmacht. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass in der Wissenschaft eher von der Modernisierung politischer Wahlkämpfe gesprochen wird, anstelle vom Schlagwort der „Amerikanisierung“. Es ist jedoch bereits Tradition, dass die Wahlkampfverantwortlichen der unterschiedlichen Parteien meist Beobachter vor Ort bei amerikanischen Wahlkämpfen sind um die neuesten amerikanischen Wahlkampf- und Marketing-Technologien, welche in Amerika bereits „state of the art“ sind nach Europa zu

exportieren. Eines der besten Beispiele für die offensichtliche Kopie eines amerikanischen Wahlkampfes ist der britische Wahlkampf von Tony Blair, welcher sehr große Ähnlichkeiten mit dem Präsidentschaftswahlkampf von Bill Clinton hatte (Falter/Römmele 2002 S.49-50). Inhaltlich kann man bei den Wahlkämpfen von einer Entideologisierung sprechen. Da eine scharfe inhaltliche Profilierung nur mehr wenige Wahlberechtigte anlocken würde, ist diese in den Hintergrund getreten. Die politischen Akteure streben heute mehr denn je danach ihr eigenes „Produkt“ für möglichst viele Stimmberechtigte attraktiv darzustellen, etwa wird hier auf vielen Politikfeldern versucht Sach- und Lösungskompetenzen zu vermitteln. In die gleiche Richtung schlägt hier die Personalisierung der Wahlkämpfe, bei welchen der Spitzenkandidat oder der einzelne Politiker einer Partei mehr in den Mittelpunkt rückt als die Partei selbst und darüber hinaus versucht wird den Kandidaten ein positives Image mitzugeben. Die Entertainmentfunktion der Wahlkämpfe ist dabei auch mehr in den Vordergrund gerückt, was der verstärkte Einsatz von Mitteln aus der Unterhaltungsindustrie zeigt. Die Professionalisierung der Wahlkämpfe führte auch dazu, dass die Parteien weg von freiwilligen Wahlkämpfern, hin zu professionellen Kampagnenspezialisten und eigenen Wahlkampfteams gingen. Im Hintergrund arbeiten dabei die „spin doctors“ professionelle Wahlkampfstrategien aus. Diese Professionalisierung steht auch im Zusammenhang mit einer Verwissenschaftlichung der Kampagnenführung. Wahlkämpfer verlassen sich heute weniger als früher auf Intuitionen und Faustregeln bei der Ermittlung der Wünsche der Bevölkerung sondern vielmehr auf wissenschaftliche Methoden um danach die richtigen Kampagneninstrumente zu entwickeln. Dabei wird heute auch versucht zielgruppenspezifische Botschaften zu formulieren. Als Nebeneffekt der Zentralisierung der Wahlkämpfe sind die Medien zu wichtigen eigenständigen Akteuren in der Kampagnenkommunikation geworden, was Rückwirkung auf die Wahlkampfführung haben kann. Als bestes Beispiel kann hier etwa der Nationalratswahlkampf 2008 der SPÖ mit der massiven Unterstützung der Kronen Zeitung genannt werden (vgl.: Schoen 2005/2 S. 513-516). Heute müssen Politiker also vielmehr darauf achten ihre Wahlkampforganisation qualifiziert zu professionalisieren und zudem braucht, wer sich in der Mediengesellschaft behaupten will eine wirksame Kommunikationsorganisation. Die Professionalität des Wahlkampfmanagements ist in der heutigen Zeit meist ausschlaggebend dafür, dass eine gewisse Partei im letzten Moment noch an der anderen Partei vorbeizieht. Es bleibt natürlich nach wie vor dabei, dass der Politiker selbst eine gute Politik macht, jedoch können die Wahlkampfmanagements hier noch einen Tick mehr dazubetragen (vgl.: Radunski 2003 S. 183-185).

3.2. Der Amerikanisierungsbegriff

Bei der Diskussion von Wahlkämpfen spielt der Amerikanisierungsbegriff eine immer größere Rolle. Es herrscht weithin wenig Klarheit und Einhelligkeit über den Amerikanisierungsbegriff. In der Literatur gibt es zum Ausdruck „Amerikanisierung“ zumindest drei unterschiedliche Bedeutungen (vgl.: Schoen 2005/2 S.515-517).

Die erste Bedeutung des Amerikanisierungsbegriffs bezieht sich auf eine idealtypische Kampagne, die nicht notwendig etwas mit aktuellen amerikanischen Kampagnen zu tun hat. Sie liegt etwa dann vor, wenn ein Wahlkampf hochgradig professionalisiert und mediatisiert wird. Eine zweite Variante spricht dann von „Amerikanisierung“, wenn sie in bestimmten Punkten mit realen amerikanischen Wahlkämpfen übereinstimmt. Hier gibt es in der Wissenschaft verschiedene Merkmale, über welche selbst nicht eine gänzliche Einigkeit herrscht. Der Unterschied zur ersten Variante ist, dass mit dieser Variante amerikanische Wahlkämpfe nicht „amerikanisiert“ werden, was bedeutet, dass dieses Konzept also nur außerhalb der USA anwendbar ist. Ist der Wähler an die Art dieses Wahlkampfes gewöhnt, so kann es mit der Zeit passieren, dass die Wahlkampfführung in einem Land mit der Zeit nicht mehr als „amerikanisiert“ gilt, obwohl sich nichts verändert hat seit dem ersten Auftreten der „Amerikanisierung“. Eine dritte Möglichkeit der Auslegung der Bedeutung des „Amerikanisierungsausdrucks“ ist dann gegeben, wenn Übereinstimmungen eines Wahlkampfes mit amerikanischen Kampagnen auf US-amerikanische Einflüsse zurückzuführen sind. Hier geht es, anders als bei den beiden ersten Fällen nicht nur um Beschreibung sondern auch um Erklärung. Der Einfluss kann darin bestehen, dass Wahlkämpfer sich amerikanische Kampagnen zum Vorbild nehmen. Er kann aber laut Schoen auch darin liegen, dass *„amerikanische Akteure, etwa Wahlkampfberater, bewußt (sic!) für die grenzüberschreitende Verbreitung ihrer Strategien und Techniken werben“* (Schoen 2005/2 S.516). Es zeigt sich mit diesen drei Varianten, dass sich die gängigsten Amerikanisierungsthesen deutlich voneinander unterscheiden, jedoch immer unter einen Deckmantel stecken (vgl.: Schoen 2005/2 S.515-517).

Im Gegensatz zu dieser Begriffsdefinition spricht der deutsche Politikwissenschaftler Marco Althaus von einer „Westeuropäisierung der Wahlkämpfe“ und nicht von einer Amerikanisierung der Wahlkämpfe. Er kritisiert zudem die Hoffnungen im Bezug auf US-amerikanische Berater und macht diese sogar verantwortlich dafür, dass es in westeuropäischen Wahlkämpfen meist an Inhalten fehlt und die Wählertradition vergessen wird. Zudem spricht er von einem Platzen der Blase der hohen Erwartungen. Tatsache ist, dass die amerikanischen Berater nach wie vor den Markt des Wahlkampfmanagements

dominieren es aber wirklich stimmt, dass der Bereich vielfältiger und bunter geworden ist. Blumler spricht von einer Globalisierung der Wahlkämpfe, so meint er etwa „*since broadly shared political affinities structure many of [...] contacts, we witness, in a sense, not simply an Americanization of campaigning but is globalization along partisan lines.*“ (Hofer 2005/2 S. 29). Geht man nach Newman so bearbeiten heute Kampagnen bis zu fünf verschiedene Märkte. Neben dem Wählermarkt werden noch der Medienmarkt, der Markt der Parteien, Interessensgruppen und schließlich auch Fundraising-Adressaten bearbeitet. Diese fünf Merkmale gelten sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie auch in Europa als zentrale Klassifikation moderner Wahlkämpfe. (vgl.: Hofer 2005/2 S.27-30)

3.3. Die Gründe für den Wandel von Wahlkämpfen

Als eines der ersten Argumente für die Gründe des Wandels von Wahlkämpfen zählt der gesellschaftliche, technische und politische Wandel, welcher die treibende Kraft hinter dem Kampagnenwandel ist. Das zweite wesentliche Argument ist, dass von Kampagnen bzw. der kommerziellen Werbung Vorbildwirkungen ausgehen, welche dadurch verstärkt werden, dass dahinter meist Politikberater und andere Akteure agieren, welche sich in anderen Ländern neue Techniken anschauen um sie dann im eigenen Land anzuwenden. Der gesellschaftliche Wandel gilt als ein Faktum, dafür eine stärkere Orientierung an Marketinggesichtspunkten begünstigt hat. Durch die Erosion der traditionellen sozialen Milieus und des dadurch einhergehenden Aufbrechens der langfristigen Parteiloyalität, werden politischen Akteuren Anreize dafür gegeben, Wahlberechtigte stärker als Konsumenten wahrzunehmen. Waren früher Politiker zumindest auf Gemeindeebenen und in Bezirksorganisationen ehrenamtlich tätig so vollzog sich auch hier der Wandel zum Berufspolitiker, also zu Politikern die von der Politik als einzige Einnahmequelle leben. Den politisch-institutionellen Faktoren wird ein Einfluss auf die Geschwindigkeit der Veränderungen von Wahlkämpfen zugeschrieben. Schoen weist darauf hin, dass die dargestellten Tendenzen am frühesten und stärksten auf nationaler Ebene aufgetreten sind. Vor allem in präsidentiellen Regierungssystemen ist der Faktor der Veränderungen der Wahlkämpfe vor allem im Bereich der Personalisierung am deutlichsten zu erkennen. Darüber hinaus ist es auch ein Faktum, dass vor allem konservative Parteien und Volksparteien den neuen Wahlkampfmethoden mehr aufgeschlossen sind als beispielsweise Linksparteien. Ein weiterer Faktor ist die Veränderung der Kommunikationstechniken und Gewohnheiten im Umgang mit der Kommunikation. Es ist nun einfacher, Wahlkämpfe großflächiger zu planen und zu steuern und damit auch eine gleiche Kampagne landesweit zu führen. Zugleich können Wählerschichten mit

Internetzugang mittels Emails oder Fernsehkanälen aber auch dank des „social networks“ einfacher erreicht werden. Bei den Fernsehkanälen kommt zudem hinzu, dass durch die Reichweiten- und Altersgruppenanteile einfach zu ermitteln ist, wo und zu welcher Uhrzeit man am besten bestimmte Themen und Spots schaltet. Da viele Menschen über die Massenmedien erreicht werden können, haben sich viele Kampagnen in die Massenmedien verlagert und damit mediatisiert. Das Fernsehen ist außerdem zur zentralen Arena der Wahlkampfauseinandersetzung geworden. Nicht nur, dass Parteien Sendezeit für ihre Werbespots kaufen sondern auch, weil es für viele Wähler wahlentscheidend ist, wie sich die Spitzenkandidaten der Parteien in den Wahldiskussionen verkaufen. Auch hier nehmen die Spin Doktoren im Hintergrund ihre Arbeit auf um den Spitzenkandidaten bestmöglich zu präsentieren. Die gestiegene Bedeutung von Fernsehwahlkämpfen wird auch dafür verantwortlich gemacht, dass sich die Inhalte in den Wahlkämpfen auf diesen abstimmen. Das Fernsehen hat zu einer stärkeren Personalisierung der Wahlkampagnen beigetragen, die auf Kosten politischer Inhalte gegangen ist. Die Massenmedien sind aber auch durch die Berichterstattung über Wahlkampagnen wichtiger geworden. Beispielsweise werden heute selten Politikerkommentare unkommentiert abgedruckt. Kampagnenpraktiken können nicht über alle Grenzen gleich verwendet werden, jedoch bedienen sich die Verantwortlichen selektiv an Praktiken, welche für ihren Wählermarkt nützlich sind. Hierbei spielen auch Wahlkampfberater eine wichtige Rolle, welche sich in internationalen Organisationen zu „political consultants“ zusammengeschlossen haben (vgl.: Schoen 2005/2 S.513-521)

3.4. Die neuen Methoden der Wahlkämpfe

An dieser Stelle soll auf die neuen veränderten Methoden der Wahlkampfführung eingegangen werden. Zu Beginn werden der Einfluss der Medien und die Mediatisierung mit Infotainment und Politainment behandelt. Um sich danach dem Marketing, den Spin Doktoren und der Personalisierung zu widmen. Zuletzt wird der Begriff des „negative campaigning“ behandelt werden.

3.4.1. Der Einfluss der Medien auf die Wahlkämpfe

Die Macht der Massenmedien ist zu einem wichtigen Faktor im Wahlkampf geworden, welcher Wahlausgänge entscheidend mitbestimmen kann. Bei der Mobilisierung der Wähler setzen Wahlkampfstrategen vor allem auf Printmedien und Fernsehen. Die Berichterstattung soll durch ein professionelles Themen- und Ereignismanagement, das Kreieren von medientauglichen Events und der Produktion von kurzen Statements für die Nachrichten und

Titelseiten in gezielte Bahnen gelenkt werden. Diese Methodik ist ein Bestandteil von neuen Wahlkämpfen in denen man versucht die Wähler über die Massenmedien zu beeinflussen. Das Bemühen der Wahlkampfmanager um die Medienberichterstattung liegt auch darin, dass viele Wähler noch meist bis zum Wahltag unentschlossen sind. Die Studie „The People’s Choice“ von Paul F. Lazarsfeld, welche schon im soziologischen Ansatz erwähnt wurde, beschäftigt sich am intensivsten mit Medieneinflüssen auf die Wahlentscheidung (vgl.: Brettschneider/Rettich 2005 S.156-161).

Der Wahlkampf und die Berichterstattung darüber haben sich stark verändert. Beide Dinge sind negativer und personenzentrierter geworden, was wichtige Gründe für den Medieneinfluss auf das Wahlverhalten und dessen Entwicklung sind. Diese Entwicklungen erschweren für den Mediennutzer die selektive Wahrnehmung, da die Medienlandschaft mit mehr oder weniger einer Stimme spricht. Heute gilt, im Gegensatz zu früher, das Fernsehen als Hauptinformationsquelle der Wähler, welche sich hauptsächlich darin über die Standpunkte der Kandidaten und Parteien informieren (vgl.: Brettschneider/Rettich 2005 S. 161-163). Der Rückgriff der politischen Akteure auf das Unterhaltungsformat ist heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Keine Kandidatur kann es sich leisten auf Distanz zu Unterhaltungsformaten zu gehen und dies obwohl gewissen Unterhaltungsformaten lange ein zweifelhafter Ruf vorauselte. Die Entertainisierung der Politikvermittlung ist auf zwei wichtige Entwicklungen zurückzuführen, die den Rahmen, in dem politisches Handeln heute stattfindet, nachhaltig verändert haben. Einerseits hat sich das politische Feld von einem relativ festgefügt Gebilde mit politischen Milieus, Lagern, Parteien und entsprechend festgefügt Koalitionen zwischen Wählergruppen und politischen Eliten zu einem in weiten Teilen marktförmig organisierten Zusammenhang verändert. Zudem sind an die Stelle von berechenbaren Stammwählern immer mehr unberechenbare Wechselwähler getreten. Die Parteien agieren nun als Politikanbieter auf einem Markt, welcher extrem beweglich geworden ist und die Wähler müssen nun ständig umworben werden und das nicht nur zu Zeiten des Wahlkampfes. Provokant formuliert könnte man sagen Politik ist nun zu einer Dauerwerbesendung geworden, zu welchen die Unterhaltungsformate beitragen und auch andererseits nötig sind. Zudem hat die Einführung des dualen Rundfunksystems zu einem Boom der Unterhaltung geführt. Menschen sehnen sich nach Unterhaltung und durch Infotainment können Inhalte meist besser vermittelt werden. Die Vorteile der Selbstpräsentation von Politikern in Unterhaltungsformaten liegen unter anderem darin, dass auf dieser Ebene fernab vom politischem Interesse eine große Mehrheit der Bevölkerung erreicht werden kann. Zudem erreichen Politiker das Publikum, also die Wähler, auf einer

anderen Ebene als beispielsweise in einer politischen Sendung, wo der Großteil der Zuschauer politisch interessiert ist. Die Personality-Talkshows wie etwa „Wetten, dass ...?“ helfen den Politikern dabei sich als Persönlichkeit und Sympathieträger zu präsentieren und sind somit die höchste Stufe der Personalisierung. Die „feel-good“ Stimmung bei derartigen Sendungen hilft den Politikern bei ihrem Agieren. Wenn es gelingt, das eigene politische Projekt in der Wahlkampagne mit diesem „feel-good“ Faktor zu verbinden, dann ist die Chance auf einen Wählerzuwachs ausgesprochen groß (vgl.: Dörner/Vogt 2003 S. 261-267).

3.4.1.1. Der Fernsehwahlkampf

Die Frage, welche mit der Amerikanisierungsthese einher geht ist, sind die Fernsehwahlkämpfe ebenso von der Amerikanisierung betroffen, wie andere Wahlkampfmethoden? Wahlkommunikation im Fernsehen, sofern sie nicht von den Parteien gekauft wurde, bezieht sich meist auf Wahldiskussion. Hier agieren Journalisten als Moderatoren, welche den zeitlichen und formalen Ablauf der Diskussion regeln und sonst nur eine moderierende aber keine wertende Funktion einnehmen sollen. Bei den Fernsehdiskussionen spricht man laut Plasser und Lengauer von teilmediatisierter Wahlkommunikation, wohingegen man bei redaktioneller Wahlberichterstattung von vollmediatisierter Wahlkommunikation spricht. Der US-amerikanische Jargon spricht hier von „free media“ bzw. „earned media“ bei vollmediatisierten Wahlkämpfen und von „paid media“ bei bezahlten Einschaltungen (vgl.: Plasser/ Lengauer 2009 S. 323-324).

Wie auch in den USA hat sich in Europa das zentrale Wahlgeschehen in die TV-Studios verlagert und aus den Mobilisierungswahlkämpfen auf den Straßen ist zunehmend ein im Kern zentrierter TV-Wahlkampf geworden. Es hat für Spitzenpolitiker oberste Priorität bei Studiogesprächen oder Gastauftritten in diversen Shows vor Ort dabei zu sein. Damit diese Auftritte auch den gewünschten Erfolg bewirken, arbeiten im Hintergrund eine große Anzahl an Kommunikations- und Medienberater. Zudem werden die Großveranstaltungen bei Wahlkämpfen immer mehr als medientaugliches Fest inszeniert (vgl.: Plasser/Lengauer 2009 S.323 – 330). Da in Österreich die TV-Werbung auf öffentlich-rechtlichen Sendern für die einzelnen Parteien verboten ist und der ORF noch immer als reichweitenstärkste Medium in Österreich gilt, ist es daher noch wichtiger in diesen Sendungen vertreten zu sein um seine Wahlkampfstrategie und seine Kompetenzen zu zeigen. Als eines der ersten entscheidenden Wahlkampfduelle in Österreich gilt das Duell Kreisky gegen Taus, als Kreisky Taus durch sein Blättern in Unterlagen aus dem Konzept geworfen hat. Da es zum EU-Wahlkampf 2009 im ORF nur eine große sogenannte „Elefantenrunde“ gab, muss für eine Darstellung der

Zahlen und Bedeutsamkeit solcher TV-Duelle auf die Nationalratswahlen 2006 und 2008 zurückgegriffen werden.

Beim Nationalratswahlkampf 2006 lieferte der ORF in insgesamt zwölf TV-Debatten fast 800 Minuten Politik-Talk in nur knapp drei Wochen. Franz Renner nimmt in seiner Analyse zur Nationalratswahl 2006 zwei wichtige Diskussionspunkte in den Fokus. Seine erste Annahme ist, dass Politiker in TV-Debatten eigentlich nur verlieren aber nicht gewinnen können und seine zweite Annahme ist, dass die eigentlichen Gewinner der TV-Debatten die Medien sind. Die zweite Annahme kann man leicht bestätigen sieht man sich die Einschaltquoten der TV-Duelle an, wo selbst das eher unspektakuläre TV-Duell Hans Peter Martin gegen Mirko Messner (KPÖ) einen Marktanteil von 27 Prozent hatte. Die erstere Annahme ist schon schwieriger zu bestätigen, denn meist gibt es in einem Duell einen „Sieger“. Bei den Nationalratswahlen 2006 waren die TV-Debatten für 15 Prozent der Wähler sehr wichtig bei ihrer Wahlentscheidung. Für die Parteistrategen ist eine Wahlkampfdebatte immer schwierig, denn man muss seinen Kandidaten vom Gegner absetzen und beweisen, dass er der Bessere ist. Eigenheiten des österreichischen Wahlkampfes kommen dadurch auch zutage wie in etwa Tafeln oder Zetteln mit markanten Sprüchen. Dies kann, muss aber nicht funktionieren, wie es am Beispiel von Peter Westenthaler bei der Wahl 2006 gezeigt wurde, als er einen gefälschten Brief des Alpenvereins in die Kamera hielt in welchem über das Abschaffen des Gipfelkreuzes und die Installierung von Halbmonden auf Bergspitzen debattiert wurde. Im EU-Wahlkampf 2009 wurde unter anderem auch von Hannes Swoboda, Spitzenkandidat der SPÖ ein „Taferl“ präsentiert, eine Aktion welche durch das scharfe Eingreifen von Ewald Stadler beinahe nicht hinten losging (vgl.: Renner 2007 S-119-134).

Im Nationalratswahlkampf 2008 stiegen zusätzlich neben dem ORF, auch die Privatsender voll in den TV-Wahlkampf ein, was ATV und Puls 4 einige der besten Einschaltquoten in ihrer jungen Geschichte brachte. Zudem gaben 45 Prozent aller Österreicher an, zumindest zwei TV-Duelle gesehen zu haben. Nebenbei wurde von Seiten der Sender versucht junges Publikum durch Internetvideofragen in die Sendungen miteinzubeziehen und auch das Format der Studiofragen ist erprobt worden. Wie schon im NR-Wahlkampf 2006 war auch beim Wahlkampf 2008 das Duell der beiden Kanzlerkandidaten, das mit den meisten Zusehern (ca. 1,1 Mio.), knapp dahinter folgt die Elefantenrunde mit etwas über einer Million. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass für die meisten Zuseher (29 Prozent) kein Kandidat der Sieger war. Als einer der Höhepunkte der Duelle gilt sicherlich das „Standart“ Taferl mit dem augenscheinlichen Rechtschreibfehler von einen Mitarbeiter Molterers sowie der „Du-Wort“-

Entzug von Strache gegen Haider, welcher jedoch von Politikbeobachtern und Berater von Jörg Haiders Seite erwartet wurde (vgl.: Wagner 2008 S.135-145).

3.4.1.3. Der Wahlkampf im Internet

Winand Gellner spricht von einem Idealzustand des Internets, denn man solle sich vorstellen *„jeder Einzelne verfügt zumindest theoretisch über ideale Information und könnte damit rationale Entscheidungen auf idealen Märkten treffen“* (Gellner/Strohmeier 2003 S.125). Aus diesem würde so laut Gellner der ideale „homo politicus“ entstehen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Information ist von essentieller Bedeutung und durch das Internet entsteht die Möglichkeit sich über verschiedene Thematiken zu informieren. Dies haben auch Parteien erkannt und werben deshalb immer stärker auch im Internet und nützen sogenannte „social network“ Plattformen wie Twitter oder Facebook. Zudem besitzt jeder Spitzenkandidat meist über eine eigene Homepage, wo die Themen unreflektiert wieder gegeben werden. Das politische Potenzial des Internets ist enorm, da dadurch etwa die Gatekeeper-Methode umgangen werden kann. Zudem helfen Emails und die angesprochenen „social network“ Plattformen unheimlich dabei, seine Wähler, aber auch unentschlossene Wähler zu erreichen und diese vielleicht auf seine Seite zu ziehen (vgl. Gellner/ Strohmeier 2003 S.125 – 139). Saxer forderte etwa schon im Jahr 1998, dass die Einbeziehung, Information und Beeinflussung der Wählerschaft mit Hilfe des Internet genutzt werden solle und glaubte schon damals, dass in Zukunft zu einem wichtigen Politikvermittler werden könnte. Da Parteien vermehrt direkte Zugänge zur Öffentlichkeit suchen, bietet das Internet dafür die besten Voraussetzungen. Es bleibt aber natürlich zu bedenken, dass Parteien auf ihren Plattformen vor allem mit ihrer eigenen Klientel in Kontakt treten, welche sie ohnehin zu ihrer Wählerschaft zählen können. Trotzdem oder gerade deswegen bietet jedoch das Medium Internet die Möglichkeit unter Umgehung der klassischen Massenmedien mit dem Bürger in Kontakt zu treten (vgl.: 2002 Geisler S.193 – 205). Auch der Europa Wahlkampf wird zunehmend im Internet forciert. So gibt es von Seiten der Europäischen Union zu jedem EU-Wahlkampf mit Beginn des Jahres 2004 eine weitreichende Internetkampagne mit eigener Domain in allen Sprachen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Hier werden nicht nur die Angebote auf EU-Ebene dargestellt sowie die politischen Parteien mit ihren Angeboten vorgestellt sondern auch eine Medieninformation zur Europa Wahl geliefert Dies trägt darüber hinaus in einem gewissen Grad zur Politischen Bildung des Einzelnen bei (vgl.: Bieber 2005 S. 195 – 210). Diese Seite gab es auch im EU-Wahlkampf 2009 wo ebenfalls die gleiche Information geliefert wurden. Neben dem „normalen“ Internetangebot wie etwa den

privaten Homepages der Kandidaten wurde im Wahlkampf vermehrt das „social network“ verwendet. Die meisten Kandidaten haben zumindest Facebook oder Twitter im Wahlkampf aktiv genutzt. Hier stand nicht nur die Information zur Europa Wahl im Vordergrund sondern es wurde gezielt versucht, den Kandidaten und seine Arbeit zu zeigen aber auch seine private Seite sollte ins richtige Licht gerückt werden und der Wähler eine Vorstellung von der Arbeit des Kandidaten bekommen. Durch den interaktiven Austausch sollte Kontakt zu den Einzelnen, vor allem jungen Wählern aufgebaut und somit das Gefühl vermittelt werden, dass jeder Kontakt zu den Abgeordneten haben kann.

3.4.2. „Spin Doctoren“

Der Spin Doktor ist mittlerweile sowohl für die Arenenakteure politischer Öffentlichkeit als auch für das Publikum ein unabdingbares Element professioneller Politikvermittlung. Je mehr jedoch das Image der Professionalität von Politikvermittlungsexperten von Seiten politischer Organisationen forciert wird, desto größer werden die Einflussmöglichkeiten dieser Akteure auf den Politikvermittlungsprozess eingeschätzt. Als professionalisierte Politikvermittlungsexperten definiert man Akteure, *„die in einer oder für eine politische Organisation bzw. für einen politischen Akteur tätig sind, ohne selbst ein vom Volk gewähltes Mandat zu besitzen“* (Tenscher 2003 S. 70). Die zentralen Aufgaben liegen im Management politischer Informations- und Kommunikationsprozesse, in der Beratung bzw. Übernahme einzelner Politikvermittlungstätigkeiten und in der Vermittlung von Politik zwischen ihrem politischen Auftraggebern einerseits und politischer Öffentlichkeit andererseits. Dazu gehören unter anderem das News Management, das Image Building und das Management der Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern. Professionalisierte Politikvermittlungsexperten differenzieren sich erstens entweder in einer politischen Organisation oder sind für eine politische Organisation in einem assoziierten Verhältnis aktiv. Zweitens können Politikvermittlungsexperten dadurch unterschieden werden ob sie permanent oder temporär für eine politische Organisation oder einen politischen Akteur aktiv sind. Den Spin Doktoren wird vor allem in den Wahlkampfphasen besondere Aufmerksamkeit geschenkt und in diesem Fall können die Spin Doktoren in Generalisten und Spezialisten unterschieden werden. Spin Doktoren stehen jedoch im Gegensatz zu Politikvermittlungsexperten, denn sie stehen nicht für bestimmte Positionen oder Tätigkeiten. Spin Doktoren können sich aus all den bereits genannten Bereichen rekrutieren (vgl.: Tenscher 2003. S. 69-80).

Im Wahlkampf 1999 machten in Österreich auch Spin Doktoren, das erste Mal von sich reden, als sie sogar zum „Wahlkampfwort des Jahres“ gewählt wurden. Gebraucht wurde das Schlagwort damals für die Wahlkampfmanager der SP Andreas Rudas und Heinz Lederer, die ihre eigene Tätigkeit als Wahlkampfmanager und die Bezeichnung „war room“ aus der USA importiert hatten. Aber was sind nun wirklich Spin Doktoren? In Amerika, wo der Begriff erstmals im Oktober 1984 aufgekommen ist, definiert man Spin Doktoren als „*advisers who talk to reporters and try to put their own spin, or analysis, on the story*“ (Hofer 2005/1 S.13). Die New York Times definierte sie als *a dozen men in good suits and women in silk dresses which circulate smoothly among the reporters, spouting confident opinions. They won't be just press agents trying to import a favorable spin to a routine release.[...]*“ (Hofer 2005/1 S. 13). Die Diskussion über Spin Doktoren reicht in Österreich seit dem Jahr 1999 von glorifizierender Bewunderung bis hin zu tief empfundener Menschenverachtung. Der Begriff ist mittlerweile in der öffentlichen Diskussion mehr als belastet, denn vom ursprünglichen Ziel der eigenen Kampagne einen dienlichen Dreh zu verleihen ist längst vorbei. Die Wahlkampagnen haben sich aber derart rasant entwickelt, dass eine moderne Wahlkampagne ohne Spin Doktoren nicht mehr vorstellbar ist. Zumindest in den USA stellte Marco Althaus fest, dass es sich bei Spin Doktoren bereits um eine Profession handelt, in welcher bis zu 7000 „political consultants“ sich ihren Lebensunterhalt verdienen und auch in Berufsverbänden organisiert sind. Diese Berufsverbände versuchen natürlich auch über die Grenzen der Vereinigten Staaten Fuß zu fassen. Die Spin Doktoren werden oft als „Mastermind“ einer Kampagne gesehen, wie es etwa Karl Rove im Präsidentschaftswahlkampf 2004 von George W. Bush jun., wurde. Thomas M. Hofer stellt in seiner Dissertation fest, dass die Wahlkampfmanager in den USA zu eigenen politischen Akteuren geworden sind. In Österreich ist vor allem der Name Stanley Greenberg stark in der politischen Landschaft verwurzelt (vgl. Hofer/1 S. 12-21).

3.4.3. Die Personalisierung der Wahlkämpfe

Der Begriff der Personalisierung spricht davon, dass der Kandidat in der medialen Berichterstattung eine deutlich hervorgehobene Rolle spielt und somit die eigentliche politische Thematik und Fragestellung nachgereiht wird. Durch die Amerikanisierung der Wahlkämpfe kommt den Kandidaten eine neue wichtige Rolle zu. So wird der Wahlkampf nicht mehr um die Partei aufgezoogen sondern um den Kandidaten, als bestes Beispiel ist hier die FPÖ und ihr Parteiobmann Heinz Christian Strache zu nennen, welcher bei jedem Wahlkampf egal ob Landtags-, Nationalrats, Bundespräsidenten- oder EU-Wahlkampf

mit auf dem Wahlplakat ist. Hier gilt, dass der Kandidat selbst die Botschaft ist. Seine Auftritte stellen das eigentliche Medienereignis dar. Hierbei spielt natürlich auch das Charisma und die Schlagfertigkeit des Kandidaten eine wichtige Rolle, da sich eine Personalisierung etwa bei Barrack Obama leichter gestaltet als bei seinem Gegenkandidaten John McCain. Als Vorreiter des Personalisierungswahlkampfes gilt der US-Präsident Ronald Reagan (vgl.: Falter/ Römmele 2002 S.51-52).

Personalisierung ist kein unbekanntes Phänomen jedoch ist es analytisch sinnvoll drei Ebenen zu unterscheiden. Die Unterscheidung erfolgt in Wähler, Parteien und Medien. Medien etwa setzen auf Köpfe, das heißt dies spielt den Personalisierungsstrategen in die Hände. Das Fernsehen kann meist gar nicht anders als die Politik zu Personalisieren, denn sonst würde die Vermittlung der Themen nicht oder nur mangelhaft funktionieren. Ebenso erfolgt die Politikdarstellung in verschiedenen Shows meist nach dem Schema der Personalisierung. Es bleibt natürlich die Frage wie weit der Wähler schon fortgeschritten ist und einer Partei auf Grund der Person die Stimme gibt. Im Falle der FPÖ muss man sagen wahrscheinlich schon, betrachtet man diesbezügliche Umfrageergebnisse aus den Wahljahren 2006 und 2008. Die empirische Sozialforschung sagt zu dieser Thematik, dass der Wähler nicht Personen statt Programme wählt, sondern Programme mit Personen. Laut Eva Stern und Jürgen Graner hat der Kandidateneffekt meist dann eine Wirkung, wenn der Wähler unentschlossen ist und nicht genau weiß, in welche Richtung er tendiert, dann kann es sein, dass der Spitzenkandidat den Ausschlag gibt. Den Kandidaten wird aber auch eine verstärkte Aufmerksamkeit entgegengebracht, da in Zeiten der abnehmenden Parteiidentifikation immer mehr die Kandidaten in den Fokus rücken. Im sozialpsychologischen Ansatz basiert die Wahlentscheidung, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, auf langfristig wirksamen Einflüssen, welche sich in der Parteiidentifikation manifestieren, als auch auf kurzfristigen Einflüssen. Wandeln sich aber die sozialstrukturellen Einflüsse, so kommt den kurzfristigen Einflussgrößen eine stärkere Bedeutung zu (vgl.: Stern/ Graner 2002 S.145 – 167).

Im Fokus der Personalisierung gibt es unterschiedliche Möglichkeiten einen Kandidaten zu präsentieren. Wird der Kandidat nach den Bedürfnissen der Wähler getrimmt so spricht man von „Packaging the candidate“, ein Beispiel hierfür ist Tony Blair, da seine Imagebuilder in Wahlkämpfen stets jeden Makel vermieden und ihm verschiedene Rollen zuteilten, etwa „everybody’s darling“ oder „Lieblingsschwiegersohn“. Eine weitere Variante ist den Kandidaten mit all seinen Fehlern und Mängeln darzustellen und ihm so als einen unverfälschten Menschen erscheinen zu lassen. In diesem Fall kommt dann meist „Packaging the rival candidate“ zum Einsatz, wo es zu einer medienwirksamen Abgrenzung von

Gegenkandidaten kommt, welcher auf die Bedürfnisse der Wähler eingetrimmt ist. Es wäre aber falsch zu glauben, dass Personalisierung immer nur eine „One-Man-Show“ bedeutet. Es gibt in dieser Hinsicht mehrere Möglichkeiten dem Kandidaten ein Team an die Seite zu stellen. Eine Variante ist den Spitzenkandidaten alleine ins Rennen zu schicken, darüber hinaus gibt es noch die Möglichkeit den Spitzenkandidaten mit einer kleinen Mannschaft im Umfang von maximal fünf Personen in den Wahlkampf zu schicken. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Spitzenkandidat mit großer Mannschaft oder ein Spitzenkandidat mit abgestufter Mannschaft, wobei einige Teammitglieder eine besondere Rolle einnehmen sollen (vgl.: Stern/ Graner 2002 S.156-159).

3.4.4. Negative Campaigning

Negative Campaigning hält immer mehr auch in Österreich Einzug in die Wahlkämpfe. Durch die zunehmende Mediatisierung der Wahlkämpfe kamen auch immer mehr verschiedene Formen des Negative Campaigning in den Wahlkämpfen auf. Negative Campaigning ist eng mit der Personalisierung verbunden und die Techniken in diesem Zusammenhang bestimmten mehr und mehr das Marketing der politischen Werbung. Im Mittelpunkt der modernen Wahlwerbung steht der Verkauf des Produktes und das Ziel die Aufmerksamkeit der Wähler für seine Kampagne zu lukrieren. Ist es in Amerika bereits an der Tagesordnung den Gegenkandidaten mit Angriffen unter der Gürtellinie bei den Wählern schlecht zu machen, so ist es in Österreich meist eine politikbezogene Kritik, indem etwa auf Widersprüche in den Aussagen des Kandidaten aufmerksam gemacht, ihm Populismus unterstellt oder auf gebrochene Wahlversprechen hingewiesen wird. Die gegnerische Partei wird als Gefahr für das Land dargestellt. In Amerika passiert dies durch zunehmend moralische Kampagnen und öffentlichen Waschen von schmutziger Wäsche. Spin Doktoren suchen immer mehr gezielt auch nach negativen Materialien über ihre Gegner um sie dann im richtigen Moment des Wahlkampfes ausspielen zu können. Es hat nun auch Einzug gehalten bei fiktiven Telefoninterviews zur Eruiierung von Umfragen negative Dinge über den Gegenkandidaten einfließen zu lassen umso unterschwellig eine Botschaft mitzugeben. Im ungünstigerem Fall wird die „Umfrage“ mit dem Ziel gerichtlich kein Angriffsfeld zu bieten, in hypothetischer Form vorgetragene Verleumdung durchgeführt, mit der Hoffnung, dass etwas hängen bleibt (vgl.: Falter/ Römmele 2002 S.54-57).

Prinzipiell existieren zwei Grundstrategien der politischen Werbung. Einerseits das Darstellen positiver Sachverhalte, wie etwa das Erreichen der eigenen Ziele beziehungsweise eigenen Kompetenzen oder andererseits das Darstellen in negativer Form, wie etwa das Angreifen und

Kritisieren der anderen Parteien. Da Parteien anders als Produkte um Kunden werben, präsentiert sich die Politik viel stärker in Relation zu einer anderen Partei. Die vergleichende Werbung im kommerziellen Bereich ist in Österreich erlaubt, die Bedingung ist nur, dass die Gegenüberstellung anhand von objektiv überprüfbaren Kriterien stattfindet und der Vergleich den Konkurrenten nicht herabsetzt. Für die politische Werbung in Österreich bestehen zwar keine gesetzlichen Einschränkungen und Vorgaben, dennoch gibt es immer wieder Diskussionen über die negative Wahlwerbung der Parteien und den damit verbundenen Emotionen und der aggressiven Tonlage, sowie auch die Verwendung von stereotypen Ressentiments (vgl. Lederer S. 56-54).

Blickt man in Österreich zurück in die jüngere Vergangenheit so haben im Nationalratswahlkampf 2006 die „Lügen“ Spots der SPÖ einen ungewöhnlich aggressiven und persönlichen Stil der Wahlwerbung zu einem Dambruch in der Wahlkampfkultur geführt und eine neue Qualität des Negative Campaigning in Österreich ausgelöst. Ging es zwar bei den Spots schlichtweg darum Öffentlichkeit zu erzeugen, so halfen diese Spots der SPÖ, sich aus der Defensivposition zu bringen. Vor allem bei der Fernsehwerbung griff die SPÖ bei den Nationalratswahlen 2006 am häufigsten zu „negative advertising“, es zeigte sich aber dennoch die Tendenz, dass alle Parteien in Richtung „negative campaigning“ agierten. (vgl.: Lederer 2007 S.65-76)

Der Politikwissenschaftler Thomas Hofer spricht von einigen Grundprinzipien des „negative campaigning“. Zuallererst ist es wichtig mediale Aufmerksamkeit anhand gezielter Attacken auf den Gegner zu bekommen. An zweiter Stelle reiht Hofer die kontrastierende und vergleichende Werbung, als Paradebeispiel gilt hier das NR-Wahlkampfplakat 2006 der FPÖ „Daham statt Islam“. Ein weiterer Aspekt ist es Vorwürfe zu erheben und es zu schaffen diese Vorbehalte in der Bevölkerung zu verankern aber gleichzeitig auch die Vorwürfe zu dokumentieren. Des Weiteren ist es wichtig in einer solchen Kampagne, dass die Attacken auf den Gegner glaubwürdig sein müssen wobei es hier nicht nur um die Wahrheit sondern um die Wahrnehmung geht. Zudem kommt als weiterer Punkt das Spiel mit dem Faktor Angst hinzu, hier können die Plakate der FPÖ im EU-Wahlkampf 2009 als Beispiel herangenommen werden, welche im Kapitel 8.4. genauer analysiert werden. Ebenso ist es wichtig die eigenen Stärken auszuspielen und die Schwächen des Gegners bei der Präsentation der eigenen Stärken zu erwähnen. Daneben ist auch ein richtiges Timing der „Attacken“ von fundamentaler Bedeutung. Darüber hinaus gibt es den Punkt, dass jeder attackieren darf und es nicht nur von Seiten der Opposition ausgehen soll sondern auch von Regierenden „Attacken“ getätigt werden können. Ganz wichtig ist laut Hofer bei der Negativwerbung das

humoristische „aufs Korn nehmen“ des Gegners, da Negativwerbung mit Humor bei den Wählern besser ankommt. Die ÖVP verwendete etwa im Wahlkampf 2006 einen Kinospot, in welchem eine Freundin ihren Freund verlässt, da sie in seinen Unterlagen eine SPÖ-Beitrittserklärung findet. Ein letzter wichtiger Aspekt der Negativwerbung ist es die Attacken auszulagern, beispielsweise Angriffe auf die SPÖ von Seiten des ÖAAB oder der Landwirtschaftskammer auszuführen um den eigentlichen Absender des Angriffes zu verschleiern. Natürlich ist dies auch im umgekehrten Fall möglich, wenn etwa der ÖGB die ÖVP attackiert. Zudem kann eine bewusste Streuung von Gerüchten und sogenannten „Flüsterkampagnen“ ein zwar ethisch bedenkliches, aber effektives Mittel im Wahlkampf sein (vgl. Hofer 2007 S.17-27).

4. Das Europäische Parlament

Für die Behandlung eines Wahlkampfes zu den Wahlen zum Europäischen Parlament ist es unumgänglich sich mit den Befugnissen und dem Wahlsystem des Europäischen Parlaments zu befassen. Durch den während meiner Diplomarbeit am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon kommt es zu einigen Veränderungen im Bereich des Europäischen Parlaments. Der Reformvertrag stärkt die Rolle der Demokratie durch den Ausbau der Rolle des Europäischen Parlaments. Mit dem Vertrag von Lissabon wird das Europäische Parlament gleichberechtigter Mitgesetzgeber und gleichberechtigter Teil der Haushaltsbehörde.

Der SPD- Europaabgeordnete Jo Leinen sieht in einer Stellungnahme gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP eine transparentere EU, denn der neue Vertrag sei *„ein großer Schritt in Richtung einer wirklichen parlamentarischen Demokratie“*

(<http://www.donaukurier.de/nachrichten/politik/D-EU-Vertrag-Personalien-Leinen-sieht-EU-Parlament-durch-Lissabon-Vertrag-gestaerkt;art154676,2218191>)

Ebenso findet Andreas Maurer, dass das Europäische Parlament durch den Reformvertrag massiv gestärkt worden ist. Erstens dehnt der Vertrag die gesetzgeberischen Rechte des Europäischen Parlaments massiv aus. Zudem erhält das Europäische Parlament das Recht, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen. Drittens gesteht der Verfassungsvertrag dem Europäischen Parlament die bereits erwähnte Mitentscheidung ein. Viertens erhält das Europäische Parlament ein konkurrierendes Initiativrecht für die Änderung der Verträge. Darüber hinaus unterliegen Beschlüsse des Rates von größerer Tragweite für die

Organisation der Union ebenfalls der Zustimmung des Parlaments und schließlich kommt es auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und durch die Ernennung eines Hohen Repräsentanten der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, der gleichzeitig Vizepräsident der Kommission ist, zu einer Änderung. Dieser wird in Zukunft den normalen Kontroll- und Sanktionskulissen unterliegen (vgl.: Maurer 2009 S. 14-15).

Durch den Vertrag von Lissabon wird die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments auf 751 Mitglieder beschränkt, wobei eigentlich von 750 Mitgliedern zuzüglich des Parlamentspräsidenten die Rede ist. Erstmals wird es auch keine Sitzverteilung pro Mitgliedsstaat geben, jedoch werden die Sitze auf der Grundlage des Prinzips der „degressiv proportionalen“ Vertretung mit mindestens sechs und höchstens 96 Sitzen pro Mitgliedsland beschränkt. (vgl.: Maurer S. 14-15)

Trotz des Status, des einzig direkt durch das Volk gewählten Organs der EU, beanstanden Kritiker im EU-Parlament einen Mangel an Legitimität und an Demokratie. Es steht außer Zweifel, dass durch den neuen Vertrag von Lissabon das Parlament mehr Legitimität und Demokratie erhält, dies jedoch immer noch nicht mit nationalen Parlamenten verglichen werden kann. Zudem ist die Legislativ- und Budgetfunktion sowie die Wahl- und Kontrollfunktion im Vertrag von Lissabon erheblich ausgeweitet worden. Das EU-Parlament bewegt sich mit dem Vertrag von Lissabon in Richtung eines „echten“ Parlaments, jedoch fehlen laut Andreas Hein dem EU-Parlament die zentralen Voraussetzungen für demokratische Legitimität. Zum einen ein (politisches) europäisches Volk und zum anderen ein Parteiensystem, denn bis dato nehmen nationale Parteien mit nationalen Sichtweisen die zentrale Rolle ein. Hein fordert *„echte Legitimation [...] durch europäische Wahlen mit europäischen Themen, Kampagnen und Kandidaten“* (vgl.: Hein 2009 S. 1-5).

Die Europawahl 2009 fand noch auf der Grundlage des Vertrages von Nizza statt, in welchem das EU-Parlament aus maximal 732 Mitgliedern besteht, jedoch folgt eine Anpassung an den Vertrag von Lissabon nach dessen Inkrafttreten, wodurch Österreich danach über 19 Mandate verfügt.

4.1. Die Geschichte des Europäischen Parlaments

Laut dem EU-Vertrag besteht das Europäische Parlament aus Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten (Art. 189 1. HS EGV). Als Vertreter des Volkes sind die Parlamentarier weisungsunabhängig, eine Position, welche durch die eingeräumten Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften Unterstützung erfährt. Obwohl ein gleiches, geheimes, unmittelbares und allgemeines Wahlrecht vorgesehen

ist, wurde bislang ein einheitliches Wahlverfahren noch nicht ausgearbeitet (vgl.: Neisser/ Verschraegen 2001 S. 164-165).

Beim Versuch Europa zu ordnen und daraus einen vernünftigen Zusammenschluss zu organisieren, schlossen sich die Bundesrepublik Deutschland, das Königreich Belgien, die französische Republik, die italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande am 18. April 1951 zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammen, welche nach Ratifizierung der Mitgliedsländer am 23. Juli 1952 in Kraft trat. Durch diesen Vertrag wurde ein Gebilde geschaffen, welches die Befugnisse der Länder in diesem Bereich auf die Gemeinschaft übertrug und somit für diesen Wirtschaftsbereich eine neue Rechtsordnung entstand. Bei einer Zusammenkunft der Außenminister der Mitgliedsländer wurde der Beschluss gefasst die Zusammenarbeit auszudehnen und der Plan zur Schaffung einer Zollunion entworfen. Dies führte zur Unterzeichnung des „Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ und darüber hinaus zum „Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft“, den sogenannten Römer Verträgen, welche nach der Unterzeichnung am 25. März 1957 in Rom am 1. Jänner 1958 in Kraft traten. Zur Verwirklichung der Ziele wurden für jede Gemeinschaft Organe geschaffen, wobei zwei Organe bei allen drei Zusammenschlüssen gleich sind: die Vollversammlung aus welcher sich später das Europäische Parlament entwickelte und hauptsächlich beratende Funktion hatte und der Gerichtshof (vgl.: Suski 1996 S. 19-23).

Mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 erfolgte die Umbenennung von „Parlamentarischer Versammlung“ in Europäisches Parlament. Die Modalitäten für eine Direktwahl des Europaparlaments standen schon früher fest doch dauerte es insgesamt 28 Jahre bis es zur ersten Direktwahl in diesem Bereich kam. Im Juni 1979 zogen dann 410 direkt gewählte Abgeordnete bei einer Wahlbeteiligung von 63 Prozent in das Europäische Parlament ein (vgl.:

http://www.bpb.de/publikationen/WRKDAC,0,Geschichte_und_Struktur_des_Europaparlaments.html). Der frühere Europaabgeordnete Richard Corbett merkte an, dass damit auch ein Aufbrechen der beiden großen Parteien in Europa begann, die bis dahin die beiden größten Gruppen gemeinsam mit einigen kleinen Gruppen in der Versammlung waren (vgl.: Corbett/ Jacobs/ Shackleton 2005 S. 71).

Durch den Luxemburger Vertrag von 1975 wurden die Rechte des Parlaments erstmalig gestärkt. Im Jahr 1986 entstand dann auf Initiative des Europäischen Parlaments die Einheitliche Europäische Akte (EEA) (vgl. Suski 1996 S. 22-25).

Im Vertrag von Maastricht erhielt das Parlament seine wesentlichen legislativen Kompetenzen. Neben dem neu eingeführten Mitentscheidungsrecht erhält das Europäische Parlament ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Mitglieder der Kommission und der Europäischen Zentralbank. Darüber hinaus wird die Stelle eines Bürgerbeauftragten (Ombudsmann) eingerichtet. Zudem wurden die Zustimmungsrechte des Europäischen Parlaments ausgedehnt und an der Möglichkeit der Einrichtung von Untersuchungsausschüssen festgehalten. Im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde das Mitentscheidungsverfahren erweitert und auch vereinfacht, womit die Rolle des Europäischen Parlaments als Ko-Gesetzgeber weiter gestärkt wurde. So kann das EP nun bereits in der zweiten Lesung den „Gemeinsamen Standpunkt“ des Rates ablehnen (Anm.: siehe dazu den Punkt Mitentscheidungsverfahren) (vgl.: Chabera S. 28-30). Im Vertrag von Nizza findet das Parlament in Artikel 189 eine Veränderung zum Vertrag von Amsterdam und zum Maastrichter Vertrag:

„Das Europäische Parlament besteht aus den Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten, es übt die Befugnisse aus, die ihm nach diesem Vertrag zustehen. Die Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments darf 732 nicht überschreiten“

Hartmann weißt in diesem Zusammenhang auf das Fehlen des aus den staatlichen Verfassungen geläufigen Worts von der *„Verkörperung eines souveränen Volkswillens“* hin. (Hartmann S.129). Chabera stellt fest, dass man *„in diesen Entwicklungsschritten die entscheidenden Impulse für den Bedeutungszuwachs des EPs sehen“* (Chabera S.29) kann. Durch die zunehmenden Verlagerungen nationaler Kompetenzen von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten auf die gemeinschaftliche Ebene wurde die Diskussion um das Demokratiedefizit zunehmend abgebaut. Die europäischen Regierungschefs schafften durch die Vertragsrevisionen den schrittweisen Ausbau der parlamentarischen Kompetenzen. Das Europäische Parlament entwickelte sich so über die Jahre zu einem wichtigen Akteur auf der Ebene der Europäischen Union (vgl.: Chabera S.28-29).

Die Struktur des Europäischen Parlaments sieht vor, dass der Präsident des Europäischen Parlaments für die halbe Wahlperiode, also zweieinhalb Jahre, gewählt wird. Dazu gibt es eine Konferenz der Präsidenten, welche neben Parlamentspräsidenten auch die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen beinhaltet. Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozess im Europäischen Parlament wird durch die politischen Fraktionen

geprägt. Die Zusammenschlüsse erfolgen nicht nach nationaler Zusammengehörigkeit sondern in parteipolitischen Zusammenschlüssen. Zur Bildung einer Fraktion benötigt man 19 Mitglieder, die zumindest in einem Fünftel der Mitgliedsstaaten gewählt wurden (vgl.: Pollak/ Slominsky 2006 S.88-89).

Das Europäische Parlament hat sich über die Jahre gut entwickelt und spricht man in der Europäischen Union von einem Demokratiefortschritt so denkt man meist an das Europäische Parlament, welches sich in der Tat in den letzten Jahrzehnten zu einen gewichtigen Faktor in der Europäischen Union entwickelt hat (vgl.: Hartmann S. 129-130).

Wie zu Beginn des Kapitels bereits erwähnt erfolgt durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon abermals eine gewaltige Aufwertung des Europäischen Parlaments. So heißt es jetzt in Artikel 14 des Vertrags von Lissabon:

Artikel 14.1. Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Rat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Es erfüllt Aufgaben der politischen Kontrolle und Beratungsfunktionen nach Maßgabe der Verträge. Es wählt den Präsidenten der Kommission.

Artikel 14.2. Das Europäische Parlament setzt sich aus Vertretern der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zusammen. Ihre Anzahl darf 750 nicht überschreiten, zuzüglich des Präsidenten. Die Bürgerinnen und Bürger sind im Europäischen Parlament degressiv proportional, mindestens jedoch mit sechs Mitgliedern je Mitgliedstaat vertreten. Kein Mitgliedstaat erhält mehr als 96 Sitze. Der Europäische Rat erlässt einstimmig auf Initiative des Europäischen Parlaments und mit dessen Zustimmung einen Beschluss über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, in dem die in Unterabsatz 1 genannten Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 14.3. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.

Artikel 14.4. Das Europäische Parlament wählt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und sein Präsidium (Vertrag von Lissabon Artikel 14 S. 22-23)

4.2. Die Funktionen des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament verfügt über eine Reihe an Funktionen, welche seit dem 1. Dezember 2009 durch Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch ausgebaut wurden. Die Aufteilung gliedert sich in Kontrollbefugnisse, die Gesetzgebungskompetenz und das Haushaltsverfahren. An dieser Stelle soll nun auf die Funktionen eingegangen werden.

4.2.1. Kontrollfunktion

Das Europäische Parlament hat eine wichtige Kontrollfunktion innerhalb der Europäischen Union. Zu den grundlegenden parlamentarischen Funktionen gehört es, von anderen Institutionen Informationen zu verlangen und über die gewonnene Erkenntnis öffentlich zu beraten sowie gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. Durch den Vertrag von Lissabon verändert sich auch bei der Kontrollfunktion etwas, so darf das Europäische Parlament nun den Kommissionspräsidenten auf Vorschlag des Europäischen Rates wählen. Gegenstand der Kontrolle sind die Tätigkeiten der Institutionen und Organe der Europäischen Gemeinschaft, einschließlich der Außen-, Sicherheits-, Justiz-, und Innenpolitik mit der Ausnahme der richterlichen Tätigkeit (vgl.: Bieber/ Epiney/ Haag 2006 S.110 - 111 bzw. Hein 2009 S.1-4).

4.2.1.1. Misstrauensvotum

Das wahrscheinlich stärkste Instrument des Europäischen Parlaments ist die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegen die Kommission. Bei den Bürgern ist dieser Gedanke seit dem Jahr 1999 verankert als die Kommission unter Jaques Santer ihren Rücktritt bekannt gab. Das Misstrauensvotum ist auch historisch gesehen das stärkste Instrument, da es auch schon in den ersten Verträgen zur EGKS (Anm.: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) verankert ist. Bei Santer genügte schon eine reine Drohung des Misstrauensvotums und ein Rücktritt der Kommission wurde bewirkt. Dieser Artikel 144. EGV ist daher ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Kontrollbefugnisse. Da seit den Verträgen von Maastricht das Parlament bei der Benennung der Mitglieder der Kommission ein Zustimmungsrecht hat, kann das Parlament damit verhindern, dass anschließend die Regierung der Mitgliedsstaaten die gleiche Kommission wieder ernennt. Voraussetzung für ein erfolgreiches Misstrauensvotum gemäß Art. 201 EG ist eine Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen, die gleichzeitig mindestens die Mehrheit der dem Parlament tatsächlich angehörenden Mitglieder umfasst. Zur Einreichung eines Misstrauensantrags ist es laut Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments erforderlich mindestens ein Zehntel der Mitglieder des Europäischen Parlaments hinter der Einreichung stehen zu haben (vgl.:

Dreischer 2006 S. 146-151 bzw. Weindl/ Woyke 1999 S. 41-43 bzw. Bieber/Epiney/Haag S. 111).

4.2.1.2. Fragerechte und Untersuchungsausschüsse

Neben dem Misstrauensvotum kann das Europäische Parlament Fragen im Rahmen einer Fragestunde stellen sowie auch Untersuchungsausschüsse in Gang bringen. Diese können zeitnah zum Geschehen eingesetzt werden und sind sowohl gegenüber der Kommission als auch dem Rat anwendbar. Trotz dieser Funktion werden die Fragen bei den Parlamentariern eher als weniger wichtiges Kontrollinstrument genannt. Die Anfragen sollen jedoch nicht nur der Leistungskontrolle dienen sondern auch eine Information, also eine Art Bürgerservice, liefern. Es gibt in diesem Fall einen Unterschied zwischen dem Fragerecht an die Kommission und dem Rat. Während die Kommission zu einer Stellungnahme verpflichtet ist kann der Rat selbst das Ausmaß der Kontrolle bestimmen, welches er, der Rat, zulassen will. Zudem werden die Antworten jeweils durch die Vertreter jenes Mitgliedslandes, welches gerade die Ratspräsidentschaft inne hat gegeben. Daher ist es natürlich logisch, dass der Großteil der Fragen an die Kommission gestellt wird. Neben den Möglichkeiten der schriftlichen und mündlichen Anfragen, gibt es seit 1972 die bereits erwähnte Möglichkeit der Fragestunde. Der Vorteil an der Fragestunde ist, dass die Parlamentarier hier im besten Fall die Antworten bereits nach einer Woche erhalten. Zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen ist noch zu sagen, dass diese bis zum Vertrag von Maastricht lediglich Bestandteil der Geschäftsordnung waren und seit dem Jahr 1992 diese Praxis auch verfassungsrechtlich im Gemeinschaftsrecht verankert ist. In der Geschichte der Europäischen Union gab es immer wieder Untersuchungsausschüsse, der bekannteste ist sicherlich der eingesetzte „BSE-Ausschuss“ in den Jahren 1996 bis 1997. Hier zeigte sich aber das Problem der Untersuchungsausschüsse, da das Parlament keine Möglichkeit der Umsetzung der Empfehlungen hatte, konnten sie deren Nichtbefolgung nicht sanktionieren. Da auch die Erzeugung eines öffentlichen Drucks nur schwer möglich ist, zeigt es dass die Möglichkeiten dieses Instruments begrenzt sind (vgl. Dreischer 2006 S.151 – 155).

4.2.2. Die Gesetzgebungskompetenz

Im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz verfügt das Europäische Parlament über vier wichtige Verfahren zur Mitbestimmung des Gesetzgebungsprozesses. Diese Entscheidungsverfahren bilden eines der zentralen Nervensysteme der Europäischen Union.

4.2.2.1. Anhörung

Das Anhörungsverfahren bildet eine erste Form der Einbeziehung des Europäischen Parlaments in die Gesetzgebung. Hier ist zu unterscheiden zwischen einer obligatorischen Anhörung, welche in den meisten Bereichen des EGV vorgeschrieben ist, sowie einer fakultativen Anhörung, in welcher der Rat auch in nicht vorgeschriebenen Fällen die Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zur Kenntnis nimmt. Der Rat ist zwar nicht an die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments gebunden, er muss aber mit seiner Entscheidung bis zum Abschluss des Anhörungsverfahrens warten, da sonst der Europäische Gerichtshof die getätigte Handlung für nichtig erklären kann. In diesem Zusammenhang ist das Europäische Parlament aufgrund des Gebots zur wechselseitigen Rücksichtnahme dazu verpflichtet sich innerhalb einer angemessenen Zeit zu äußern, wird diese Pflicht verletzt darf sich der Rat auch ohne Äußerung des Europäischen Parlaments entscheiden. Darüber hinaus können Anhörungen des Europäischen Parlaments mit einer Konzertierung verbunden werden. Das Konzertierungsverfahren findet beim Erlass der Durchführungsbestimmungen zum Direktwahlbeschluss und bei Änderungen der EG-Haushaltsordnung Anwendung (vgl.: Tekin/ Wessels 2007 S. 109 bzw. Bieber/ Epiney/ Haag 2006 S. 189 – 191).

4.2.2.2. Verfahren der Zusammenarbeit

Durch die wachsende Mitgliederzahl der Europäischen Union wurde eine Blockade der Institutionen befürchtet. Daher wurde das Verfahren der Zusammenarbeit ins Leben gerufen, welche unter eng gefassten Bedingungen eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen einigen Mitgliedsstaaten ermöglicht. Demnach kann eine Gruppe von Staaten einen Antrag bei der Kommission stellen. Als Voraussetzungen gelten, dass das Vorhaben im normalen Vertragsverfahren gescheitert ist, die Ziele der Union gefördert und der einheitliche institutionelle Rahmen beobachtet werden. Zudem sind die Kernbereiche der Gemeinschaftspolitik, wie etwa der Binnenmarkt, von diesem Verfahren ausgenommen. Für dieses Verfahren werden mindestens acht Mitgliedsstaaten benötigt (vgl.: Tekin/Wessels 2007 S. 114-115).

4.2.2.3. Mitentscheidungsverfahren

Das Mitentscheidungsverfahren ist wahrscheinlich das wichtigste gesetzgeberische Verfahren von Seiten des Europäischen Parlaments. Es ist eine parlamentarische Einflussnahme auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union, welche durch den Vertrag von Maastricht geschaffen und durch die Verträge von Amsterdam und Nizza noch

effizienter gestaltet wurde. Mit dem Mitentscheidungsverfahren hat das Parlament nun erstmalig ein indirektes Initiativrecht, so kann das Parlament die Kommission mit der Mehrheit seiner Mitglieder zur Unterbreitung von Vorschlägen auffordern (vgl.: Dreischer 2006 S. 173-175).

Im Mitentscheidungsverfahren ist das Europäische Parlament aktiv an der Entscheidungsfindung beteiligt. Rechtsakte kommen im Mitentscheidungsverfahren demnach in einem mehrstufigen Verfahren zustande. Insgesamt sind dafür drei Lesungen notwendig, wobei die zweite Lesung innerhalb von drei Monaten nach der ersten Lesung und die dritte Lesung innerhalb von sechs Wochen nach der zweiten Lesung stattfinden muss. Besteht nach der zweiten Lesung des Parlaments Uneinigkeit, dann kann der Rat einen Vermittlungsausschuss einberufen, welcher mit den Mitgliedern des Rats und ebenso vielen Mitgliedern des Europäischen Parlaments besetzt ist, zudem nimmt auch die Kommission daran teil. Kommt auch hier keine Einigung zustande so gilt der Rechtsakt als gescheitert, da gegen den mehrheitlichen Willen des Parlaments kein Rechtsakt erlassen werden kann. Kommt es jedoch innerhalb von sechs Wochen zu einer Einigung so kann bei der dritten Lesung mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament und mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Rechtsakt angenommen werden. Wird der Rechtsakt in einem Organ aber weiterhin abgelehnt so gilt er als gescheitert (vgl.: Tekin/ Wessels 2007 S. 109 – 111).

4.2.2.4. Kooperations- und Zustimmungsverfahren

Das Kooperationsverfahren wurde zeitgleich mit dem Zustimmungsverfahren mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte eingeführt. In der täglichen Praxis ist dem Kooperationsverfahren eine größere Bedeutung beizumessen als dem Zustimmungsverfahren, welches nur zum Einsatz bei Abkommen mit Drittländern kommt. Zudem kann sich das Parlament hier nur für Zustimmung oder Ablehnung entscheiden. Da für das Parlament häufig die Detailfragen wichtig sind ist das Kooperationsverfahren beliebter, da hier noch einiges verhandelbar ist was im Zustimmungsverfahren nicht der Fall ist. Somit standen bereits im ersten Jahr 132 Kooperationsverfahren nur 26 Zustimmungsverfahren entgegen. Durch den Maastrichter Vertrag wurde das Zustimmungsverfahren einerseits mit einer Ausdehnung auf weitere Politikbereiche bedacht und andererseits die notwendige Parlamentsmehrheit von einer absoluten auf eine einfache Mehrheit reduziert (vgl. Dreischer 2006 S. 170-173). Das Zustimmungsverfahren wird in den Bereichen der Unionsbürgerschaft, des Struktur- und Kohäsionsfonds, bei Bestimmungen zur Direktwahl, bei internationalen

Abkommen sowie bei einem Beitritt zur Europäischen Union angewendet (vgl.: Weidenfeld/Wessels 2007 S. 455).

4.2.3. Das Haushaltsverfahren

Bei den Modalitäten des jährlichen Haushaltseinkommens der Europäischen Union kommen dem Europäischen Parlament bei der Erstellung des jährlichen Budgetverfahrens maßgebliche Kompetenzen zu. Im Zeitraum 2007- 2013 beläuft sich das Budget auf ungefähr 870 Milliarden Euro. Im Haushaltverfahren erfolgt bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 eine Unterscheidung in obligatorische und nichtobligatorische Ausgaben der Europäischen Gemeinschaft. Bei den obligatorischen Ausgaben besitzt der Rat und bei den nichtobligatorischen Ausgaben das Parlament das abschließende Recht zur Festlegung der Haushaltsbeiträge. Obligatorische Aufgaben sind hierbei Aufgaben, welche die Union ausgeben muss um ihren internen und externen Vertragsverpflichtungen nachzukommen, hierzu zählen etwa auch die Agrarausgaben. Nichtobligatorische Ausgaben sind Ausgaben für die Politikgestaltung der Europäischen Union, wie etwa die Verwaltung oder die Forschung. Das Europäische Parlament muss zwar beide Aufgaben im Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder und drei Fünftel der abgegebenen Stimmen beschließen, jedoch hat der Rat das letzte Wort über mehr als die Hälfte des EU-Haushalts. (vgl.: Tekin/Wessels 2007 S. 112).

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 gibt es im Haushaltsverfahren einige Veränderungen. Für die Finanzbestimmungen sieht der Lissabonner Vertrag eine dreistufige Normenhierarchie vor. In der ersten Normstufe ist eine Konsultation des Europäischen Parlaments und die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente vorgesehen. Als zweite Normstufe soll der „mehrjährige Finanzrahmen“ vertraglich verankert werden. Auf der dritten Normstufe wird dann der Jahreshaushalt der Union durch das Haushaltsverfahren nach Art. 314 AEUV beschlossen. Dieses Verfahren orientiert sich nun wesentlich am Mitentscheidungsverfahren. Nach der Forderung des Europäischen Parlaments kommt es beim Vertrag von Lissabon auch zur Abschaffung der obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben. Die Haushaltsgesetzgebung unterliegt künftig einer klaren Prüf- und Zustimmungspflicht, die durch die Staaten und ihre Parlamente ausgeübt werden (vgl.: Maurer 2009 S. 15). Laut Andreas Maurer *„ist das Parlament im Hinblick auf die Erstellung des Jahreshaushalts der EU gestärkt worden und trägt künftig mehr Verantwortung für die Verteilung der Finanzmittel der Union“* (Maurer 2009 S.15). Maurer kritisiert aber auch, dass *„durch die Abhängigkeit des Haushaltsverfahrens von den*

beiden anderen Normstufen [...], nicht das Parlament, sondern die Staaten über die längerfristige Ausgabenpolitik der Union entscheiden“ (Maurer 2009 S. 15).

5. Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament entwickelt sich immer mehr zu einem gewichtigen Teil der Europäischen Union und durch den Vertrag von Lissabon erhält es zudem zusätzliche Kompetenzen in verschiedenen Bereichen. (vgl. Kapitel 4). In diesem Zusammenhang erhalten auch die Fraktionen im Europäischen Parlament immer mehr an Bedeutung für den Gesetzgebungsprozess auf Ebene der Europäischen Union.

Im Europäischen Parlament findet man aber nicht ein Parlament im klassischen Sinne mit einem Gegenspiel von Regierung und Opposition. Der Politikwissenschaftler Jürgen Hartmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „*Hülse eines Parlamentsbetriebes*“. Zu einem weiteren Manko des Europäischen Parlaments zählt auch das in der Öffentlichkeit herrschende Bild einer Karriereendstation für Politiker und als „Abschiebeprozess“, weg von der nationalen hin zu einer europäischen Ebene. Eine Umfrage in diesem Zusammenhang zeigt, dass nur wenige Politiker ein Mandat in Brüssel anstreben, viele EU-Parlamentarier aber auf einen Einzug in nationale Parlamente hoffen. Ebenso ist der Frauenanteil im Europäischen Parlament um ein Vielfaches höher als in den nationalen Parlamenten, da die Parteien das Europäische Parlament dazu nutzen selbst erkorene Frauenquoten zu erreichen und sich mit dessen Umsetzung rühmen. Zudem kommt eine hohe Fluktuation an EU-Parlamentariern, wo viele meist nur eine Amtsperiode ihr Mandat ausüben und außerdem beinahe nie in höhere Positionen auf der Europäischen Ebene aufsteigen. In der Bevölkerung fallen auch die hohen Pendelkosten zwischen den verschiedenen Orten der Sitzungen auf. So wird nicht nur im Europäischen Parlament in Straßburg getagt, sondern auch auf den „Nebenschauplätzen“ Brüssel und Luxemburg. Ein Umstand der immerhin beinahe ein Viertel des gesamten Parlamentsbudgets auffrisst (vgl.: Hartmann 2001 S. 129-136). Parteien auf Europäischer Ebene können ebenso wie das Parlamentssystem nicht mit nationalen Parteien verglichen werden. Die im EU-Parlament vertretenen Parteien stellen lockere Zusammenschlüsse ideologisch verwandter nationaler Parteien dar. Dieser Umstand ist auch in der Bevölkerung bekannt und die meist lose geführten Wahlkämpfe für das EU-Parlament sorgen für eine geringe Wahlbeteiligung, meist nationale Themen und ein geringes Interesse bei der Bevölkerung. Diese Merkmale führen dazu, dass die Bevölkerungen der

Mitgliedsstaaten die Wahlen für nicht besonders wichtig halten und sich zusätzlich die Anerkennung für das EU-Parlament in Grenzen hält (vgl.: Hartmann 2001 S. 136-145). Es ist bekannt, dass die Europäische Union über ein eklatantes Demokratiedefizit verfügt. Viele Politikwissenschaftler, unter ihnen etwa Frank Decker und Jared Sonnicksen, schlagen in diesem Zusammenhang einen alternativen Demokratisierungsvorschläge vor, welcher eine Direktwahl vorsieht. Der *„unfertige Zustand der europäischen Demokratie gebietet es [...] sich über die institutionellen Strukturen der EU seine Gedanken zu machen“*, (Decker/ Sonnicksen 2009 S.161 bzw. vgl. Decker/ Sonnicksen S128 – 161) womit Decker und Sonnicksen auf einen stetigen Lern- und Verbesserungsprozess hinweisen. Axel Schäfer geht in diesem Zusammenhang noch weiter und fordert ein Gesicht für Europa. Er ist der Ansicht, dass die Parteien in ihren Fraktionen einen europaweiten Spitzenkandidaten bestimmen sollten, welcher sich zur Wahl stellen und bei einem Sieg Kommissionpräsident werden würde und man sich somit die langwierige Kommissionpräsidentensuche nach der Wahl ersparen könnte (vgl.: 2005 Schäfer S.253-258).

Dieser fortschreitende Denkprozess könnte naturgemäß auch zu einer neuen Nähe und mehr Vertrauen der Bürger führen, da sich hier ein gemeinsamer europäischer Wahlkampf herauskristalisieren würde und nicht mehr jede nationale Partei einen eigenen Europawahlkampf führen und eine europäische Partei europaweit kandidieren würde.

5.1. Die Europäischen Parteien

„Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei“ (vgl. Vertrag von Lissabon Art. 8 Abschnitt 4).

In der Entwicklung der Europäischen Union waren die Europäischen Parteien beinahe von Beginn an wichtige Akteure. Auf der Europäischen Gesamtebene kann man nicht von klassischen Parteien, ähnlich den im Nationalstaat bekannten Parteien ausgehen, vielmehr handelt es sich um Zusammenschlüsse in Fraktionen verschiedener ideologischer Ansichten. Ebenso wie im Parlament sind auch im Rat und der Kommission verschiedene Politiker vertreten die Mitglieder einer Partei sind, parteipolitisch betrachtet könnte man hier somit fast von einer Allparteienregierung sprechen, wobei schon klar ist, dass der Großteil von den beiden mächtigsten Fraktionen ausgeht. Nur weil man sich ideologisch vielleicht nahe steht, heißt es nicht, dass innerhalb der verschiedenen Fraktionen eine einstimmige Meinung herrscht, da auch hier die nationalen Interessen bei vielen an vorderster Front stehen oder, dass die Fraktionen nicht gezwungenermaßen mit den Regierungschefs der einzelnen

Nationen einverstanden sind. So sind zum Beispiel die sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten für eine Stärkung des Parlaments und eine Parlamentarisierung der Kommission und für eine Gleichstellung des Parlaments mit dem Rat, die sozialdemokratischen Regierungschefs Dänemarks und Schwedens sind jedoch dagegen. Neben diesem Konflikt kommt es auch innerhalb der Fraktionen zwischen den armen und reichen Ländern zu Brüchen (vgl.: Hartmann 2001 S.148-151).

5.1.1. Das Europäische Parteiengesetz

In einem am 1. Juli 1991 von den Vorsitzenden der sozialdemokratischen, christdemokratischen und liberalen Parteifraktionen an die Präsidenten des Rats, der Kommission und des Parlaments gerichteten Brief schlugen diese vor einen zusätzlichen Artikel über die Stellung der europäischen Parteien in den Vertrag von Maastricht aufzunehmen. Der vorgeschlagene Artikel lautet im Wortlaut:

„Europäische Parteien sind als Faktoren der Integration innerhalb der Union unerlässlich. Sie wirken mit bei der Konsensbildung und bei der Formulierung des Willens der Bürger der Union. Als Europäische Parteien sind die föderativen Vereinigungen von nationalen Parteien anzusehen, die in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der EG bestehen und die gleichen Orientierungen und Ziele haben; sie bilden im EP eine einzige Fraktion. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen“ (Buhr 2003 S. 38-39).

Zuerst ging die amtierende niederländische Präsidentschaft nicht auf den eingebrachten Vorschlag ein, er wurde erst später, zwei Tage vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Maastricht, in den Vertrag aufgenommen und unter dem Artikel 138a im EG-Vertrag angeführt (vgl. Buhr 2003 S. 38 – 40).

Die europäischen Parlamentsparteien sind keine Persönlichkeiten öffentlichen Rechts. Dies wirkt sich bei ihrer Arbeit nachteilig aus, da sie etwa keine Immobilien mieten oder kaufen, keine Mitarbeiter beschäftigen und keine Spendenquittungen ausstellen dürfen, somit sind sie in diesem Zusammenhang auf die Fraktionen angewiesen. Zudem kommt, dass auch die Bezeichnung „Europäische Partei“ nicht rechtlich geschützt ist und sich somit jeder nach dieser Bezeichnung richten und nennen kann. Ebenso sind auch die existierenden Parteiföderationen nicht geschützt. (vgl.: Buhr 2003 S. 77-79).

5.1.2. Parteienfinanzierung

Im Jahr 2003 beschloss die Europäische Union eine Bestimmung für die Parteienfinanzierung auf der EU-Ebene. Die Verordnung trat erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament

im Jahr 2004 in Kraft. Für das zweite Halbjahr 2004 waren im Haushalt des Europäischen Parlaments 6,5 Millionen Euro vorgesehen, eine Summe welche nach Ansicht vieler Exzerpten bald steigen wird, ähnlich wie die Parteifinanzierungen auf nationaler Ebene. Die Subventionen kommen im großen Teil den Parteibündeln zu Gute(vgl.: Arnim 2005 S.247-248). Im Jahr 2008 berichtet der Spiegel von Fördermittel in der Höhe von 10,6 Millionen, eine Steigerung in nur vier Jahren um beinahe 50 Prozent. (vgl.:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-55410932.html>)

Die primärrechtliche Grundlage der Verordnung bildet der Art. 191 EG welcher im Wortlaut folgenden Inhalt hat:

„Politische Parteien auf europäischer Ebene sind wichtig als Faktor der Integration der Union. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck“ zu bringen (Arnim 2005 S. 248) und im zweiten Absatz „Der Rat legt gemäß dem Verfahren des Art. 251 die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und insbesondere die Vorschriften über ihre Finanzierung fest“ (Arnim 2005 S.248). „Die politischen Parteien werden als Vereinigung von Bürgern definiert, welche politische Ziele verfolgen und nach der Rechtsordnung mindestens eines Mitgliedsstaates anerkannt oder in Übereinstimmung mit dieser Rechtsordnung gebildet wurden“ (Arnim 2005 S. 248).

Die politischen Parteien müssen vier festgelegte Voraussetzungen erfüllen (vgl. Arnim 2005 S.248-249):

1. Sie müssen in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren Sitz hat, Rechtspersönlichkeit besitzen
2. Sie müssen ferner in einer bestimmten Zahl von Mitgliedsstaaten ein bestimmtes Maß an Wahlerfolgen vorweisen können. Dies bedeutet in mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten in den Parlamenten vertreten zu sein und mindestens drei Prozent der abgegebenen Stimmen in jedem Mitgliedsstaat zu erhalten.
3. Sie müssen die Grundsätze der Europäischen Union akzeptieren.
4. Sie müssen an den Wahlen des Europäischen Parlaments teilnehmen oder zumindest die Absicht bekunden dies zu tun.

Nur wenn diese vier Voraussetzungen erfüllt sind erhält die Partei öffentliche Mittel. Die Aufteilung der Mittel regelt Art. 10 der Verordnung *„Ein kleiner Teil von 15 Prozent wird zu gleichen Teilen auf alle nach der Verordnung berechtigten Parteien auf europäischer Ebene aufgeteilt“ (Arnim 2005 S. 249) und „Der Löwenanteil von 85 Prozent ist allein für diejenigen nach der Verordnung berechtigten Parteien reserviert, die im Europäischen*

Parlament durch Abgeordnete vertreten sind [...]“ (Arnim 2005 S. 249). Dadurch enthält der Artikel die Zugangsvoraussetzung zum größten Anteil der Fördermittel, denn wer im Parlament nicht vertreten ist bekommt nur 15 Prozent der vorhandenen Fördermittel. An die öffentliche Finanzierung sind natürlich auch Bedingungen geknüpft. So ist die Annahme von Spenden über 12.000 Euro verboten, Spenden ab 500 Euro müssen bereits publiziert werden. Zudem unterliegen die gewährten öffentlichen Mittel der Finanzkontrolle gemäß den Haushaltsbestimmungen der EU. Darüber hinaus müssen zu Unrecht erhaltene Mittel an den Haushalt zurück bezahlt werden. Die neue Parteifinanzierung ist unübersehbar auf die drei größten Parteibünde, SPE, EVP und LIBE, zugeschnitten über die Jahre kamen aber noch andere Parteibünde hinzu (vgl.: Arnim 2005 S.249-253).

5.1.3.Aufgaben der Europäischen Parteien

Ebenso wie nationale Parteien haben auch Parteien des Europäischen Parlaments gewisse Aufgaben im Rahmen ihrer Tätigkeit zu Erfüllen.

Für die Gründung einer Partei ist es unerlässlich über ein Parteiprogramm zu Verfügen auf Grund dessen sie über eine Ideologie und eine eigene Identität verfügen. Im Rahmen dessen wird erwartet, dass die Parteien Stellung zu verschiedenen Thematiken und Problemlösungen für die Mitgliedsstaaten beziehen. Sie müssen jedoch nicht die Ziele der europäischen Integration in ihr Parteiprogramm aufnehmen. Die Teilnahme an Wahlen zum Europäischen Parlament ist eine der wichtigsten Aufgaben der Parteien, welche sich aus der systematischen Rückkoppelung der Parteien an das Europäische Parlament ergibt. Die Europäische Parlamentspartei kann als solche oder im Rahmen ihrer Mitgliedsparteien an den Wahlen teilnehmen. Beim Erwerb der Stimmen wird von den Parteien erwartet, dass sie die Wahlkampagnen führen und Vorschläge an die Öffentlichkeit richten. Diese Wahlkampagnen sollen nicht nur dem parteipolitischen Erfolg dienen sondern auch der Stärkung der Teilnahme an den Europawahlen und den Interessen der Bürger. Da für das Aufstellen der Kandidaten die Parteien der Mitgliedsländer zuständig sind soll eine Einbeziehung der Europäischen Parteien erfolgen auch um eine Eigenständigkeit dieser zu erlangen. Zu weiteren Aufgabengebieten der Parteien gehört die Einbeziehung der Bürger in den Integrationsprozess und die Bildung und Artikulation des politischen Bürgerwillens. Eine der wichtigsten Aufgaben der Parteien stellen die Öffentlichkeitsarbeit und Informationsfunktion dar. Der Informationsstand der einzelnen Bürger ist ein wichtiger Faktor für die Entstehung eines Bürgerwillens und eines eigenen Willensbildungsprozesses. Erst wenn man den Bürgern Wissen über die Arbeit des Parlaments bietet, kann eine weitere Anerkennung dieser

Funktionen und auch der Wahlen stattfinden. Aus diesem Aufgabengebiet kann man schließen, dass es nicht nur Aufgabe der Parteien der Mitgliedsländer sondern auch der Parteien des Europäischen Parlaments ist, Informationen über Europa zu liefern, In diesem Zusammenhang folgt auch ein weiteres Aufgabengebiet der Parteien, die Politische Bildung und Forschung. Als letztes wichtiges Geltungsgebiet der Europäischen Parlamentsparteien gilt die Einflussnahme auf die Unionsorgane. Neben der möglichen Beeinflussung der verschiedenen Organe kann auch von den Parteien eine gewisse Kontroll- und Kritikfunktion ausgeübt werden. Aufgrund der derzeitigen Darstellung der Europäischen Parlamentsparteien erfolgt jedoch mehr Einfluss- und Kontrollmöglichkeit von Seiten der Parteien der Mitgliedsländer. In diesem Bereich zeigt sich auch ein großer europäischer Lobbyismus, welche von den Mitgliedsstaaten in diesem Ausmaß nicht bekannt ist. Der Einfluss auf die Organe der Europäischen Union von den Parteien der Mitgliedsländer gründet auch daher, dass sie ihre politische Legitimation von diesen erhalten (vgl.: Papadopoulou 1999 S. 209-215).

5.2. Das Wahlsystem zum Europäischen Parlament

Der 26. April 1976 stellt ein wichtiges Datum für das europäische Wahlsystem dar. An diesem Tag wurde nämlich die Rechtsakte zur „Einführung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“ (Direktwahl) unterzeichnet und drei Jahre später, im Jahr 1979 fanden die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Damit wurde ein Versprechen nach 25 Jahren eingelöst, welches bereits in den Römischen Verträgen verankert war. Das Europäische Parlament verknüpfte mit der Direktwahl die Hoffnung einer raschen Parlamentarisierung der EWG. Diese Hoffnung sollte sich aber im Laufe der Jahre nur langsam erfüllen und führte auch auf Seiten des EP zu beträchtlicher Frustration (vgl.: Pollak/Slominsky 2006 S.36-38).

Das Wahlrecht bei Wahlen auf Unionsebene ist eines von sieben Unionsbürgerrechten (vgl.: Bieber/ Epiney/ Haag 2006 S. 59). In allen Staaten parlamentarisch-demokratischen Typs wie den Mitgliedsstaaten der EU, übt das Volk die Herrschaft unmittelbar durch die Wahlen zu den Parlamenten oder durch Stimmabgabe bei der Volksabstimmung aus. Das Wahlrecht besteht auf allen vorhandenen Ebenen, wie etwa auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. Beim Wahlrecht wird zudem zwischen einem aktiven und passiven Wahlrecht unterschieden. Bereits in den Römer Verträgen sah Artikel 21 EGKSV vor, dass die Abgeordneten *„einmal jährlich nach dem von jedem Hohen Vertragsschließenden Teil bestimmten Verfahren von den Parlamenten aus deren Mitte zu ernennen oder in allgemeiner*

direkter Wahl zu wählen sind“ (Suski 1996 S.75). Bis zum Jahr 1979 wurden die Abgeordneten zum EP aus der Mitte der nationalen Parlamente ernannt. Da keine Wahl durch die Bevölkerung stattfand, gab es nur eine mittelbare Legitimation. Das Kriterium der Allgemeinheit der Wahlen wurde nach den Gründungsverträgen insofern erfüllt, als zumindest die Parlamentarier der nationalen Parlamente nach ihren eigenen allgemeinen Wahlgesetzen gewählt wurden (vgl.: Suski 1996 S. 74-79). Ein weiteres Problem für die Wahlen zum EP stellen die unterschiedlichen Wahlsysteme in den Mitgliedsländern dar, womit eine gleiche Wahl eigentlich nicht möglich wäre. Die Wahlsysteme der 27 EU-Mitgliedsstaaten sind höchst unterschiedlich, betrachtet man die Wahlbestimmungen der einzelnen Länder. So sind das aktive und passive Wahlrecht und der Wahlmodus unterschiedlich. In diesem Bereich wurde von Unionsseite beträchtlich Anpassung vollzogen, so wurde etwa das aktive Wahlalter zumindest auf 18 Jahre gesenkt. In manchen Ländern wie etwa Österreich ist das aktive Wahlrecht schon mit 16 Jahren legitimiert. Einheitlich bei den Wahlen zum Parlament ist das Verhältniswahlrecht. So müssen auch Länder wie Großbritannien ihre Vertreter im EP nach dem Verhältniswahlrecht und nicht nach dem Mehrheitswahlrecht wählen (vgl.: Jesse 2008 S: 299 – 307).

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden seit dem Jahr 1979 gemäß Artikel 10 des Direktwahlaktes alle fünf Jahre statt. Die Wahl erfolgt nicht nach einem vollständigen einheitlichen Verfahren im Sinne von Art. 190 EGV. Stattdessen legt dieser Akt einige gemeinsame Grundzüge fest. Dies sind das Prinzip der Verhältniswahl, Wahldatum, Mandatsdauer, Unvereinbarkeiten und die Mandatsprüfung. Die Wahlperiode ist seit dem Jahr 1995 mit der Amtsperiode der Kommission synchronisiert. Seit dem Jahr 2004 darf neben einem europäischen Mandat kein nationales Mandat ausgeübt werden. Zuständig für die Durchführung der Wahl sind die Mitgliedsstaaten (vgl.: Bieber/ Epiney/ Haag 2006 S. 112-114).

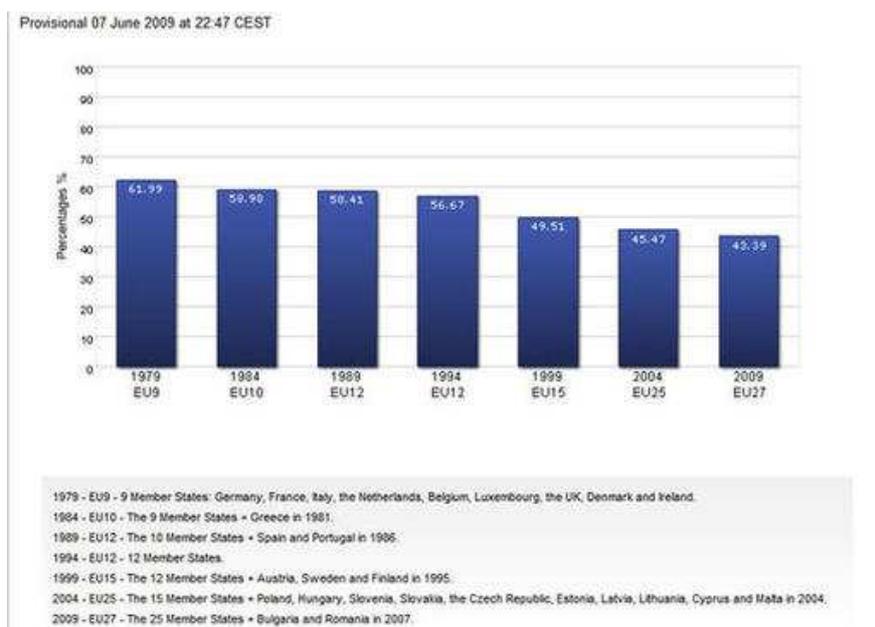
Mit dem Vertrag von Maastricht wurde zudem für die europäischen Bürger auch das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Kommunalwahlen in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat eingeführt. Das Recht für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist in der Richtlinie 93/109/EG verankert. Dieses Recht soll zur besseren Integration der Unionsbürger in ihrem Aufnahmeland sorgen. Für die Zulassung zu den EP-Wahlen gelten in diesem Sinne dann die gleichen Bedingungen wie für die Staatsangehörigen des Mitgliedlandes. Ausnahmeregelungen können aber Mitgliedsstaaten bilden, in welchen die dort ansässigen EU-Ausländer einen Anteil an der Gesamtwählerschaft von mindestens 20 Prozent haben. In diesem Fall kann eine längere Wohnsitzdauer als bei

Inländern für die Wahlberechtigung verlangt werden (vgl.:

http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=74&ftuId=FTU_2.4.html)

5.3. Die Wahlbeteiligung in den EU-Ländern

Blickt man sich die Wahlbeteiligungen der EU-Wahlen an so kann man daraus auch auf die Bedeutung des Europäischen Parlaments für die Europäische Bevölkerung schließen. Es ist zwar richtig, dass seit der EU-Osterweiterung 2004 die Wahlbeteiligung nochmals zurückgegangen ist und dies auch auf die historisch niedrige Wahlbeteiligung in Osteuropa schließen lässt. Man sieht aber in der angeführten Grafik von TNS Opinion einen stetigen Rückgang der Wahlbeteiligung, auch vor der großen Erweiterungsrunde im Jahr 2004. So gab es bei jeder Wahl immer weniger Wähler, welche zur Wahlurne gingen.



Grafik I: Wahlbeteiligung bei den Wahlen

Direktwahlen zum Europäischen Parlament finden seit dem Jahr 1979 statt und das Europäische Parlament ist das einzig direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Meinungsumfragen zeigen zwar, dass das Parlament in der Ansicht der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielt, dies sich jedoch nicht in der Wahlbeteiligung niederschlägt. Würde man darüber hinaus auch die Wahlpflicht in einigen Ländern wie Belgien und Luxemburg abschaffen so hätte man eine noch geringere Wahlbeteiligung. Zudem glaubt nur fast jeder zweite EU-Bürger, dass die Arbeit des Europäischen Parlaments Auswirkungen auf das tägliche Leben hat. Das Hauptproblem liegt laut Philipp Dreischer darin, dass die Bürger

„zwar wissen, dass das Europäische Parlament machtvoll und wichtig ist; sie wissen aber nicht, was es tut und spüren die Auswirkungen seiner Arbeit auf ihr persönliches Leben kaum“ (Dreischer S. 226). Eine weitere Umfrage zeigt, dass die Vermittlung in den Medien nur schwer möglich ist und Parlamentarier immer wieder über die schier unmöglich scheinende Tatsache stöhnen, ihre parlamentarische Arbeit in den Medien zu platzieren. Vergleicht man die Zahlen der Wahlbeteiligung mit dem Vertrauen in das Europäische Parlament so sieht man, dass die Wahlbeteiligung zwar stetig weniger wird, das Vertrauen in das Europäische Parlament hier aber kontinuierlich steigt. (vgl.: Dreischer 2006 S.221 – 233). Vergleicht man die Wahlbeteiligung in Österreich bei den Europawahlen 2009 mit dem Rest Europas so liegt Österreich mit 46 Prozent im Durchschnitt der Länder der Europäischen Union. Vergleicht man die bisher vier EU-Wahlen in Österreich so wurde 1994 die höchste Wahlbeteiligung mit annähernd 68 Prozent erreicht. Im Jahr 1999 sank die Wahlbeteiligung erstmals unter 50 Prozent auf 49 Prozent. Nachdem im Jahr 2004 nur mehr 42 Prozent zur Wahl gingen stieg sie wie bereits erwähnt im Jahr 2009 wieder an (vgl.: Grafiken auf <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/europawahl-2009/ergebnisse/>).

6. Der österreichische Wahlkampf zu den Europawahlen 2009

Der österreichische EU-Wahlkampf 2009 wurde kurz geführt und die Meinungsforscher hatten Probleme eine treffende Prognose für die Wahlen zu formulieren. Wegen der Wirtschaftskrise stieg auch die Zahl der EU-Befürworter und die Wahlbeteiligung sollte auch dieses Mal wieder etwas steigen.

Neben der Europäisierung der österreichischen Parteien sollen auch der Wahlkampf des Europäischen Parlaments, eine Analyse der Wahlen 2004 und die Kampagnen und Themen der EU Wahl 2009 in diesem Kapitel behandelt werden. Ebenso sollen die wahlwerbenden österreichischen Parteien untersucht werden.

6.1. Die Europäisierung der österreichischen Parteien

Um den österreichischen Wahlkampf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments 2009 besser darstellen zu können ist es wichtig, den Weg der Parteien seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 zu reproduzieren um die Haltungen besser zu verstehen. Aufgrund der Thematik der vorliegenden Diplomarbeit wird vor allem die FPÖ genauer dargestellt werden. Die anderen

Parteien sollen nur zum besseren Verständnis und im Sinne der Vollständigkeit behandelt werden.

6.1.1. Die Europapolitik der österreichischen Parteien bis zum Jahr 1995

Die europapolitischen Positionen seit dem Aufnahmegesuch Österreichs haben sich verändert. Beim Aufnahmegesuch stimmten damals die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie die FPÖ dafür und die Grünen dagegen. Eine Konstellation die heute wohl nicht mehr zu denken wäre (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S. 177-179).

Bei der FPÖ hieß es bereits im ersten Parteiprogramm aus dem Jahr 1955: *„Im Geiste der Freiheit bekennen wir uns zum Abendlande und wollen daher den europäischen Bund freier und gleichberechtigter Nationen und Staaten“*. (Pollak/ Slominski 2002 S.180). Im Jahr 1966 heißt es im Bad Ischler Programm im ersten Satz: *„Wir wollen den europäischen Bundesstaat, [...] eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Währungs-, Sozial- und Wissenschaftspolitik.“* (Pollak/ Slominski 2002 S. 180). Im Parteiprogramm 1985 spricht man sich klar für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft aus, jedoch unter ausdrücklicher Zusicherung der Neutralität. Die FPÖ wollte unbedingt in die EG und aus diesem Grund stimmte man auch gegen die Mitgliedschaft in der EFTA, da man hier eine Verzögerung einer Integration in die EG befürchtete. Nach dem Erklimmen der Parteispitze durch Jörg Haider war die FPÖ die erste Partei in Österreich die sich für die Vollmitgliedschaft stark machte. Im November 1987 brachte man im Nationalrat einen diesbezüglichen Antrag ein. Als sich zu Beginn der 1990er Jahre die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Europa änderte, änderte sich auch die Politik der FPÖ im Zusammenhang mit Europa und einem Beitritt. Zu Beginn der 1990er Jahre wurde es für die FPÖ nun wichtiger ihre Stimmen zu maximieren und so lehnte man 1991 bzw. 1992 einen EWR Beitritt sowie einen EG/EU Beitritt ab. Die ständigen Meinungswechsel innerhalb der Freiheitlichen führten jedoch nicht zu einer Stimmenmaximierung sondern zu einem bei den Wählern unverständlichen Kurs im Zusammenhang mit der Europapolitik (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S. 180-181).

Die SPÖ entwickelte sich unter der Führung von Franz Vranitzky von einer europaskeptischen Partei zu einem eindeutigen Befürworter für Europa. Man erhoffte sich Modernisierungsschübe und zudem wollte man die Themenführerschaft in Zusammenhang mit Europa und der Europäischen Union nicht der Volkspartei überlassen. Außerdem dürfte die Drohung der ÖVP mit einem fliegenden Koalitionswechsel im Falle eines Neins der SPÖ

zusätzlich die Meinung beeinflusst haben. Die ÖVP bemühte sich jahrelange um einen Beitritt zur EG/EU und kann daher sicherlich als integrationspolitisch treibende Kraft bezeichnet werden. Zu den vehementesten Befürwortern eines Beitritts zählen an vorderster Front Vizekanzler und Außenminister Alois Mock und Andreas Khol. Die ÖVP verstand sich dabei als Motor der österreichischen Europapolitik. Im Parteivorstand 1988, also nach der FPÖ fasste man den Beschluss Österreich zur vollen Mitgliedschaft in der EG zu führen. Die ÖVP erhoffte sich durch die pro-europäische Haltung einen Vorteil bei den nächsten Nationalratswahlen. Die Grünen galten als die größten Europaskeptiker zum Ende der 1980er Jahre. Im Jahr 1991 wollten sie mit der Hilfe eines Volksbegehrens eine Volksabstimmung über einen Beitritt erreichen, dies gelang aber nicht (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S.180 – 182).

6.1.2. Die Positionen der Parteien nach dem EU-Beitritt.

Die FPÖ entwickelte sich nach dem EU-Beitritt zu einem vehementen Kritiker der Europäischen Union und in diesem Zusammenhang präsentierte sich die FPÖ immer wieder als Patriotenpartei und als Österreichpartei. In der Debatte um die Zukunft für Europa engagierte sich die Partei für die Einbeziehung der Bürger in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess. Die FPÖ rückt weg vom Gedanken eines Bundesstaates und betont immer wieder die Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Forderungen für eine stärkere Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik sprechen eigentlich gegen diesen Gedanken. Die FPÖ äußert immer wieder unterschiedliche und widersprüchliche Aussagen im Zusammenhang mit der Europäischen Union (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S. 188 – 190)

Die FPÖ sprach sich klar gegen den Vertrag von Lissabon aus und erhob nach dem Inkrafttreten am 1. Dezember 2009, im Februar 2010 Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Obmann Heinz- Christian Strache erklärte abermals, dass der Vertrag „ein *EU-Diktat*“ und eine *Bedrohung für die Souveränität des Landes darstelle*“ (http://derstandard.at/1266541153675/FPOe-will-EU-Vertrag-bei-Hoehstgericht-anfechten?sap=2&_seite=2) und das einzige Mitglied der FPÖ im Europäischen Parlament, Andreas Mölzer, warnte abermals vor einem Verlust der österreichischen Neutralität durch den Vertrag von Lissabon und der Gefahr eines türkischen Beitritts und einem damit im Zusammenhang stehenden Einsatz der österreichischen Soldaten bei einem Krieg gegen die Kurden (vgl.: http://derstandard.at/1266541153675/FPOe-will-EU-Vertrag-bei-Hoehstgericht-anfechten?sap=2&_seite=2).

Nach dem in Kraft treten des Vertrages von Nizza forderte die SPE eine Verbindung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Verantwortung. Die SPÖ sprach sich im Laufe der Entwicklung der EU immer wieder für eine Zunahme der Legitimation aus. Zu Beginn galt aber vor allem die Frage der Neutralität auch in der SPÖ als eine der Wichtigsten. Die SPÖ bekennt sich heute voll und ganz zur Europäischen Union und legt dabei besonderen Wert auf die sozialen Komponenten. Sie sprach sich für den Vertrag von Lissabon aus, auch wenn diese nach der starken Kritik der auflagenstärksten Zeitung in Österreich, der Kronen Zeitung, dem anschließenden Brief von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und dem damaligen Infrastrukturminister und heutigem Bundeskanzler Werner Faymann einen Schwenk in ihrer Europapolitik bedeutete. In diesem Brief versprach die SPÖ in Zukunft die Bevölkerung über Verträge abstimmen zu lassen, man darf aber gespannt sein, wie dies in Zukunft wirklich gestaltet wird. Der EVP forderte immer eine Verfassung für Europa und als Teil der Fraktion unterstützte diesen Kurs auch die ÖVP. Die ÖVP spricht sich ebenso wie die SPÖ für eine Ausweitung der demokratischen Möglichkeiten aus. Darüber hinaus sprach sich die ÖVP klar und eindeutig für den Vertrag von Lissabon aus und hofft immer wieder als einzige „wahre“ Europapartei in Österreich zu punkten. Die Grüne Fraktion spricht sich bereits Mitte der 1990er Jahre für eine Verfassung aus, welche die Rechte der Bürger der Union, die Kompetenzen der europäischen Institutionen und der mitgliedsstaatlichen Entscheidungsebenen definieren soll. Im Jahr 2001 setzten sich die Grünen stark für eine EU-Osterweiterung ein und auch die Grünen sagten Ja zum Vertrag von Lissabon (vgl.: Pollak/Slominski 2002 S. 187 – 193).

Die Liste um Hans Peter Martin entwickelte sich erst nach dem Zerwürfnis mit der SPÖ. Hans Peter Martin gilt vor allem durch die Unterstützung der Kronen Zeitung als glaubwürdigster EU-Kritiker und Kämpfer gegen Missstände in Europa. Hans Peter Martin sprach sich ebenso wie das BZÖ gegen den Vertrag von Lissabon aus. Interessant im Zusammenhang mit dem BZÖ ist, dass gerade der Vertrag von Lissabon dem BZÖ und ihrem Spitzenkandidaten Ewald Stadler ein Mandat im Europäischen Parlament sicherte.

6.1.3. Die Kooperation und Fraktionen der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament

Die Freiheitlichen wurden am 5. Oktober 1979 in die Liberale Weltunion, welche später in Liberale Internationale umbenannt wurde, aufgenommen. Die Aussagen des Parteiobmanns Jörg Haider, vor allem im Zusammenhang mit nationalsozialistischer Vergangenheit Österreichs, führten danach immer wieder zu Spannungen mit der Liberalen Internationale.

Im Jahr 1993 injizierte die FPÖ das Volksbegehren „Österreich zuerst“ in welchen teils xenophobe Positionen vertreten wurden, welches als Schlusspunkt einer Entfremdung von den liberalen Schwesternparteien gesehen werden kann. Die FPÖ kam aber den drohenden Ausschluss aus der Liberalen Internationale zuvor und heute ist die FPÖ trotz mehrfacher Versuche einer Gründung einer Rechtsfraktion in keiner Fraktion, wenn gleich dieses Versuch bis dato einmal für eine kurze Zeit gelang, vertreten (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S. 185). Die SPÖ ist in der Sozialdemokratischen Partei Europas engagiert und nimmt dort immer wieder führende Positionen ein. Die ÖVP ist Teil der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten. Die Grünen sind Mitglied in der Fraktion der Grünen und Europäischen Freien Allianz. Die anderen, nach den Wahlen 2009 im EU-Parlament vertretenen Parteien, Liste Martin und BZÖ gehören, wie die FPÖ, keiner Fraktion an (vgl.: Pollak/ Slominski 2002 S. 184 – 187).

6.2. Rückblick auf den EU-Wahlkampf 2004

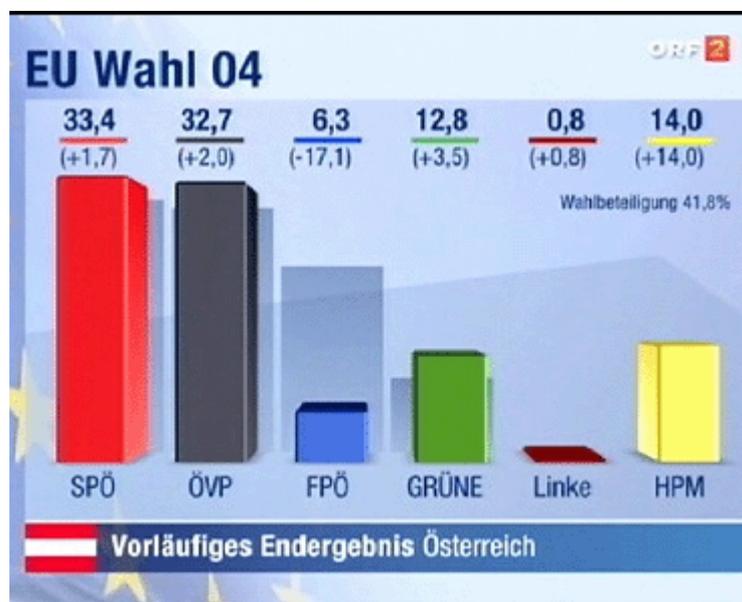
Der Europa Wahlkampf 2004 brachte einige Besonderheiten im Vergleich zum Wahlkampf davor. Erstens erreichte eine Unabhängige Liste einen überraschenden Erfolg und zweitens wurde der Niedergang der FPÖ bei den Europawahlen 2004 fortgesetzt. Österreich befand sich im Jahr 2004 in einem Superwahljahr, unter anderem wurden die Landtage in Salzburg und Kärnten gewählt, und die vorhandene EU-Skepsis der Österreicher brachte die niedrigste Wahlbeteiligung bei Europawahlen bis zu diesem Zeitpunkt. Die EU-Skepsis wurde sicherlich durch die EU-Sanktionen im Jahr 2000 und die innenpolitische Diskussion um Europa, welche mit sehr viel Emotionalität abgehalten wurde, ausgelöst. Das Argument des Landesverrats im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen wurde vor allem von den Regierungsparteien ÖVP und FPÖ stark transportiert. Zudem beherrschten die Themen des Transits und das Nahe Atomkraftwerk Temelin, wogegen die FPÖ im Jahr 2002 ein Volksbegehren gegen Temelin startete (900.000 Österreicher nahmen Teil), die Innenpolitik im Zusammenhang mit der EU. Diese Themen verstärkten unter anderem den Eindruck, dass Österreich sich nicht genügend Gehör auf Ebene der Europäischen Union verschaffen kann (vgl.: Picker/ Zeglovits 2005 S. 234-237).

Neben den vier Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne), welche im österreichischen Nationalrat vertreten waren kandidierten auch die „Opposition für ein solidarisches Europa – Europäische Linke, Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und Unabhängige (Linke)“ sowie die „Liste Dr. Hans-Peter Martin – Für echte Kontrolle in Brüssel (MARTIN)“. Vor allem die Liste Martin sollte ein überraschendes Ergebnis liefern. Hans-Peter Martin kandidierte bei den

Europawahlen 1999 noch für die SPÖ, kandidierte aber nach längeren Streitereien als eigene Liste mit der Fernsehmoderatorin Karin Resetarits am zweiten Listenplatz (vgl.: Picker/Zeglovits 2005 S. 239-241).

Die SPÖ setzte sich mit ihrem Spitzenkandidaten Hannes Swoboda das Ziel seine bei den Wahlen 1999 erreichten sieben Mandate zu halten und durch die Reduktion von 21 auf 18 Europaabgeordneten aus Österreich, strebte man daher eine Stimmensteigerung an. Die Grundhaltung im Wahlkampf der SPÖ waren die Kritik an den Regierungsparteien mit einer verknüpfenden Kritik am neoliberalen Stil der Regierung und der EU. Der Leitslogan stellte „Österreich muss wieder gehört werden“ dar und galt ebenfalls als Kritik an der Regierung. Zudem wahlkämpfte man gegen Transit, Arbeitslosigkeit, Konzerne, welche gegen die Menschen arbeiten und die Liberalisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge. Die Regierungspartei der ÖVP versuchte sich als klare Europapartei zu positionieren. Die Spitzenkandidatin der ÖVP Ursula Stenzel wollte ebenso die sieben Mandate der letzten Wahlen halten. Im Wahlkampf forderte sie einen europäischen Zusammenhalt und Zukunftschancen. Alles im allem führte die ÖVP den europafreundlichsten Wahlkampf. Die FPÖ verlor ihren Nimbus als einzige europakritische Partei, dennoch wollte man Missstände innerhalb der EU aufzeigen. Zudem spielten die Themen Irakkrieg, Atomausstieg der EU, Erweiterungsstopp und ein Nein zum EU-Beitritt der Türkei eine Rolle. Im Laufe des Wahlkampfes konzentrierte man sich auf gezielte Attacken auf die SPÖ und ihren Spitzenkandidaten, welchen man während der EU-Sanktionen Landesverrat vorwarf. Die FPÖ war aber innerlich gespalten und war geprägt durch einen Richtungsstreit zwischen dem eigentlichen Spitzenkandidaten Hans Kronberger, einem gemäßigten Pragmatiker, und Andres Mölzer, ein Vertreter der rechten Basis. Mölzer führte einen erfolgreichen Personenwahlkampf und konnte damit das, nach der Wahl, einzige Mandat der FPÖ erreichen. Die Grünen setzten die Linie der Europäischen Grünen auch im österreichischen Wahlkampf fort und zudem setzte es ebenfalls Kritik an der Regierung, der Atompolitik, dem Neoliberalismus und ein klares Nein für einen NATO-Beitritt. Hans-Peter Martin setzte mit seiner Liste nicht auf klassische Wahlwerbung sondern er nutzte die Öffentlichkeitsarbeit als Wahlkampfstrategie. Seine größte Stütze im Wahlkampf stellte die Kronen Zeitung dar, welche Hans-Peter Martin durch ausführliche Berichte im Kampagnenformat unterstützte. Das Wahlbündnis zwischen der „Linke“ und der KPÖ setzte mit Spitzenkandidat Leo Gabriel auf die Themen „Sozialabbau“, „Privatisierung“, „Aufrüstung der EU“ und „Widerstand gegen Krieg“ (vgl.: Picker/ Zeglovits 2005 S. 241-244).

Die Medien thematisierten vor allem Fragen nach den Spesen für EU-Abgeordnete, dem möglichen EU-Beitritt der Türkei, dem Verhalten der SPÖ, speziell ihres Spitzenkandidaten, während den EU-Sanktionen und der Atompolitik der EU. Zum Verlauf muss man sagen, dass vor allem Hans-Peter Martin, auch dank der Unterstützung der auflagenstärksten Zeitung Österreichs, die anderen Parteien in den ersten vier Wahlkampfwochen vor sich hertrieb. Desto näher der Wahltag rückte, desto mehr setzte ein „Negative Campaigning“ von Seiten der Regierungsparteien in Richtung SPÖ ein. Viele hitzige Diskussion folgten, etwa warf der SPÖ-Abgeordnete Josef Broukal während einer Debatte über die Sanktionen den Regierungsparteien vor „dem Nationalsozialismus nachzutruern“ (Picker/ Zeglovits 2005 S.245). Die Regierungsparteien zeigten sich bestürzt und forderten den Rücktritt Broukals, einige Zeit später konnte sich auch SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer nicht mehr beherrschen und warf den Ausdruck „Pogrom-Stimmung“ in die Runde. Alles drehte sich nun wieder um die Vergangenheitsbewältigung. Die eigentlichen Inhalte der Parteien, welche sie etwa auf ihren Wahlplakaten propagierten kamen zu kurz und so war wieder ein Europawahlkampf von wenigen emotionalen Themen bestimmt, welche zumeist den Nationalstaat und nicht der EU zugeordnet werden konnten (vgl.: Picker/ Zeglovits 2005 S. 244-246).



Grafik II: EU-Wahl 2004 (Anm.: es handelt sich hierbei um das endgültige Wahlergebnis und nicht um das vorläufige Wahlergebnis)

Die oben angeführte Grafik zeigt, dass die SPÖ knapp als Sieger der EU-Wahlen 2004 hervorging. Den stärksten Zugewinn (14%) konnte sich Hans-Peter Martin bei seinem ersten

Antreten sichern. Die FPÖ verlor 17,1 Prozent und landete auf dem fünften Platz. Die Querelen innerhalb der Partei zeigten somit auch bei den EU-Wahlen ihre Wirkung. Die Wählerstromanalyse von SORA zeigt zudem, dass die FPÖ die meisten Wähler, (102.000) an die Liste Martin verlor, zudem blieben beinahe 410.000 FPÖ-Wähler der letzten Wahl zu Hause. Hans-Peter Martin zog neben der FPÖ, der SPÖ mit 88.000 Stimmen die meisten Wähler ab, danach folgte die ÖVP mit 54.000 Stimmen. Man kann sicherlich behaupten, dass das Antreten von Hans-Peter Martin ein besseres Ergebnis der beiden Großparteien verhindert hat (vgl.: <http://www.sora.at/de/start.asp?b=59>).

6.3. Wahlprognosen

Vor Wahlen haben bekanntlich immer wieder Meinungsforscher Hochsaison um die Prognosen vor den Wahlen abzugeben. Vor den EU-Wahlen fiel es Meinungsforschern schwer richtige Prognosen zu stellen. Zudem erschwerten bei den EU-Wahlen die Wirtschaftskrise, die hohe Zahl an Nichtwählern aber auch die hohe Zahl der EU-Befürworter die Meinungsprognosen. Im gesamten Wahlkampf sahen die Meinungsforscher ein Kopf-an-Kopf Duell zwischen SPÖ und ÖVP. Peter Hajek und Wolfgang Bachmayer (OGM) zeigten sich vor der Wahl einig darüber, dass sich diese Parteien im Vorteil befinden, welche ihre Wähler am besten mobilisieren können. Darüber hinaus sieht Hajek ein Mobilisierungsproblem bei EU-kritischen Parteien, nicht aber bei EU-freundlichen Parteien. Die FPÖ, welche mit harten Wahlslogans für heftige Diskussionen sorgte, versuchte laut Hajek mit allen möglichen Mitteln ihre Leute zur Wahl zu bringen. Bachmayer fand im Zuge der Umfragen ein für ihn seltsames Phänomen, nämlich dieses, dass durch die Wirtschaftskrise die Zahl der EU-Gegner gesunken sei (vgl.: <http://euwahl09.orf.at/stories/1603557/>).

Nach der letzten Wahl im Jahr 2004 lag die SPÖ als stimmenstärkste Partei bei 33,4 Prozent (sieben Mandaten), die ÖVP bei 32,7 Prozent (sechs Mandaten), die Liste Martin bei 14 Prozent (zwei Mandate), die Grünen bei 12, 8 Prozent (zwei Mandate) und die FPÖ bei 6,3 Prozent (ein Mandat).

Anfang April veröffentlichte „Die Presse“ ihre erste EU-Wahlprognose auf der Grundlage von Einschätzungen des Trinity College in Dublin und der London School of Economics. Darin sahen die Forscher rund um Simon Hix die SPÖ, weiterhin als stimmenstärkste Partei mit sechs Mandaten, die ÖVP folgte danach mit fünf, die FPÖ sollte demnach zwei Mandate dazugewinnen, Grüne und BZÖ sollten zwei bzw. ein Mandat erhalten. Nach dieser Prognose sollte Hans-Peter Martins Liste nach der Wahl nicht mehr im EU-Parlament vertreten sein.

Stärkste Kraft sollte auch nach der Wahl die EVP sein (vgl.:

<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/468236/index.do>).

Eineinhalb Monate später veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut Market die nächste Umfrage zur EU-Wahl bei welcher die SPÖ (29%) trotz starker Verluste weiterhin die Nummer eins Position halten sollte. Als großer Wahlverlierer galt nach dieser Umfrage die ÖVP welche mit einem Minus von fast sechs Prozent nur mehr 27 Prozent der Stimmen erreichen sollte. Ebenso sollten die Grünen (-4,8 Prozent) und die Liste Martin (-1 Prozent) mehr oder weniger stark verlieren. Als großer Wahlgewinner nach dieser Umfrage galt die FPÖ mit 16 Prozent der Stimmen oder einem Plus von 9,7 Prozent. Das BZÖ sollte fünf Prozent schaffen. Jedoch konstatierten hier die Meinungsforscher, dass die EU-Wahl noch nicht im Bewusstsein der Menschen zu finden ist und dadurch auch sehr viele unentschlossene Stimmen herumschwirren (vgl.: <http://euwahl09.orf.at/stories/1603557/>).

Ende Mai sollte Hans-Peter Martin in den Wahlprognosen deutlich aufholen. Nach der Prognose des Trinity College und der London School of Economic, welche Martin noch Anfang April noch wenig Chancen gaben, sahen diese ihn Ende Mai bei zwei Mandaten und 15 Prozent (+ ein Prozent). Die SPÖ lag bei 28 Prozent, gefolgt von der ÖVP mit 26 Prozent. Die FPÖ legte auf 15,1 Prozent zu und wäre somit die drittstärkste Kraft, da die Grünen nur bei 8,7 Prozent landen sollten. Dem BZÖ wurden jetzt 7,3 Prozent prognostiziert (vgl.: <http://www.salzburg.com/online/thema/thema+eu-wahl/Liste-Martin-holt-in-Wahl-Prognosen-deutlich-auf.html?article=eGMmOI8V5CIeeLYRI023KtGQLSOPATyvyzeahAd&img=&text=&mode=&>).

Das Meinungsforschungsinstitut OGM lieferte im Auftrag von News Ende Mai ein der Wahl sehr nahe kommendes Ergebnis. Demnach sollte die ÖVP stimmenstärkste Partei mit 30 Prozent der Stimmen werden, großer Verlierer der Wahl sollte demnach die SPÖ mit nur mehr 26 Prozent sein. Die Liste Martin müsste sich nach dieser Prognose der FPÖ (16 Prozent) geschlagen geben, da sie nur noch 14 Prozent erreichen sollte. Die Grünen sollten acht Prozent und das BZÖ fünf Prozent erreichen (vgl.: <http://www.ogm.at/wahl/eu09.gif>).

6.4. Wahlkampagne des Europäischen Parlaments

Neben den einzelnen Parteien machte auch das Europäische Parlament eine Kampagne zu den Wahlen 2009. Mit dieser wollte man vor allem junge Wähler ansprechen und gegen das Phänomen der Nichtwähler ankämpfen, da die Zahl der Personen, welche nicht zu einer EU-

Wahl gehen pro Wahl kontinuierlich steigt. Diese europaweite Informationskampagne zur Europawahl war die Erste von Seiten des Europäischen Parlaments.

Neben klassischen Informationsangeboten und Werbung wurde diesmal besonders stark das Internet aktiv genutzt. Dabei warb man nicht nur auf eigens eingerichteten Internetseiten sondern nutzte auch das Web 2.0 für Informationsverbreitung. Ein neues Phänomen, welches auch noch bei der Behandlung des Wahlkampfes der österreichischen Parteien genauer untersucht werden wird. Neben Twitter, wo insgesamt 2189 Kurznachrichten abgesetzt wurden, warb man auf Flickr mit insgesamt 659 Fotos vom Parlamentsalltag sowie auf Facebook, wo man 50.000 Fans erreichen konnte. Auf dem MySpace-Profil des Europaparlaments fanden sich rund 100.000 Besucher ein. Die Internetseite des Europäischen Parlaments registrierte in der Woche vor der Wahl insgesamt zwei Millionen Besucher (vgl.: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20090608STO56953+0+DOC+XML+V0//DE>). Besonders originell präsentierte man sich auf YouTube. Die Videos welche das Thema „Zeit zum Wählen ist immer“ thematisieren entwickelten sich zum Renner. Im ersten Video sieht man eine Horrorfilmszenierung, in welcher eine Frau vor einem Zombie in ein Wahllokal flüchtet und danach unter Schreien ihre Stimme abgibt, ebenso ihr Verfolger nimmt sich die Zeit zum Wählen. Im zweiten Spot sieht man ein Radrennen, in welchem die Teilnehmer vor einem Wahllokal von ihren Rädern absteigen um zu Wählen. Der dritte Spot handelt von einer Bande, welche sich nach einem Überfall ebenso Zeit zum Wählen nimmt. Die Wahlwerbspots können unter „at the polling station“ auf YouTube angesehen werden. Neben den bereits erwähnten Aktionen im Internet startete man mit Großinstallationen, Europa-Boxen, in welchen die Bürger Chance hatten ihre Wünsche für Europa zu Äußern, TV-Spots mit bekannten Persönlichkeiten und über 20.000 Plakaten in mehr als 200 Städten. Die Informationskampagne fand Unterstützung bei verschiedenen Medien und von Seiten der EU nicht näher genannten Partnern. Insgesamt lagen die Kosten für die Kampagne laut dem Europäischen Parlament bei 18 Millionen Euro (vgl.:

<http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2009/Aktuell-2009-Mai/Aktuell-2009-Mai-1.html;jsessionid=2FF707B9D619B9A1F77023A837B8D703>).

Von Seiten des Europäischen Parlaments wurden verschiedene Themen vorgegeben, welche eine große Bedeutung für das tägliche Leben der EU-Bürger haben:

- Energie
- Finanzmarkt
- Verkehr

- Sicherheit
- Wissenschaft
- Bildung
- Verbraucherschutz
- Migration
- Antidiskriminierung
- Standardisierung

Danach wählte jeder Mitgliedsstaat vier Motive mit der für ihn passenden innenpolitischen Situation aus.

Für Österreich wurden folgende Motive gewählt:



Grafik III und Grafik IV – Wahlwerbung des Europäischen Parlaments



Grafik V und Grafik VI – Wahlwerbung des Europäischen Parlaments

Interessant ist, dass hier gerade vier Motive zu Themen ausgewählt wurden, welche nur teilweise im Wahlkampf vorgekommen sind. Verbraucherschutz und Zukunftsinvestitionen

wurden so gut wie gar nicht thematisiert. Die Sicherheitsthematik und der Klimaschutz waren Teil der Wahlkampfthematik.

Ebenso präsentierte das EU-Parlament gemeinsam mit verschiedenen Fernsehsendern vier Wochen vor dem Wahltag einen überparteilichen Spot zur EU-Wahl. Mit dem Motto „Wie werden die Nachrichten von morgen ausschauen“ wies man die Bürger der Mitgliedsländer daraufhin, dass sie dies mitbestimmen können. Die Inhalte sollten als Wünsche der verschiedenen EU-Bürger dargestellt werden. Darüber hinaus wurde der Spot mit mehreren Sprachen gemischt. Der 30 Sekunden lange Spot kann auf www.europarl.at abgerufen werden (vgl.:

http://www.europarl.at/ressource/static/files/EPIOs_campaign_presentation__13032009_DE.pdf).

6. 5. Die Themen der Parteien und ihre Spitzenkandidaten

Bei den EU-Wahlen 2009 kandidierten insgesamt acht Parteien. Neben SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, Liste Martin und BZÖ auch die Jungen Liberalen (Julis) und die KPÖ. Aufgrund der politischen Relevanz werde ich mich in meinen Darstellungen nicht mit KPÖ und Julis befassen. Die Reihung erfolgt nach dem Wahlergebnis der EU-Wahlen 2004.

6.5.1. SPÖ und Hannes Swoboda

Die SPÖ bezog sich bei ihren Themen auf klassische sozialdemokratische Ziele, bei welchen man sich vor allem zu Zeiten der Wirtschaftskrise Zusprüche von Seiten der Wähler erhoffte. Schon Mitte April versprach Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter in einem Gespräch mit der Kleinen Zeitung einen „*harten aber fairen Wahlkampf zu führen*“ und zudem wurde FPÖ Spitzenkandidat Andreas Mölzer und seine laut Kräuter „*Nationalstaatstheorien*“ schon zu Beginn attackiert (<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1905775/index.do>).



Grafik VII: SPÖ – Wahlwerbung

Die SPÖ stellte bei ihrer Wahlwerbung insgesamt acht Kandidaten auf das Wahlplakat. An vorderster Front befindet sich Hannes Swoboda mit seiner markanten roten Brille und der Wahlspruch „Das A Team für Europa“. Was genau mit A-Team gemeint ist, ließ Swoboda offen, man kann jedoch vermuten, dass dahinter die Botschaft des österreichischen Teams im Europaparlament steht. Daneben wurden auch Wahlplakate mit Slogans wie „Wer schaut in Europa auf die Arbeitsplätze“ oder einem sieben Punkte Programm präsentiert.

Schon beim Wahlkampfauftakt der SPÖ unter der Moderation von Dominic Heinzl und französischen Klängen propagiert Hannes Swoboda ein neues Europa nach der Krise. Swoboda versprach im Wahlkampf alles daran zu setzen der steigenden Arbeitslosigkeit in Europa nach der Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Arbeitsplatzsicherung, Wachstum, Beschäftigung und Innovation stellen im SPÖ-Wahlprogramm richtungsweisende Thematiken dar. Einen Angriffspunkt bekam Swoboda während des Wahlkampfes von seiner Frau zu gespielt, da diese als Firmenchefin von Siemens Österreich mehrere hunderte Mitarbeiter beim Arbeitsmarktservice meldete. Einen weiteren Punkt des SPÖ-Wahlprogrammes stellten Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation dar. Eines der Grundprinzipien der SPÖ sollte auch in diesem Wahlkampf wieder ein Thema sein. Die Gleichbehandlung und Gleichstellung von Mann und Frau sollen nicht nur europaweit sondern weltweit gelten. Ebenso sollen Frauen und Männern eine gleichberechtigte Beteiligung in den Institutionen und Gremien der EU ermöglicht werden (vgl.:

<http://www.dasjournal.net/news/172/ARTICLE/21058/2009-05-16.html>).

Das A-Team rund um Swoboda und Evelyn Regner forderte im Wahlprogramm der SPÖ ebenso, dass gerade junge Menschen nicht die Schulden für die Wirtschaftskrise zahlen dürfen, daher will sich die SPÖ vor allem für deren Anliegen einsetzen. Als ein weiterer Hauptpunkt des Wahlprogramms kann die Einbindung der Jugendlichen in die EU und die Interessensförderung gesehen werden. Ebenso wirbt die SPÖ für europaweite Maßnahmen gegen die Kriminalität und einen Schutz vor Spekulanten. Ein weiterer Punkt im 35 Seiten starkem Wahlprogramm stellt die Rolle Europas als Friedensmacht und den Raum der Sicherheit und Freiheit in den Mittelpunkt. Im Wahlprogramm selbst werden auch die bereits erbrachten Leistungen der SPÖ im EU-Parlament erwähnt (vgl.: Europawahlprogramm der SPÖ 2009).

6.5.2. ÖVP und Ernst Strasser

Als die ÖVP nicht wie erwartet Othmar Karas als Spitzenkandidaten, sondern mit Ernst Strasser einen eher EU-kritischen Kandidaten für die EU-Wahl aufstellte, drohte innerhalb der

Volkspartei eine Spaltung in zwei Lager. Die Kronen Zeitung zeigte sich am 26. April erfreut über den Richtungswechsel innerhalb der ÖVP und stellte die sogenannte Rebellen-Gruppe, welche weiterhin Othmar Karas favorisierte, als ehemalige Wahlverlierer hin. Karas entschloss sich mit den mitwirkenden Personen rund um Erhard Busek, Josef Riegerl, Wolfgang Schüssel und Josef Taus zu einem Listenwahlkampf und konzentrierte sich ab diesem Zeitpunkt meist auf die eigene Darstellung als auf die Darstellung des eigentlichen Spitzenkandidaten oder der Partei.



Grafik VIII: ÖVP-Wahlwerbung

Wie beim oben abgebildeten Wahlplakat der ÖVP sieht man, dass sich die ÖVP als Europapartei positionieren möchte und die Wichtigkeit Europas, vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise“ in den Vordergrund rückt. Auf weiteren Wahlplakaten sieht man den Spitzenkandidaten Strasser ebenso auf eigenen Wahlplakaten, wie den Zweiten der ÖVP-Liste Karas. Offen bleibt die Frage, warum die Europafahne mit nur einem Stern gezeigt wurde. Eine Erklärung für den einzelnen Stern könnte sein, dass dieser für Österreich steht. Ebenso wie die Wahlplakate zieht sich die Darstellung als europafreundlichste Partei Österreichs auch durch das Wahlprogramm, unter anderem werden die Vorteile der Mitgliedschaft in der EU in der Wirtschaftskrise erläutert. Die Wirtschaftskrise und deren Bewältigung befinden sich im Mittelpunkt des Wahlprogrammes. Darin sind etwa Forderungen einer gemeinsamen europäischen Finanzmarktaufsicht, einer europäischen Rating-Agentur als ein Gegengewicht zu den Ratingagenturen in den Vereinigten Staaten von Amerika und einer Stärkung der ökosozialen Marktwirtschaft zu finden. Ebenso wird ein Europa gefordert, welches die Menschen schützt und erwähnt, dass das österreichische Wasser weiterhin in österreichischer Hand bleibt (vgl.: Europawahlprogramm der ÖVP). Als ein weiteres Ziel wird die Gleichstellung von Mann und Frau betont, aber auch hier wird wieder erwähnt, dass dies nicht ohne ein gemeinsames Europa möglich ist. Darüber hinaus spricht man von einer größeren Einbindung von Jugend- und Seniorenorganisationen in die europäische Politik nach dem Vorbild der österreichischen Sozialpartnerschaft. Im

Zusammenhang mit dem Umweltschutz forderte die ÖVP in ihrem Programm mehr „green jobs“. Ebenso wird in diesem Kapitel erwähnt, dass die Energieversorgung gesichert werden muss damit Österreich nicht weiterhin von Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland abhängig ist. Zudem verspricht die ÖVP in ihrem Wahlprogramm Europa bürgernäher zu machen und die Bürger Europas ernst zu nehmen. Man schließt mit dem Ziel das beste Europa nach Österreich zu bringen (vgl.: Europawahlprogramm der ÖVP 2009).

6.5.3. Liste Martin und Hans-Peter Martin

Der ehemalige Europaabgeordnete der SPÖ kandidierte schon bei der EU-Wahl 2004 als eigene Liste und sorgte für eine Wahlüberraschung. Bei der EU Wahl 2009 wollte Hans-Peter Martin diesen Erfolg wiederholen und hoffte weiterhin auf Mandate im EU-Parlament. Martin selbst ist in seiner Partei Programm.



Grafik IX: Wahlwerbung Hans Peter Martin

Wahlplakate von Hans-Peter Martin gab es während des EU-Wahlkampfes nur wenige, alle zierte das Gesicht von Hans-Peter Martin und der Slogan „Nur er kontrolliert die Mächtigen“. Sein weißes Sakko trägt Hans-Peter Martin als Symbol für Sauberkeit. Er ist einer der umstrittensten österreichischen Europaabgeordneten und wird gleichzeitig von EU-Kritikern geliebt und von Befürwortern und Kollegen gehasst. Es gibt keinen anderen österreichischen Politiker, welcher über ideologische Grenzen hinweg Anhänger erreicht. Seine Öffentlichkeitsarbeit ist in der österreichischen Politik einzigartig (vgl.: Böhm 2009).

Für den Politikwissenschaftler Helmut Kramer ist der Erfolg von Martin eine Art Doppelstrategie, denn „er verbindet sozialkritische Elemente mit einer Dreckschleuder gegen die EU“ (Böhm 2009). Andreas Mölzer ist Hans-Peter Martin klarerweise ein Dorn im Auge, da die Liste Martin ebenso um Protestwähler buhlt wie die FPÖ. Hans Peter Martins persönliches Ziel ist es aber auch die Stimmen der FPÖ zu reduzieren. Bei der Wahl 2009

stellte sich die Frage ob Hans Peter Martin seinen dritten Platz gegenüber einer immer stärker werdenden FPÖ halten könne (vgl.: Böhm 2009).

Während des Wahlkampfes präsentierte er sich immer wieder als „Hecht im Karpfenteich“ und sorgte für populistische Aktionen etwa als er beim Wahlkampfauftakt am Wiener Naschmarkt Glühbirnen als Wahlkampfgeschenke verteilte.

Martins großes As im Ärmel ist die Unterstützung der auflagenstärksten österreichischen Tageszeitung, der Kronen Zeitung, welche selbst einen Anti-EU Kurs fährt und vor den Wahlen Hans-Peter Martin genügend Platz einräumte seine Sicht der Dinge darzustellen. Schon einige Zeit vor der Wahl dominierte den Innenpolitikteil der Krone und die Leserbriefseite die Frage ob Hans-Peter Martin nochmals antreten werde oder nicht. Bereits am 9. April 2009 startete Hans Peter Martin mit einer Serie zu seinem Buch „Die Europafälle“ in der Kronen Zeitung. Bis zum Wahltag berichtete Martin in der Krone über die Fehlentwicklungen und Skandale in der EU. Er hetzt gegen die Lobbyisten, die Massenarbeitslosigkeit, die Verschwendung in Brüssel aber auch seine Kollegen. Daneben spricht er von faulen Beamten, die mangelnde Transparenz und die vorschnelle Osterweiterung. Gab es einen Tag keinen Bericht zu seinem Buch folgte meist ein Interview oder ein langer Artikel mit Bezug auf Hans-Peter Martin. Am 28. April jubelt die Kronen Zeitung „Hans Peter Martin tritt zur EU-Wahl an: Gegen Bürokratie für Volksabstimmung“ und im Thema des Tages jubelt Claus Pandi, dass „*endlich Bewegung in den sinnentleerten Wahlkampf*“ kommt (vgl.: Kronen Zeitung 28. April 2009 S.3). Danach beginnt die Krone-Maschinerie zu laufen und noch in der gleichen Ausgabe findet sich auf der Leserbriefseite folgende Überschrift „*Anfang Juni EU-Wahlen: Wählen wir alle H.-P. Martin!*“. Danach widmet sich am 5. Mai 2009 auch Wolf Martin bei seinem täglichen Gedicht „In den Wind gereimt ...“ der Thematik des EU-Wahlkampfes: „*Freudig wird es registriert: H.-P. Martin kandidiert! Soll man den Schwarzen wählen, die mit ihrem Murks sich quälen? Oder den Herrn Swoboda – sagt er nicht zu allem Ja? Seltsam ist auch die Melange die teils blau und teils orange. Und die Grünen abgehoben. Die an Brüssel alles loben – kann man die im Ernst empfehlen? Muss man da nicht Martin wählen?*“ (Kronen Zeitung 5. Mai 2009 S.2) oder etwa „*Die Parteien aller Arten, die auf die EU-Wahl warten, schauen angestrengt dazu, dass sie gegen die EU möglichst kritisch nun erscheinen. Doch in Wahrheit gibt's nur einen, der seit je so eingestellt: H.-P. Martin, unser Held!*“ (Kronen Zeitung 30. Mai 2009 S. 3). Die Leserbriefseite widmet sich den Tagen bis zur Wahl beinahe ausschließlich der Kandidatur von Hans-Peter Martin und dies ausnahmslos strikt positiv. Von Danksagungen über Lob und

Häme für den politischen Gegner ist alles dabei. Darüber hinaus darf Hans-Peter Martin ungeniert über Swoboda, Mölzer, Lunacek und Co in seiner Serie herziehen.

Die tägliche Werbung für Hans-Peter Martin in der Kronen Zeitung gilt für viele als Grund seiner Erfolge und die mit Martin in Verbindung stehenden niedrigen Werbekosten.

6.5.4. Die Grünen und Ulrike Lunacek

Anders als Hans Peter Martin werden die Grünen von der Kronen Zeitung nicht hofiert, im Gegenteil, während des gesamten Wahlkampfes mussten sie sich gegen Angriffe verteidigen.

Ebenso wie bei der ÖVP gab es auch bei den Grünen eine Personaldiskussion um den Spitzenkandidaten der Partei. Schon im Jahr 1991 wurde Johannes Voggenhuber zum Europasprecher der Grünen gewählt, im Jänner 2009 legte er diese Funktion jedoch zurück. Voggenhuber entwickelte sich von einem EU-Kritiker hin zu einem Verteidiger der EU und kam so in Turbulenzen mit Parteichefin Eva Glawischnig, welche eine kritische Distanz zur EU ausgerufen hatte. Voggenhuber kritisierte auch immer wieder den Führungsstil von Eva Glawischnig und Alexander Van der Bellen, was ihm in der Partei zunehmend zur „persona non grata“ machte (vgl.: Zaunbauer 2009 S.4). In einer direkten Abstimmung im Bundesvorstand mit Ulrike Lunacek setzte sich diese durch und als Johannes Voggenhuber auch der letzte Listenplatz verweigert wurde sorgte dies zunehmend für Kopfschütteln innerhalb der Partei. Glawischnig sagte danach, dass *„das Vertrauen einfach nicht mehr da ist“* (<http://www.glocalist.com/news/kategorie/politik/titel/gruene-oesterreich-kein-platz-fuer-voggenhuber/>). Der Fraktionschef der Grünen im Europäischen Parlament Daniel Cohn-Bendit meinte in einem „Der Standard“ Interview dazu: *„Ich habe sehr oft mit Johannes Voggenhuber gestritten, und er hat einen unmöglichen Charakter, aber deswegen sage ich umso freier, er hat sich eine sehr starke Vision der europäischen Demokratie angeeignet. Und das macht ihn zu einem fast unverzichtbaren Mitglied der europäischen Grünen“* (<http://www.glocalist.com/news/kategorie/politik/titel/gruene-oesterreich-kein-platz-fuer-voggenhuber/>).

Nach dem Abtreten von Johannes Voggenhuber kandidierten auf den ersten drei Listenplätzen damit drei Frauen, was den Grünen vermehrt den Ruf einer männerfeindlichen Partei einbrachte.



Grafik X: Grünen-Wahlwerbung



Grafik XI: „La liberté guidant le peuple“ von Delacroix

Das Wahlplakat zeigt die Spitzenkandidatin der Grünen Ulrika Lunacek mit einer grünen Europafahne, dem grünen Manifest und Menschen verschiedener Abstammungen. Es soll die Vielfaltigkeit der Grünen gezeigt werden. Die Wahlwerbung erinnert an ein Bild der Revolution und dies verdeutlicht scheinbar, dass die Grünen die EU revolutionieren wollen. Der Leitspruch „Vorwärts Grün!“ soll die Richtung vorgeben. Das Wahlplakat ist an das Bild „Die Freiheit führt das Volk“ des französischen Malers Eugene Delacroix angelehnt, wie auf Grafik X unschwer zu erkennen ist.

Im Wahlprogramm wird abermals erwähnt, dass die europäischen Grünen mit einer Stimme in Europa für „grüne Anliegen“ kämpfen und somit eine klare Einheit der europäischen Grünen besteht. Im Wahlprogramm versuchen sich die Grünen als Pro-Europa Partei. Darüber hinaus fordern sie als Ausweg aus der Krise einen grünen New Deal, welcher in nur fünf Jahren fünf Millionen Arbeitsplätze schaffen soll. Darüber hinaus treten die Grünen für eine strengere Kontrolle der Finanzmärkte, soziale Sicherheit und Fairness in der Krise ein. In diesen Zusammenhang fordern die Grünen eine Austrocknung der Steueroasen und eine gemeinsame Steuerpolitik der Mitgliedsländer aber auch eine Finanztransaktionssteuer. Grüne Themen wie Gentechnik und Atomkraft kommen ebenso wenig zu kurz wie der Klimawandel und der Transit. Daneben fordern die Grünen eine gemeinsame Einwanderungspolitik und eine echte Demokratisierung der Europäischen Union. Neben „grünen Zukunftsprogrammen“ werden auch vergangene Anliegen, welche umgesetzt wurden, dargestellt. Zum Schluss des Wahlprogrammes treten die Grünen für einen baldigen EU-Beitritt der Balkan-Länder, als einzige nachhaltige Friedensperspektive für die Region, und für Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ein, da nur diese als Motor für Reformen gelten (vgl.: Europawahlprogramm der Grüne 2009).

6.5.4. FPÖ und Andreas Mölzer

Der FPÖ gilt in dieser Diplomarbeit das Hauptaugenmerk und daher wird ihr im Zusammenhang mit dem EU-Wahlkampf 2009, den Inhalten und ihren Methoden ein eigenes Kapitel gewidmet. Eine Darstellung des Wahlkampfes soll jedoch auch kurz an dieser Stelle erfolgen.

Als „Tag der Abrechnung“ bezeichnete die FPÖ den 7. Juni 2009. Anders als bei den übrigen Parteien war auf den Wahlplakaten der FPÖ auch der Bundesparteiobmann, nämlich Heinz-Christian Strache vertreten. Immerhin kandidierte Strache auch auf dem letzten Listenplatz der Bundeswahlliste zu den Europawahlen.



Grafik XII: Wahlwerbung der FPÖ

Mit starken rechtspopulistischen Sprüchen versuchte die FPÖ EU-kritische Wähler für sich zu gewinnen. Speziell der Wahlslogan „Abendland in Christenhand“ und die gegen die Türkei und Israel gerichteten Inhalten sorgten europaweit für Aufsehen. Themen wie die Zuwanderung, Asylpolitik, der Türkei-Beitritt und der Erhalt der deutschen Sprache prägten den Wahlkampf der FPÖ. Die geforderten Punkte und das Wahlprogramm wurden anders als bei den anderen Parteien hier auf einem kleinen Folder gedruckt und mit kurzen signifikanten Erklärungen ergänzt. Darüber hinaus setzte man sich auf EU-Ebene für ein EU-Sparpaket und einen Weg hin zu „echten Volksvertretern“ ein. Mit eigenwilligen Aktionen prägte die FPÖ den Wahlkampf 2009 maßgeblich mit und dies obwohl meist innenpolitische Themen den Ausschlag dafür gaben. Die Wahl von Martin Graf zum Dritten Nationalratspräsidenten, die Beteiligung von Strache bei einer Anti-Moscheen Demo in Wien und das „H.-C.-Comic“ sorgten abermals für Diskussionen über den Rechtspopulismus der FPÖ. Als Anfang Juni das News Cover der deutsche Reichstag mit Strache als Adolf Hitler und Martin Graf als Hermann Göring und dem Titel „Schämt euch!“ zierte, eskaliert der Streit zwischen der FPÖ und News. Somit quoll ein paar Tage vor der EU-Wahl die Diskussion über die österreichische Geschichte im Zweiten Weltkrieg abermals auf. Auch die Wahl der Abschlusskundgebung der FPÖ sorgte für Diskussionen, da man sich gerade den Ort

Frankenburg in Oberösterreich aussuchte, eine 4890 Einwohner Gemeinde im oberösterreichischen Hausruckviertel. Frankenburg ist der Heimatort von Arigona Zogaj, gegen welche die FPÖ seit Jahren wegen angeblichen Asylmissbrauchs Stimmung macht.

6.5.6. BZÖ und Ewald Stadler

Das BZÖ kandidierte bei den EU-Wahlen 2009 das erste Mal und das Ziel war mit dem Einzug in das EU-Parlament klar formuliert. Die EU-Wahlen waren die ersten österreichweiten Wahlen für das BZÖ nach dem Ableben von Landeshauptmann Jörg Haider im Jahr 2008. Als Spitzenkandidat wurde der ehemalige Volksanwalt Ewald Stadler nominiert. Die Bezeichnung Volksanwalt war es auch die Ewald Stadler die medial größte Aufmerksamkeit zukommen ließ, da diese Bezeichnung ebenfalls auf den Wahlplakaten angeführt wurde, was nicht erlaubt war und weshalb Klage eingereicht wurde. Stadler warb jedoch weiterhin mit „Unser Volksanwalt in Brüssel“.



Grafik XIII: Wahlwerbung des BZÖ

Auf den Wahlplakaten versuchte sich Stadler als Staatsmann zu präsentieren und mit der Funktion des Volksanwaltes zu punkten. Die Slogans „Garantiert unbestechlich“ und „Überzeugend konsequent“ zierten die Wahlplakate mit Ewald Stadler.

Im Leitantrag zur EU-Wahl 2009 kritisiert man die geringe Demokratie und den Zentralismus der EU ebenso wie die Bürokratie. Das BZÖ fordert die Schaffung eines Bundes Europäischer Staaten, ein Kerneuropa der Nettozahler, und verpflichtende nationale Volksabstimmungen in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Ebenso wie die FPÖ steht das BZÖ zu einem klaren Nein zum EU-Beitritt der Türkei. Darüber hinaus werden eine Einführung der Spekulationssteuer und eine Energieunabhängigkeit in Aussicht gestellt. Wie schon die FPÖ fordert auch das BZÖ die Einführung von Grenzkontrollen und strengere Asylgesetze. Gesetze bei denen es zu einer „Aufweichung“ des Asylgesetzes kommen soll, werden ebenso strikt abgelehnt wie eine Schaffung einer „Asylagentur“. Zum Schluss des Leitantrages wird

für ein gentechnikfreies Österreich geworben. Zudem muss laut dem BZÖ das österreichische Wasser weiterhin in österreichischer Hand bleiben, damit die EU und ausländische Investoren keinen Zugriff haben (vgl.: EU-Wahl Leitantrag des BZÖ 2009).

6.6. Elefantenrunde mit den Spitzenkandidaten der Parteien

Der Wandel von Wahlkämpfen in den letzten Jahrzehnten wurde schon in Kapitel drei ausführlich beschrieben. Ein Teil der bereits vorgestellten Amerikanisierungsthese spricht von einer Wichtigkeit der Medien für einen Wahlkampf. Fernsehdiskussionen gelten oft als ausschlaggebend dafür, dass der eine oder andere Kandidat die Nase schlussendlich vorne hat. Bei Nationalratswahlkämpfen gibt es Fernsehduelle zwischen den einzelnen Spitzenkandidaten der Parteien und zum Ende des Wahlkampfes eine sogenannte „Elefantenrunde“ mit allen Spitzenkandidaten der relevanten Parteien. Beim EU-Wahlkampf beschränkte sich der ORF auf nur eine Elefantenrunde und ließ die einzelnen Duelle der Spitzenkandidaten beiseite. Am 2. Juni 2009 diskutierten unter der Leitung von Ingrid Thurnher, Hannes Swoboda (SPÖ), Ernst Strasser (ÖVP), Hans Peter Martin (Liste Martin), Ulrike Lunacek (Die Grünen), Andreas Mölzer (FPÖ) und Ewald Stadler (BZÖ). In der mehr als einstündigen Diskussion wurden die Themen Wahlbeteiligung, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Türkeibeitritt, Klimaschutz, Asylpolitik, Grenzkontrollen und die Wahl des nächsten Kommissionpräsidenten behandelt.

Ingrid Thurnher spricht zu Beginn der Diskussion davon, dass es sich im EU-Wahlkampf bis jetzt meist um innenpolitische Thematiken gehandelt hat und europäische Themen bis dato zu kurz gekommen sind. Es war für alle Kandidaten die letzte Gelegenheit sich einem großen Publikum zu stellen und als Einleitung sollte jeder Kandidat Werbeslogans für die EU formulieren. Zudem wirft Thurnher die Frage in die Runde warum denn alle ins EU-Parlament wollen, nachdem ja einige kein gutes Haar daran lassen. Mölzer beginnt mit dem Werbeslogan „Wir kämpfen für das wirkliche Europa, das Europa der Völker und der Vaterländer“, zudem fügt er hinzu, dass man EU-Kritik wohl nicht verstecken müsse. Stadler wirft den Slogan „Die EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ in die Runde, Lunaceks Wahlslogan lautet „Lösungen liegen in der gemeinsamen starken Union“. Hans Peter Martin tut sich schon etwas schwieriger mit einem Slogan und ringt sich schlussendlich dazu durch, dass Europa ein wunderbarer Kontinent ist, jedoch von Kopf bis Fuß verändert werden muss. Strasser spricht davon, dass ein „starkes Europa Österreich stärkt“. Swobodas Leitslogan lautet „Die Union ist ein Friedensprojekt, jetzt muss daraus ein Sozialprojekt werden“, worauf

hin der erste Angriff von Martin auf Swoboda folgt („*das hört man von euch nur alle fünf Jahre*“). Es sollte nicht der letzte Angriff werden.

Beim ersten Thema wurde die Wahlbeteiligung an der EU-Wahl diskutiert und die Parteien zeigten sich unisono darüber einig, dass die schrumpfende Wahlbeteiligung mit der Fehlentwicklung der Europäischen Union im Zusammenhang steht. Die nationalen Oppositionsparteien schießen noch Kritik an der Volkspartei und den Sozialdemokraten nach. Andreas Mölzer wirft zum ersten Mal den Türkei-Beitritt und den Vertrag von Lissabon in die Runde und führt dies ebenso als Grund für die niedrige Wahlbeteiligung an.

Angesprochen auf die Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit in Europa (April 2009: 20,8 Millionen Menschen ohne Jobs), kommt das erste „Tafel“ der Fernsehdiskussion ins Spiel. Während Swoboda sein „Tafel“ „Österreichs Antrag für ein neues Europa“ vorstellt, versucht Martin, Swoboda mit „*Hannes wird zum Jörg*“ und Kritik an der Qualität der Tafel aus dem Konzept zu werfen. Strasser kontert auf die Tafel mit einem Angriff auf die Sozialisten („*Dies unterscheidet uns von den Sozialisten, welche Geld verteilen was nicht da ist und Dinge versprechen die nicht umsetzbar sind*“), jedoch stimmt er mit einigen Punkten des Programms überein. Punkte wie Mindeststandards, Lohndumping, Regeln gegen Lobbyisten und den Finanzmarkt findet auch der ÖVP Spitzenkandidat wichtig, was ihm die Aufforderung von Seiten Swobodas einbringt den Antrag gleich hier zu unterschreiben. Martin warnt davor den Menschen Sand in die Augen zu streuen und auch davor, dass schon jetzt die Lissabon-Strategie 2010 fehlschlagen wird. Darüber hinaus kritisiert er ein Fehlen der Wirtschaftspolitik und die sinnlose Verteilung von Geldern an Großkonzerne wie Danone. Lunacek zeigte sich verwundert über die beiden Großparteien, da sie die Finanztransaktionssteuer schon seit längerem fordere, jedoch nie eine Antwort von ihnen bekommen hätte. Mölzer spricht wenig zum Thema kritisiert aber die Gesprächskultur am Tisch und prangert dies als Mitgrund für die sinkende Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen an, zudem folgt ein Angriff auf Swoboda, da durch dessen Frau Brigitte Ederer, Chefin von Siemens Österreich, hunderte Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben. Stadler bittet Swoboda um die unterschriebene Tafel und setzt ebenso seine Unterschrift darunter. Danach schreibt er noch dazu, dass ein EU-Beitritt der Türkei nicht in Frage kommt, die Aufforderung Thurnhers, dass darüber nicht abgestimmt wird geht im großen Sprachgewirr unter. Stadler kontert gegen Swoboda „*Ich habe hier ihre Unterschrift gegen den Beitritt der Türkei, bleibt es dabei?*“. Es folgt keine Antwort vom sichtlich überraschten Swoboda und Stadler erklärt daraufhin „*somit ist ihr Tafel nichts mehr wert*“.

Danach folgte die Thematik des Türkei Beitritts zur Europäischen Union, bei welcher sich eine hitzige Debatte mit persönlichen Untergriffen vermischte. Swoboda ist für eine strategische Partnerschaft, Strasser spricht der Türkei die Reife eines Beitritts ab und Stadler sowie Mölzer sind klar dagegen. Martin zitiert den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, dass ein Türkeibeitritt die Union überfordern würde. Als Einzige sprach sich die Grüne Spitzenkandidaten Lunacek klar für einen Türkei-Beitritt aus. Man darf laut Lunacek, „den Zivilorganisationen und den Menschenrechtsorganisationen in der Türkei nicht die Tür vor die Nase hauen“. Mölzer wartete sichtbar lange auf das Thema Türkei und brachte gegen Stadler die Spitze ins Spiel, „dass auch Haider für einen Türkei Beitritt war“ und damit nur die FPÖ die einzige glaubwürdige Partei sei, welche einen Türkei-Beitritt ablehne.

Beim Klimaschutz geht es zuerst um die Glühbirnenverordnung der EU-Kommission. Lunacek zeigt sich klar dafür, da 15 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden können und kritisiert Martin Bartenstein und Vizekanzler Josef Pröll, welche hier mitgestimmt haben und sich jetzt dagegen aussprechen. Swoboda spricht davon, dass die Kommission nicht immer nur Verordnungen ausgeben dürfe, sondern die Meinungen der Menschen einbeziehen muss. Stadler zieht aufgrund des Quecksilbergehaltes einen Vergleich mit den eingezogenen Fiebermessern. Mölzer schweigt zu dieser Thematik und erst bei der Frage des Transits, spricht er sich für die Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene aus ohne, dass der Konsument dafür zahlt. Swoboda spricht sich für eine klare Erhöhung der LKW-Maut aus, Strasser spricht von einer Notwendigkeit den Transport auf die Schiene zu verlagern, jedoch nur Steuern erhöhen sei zu wenig.

Als weiteres Thema wurde die europäische Asylpolitik thematisiert. Hier zeigten sich nur die Grünen und Hans Peter Martin für die Schaffung eines europäischen Asylrechts. Swoboda und Mölzer stimmten im EU-Parlament dagegen, Stadler und Strasser sind ebenfalls dagegen. Während Swoboda von einer unausgegorenen Regel spricht, möchte Mölzer zuerst die Genfer Konvention diskutieren. Darüber hinaus spricht er davon, dass Hans-Peter Martin als Linker für einen „Asylstrom stehe“. Woraufhin der Angriff Martins folgt „dies muss ich mir vom faulsten Europaabgeordneten nicht sagen lassen“, überraschend folgt hier kein Gegenangriff mehr. Strasser zeigt sich vor allem aufgrund des für ihn zu schnellen Zugangs zum Arbeitsmarkt gegen diese Regelung. Lunacek spricht sich für die Richtlinie aus und wehrt sich dagegen bei Asylwerbern „von Lasten zu sprechen“.

Nach der Asylpolitikdebatte folgten als nächstes Thema die Grenzkontrollen, bei welchen sich Mölzer und Stadler klar für die Wiedereinführung aussprechen. Die anderen Kandidaten

sind dagegen und fordern mehr Polizei in betroffenen Gebieten. Dies bringt Strasser, als ehemaligen Innenminister, viel Kritik von den anderen Parteien ein, da gerade er für den Abbau der Polizeiposten verantwortlich ist.

Nach der letzten inhaltlichen Debatte folgte die Frage nach den Personalwünschen für die Position des Kommissionpräsidenten und des österreichischen Kommissars. Stadler spricht sich klar gegen Barroso aus, da er keinen Kandidaten unterstützt, welcher den Lissabon-Vertrag unterschrieben hat, als österreichischen Kommissar möchte er einen unabhängigen, honorigen Herren wie etwa den ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamovic. Mölzer spricht davon gegen die rot-schwarze Päckelei zu stimmen. Lunacek und Martin sprachen sich für ein Kandidaten Hearing aus um einen österreichischen Kommissar zu finden. Strasser wird mit seiner Fraktion der europäischen Christdemokraten Barroso unterstützen, darüber hinaus sagte er, dass Österreich bis „*jetzt immer sehr gut mit einem ÖVP-Kommissar ausgekommen wäre*“. Swoboda wird nicht für Barroso stimmen und nur für einen österreichischen Kommissar, welcher sich klar von der Hetze der FPÖ abgrenzt und gegen den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf stimmen wird. Swoboda und Lunacek kritisieren daraufhin unisono die Hetzkampagne und –politik der FPÖ und den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf. Swoboda lässt sich zum ersten persönlichen Angriff verleiten und spricht in Richtung Mölzer „*junge Menschen werden eingesperrt und sie laufen noch frei herum*“.

Zum Ende der Diskussion werden die Kandidaten auf ihre Erwartungen im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis angesprochen. Stadler möchte ins Europaparlament einziehen und mehr als 5,99 Prozent der Stimmen bekommen. Lunacek appelliert an alle Wähler, welche gegen die Hetze von rechts sind, für ihre Partei zu stimmen. Sie präsentiert ihre Partei als einzige klare proeuropäische Partei und spricht als Wahlziel von zehn bis elf Prozent. Strasser wirft Swoboda eine Doppelmoral vor, da auch die SPÖ Graf gewählt habe. Er möchte nach der Wahl Nummer eins sein. Martin präsentiert sich abschließend als Original einer vernünftigen EU-Politik und möchte den dritten Platz halten. Swoboda möchte Erster bleiben und sich weiterhin von der Rechtshetze abgrenzen.

Abschließend stellt sich nach der Fernsehdiskussion die Frage, wie viel an Thematik der interessierte Betrachter für sich aufgenommen hat. Einen Sieger in einer Elefantenrunde auszumachen ist sehr subjektiv und schwierig, jedoch versuchten vor allem Lunacek und Mölzer ihre Wähler zu mobilisieren und direkt anzusprechen. Stadler hat einen guten Augenblick genutzt als er Swoboda mit seiner Tafel bloßstellte und ihm so die Grundlage der Tafel entzog auch wenn es nur mit einem Trick funktioniert hat. Überraschend war, dass sich

vor allem Martin auf persönliche Untergriffe, am meisten gegen Swoboda, stützte. Da die Meinungsforscher einen Mobilisierungswahlkampf voraussagten, versuchten hier alle nochmals ihre Wähler zum Wahlgang zu bewegen. Problematisch zeigte sich auch bei dieser Diskussion, wie schwer es ist, Zuseher zu überzeugen und ihnen die Thematiken und Wichtigkeit der EU-Wahl verständlich zu machen.

Die Videos zur Wahlkonfrontation 2009 sind auf YouTube unter „EU Wahl Elefantenrunde“ abzurufen.

6.6.1. Das ORF- Bürgerforum

Knapp zwei Wochen vor der Wahl stellten sich die Spitzenkandidaten der Parteien im ORF-Bürgerforum unter der Moderation von Peter Resetarits den Fragen des Publikums. Das Bürgerforum präsentiert sich logischerweise anders als eine klassische Fernsehdiskussion, denn durch die interaktive Teilnahme des Publikums und eingespielten Filmsequenzen kommt es zu einer flüssigeren aber auch manchmal undurchsichtigeren Gesprächskultur. Der ORF löste dieses Problem mit einem Gong nach einer Minute Sprechzeit, an welchen sich der Großteil der Kandidaten hielt. Das Publikum wurde breit gemischt, von Studenten über Leserbriefschreiber bis hin zu jungen Menschen und Migranten. Die meisten Angriffe aus dem Publikum erntete Ulrike Lunacek, welche des Öfteren mit boshafem Gelächter etwa zu ihrem Türkei-Standpunkt belegt wurde. Die zentralen Themen des Wahlkampfes wie der Türkei-Beitritt, die Asylpolitik, der Grenzschutz und die Wirtschaftskrise waren der Hauptbestandteil des Bürgerforums. Die Fragen des Publikums richteten sich auch zumeist auf diese Themen aber auch Fragen zur „Regulierungswut“ der EU, etwa im Fall der Glühbirne, oder der Landwirtschaft wurden gestellt.

Im Bereich der Landwirtschaft attestierte Andreas Mölzer der EU völliges Versagen, da seit dem EU-Beitritt tausende Bauern ihre Landwirtschaft aufgegeben haben. Danach spannte er den Bogen auf die Enttäuschung der Österreicher seit dem EU-Beitritt mit der EU. Er forderte mehr österreichische Gesetze auch wenn sie gegen EU-Recht verstoßen sollten. Im Zusammenhang mit den Grenzkontrollen forderte Mölzer eine Überwachung, ähnlich wie bei Staatsbesuchen und der Fußballeuropameisterschaft. Zudem merkte er an, dass die Jugendkriminalität zumeist auf Jugendliche mit Migrationshintergrund zu beziehen ist. Im Zusammenhang mit dem Wahlkampf der FPÖ, welcher auch Standpunkt der Diskussion war, und dem EU-Beitritt gab es kontroverse Ansichten von Seiten des Publikums. Auf die Wortmeldung einer Österreicherin kurdischer Abstammung hin, dass sie sich durch die Hetzpolitik der FPÖ stark angegriffen fühlt und es in Österreich verabsäumt wurde eine

Integrationspolitik zu machen, entgegnete Stadler, dass die FPÖ in Österreich wenigstens plakativ darlegen darf, was sie möchte und in manchen Ländern dies nicht möglich wäre. In Richtung der Österreicherin kurdischer Abstammung warf er ein „*dass sie Kurdin sind könnten sie in der Türkei nicht einmal sagen*“. Mölzer agierte in diesem Zusammenhang etwas diplomatischer und attestierte der Türkei abermals keine Beitrittsreife, da es weiterhin Probleme, etwa mit der Kurdenfrage, gibt.

Zum Ende des Bürgerforums forderte Mölzer den ORF auf, öfter eine solche Sendung zu gestalten, damit die Zuseher sehen, wie in Brüssel gearbeitet wird. Darüber hinaus sieht er durch den Vertrag von Lissabon und die zunehmende Zentralisierung der EU „die Heimat seiner Kinder gefährdet“.

6.7. Wahlwerbung im Web 2.0

Bereits in Kapitel drei wurde die Wichtigkeit des Internets im Wahlkampf behandelt (vgl.: 3.4.1.3.) und auch die österreichischen Parteien nutzten bei der Europawahl soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter. Wie bereits ausgeführt twitterte auch das Europäische Parlament zur Europawahl und auch auf Facebook und YouTube wurde die Wahlkampagne vorangetrieben.

Eigene Internetseiten zählen für Spitzenkandidaten einer Partei mittlerweile zum Standard. Es erstaunt, dass es trotzdem einen Spitzenkandidaten gibt, welcher keine eigene Homepage besitzt. Ewald Stadler stellt sich gegen das Internetzeitalter, zudem ist er weder auf Facebook noch auf Twitter vertreten.

Die Wichtigkeit der Nutzung von „social networks“ im Web 2.0 hat schon Barack Obama beim Präsidentschaftswahlkampf erkannt, heute verfügt er bei Facebook über fast acht Millionen Fans und seine Twitterseite verfügt über 3,3 Millionen sogenannte „followers“ (dt. Anhänger bzw. Anhängerschaft).

Die österreichischen Spitzenkandidaten erkannten bei den EU-Wahlen ebenso die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke im Internet. Vor allem Hannes Swoboda zeigte sich immer wieder als fleißiger Statusschreiber bei Facebook oder „Twitterer“.

Auf Twitter verzeichnet Hannes Swoboda zwar nur knapp 700 Anhänger, dafür darf er sich bei Facebook über mehr als 1400 „Freunde“ freuen. Sieht man sich die Beiträge von Swoboda auf Facebook an, so zeigen sich beinahe täglich Statements zu politischen Aktionen, der Arbeit in Brüssel oder den Aktivitäten von Hannes Swoboda. Neben den Einträgen postet Swoboda immer wieder Videos von sich selbst, in welchen er zu aktuellen Thematiken Stellung bezieht, diese werden ebenso auf YouTube und auf seine Homepage gestellt.

ÖVP-Spitzenkandidat Ernst Strasser verfügt neben einer „privaten“ Facebookseite (701 Freunde) auch über eine Fansseite (465 Fans). Versucht Strasser bei der „privaten“ Seite seine Vorzüge als naturverbundene Privatperson darzustellen sieht man auf der Fansseite Strasser in staatstragender Haltung. Ernst Strasser beschränkt sich auf Einträge auf Facebook und Videos auf YouTube.

Ulrike Lunacek hat auf ihrer Fansseite auf Facebook genau 583 Fans, zudem verfügt sie über einen eigenen Blog, welcher mehrere Male in der Woche aktualisiert wird. Lunacek nutzte ebenso wie Swoboda und Strasser Facebook um politische Statements abzugeben, ihre Wähler zu erreichen und rasch auf Fragen zu antworten. Die Grünen haben ebenso wie alle anderen Parteien einen eigenen Kanal auf YouTube, auf welchen des Öfteren Videos von Lunaceks Arbeit online gestellt werden.

Andreas Mölzer ist ebenso wie Strasser zweimal auf Facebook dafür nicht auf Twitter vertreten. Er verfügt über 785 Freunde und 186 Fans. Interessant ist, dass Mölzer seine private Seite nur nach einer Freundesbestätigung für alle sichtbar werden lässt, was bei den anderen Kandidaten nicht der Fall ist. Seine Fansseite lieferte vor der EU-Wahl 2009 zwar das eine oder andere Bild, eine Regelmäßigkeit lässt sich dabei aber nicht erkennen.

Hans Peter Martin und Ewald Stadler nutzen weder Facebook noch Twitter, Martin arbeitete dafür geschickt mit seiner Homepage und seinem Ruf entsprechend.

Die Präsenz von Politikern auf Facebook nimmt immer mehr zu und Facebook wird sich immer mehr zu einem wichtigen Wahlhelfer entwickeln.

Interessanterweise sind laut einer deutschen Studie vor allem die linken Parteien Deutschlands besonders stark auf Facebook oder Twitter vertreten und auch diese Studie gibt Facebook die Aussicht in Zukunft die zentrale Online-Wahlplattform zu werden, welcher in Zukunft immer wichtiger werden wird. Markus Beckedahl ein Initiator der Studie sagt, *„eine eigene Facebook-Seite, ab und an bei YouTube ins Internet sprechen und vielleicht ein eigener Blog oder ein Twitter-Account werden zur Standardausstattung aller halbwegs motivierten Kandidatinnen und Kandidaten für politische Mandate gehören“*

(http://www.focus.de/digital/internet/facebook-twitter-und-co-deutsche-politiker-entdecken-das-netz_aid_360191.html). Für Österreich gibt es bis dato leider keine aktuelle Studie.

Gewiss ist jedoch, dass gerade Facebook vor der nächsten Bundespräsidentenwahl und vor allem den nächsten Nationalratswahlen verstärkt genutzt werden wird. Der nächste Test für Facebook wartet mit der kommenden Bundespräsidentenwahl. Schon jetzt haben die Gruppen „Wiederwahl für Heinz Fischer“ und „Bundespräsident Heinz Fischer“ jeweils über 7.000 Fans. Barbara Rosenkranz' Fansseite hat bereits über 500 Fans, beachtlich auch die

Mitgliederzahl der „Fanseite“ „Gegen Barbara Rosenkranz als Bundespräsidentin“, diese hat bereits über 45.000 Fans.

7. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Eine Behandlung der Thematik eines Wahlkampfes der Freiheitlichen Partei Österreichs geht nicht umher auch die Geschichte dieser Partei zu behandeln.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine europäische Ausnahmeerscheinung.

Es kann keine rechtspopulistische Partei, wie die FPÖ, bei Wahlen in den letzten Jahren so große Erfolge erzielen und so oft auf sich Aufmerksam machen. Obwohl die FPÖ auch einen liberalen Flügel besitzt wird sie als eine erfolgreiche rechtspopulistische Partei angesehen.

Die erfolgreichsten Jahre erlebte die FPÖ in den 1990er Jahren unter Parteiobmann Jörg Haider, der später aus der Partei austrat und zusammen mit einigen anderen Ehemaligen der FPÖ, das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) gründete, wovon sich die Kärntner Gruppe zu Ende des Jahres 2009 wieder abspaltete und die Freiheitliche Partei Kärntens gründete (FPK) welche eine Kooperation mit Heinz Christian Strache einging.

Zu Beginn dieses Kapitels soll die Geschichte der FPÖ wiedergegeben werden um im Anschluss die Gründe für den Aufstieg in den 1990er Jahren zu benennen. Am Ende des Kapitels sollen die Kontakte der FPÖ zu anderen europäischen Parteien behandelt werden.

7.1. Die Entstehung der Freiheitlichen Partei Österreichs

Der FPÖ haftet seit Gedenken der Name des „Dritten Lagers“ an den Fersen. Der Ursprung des Dritten Lagers ist zurückzuführen auf das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts als es in Österreich drei Lager gab: das katholisch-konservative, das sozialdemokratische und das deutsch-nationale Lager. Die FPÖ steht daher auch nach ihrem eigenen Verständnis im „Dritten Lager“. Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka verweist zu Recht darauf hin, dass dieses „Dritte Lager“ in Österreich auf keinen Fall eine liberale Tradition aufweist. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als zuvor das Dritte Lager vollständig im Nationalsozialismus aufging, durfte bei den ersten Wahlen in der Zweiten Republik im November 1945 keine Partei, welche dem Dritten Lager zuzuordnen war kandidieren. Unterdessen bemühten sich ÖVP, SPÖ und auch die KPÖ, ehemalige Nationalsozialisten in ihre Partei zu holen und somit Stimmen zu fangen. Im Vorfeld der zweiten Nationalratswahl 1949 durfte, mit tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokraten, der Verband der Unabhängigen (VdU) kandidieren. Der

VdU war eine Vereinigung von Altnazis, Deutschnationalen und einigen wenigen Liberalen, womit die Traditionen des Dritten Lagers fortgesetzt wurden. In der Tagespolitik standen die Wahrung der Interessen der ehemaligen Nationalsozialisten und eine starke Tendenz zur Verharmlosung des Nationalsozialismus im Vordergrund. Als 1955 der VdU unterging wurde dieser durch eine neue Partei, der FPÖ, ersetzt (vgl.: Bailer-Galanda/Neugebauer 1997 S.11-13).

Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz war die FPÖ auf wenige Themen beschränkt, in der Wählergunst stetig am sinken und vom politischen Tagesgeschäft weitgehend ausgeschlossen. Ab Mitte der 1960er Jahre versuchte Bundesparteiobmann Friedrich Peter, die FPÖ aus der Isolation zu führen. Diese Phase der Normalisierung war gekennzeichnet durch stabile Wahlergebnisse und allmähliche Gesprächsbereitschaft von Seiten der anderen Parteien. Den Höhepunkt der Phase zeigte die Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky am Beginn der 1970er Jahre. Unter der Parteiführung Norbert Stegers (1980-1986) wurde die FPÖ in die Richtung des Liberalismus „gedrängt“. Die für eine Regierungsbeteiligung schlecht vorbereitete FPÖ hatte ab 1983, der ersten Regierungsbeteiligung der FPÖ (kleine Koalition unter Bundeskanzler Sinowatz/ SPÖ), mit internen Auseinandersetzungen zu kämpfen. Dieser interne Konflikt eskalierte am Parteitag im September 1986 in einer dramatischen Kampfabstimmung zwischen Norbert Steger und dem charismatischeren Jörg Haider, welche dieser schlussendlich gewann. Als Folge des Umsturzes beendete der neue Bundeskanzler Franz Vranitzky die Koalition und rief Neuwahlen aus. Durch die Ausrufung von Neuwahlen trat die FPÖ in eine Phase des populistischen Protestes ein (vgl. Luther 2006 S.364-465).

Die FPÖ hatte ihre Hochburgen bis dahin vor allem im akademischen Milieu, unter Haider wendete man sich aber vor allem dem Arbeitervolk zu, hier konnte man in traditionell sozialistischen Wiener Arbeiterbezirken neue Wähler gewinnen. Haiders Politik war in Österreich, aber durchwegs auch im Ausland, von harter Kritik verfolgt und Aussagen über das NS-Regime brachten Haider den Ruf eines Rechtspopulisten ein, u.a. würdigte Haider bei der alljährlichen Feier auf dem Ulrichsberg bei Klagenfurt zum Gedenken an gefallene Soldaten, die Waffen SS mit den Worten „die lieben Freunde von der Waffen SS“ (vgl. Scharsach/Kuch 2000 S.25).

7.2. Die erste Spaltung der FPÖ

Nach dem Entwurf eines neuen Fremdenpolizeigesetzes durch Innenminister Franz Löschnak kündigte FPÖ-Obmann Jörg Haider ein Volksbegehren für eine „positive Reform der

Ausländer- und Einwanderungspolitik“ an. Eine Woche nach der Ankündigung brach in der FPÖ eine Krise aus. Heide Schmidt, welche im ersten Wahlgang zur Bundespräsidentenwahl 16,4 Prozent erreicht, erklärte das Ausländerthema für ein Volksbegehren für ungeeignet. Haider attackierte Schmidt darauf hin über die Medien scharf. Die Forderungen des Volksbegehrens waren unter anderem Einwanderungsstopp, generelle Ausweisungspflicht, ständiger Grenzschutz, Begrenzung des Ausländeranteils auf 30 Prozent sowie die Abschiebung ausländischer Straftäter. Haider erntete Kritik von den anderen Parteien, der Kirche und den Medien. Am 22. November wurde das Volksbegehren in der Bundesparteileitung beschlossen. Beim Start des Volksbegehrens rief Haider die „Stunde der Patrioten“ aus. Zwei Tage vor dem Beginn der Eintragsfrist für das Volksbegehren am 25. Jänner 1993 gab es in Wien eine eindrucksvolle Kundgebung von 200.000 Menschen, welche ein Lichtermeer gegen Ausländerfeindlichkeit bildeten. Insgesamt unterschrieben an die 417.300 Menschen das Volksbegehren, welches später im Nationalrat zu Grabe getragen wurde. Am 4. Februar 1993 verkündete Heide Schmidt ihren Austritt aus der FPÖ, sie wurde von vier weiteren Dissidenten darunter auch Friedhelm Frischenschlager begleitet. Die fünf Dissidenten schlossen sich zum „Liberalen Forum“ zusammen (vgl.: Steininger 2007 S. 143–145).

Die Abspaltung war für den liberalen Flügel innerhalb der FPÖ zu einer politischen Notwendigkeit geworden, da sich die FPÖ immer mehr weg von einer liberalen hin zu einer national-sozialen Partei entwickelt hat. Heide Schmidt wusste zu diesem Zeitpunkt, ebenso wie Jörg Haider, geschickt auf der medialen Klaviatur zu spielen und ein weiterer Faktor war sicherlich die Zusicherung vom Nationalratspräsident Heinz Fischer nach der Einholung mehrerer juristischer Gutachten, der liberalen Fraktion den Klubstatus zu geben. Durch das Behalten der Mandate und der Klubgründung hatte das Liberale Forum einen wichtigen Startvorteil für die nächsten Wahlen, zudem ließ die internationale Vernetzung des „Liberalen Forums“ nicht lange auf sich warten. Bei den Nationalratswahlen 1994 erreichten die Liberalen sechs Prozent und waren damit mit elf Mandatären im Parlament vertreten (vgl.: Liegl 2006 S. 407-409). Heute ist das „Liberale Forum“ seit längerem nicht mehr im Nationalrat vertreten, obgleich nach den Nationalratswahlen 2006 der Vorsitzende des „Liberalen Forums“ Alexander Zach, nach dem Nichtantreten des „Liberalen Forums“ mit der SPÖ ein Wahlbündnis einging und dieses ihm einen Platz im Nationalrat sicherte.

7. 3. Die Gründe für den Aufstieg der FPÖ in den 1990er Jahren

Jörg Haider übernahm die FPÖ mit einem Wählerstimmenanteil von 5% (NR-Wahlergebnis 1983) und bereits 1986 bei der ersten Wahl unter Bundesparteiobmann Haider konnte die FPÖ auf beinahe 10 Prozent aufstocken. Bei den nachfolgenden Wahlen in den Jahren 1990, 1994 bzw. 1995 konnte die FPÖ, bis auf das Jahr 1995, den Stimmenanteil stetig steigern. Als man im Jahr 1994 schon glaubte, dass der Zenit der FPÖ erreicht sei wurde die FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 mit 26,90% um einige tausend Stimmen mehr als die ÖVP, zweitstärkste Partei in Österreich.

Gab es bis 1983 de facto ein Zweiparteiensystem in Österreich, so folgte ab 1983 eine Periode des gemäßigten Pluralismus. Mit der Nationalratswahl 1986 begann durch den Aufstieg der FPÖ und der Etablierung von neuen Parteien im Parteiensystem ein Dekonzentrationsprozess. Der Höhepunkt fand 1999 statt, als drei Parteien beinahe gleichauf lagen und man nicht abschätzen konnte, welche Entwicklung dies bis zur nächsten Nationalratswahl nehmen würde (vgl.: Müller 2006).

Betrachtet man die Ergebnisse der Nationalratswahlen von 1983 bis 1999 so fällt ein Punkt markant ins Auge. Während die ÖVP von 1990 bis 1999 nur an die 5 Prozent einbüßte, verloren die Sozialdemokraten in diesem Zeitraum beinahe 10 Prozent ihrer Stimmen, die FPÖ gewann an die 10 Prozent. Es versteht sich von selbst, dass man dies nun nicht eins zu eins umlegen kann. Es fällt aber auf, dass die Politik Haiders vor allem der SPÖ viel an Wählern gekostet haben dürfte. Mit ein Grund dürfte sein, dass die FPÖ unter Haider stets versuchte die Arbeiter anzusprechen, ein klassisches Klientel der Sozialdemokratie. Ein weiterer Grund für den Aufstieg in diesem Zeitraum dürfte auch die angehende Aufspaltung der „cleavages“ gewesen sein, wo nun die Kinder nicht mehr das Gleiche wählten wie ihre Eltern weil es Tradition war, sondern, meist durch Beeinflussung von Partner, Freunden oder Kollegen, „selbstständig“ entschieden was sie wählten.

Die Themen der Nationalratswahlen von 1990 und 1999 waren auch ein Grund für den Aufstieg der populistischen FPÖ. In den Jahren 1990 bis 1999 gaben die Österreicher folgende politische Prioritäten an: In all den Jahren (außer 1990:Umweltschutz) stand an erster Stelle der Prioritäten die Arbeitsplatzsicherung, gefolgt von Renten- und Pensionssicherung. 1993 reihte sich das Ausländerproblem, sicherlich angestachelt vom FPÖ Volksbegehren „Österreich zuerst“, an die dritte Stelle ansonsten war hier stets „Verschwendung verhindern“ am Drittwichtigsten. Auf den Plätzen vier und fünf reihte sich die Jahre über Umweltschutz, Korruption/ Privilegien bekämpfen, Steuererleichterung, Familienförderung und Kriminalitätsbekämpfung (vgl.: Müller 2000: Tabelle 11 S.42).

Was sind aber nun die wirklichen Motive der wahlberechtigten Bevölkerung der FPÖ ihre Stimme zu geben? In einer Umfrage zwischen den Jahren 1990 und 1999 kamen die Motive der befragten FPÖ Wähler ans Tageslicht. So trauen im Schnitt 69 Prozent der Befragten den Freiheitlichen zu, ernsthaft gegen Skandale und Privilegien anzukämpfen. Aufgrund des Standpunktes wählen 47 Prozent die FPÖ, glatte 40 Prozent geben die Person Jörg Haider als Motiv an. Interessant ist, dass 38 Prozent das Motiv „Um den beiden Koalitionsparteien einen Denkkzettel zu verpassen“ angeben, woraus man schließen könnte, dass die FPÖ ihre Wahlerfolge einen Großteil der Stimmen dank Protestwählern gewonnen hat. Weitere Motive sind „Interessen am besten vertreten bzw. aus Tradition“ (36 Prozent), „die FPÖ im Vergleich zu den anderen Parteien das kleinere Übel ist“ (18 Prozent). Beachtlich ist auch, dass im Erfolgsjahr 1999 63 Prozent der Befragten „weil die FPÖ frischen Wind und Veränderung bringt“ als ihr Wahlmotiv angaben (vgl.: Müller 2000 Tabelle 12 S.44).

Deutet man aus dieser Umfrage, dass ein Großteil Protestwähler sind so wäre diese Ansicht jedoch falsch. Viel richtiger scheint die Tatsache, dass Jörg Haider für beinahe jeden zweiten FPÖ Wähler das Hauptmotiv für ein „Kreuzerl“ unter FPÖ zu sein scheint. Ein Phänomen, welches sich auch unter Heinz-Christian Strache fortsetzen sollte.

7.4. Das Auf und Ab zu Beginn des 21. Jahrhunderts und weitere Spaltungen des Dritten Lagers

Nach den Nationalratswahlen 1999 hatte die FPÖ knapp vor der ÖVP den zweiten Platz erreicht. Die schwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP, welche wenig später scheiterten, prophezeiten der FPÖ bei Neuwahlen den ersten Platz. In Folge gelang es Wolfgang Schüssel als Vorsitzender der ÖVP eine Koalition mit der FPÖ zu gründen. Die Freiheitlichen waren nun wieder Teil einer Regierung. Bereits zuvor hatte Jörg Haider nach der selbstverschuldeten Schmach im Jahr 1991 wieder den Sitz des Kärntner Landeshauptmann zurückerobert. Nach der Angelobung der Regierungskoalition ÖVP und FPÖ folgten Sanktionen von Seiten der Europäischen Union, zudem demonstrierten hunderttausende Österreicher gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ, aus welcher später die wöchentlichen Donnerstagsdemonstrationen entstanden. Haider trat in der Folge als Bundesparteiobmann zurück und wollte sich nur mehr auf Kärnten konzentrieren, zudem sollte dies nun im Konflikt mit Europa erleichternd helfen. Die Europäische Union setzte die sogenannten „Drei Weisen“ ein, welche nach mehreren Untersuchungen und Gesprächen die Aufhebung der Sanktionen empfahlen. Die Regierungsperiode Schüssel/ Riess-Passer war

von Rücktritten von Seiten einiger FPÖ-Minister, einer Vielzahl von Demonstrationen und einem Findungsprozess innerhalb der FPÖ gezeichnet (vgl.: Steininger 2007 S. 161-177). Es sollte das Katastrophenjahr 2002 folgen. Zuerst scheiterte Westenthalers Favorit auf den ORF-Informationenchefs und danach folgte, während des Besuches von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer in den USA, Haiders „Privatreise“ zu Saddam Hussein, was die Vizekanzlerin in den USA ziemlich in Erklärungsnotstand trieb. Beim Bundesparteitag versuchte Haider wieder an die Spitze der Partei zu gelangen, Riess-Passer blockte ab, woraufhin Haider starke Kritik an der Regierungsarbeit übte. Im Juni folgte ein Treffen Haiders mit den rechtsextremen belgischen Vlaams Blok und der italienischen Lega Nord, woraufhin Riess-Passer Haider kritisierte. Haider drohte vermehrt seine Partei im nächsten Wahlkampf nicht zu unterstützen, ebenso kündigte er einen Sonderparteitag an um über einen Parteitagsbeschluss zu einer Steuerreform zu kommen. Es folgte der Knittelfelder Parteitag, in welchen Folge Riess-Passer, Westenthaler und Grasser zurücktraten und der Koalitionspartner Neuwahlen ausrief. Rückblickend muss gesagt werden, dass Riess-Passers Kurs sicherlich dem Image der FPÖ geholfen hat, sie jedoch mit ihrem liberalen Kurs innerhalb der Partei gescheitert ist. Bei den Neuwahlen verlor die FPÖ stark und die ÖVP konnte erstmals seit 1966 wieder den ersten Platz erobern. Es folgte abermals eine schwarz/blau Koalition mit Kanzler Schüssel und Vizekanzler Hubert Gorbach, Karl Heinz Grasser wurde „unabhängiger“ Finanzminister, aufgestellt von der Volkspartei. Bei den EU-Wahlen 2004 verlor die FPÖ die meisten Stimmen in der Geschichte bei Wahlen in der Zweiten Republik (von 23,4 % auf 6,3%) zudem kippte Andreas Mölzer, dank eines Vorzugsstimmenwahlkampfes, den eigentlichen Spitzenkandidaten Hans Kronberger vom ersten Platz. In dieser Zeit wurde auch Heinz Christian Strache zum Wiener Landesobmann gewählt. Heinz Christian Strache entwickelte sich danach zu einem erbitterten Gegner für Jörg Haider und sein Umfeld und forderte vermehrt einen Generationenwechsel innerhalb der Partei (vgl.: Steininger 2007 S. 178-194).

Im Jahr 2005 folgte dann die nächste Spaltung innerhalb des Dritten Lagers. Jörg Haider, seine Schwester Ursula Haubner, Uwe Scheuch und Herbert Scheiber gründeten im April 2005 das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Zuvor war es zu scharfen Auseinandersetzungen im Bezug auf das Team um Haider und das Team um Strache, Stadler und Mölzer gekommen, vor allem die Frage des EU-Beitritts der Türkei führte zu Differenzen. Strache warf der Regierung immer wieder vor freiheitliche Themen zu vernachlässigen. Bei den nächsten Nationalratswahlen im Jahr 2006 erreichte die FPÖ 21 Mandate und konnte damit starke Gewinne verbuchen, das BZÖ musste sich mit sieben Mandaten zufrieden geben. Zwischen

der FPÖ und dem BZÖ wurde daraufhin immer wieder eine Schlammschlacht geführt und die Wechsel zwischen den beiden Parteien und wieder retour nahmen überhand (vgl.: Steininger 2007 S.198 -205).

Das BZÖ rettete sich über die Jahre immer wieder mit den Kärntner Wahlergebnissen und dem Status der Landeshauptmannpartei in Kärnten, bundesweit war die Partei nur im Nationalrat vertreten und in keinem anderen Landtag. Immer wieder machten Gerüchte um eine Wiedervereinigung die Runde und Haider bezeichnete Strache immer als Kopie seiner selbst. Haider und Strache verwendeten viele gemeinsame Wahlkampfprüche etwa „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist“ (Haider 1996, Strache 2008). Der freiheitliche Historiker Lothar Höbelt relativiert die Diskussion über Kopie und Original, schließlich „würden sich die rechtsextremen Populisten ständig nachahmen“ (Horacek/ Reiter 2009 S. 198) zudem ist für Höbelt „Strache als Discogeher authentischer als Haider“ (Horacek/ Reiter 2009 S. 200). In einem Interview mit Nina Horacek und Claudia Reiter kritisiert Jörg Haider, dass Strache in den Medien verhätschelt wird und er sich dies zu Beginn der 1990er Jahre nie erlaubt hätte. Zum Thema Wiedervereinigung sagt Haider: „Realistisch ist eine Wiedervereinigung nicht, weil ich glaube, dass keiner von uns Beiden Interesse daran hat, seine Partei aufzulösen“ (Horacek/ Reiterer 2009 S. 207) und weiter dass es erst eine Wiedervereinigung geben werde, „wenn der Strache oder ich nicht mehr sind“ (Horacek/ Reiterer 2009 S.211). Kurz nach Jörg Haiders Tod im Oktober 2008 ruft sich Strache als alleinigen Erben des Rechtspopulisten aus (vgl.: Horacek/ Reiterer 2009 S. 196 – 217). Haider sollte zumindest teilweise recht behalten – mehr als ein Jahr nach Haiders Tod verkündete das Kärntner BZÖ eine Abspaltung vom Bundes BZÖ. Nach dem Vorbild des deutschen CDU/CSU Modells soll laut Uwe Scheuch, die neugegründete Freiheitliche Partei Kärntens (FPK) eine „Kooperation“ mit der FPÖ von Strache eingehen. Das BZÖ unter dem Vorsitzenden Josef Buchner verkündete daraufhin, dass es sich hierbei nicht um Haiders Willen handelte und das BZÖ, die einzige Haider-Partei sei, auch Haiders Witwe Claudia Haider erklärte, dass die Abspaltung sicherlich nicht der Wunsch ihres verstorbenen Mannes sei. Uwe Scheuch verkündete daraufhin im Kurier: „Wir haben Jörg Haiders Erbe in den sicheren Hafen der freiheitlichen Zukunft geführt“ (Kurier 17.12.2009 S. 2). Die Feindschaft, welche davor zwischen Scheuch und Strache scheinbar vorhanden gewesen war, war nun vergessen, und auch der Rest des FPK und FPÖ freute sich „wieder zu Hause zu sein“ (Kurier 17.12.2009 S. 2). BZÖ-Chef Buchner sprach von einen „eiskalten Putsch“ (Kurier 18.12.2009 S. 1).

7.5. Die FPÖ und Europa

Der FPÖ-Europaparlaments Abgeordnete Andreas Mölzer sagte einmal zum Thema EU: „Die EU sei eine „Diktatur“, wo es doch im Nationalsozialismus weniger Vorschriften für die Bürger gegeben hat“ (Horaczek/ Reiterer 2009 S. 217). Es ist eine von mehreren verurteilenden Aussagen im Zusammenhang mit Europa mit welcher die FPÖ versucht bei ihren Wählern zu punkten. Schon die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei spaltete die Partei. Immer wieder gilt Andreas Mölzer als Initiator von Treffen mit den Rechten in Europa. Bei einem Treffen in Wien waren u.a. hochrangige Gäste des rechtsextremen Vlaams Belang, des Front National, der ATAKA aber auch die Enkelin von Benito Mussolini, Alessandra anzutreffen. Bei diesem Zusammentreffen wurde die Wiener Erklärung verfasst, eine Erklärung, welche auf acht Punkten beruht. Die Europapolitik der Strache-FPÖ setzt dort fort, wo die FPÖ unter Haider aufgehört hat. Mastermind hinter einer europäischen Rechtsbewegung ist immer wieder Andreas Mölzer, welcher auch im Jahr 2004 nur dank des Vorzugsstimmenwahlkampfes in rechtsextremen Kreisen den eigentlichen Spitzenkandidaten überholen konnte. In Brüssel angekommen ging Mölzer an die Arbeit, mit dem Ziel eine europäische Rechtsbewegung aufzubauen. Im Jänner 2007 wurde dann die neue Rechtsfraktion mit dem Namen „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) ins Leben gerufen. Mitglieder damals waren die FPÖ, der belgische Vlaams Belang, die französische Front National, die bulgarische ATAKA, aus Italien die Fiamma Tricolore und die Alternativa Sociale, die Großrumänienpartei und der aus der UK Independence Party ausgeschlossene Parlamentarier Ashley Moore. Historisch gesehen ist ein solcher Zusammenschluss von Rechtsparteien immer ein Problem und führt daher auch immer zum Scheitern, denn die Parteien vereint das, was sie trennt. Verschiedene Faktoren führen immer wieder zu Spannungen innerhalb der Fraktion. Sei es die Frage „Was ist national“, die Südtirol-Frage, die festgelegte Grenze zwischen Polen und Deutschland (Oder und Neiße) oder der Rassismus innerhalb der Fraktion, wenn die Italiener gegen die rumänischen Zigeuner hetzen oder sich die Großrumänienpartei auf den Schlips getreten fühlt, wenn rumänische Städte mit deutschen Namen benannt werden (vgl.: Horaczek/ Reiterer 2009 S. 161-165).

Der Rassismus war es dann auch, welcher das Projekt der ITS nur zehn Monate nach der Gründung wieder zum Scheitern brachte. Nach dem Mord an einer Italienerin für den ein Roma aus Rumänien verantwortlich war, forderte Mussolini die Abschiebung zahlreicher Rumänen. Die Großrumänienpartei sah darin eine Provokation gegen ihr Land und trat aus der Fraktion aus, welcher danach die Mitglieder fehlten um einen Fraktionsstatus aufrechtzuerhalten. Kurz danach wird der nächste Versuch mit dem verbindenden Element

des Anti-Islamismus gestartet. Bei einem Treffen der deutschen Bewegung Pro Köln, des Vlaams Belang, der deutschen Republikaner und der FPÖ wird ein Städtebündnis gegen Islamisierung beschlossen, zwei Tage danach die „Euroregionale Kommunale“ von Republikanern, FPÖ und Vlaams Belang gegründet. Die Woche darauf treffen sich rechte Politiker mit Strache in Wien, Strache fordert dabei den Austritt aus der EU, was zu parteiinterner Kritik führt. Die Kritik an der EU ist das verbindende Element der Rechtsparteien. Zur „Rettung des christlichen Abendlandes“ reist im September 2008 eine Delegation der FPÖ zu einem Schweigemarsch von Pro Köln. Die deutsche Bundesregierung lehnte den Schweigemarsch aufgrund von Rechtsextremismus ab und Köln befand sich in dieser Zeit im Ausnahmezustand. Nach kurzer Zeit kam es zu schweren Ausschreitungen und die Rechten mussten mit einem Boot auf den Rhein flüchten, woraufhin sie über Stunden nicht mehr anlegen konnten, die Großdemonstration am nächsten Tag wird abgesagt. Der Kampf gegen den Islam führt auch dazu, dass Strache in Serbien und Russland punkten kann. Die extrem nationalistische serbische STS lud Strache bei ihrem Wahlkampffinale als Ehrengast ein, woraufhin Strache von der Bühne „Kosovo ist Serbien“ auf Serbisch rief und ihm dies auch Stimmen der in Österreich lebenden Serben einbrachte. Unter Strache haben sich die Europapolitik und der Umgang mit anderen rechten Parteien dahingehend geändert, dass man nun nicht mehr auf Distanz zu neonazistischen Parteien wie der NPD bemüht und der rechtsextreme Vlaams Belang offizieller Partner der Freiheitlichen ist. Vor der Spaltung wurden Kontakte zur NPD und DVU von Seiten der FPÖ vermieden, aber auch eine Kooperation mit dem Vlaams Belang war nie eine Parteilinie, dies hat sich unter Strache geändert. Der von Mölzer initiierte Dammbbruch in Richtung NPD sorgte unter den Rechten in Deutschland für Aufregung, in Österreich war dies kaum ein Thema. Nach der EU-Wahl 2009 meinte Mölzer, dass die Fraktion „Union für das Europa der Nationen“ eine Option für die FPÖ sei, jedoch will die Fraktion die FPÖ nicht wirklich aufnehmen (vgl.: Horacek/ Reiterer 2009 S. 165 – 171).

7.6. Der Wandel der FPÖ unter der neuen Führung

Die Bilder von Straches Wehrsportübungen und die harten Parolen der FPÖ in den Nationalratswahlkämpfen und dem EU-Wahlkampf warfen wieder die Fragen des Rechtsextremismus und Neonazismus in Österreich auf. Das Bundesministerium für Inneres zählte in den letzten Jahren einen stetigen Anstieg an rassistischen Straftaten und auch das selbstbewusste Auftreten von Neonazis bei Demonstrationen und Wahlkampfveranstaltungen schlug hohe Wellen. Die freiheitlichen Parteimitglieder standen immer schon mehr oder

weniger offiziell in Verbindung mit rechtsextremem oder neonazistischem Gedankengut, jedoch stellte sich unter Strache ein Wandel ein. Es scheint als wäre es nun „en vogue“ daraus keinen Hehl mehr zu machen. Die Burschenschaften spielten in der FPÖ immer eine große Rolle und viele Abgeordnete entstammen einer schlagenden Burschenschaft. Haider selbst distanzierte sich im Jahr 1995 sogar zeitweise von den Burschenschaften und überhaupt setzte in den 1990er Jahren zumindest nach außen hin eine gewisse Absatzbewegung von den Burschenschaften ein. Unter Strache, der selbst einer Burschenschaft entstammt, gab es wieder eine starke Annäherung zwischen den Burschenschaften und der FPÖ und die Grenze scheint verwischt zu sein. Strache selbst machte keinen Hehl daraus in der Familie des Neonazi Norbert Burger eine Art Ersatzfamilie gefunden zu haben. Als Obmann der Wiener Landespartei hält er die Totenrede zum umstrittenen Burschenschafter-Gedenken zum 8. Mai 1945. Ende November 2004 entschied das Wiener Landesgericht, dass man Strache eine „Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut“ unterstellen dürfe. Für Strache sind Wehrmachtsdeserteure noch heute „Täter“, welche Unschuldige am Gewissen haben. Neben dem enttabuisierten Umgang mit der Geschichte hat Strache auch im Islam ein Feindbild gefunden. So behauptete er im Mai 2006, dass sich viele Moslems integrationsunwillig zeigen und es bald zu einem Schnitzelverbot im Kindergarten kommen werde. Im Zusammenhang mit Ausländern ließ sich Strache auf einen Vergleich mit Ungeziefer ein, denn laut ihm ziehe das österreichische Sozialsystem die Ausländer an, wie die Motten das Licht (vgl.: Schiedl 2007 S. 122 – 130).

Strache ist aber nicht der Einzige, welcher nach dem Führungswechsel in der FPÖ im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Neonazismus aufgefallen ist. So schlug etwa der steirische RFJ-Obmann Michael Winter dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) vor *"als Sofortmaßnahme gegen muslimisch-türkische Vergewaltigungen eine Schafherde im Stadtpark grasen zu lassen"*

(<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/420218/index.do>). Seine Mutter Susanne Winter fiel ebenso durch eine ausländerfeindliche Aussage auf. Beim Neujahrsempfang der FPÖ sagte die damalige Spitzenkandidatin für die Grazer Kommunalwahlen und jetzige Nationalratsabgeordnete, dass *„im heutigen System Mohammed ein Kinderschänder wäre"*

(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,528504,00.html>). Darüber hinaus ist Winter eine leidenschaftliche Leserbriefschreiberin im Neonazi-Blatt Phoenix. MdEP Andreas Mölzer wollte nach einer abermaligen Eskalation im Nahen Osten *„mittels Hissung einer Palästinenserfahne sich mit dem palästinensischen Volk solidarisieren“* (Schiedel 2007 S.135). Die FPÖ forderte die Beendigung der diplomatischen Beziehungen mit Israel, zudem

attestierten Mölzer, dem FPÖ-Feindbild IKG-Präsidenten Ariel Muzicant „Mossad-Methoden und Erpressung von demokratisch-gewählten Politikern“ (Schiedel 2007 S.135). Mölzer und Strache attackierten Muzicant ebenso im EU-Wahlkampf. Strache beteuert zwar immer, dass Neonazis in der FPÖ und bei Wahlveranstaltungen keinen Platz haben, der EU-Wahlkampf 2009 zeigte aber anderes, auch wenn Strache sie immer wieder als linke Provokateure hinstellte. Eine Thematik, welche noch im nächsten Kapitel behandelt werden wird.

8. Der Wahlkampf der FPÖ zur EU-Wahl 2009

Die FPÖ führte einen EU-Wahlkampf, welcher viel Unmut in Österreich aber auch in anderen Staaten in Europa auslöste. Für Amnesty-International Österreichs Generalsekretär Heinz Patzelt war der Wahlkampf der FPÖ zur Europawahl in „wesentlichen Elementen rassistisch, islamophob und antisemitisch und damit schwer menschenrechtsverletzend“ (vgl.: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1991765/index.do>). Durch die Wahl des Dritten Nationalratspräsidenten im Oktober 2008 und die anschließenden Diskussion über diese Wahl, rückte die FPÖ mit dem EU-Wahlkampf abermals an den extrem rechten Rand. Die Wahlplakate und Anzeigen in den Medien sind Zeichen dafür, aber auch das sogenannte dirty campaigning und die Aussagen im Zuge des Wahlkampfes. Dieses Kapitel wird den Wahlkampf der FPÖ genau unter die Lupe nehmen.

8.1. Der Spitzenkandidat Andreas Mölzer

Andreas Mölzer wurde im Jahr 1952 in Leoben (Steiermark) geboren und studierte Rechtsgeschichte, Volkskunde und Geschichte. Nach dem Studium arbeitete Andreas Mölzer laut seiner Homepage (www.andreas-moelzer.at) als freier Journalist, lässt aber offen für welche Magazine, Zeitschriften oder Zeitungen er tätig war. Nach vier Jahre Schaffen, ohne Angabe eines Druckwerkes, findet sich auf Mölzers Homepage die Angabe, dass er von 1985 bis zum Jahr 1990 als Chefredakteur der FPÖ-Zeitung Kärntner Nachrichten angestellt war. Seit 1997 ist Mölzer Chefredakteur und Mitherausgeber der Wochenzeitung „Zur Zeit“. Je nach Auslegung kann man diese Wochenzeitung als konservative Zeitung (laut Mölzer) oder als Bindeglied zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus (laut DÖW) sehen. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands bezeichnet Mölzer als eifrigsten Publizisten der extremen Rechten und deckt auch auf, bei welchen Druckwerken er ansonsten noch tätig war. Von 1983 – 1990 war Mölzer Schriftleitungsmitglied der rechtsextremen

Zeitschrift Aula. In dieser formulierte er Aussagen wie etwa: *„Wer nun die Landnahme fremder Völkerschaften zu Lasten der einheimischen Bevölkerung favorisiert, tritt im Grunde dafür ein, daß (sic!) wir uns als Volk aus der Evolution verabschieden. [...] Wer die „Umvolkung“ der Österreicher betreibt, nur um den deutschen Charakter des Landes zu tilgen, muß (sic!) sich den Vorwurf des antigermanistischen Rassismus gefallen lassen“* (Bailer/ Neugebauer 1994 S. 449). Im Jahr 1984 befürwortet er in der Deutschen – Wochen Zeitung, einer heute rechtsextremen Zeitung, die Gründung der National Freiheitlichen Aktion (NFA) von Otto Scrinzi. Im Jahr 1987 veröffentlicht Mölzer eine Rezension über das Buch „Die Diffamierten“ in den Kärntner Nachrichten, welche ihm eine Anzeige nach §3g Verbotsgesetzes bringt, die die Staatsanwaltschaft Kärnten in der Folge aber zurücklegt. Im Jahr 1989 folgt der erste Antritt bei den Kärntner Landtagswahlen, im Juni 1991 kommt Mölzer in den Bundesrat. Im Herbst 1992 wird Mölzer auf persönlichen Wunsch von Jörg Haider zum politischen Gesamtverantwortlichen des Freiheitlichen Bildungswerkes (vgl.: http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html).

Bei einer Veranstaltung des Freiheitlichen Akademikerverbandes zum Thema „Nationale Identität und multikulturelle Gesellschaft“ fürchtete Mölzer im Jahr 1992, *„dass die deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft in der BRD und in Österreich erstmals in seiner tausendjährigen Geschichte vor einer Umvolkung steht. Bisher sei die biologische Potenz der Deutschen immer stark gewesen, um assimilierender Faktor zu bleiben“* (http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html). Mölzer sah zudem einen *„überalterten und schwächeren Volkskörper, der dynamischeren Zuwanderern gegenübersteht“* (http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html).

Im Jahr 1995 erfolgte der Rückzug aus der Aula und Mölzer wurde Chefredakteur der österreichischen Ausgabe der deutschen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, welche vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird. Ebenso erfolgt im Jahr 1995 der Rückzug aus der freiheitlichen Bildungswerkstatt. Von 1999 bis 2002 war er Kulturbeauftragter des Landes Kärntens. In der Zwischenzeit veröffentlicht Mölzer Bücher, welche meist sehr weit am rechten Rand anzusiedeln sind und auch in seiner Wochenzeitung erscheinen immer wieder Artikel, welche die nationalsozialistischen Verbrechen stark verharmlosen. Ebenso besucht Mölzer Veranstaltungen von rechtsextremen Parteien in Deutschland, wie etwa die Partei „Die Republikaner“. Im November 2001 versammeln sich im niederösterreichischen Gloggnitz aus Anlass des vierjährigen Bestehens der „Zur Zeit“ Vertreter mehrerer europäischer Rechtsaußenparteien, unter anderem Filip Dewinter des

niederländischen Vlaams Blok. Bis zum Jahr 2004 tritt Mölzer immer wieder als Referent bei Treffen rechtsextremer Parteien wie dem Vlaams Blok, hier bei einem Treffen der Jugendorganisationen, oder der deutschen NPD, auf. In der rechtsextremen Zeitschrift „Der Eckart“ antwortet Mölzer auf die Frage der Deutschen in der Europäischen Union „*Die europäische Integration war also in ihren Anfängen auch ein Sieger-Projekt der Alliierten, das davon ausging, dass man Deutschland auf Dauer machtpolitisch niederhalten müsste*“ (http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html).

Bei den Europawahlen im Jahr 2004 schaffte Mölzer aufgrund eines Vorzugsstimmenwahlkampfes (21.980 Vorzugsstimmen) den Einzug ins EU-Parlament, wo er umgehend mit der Planung für eine Fraktion der „Euro-Rechten“ beginnt. Im März 2005 wird Mölzer aufgrund der ständigen Angriffe auf die Parteispitze mit der Hilfe seiner Wochenzeitung aus der FPÖ ausgeschlossen. Es folgte der Aufstand des rechten, burschenschaftlich dominierten Parteiflügels und somit auch die Abspaltung des BZÖ. Im selben Jahr organisierte Mölzer ein Treffen europäischer rechtsextremer und neofaschistischer Parteien in Wien (vgl.:

http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html).

Im Europaparlament sorgte Mölzer ebenso für historische Austritte. Beim 60. Jahrestag zum Gedenken der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Auschwitz, weigerte sich Mölzer als einer von nur wenigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments für eine Auschwitz-Resolution zu stimmen, welche Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verurteilen sollte. Mölzer begründete dies damit, dass mit dem „*Leid der Opfer tagespolitische Ambitionen verbunden werden*“ (<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/2008723/index.do>). Als sich Jörg Haider mit dem BZÖ abspaltete, stand Mölzer Parteiobmann Strache zur Seite, obgleich Mölzer sowohl von Haider als auch Strache als Bewunderer gilt. Über Strache sagte Mölzer: „*Den Messias haben wir gehabt. Jetzt haben wir einen guten Kameraden*“ (Horaczek/ Reiterer 2009 S. 5). Mölzer erklärt immer wieder eine Fraktion der Rechten im europäischen Parlament als sein Hauptziel. Einmal schaffte er dies bereits, jedoch war die Fraktion nach internen Differenzen rasch wieder zerbrochen (vgl.:

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/2008723/index.do>).

Mölzer ist ebenso wie viele andere in der FPÖ Mitglied einer Burschenschaft. Im Falle von Mölzer ist er Mitglied des akademischen Corps Vandalia Graz und Mensuren sind für Mölzer ein Ritual der Männlichkeit. Während der Fußball Europameisterschaft 2008 hing Mölzer die Deutschland Fahne vor sein Haus, begründet kann dies wohl nur damit werden, dass sich

Mölzer selbst als Kulturdeutscher bezeichnet. Eine Stellungnahme von ihm gibt es zu diesem Thema nicht (vgl.: Horaczek/ Reiterer 2009 S. 129-132).

Für Aufregung sorgte auch im Jahr 2006 die Gedenkrede von Mölzer bei der jährlichen Kranzniederlegung der deutschnationalen Burschenschaften zum Jahrestag der Kapitulation des NS-Regimes am Wiener Heldenplatz. Mölzer argumentierte damit, dass er sich nicht die „*Trauer über die eigene Tragödie und die gefallenen Väter und Großväter nehmen lasse, das sei unser gutes Recht*“ (Horaczek/ Reiterer 2009 S. 129).

Mölzer war es auch der bei zwei Spaltungen des Dritten Lagers seine Finger mit im Spiel hatte. Der im Februar 1992 oben zitierte Ausspruch Mölzers zur „Umvolkung“ in Österreich und Deutschland führte dazu, dass die liberalen Mitglieder rund um Heide Schmidt aus der FPÖ austraten und das Liberale Forum gründeten. 2005 war Mölzer einer der Hauptakteure bei der Abspaltung des BZÖ. Nach dem Tod von Jörg Haider forderte er die Wiedervereinigung der beiden Parteien. Beim Anschluss des FPK verblieb Mölzer jedoch bei der FPÖ Kärnten. Die Geschichte Mölzers beweist, dass er keine Berührungängste mit dem Neonazismus hat und er seiner Ideologie über all die Jahre treu geblieben ist (vgl.: Horaczek/ Reiterer 2009 S. 129 – 132).

8.2. Die Wahlkampagne der FPÖ

Bereits Ende Jänner präsentiert die FPÖ Andreas Mölzer als Spitzenkandidaten für die kommende Wahl des Europäischen Parlaments. Parteichef Heinz-Christian Strache manifestierte in Mölzer einen „profunden Kenner im Kampf gegen EU-Zentralismus“ (<http://diepresse.com/home/politik/eu/447055/index.do>).

Als zentrale Themen im Wahlkampf wurden der EU-Zentralismus und die Massenmigration in Richtung Europa vorgestellt. Ebenso ist man gegen einen EU-Beitritt der Türkei und für eine Annäherung an Russland. Zudem wurde Ende Jänner eine Klage gegen den Vertrag von Lissabon angekündigt und nach in Kraft treten des Vertrages soll es zu einer Verfassungsbeschwerde kommen (vgl.:

<http://diepresse.com/home/politik/eu/447055/index.do>).

Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Wahlkampagne, nachzuschauen auf dem Kanal der FPÖ auf YouTube „Österreichzuerst“, erklärt Generalsekretär und Wahlkampfverantwortlicher Herbert Kickl den Slogan „Tag der Abrechnung“ als Aufforderung an die Bevölkerung Schluss mit dem Kurs der Europäischen Union in Bereichen wie etwa dem Finanzmarkt zu machen. Die Abbildung des Bundesparteiobermanns Strache neben dem Spitzenkandidaten ist laut Kickl nur konsequent, da beide „*die rot-weiß-*

rote Achse zwischen Wien und Brüssel, zwischen Österreich und der Europäischen Union sind und dies seit dem Tag der Wiedergeburt der Freiheitlichen Partei“ bilden. Zudem spricht man von einem gleichberechtigten Miteinander der Völker und einer Abrechnung der Österreicher, vor allem „denen die es mit der EU gut meinen“, mit dem „ungezügelter Neoliberalismus“ der EU. Die drei Grundwahlplakate sollen den Ansatz der FPÖ zur Bedrohung Österreichs in und durch den falschen Kurs der Union aufzeigen. Die Frage warum Strache am letzten Listenplatz kandidiert bleibt allerdings unbeantwortet.

8.3. Wahlprogramm zur EU Wahl 2009

Anders als die übrigen kandidierenden Parteien veröffentlichte die FPÖ nicht ein mehrere Seiten starkes Wahlprogramm sondern begnügte sich mit einem Wahlprogramm, welches in einem sechs Seiten beinhalteten Folder dargestellt wird. In diesem „Wahlprogramm“ zeigt man zwar die eigenen Vorstellungen zu einem gemeinsamen Europa auf, kritisiert aber zudem die Arbeit der anderen Parteien. Man kann hier also nicht von einem klassischen Wahlprogramm im herkömmlichen Sinne sprechen. Das Wahlprogramm ist an die Wahlplakate und den Inseraten in den Medien angelehnt und mit kurzen knackigen Sprüchen zur Einleitung versehen. Man kann sich zwar die Themen herleiten, jedoch bekommt der Wähler keine Information zu den Kandidaten für das Europaparlament. Nach dem von Wahlkampfleiter Kickl vorgegebenen Zweck der Achse Strache – Mölzer ist auch immer nur von Beiden die Rede. Es scheint als ob sich auch hier die FPÖ auf den Infotainment und Politainment Charakter beruft. Das Cover des Folders zielt das Bild von Mölzer und Strache, welches schon von den Wahlplakaten bekannt ist. Der in diesem Kapitel angesprochene Wahlfolder kann auf der Homepage von Heinz Christian Strache (www.hcstrache.at) unter Kampagnen downgeloadet werden.

In ihrem ersten Punkt fordert die FPÖ „EU-Beiträge zu kürzen statt bei Bürgern sparen“. Dies bedeutet die nach Ansicht der FPÖ zu hohen Beiträge, laut FPÖ im Jahr 2009 fast 2,4 Milliarden Euro, zu senken. Was die FPÖ hier jedoch unerwähnt lässt sind die Rückflüsse aus dem EU-Budget nach Österreich etwa für das Ziel-1 Gebiet Burgenland. Zudem zählen im Endeffekt für Österreich die Nettobeiträge. Laut einem Bericht der Presse leistete Österreich im Jahr 2008 einen nationalen Bruttobeitrag von 1,9 Milliarden Euro (ohne Zolleinnahmen) an das EU-Budget, diesen Ausgaben standen Rückflüsse in der Höhe von etwa 1,7 Milliarden gegenüber. Somit leistete Österreich im Jahr 2008 einen tatsächlichen Nettobeitrag von 215, 5

Millionen Euro (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/eu/510023/index.do>). In ihrem Wahlfolder fordert die FPÖ:

- Österreichs Nettobeitrag halbieren
- Einstellungen der Sonderförderungen für den EU-Beitrittswerber Türkei
- Überprüfungsmöglichkeit der EU-Förderungen durch den Rechnungshof
- Radikaler Bürokratieabbau in Brüssel und Strassburg (sic!)
- Kampf dem Korruptionssumpf
- Einstellungen der Zahlungen von sozialen Transferleistungen an Nicht-EU-Bürger
- Schluss mit bürokratischem Unsinn wie z.B. der Glühbirnenverordnung.

Die Forderung der Halbierung der Nettobeiträge stellt an dieser Stelle eine Irreführung von Seiten der FPÖ dar, denn spricht man zuvor beim nationalen Bruttobeitrag von angeblichen 2,4 Milliarden Euro. Lässt man aber naturgemäß das Wort „Bruttobeitrag“ weg, so entsteht der Glaube, dass hier Einsparungen im Ausmaß von 1,2 Milliarden Euro möglich sind. Nimmt man die Zahl des Nettobeitrages von 2008 nämlich 215,5 Milliarden Euro und halbiert diese so ist ein Sparpotential von 107,8 Milliarden Euro vorhanden, also nicht einmal zehn Prozent vom Sparpotential, welches von der FPÖ postuliert wird. Zudem stellt sich die Frage, außerhalb des populistischen Gedankens, warum hier vor allem die Sonderförderungen der EU an die Türkei herausgehoben werden, denn die Türkei ist nicht das einzige Land, welches von der EU Fördergelder bekommt. Offen bleibt die Frage, wie die FPÖ gewisse Punkte umsetzen möchte.

Im zweiten Punkt spricht man von „Deutscher Sprache statt Kulturverlust“ und kritisiert die anderen Parteien die deutsche Sprache zurückzudrängen und geißelt das Verwenden von englischen oder französischen Fremdwörtern. Darüber hinaus wird beanstandet, dass die österreichischen Regierungsvertreter nicht in ihrer Muttersprache verhandeln. Die FPÖ fordert daher die Muttersprache als ein „*Stück Heimat auch im Rahmen der EU*“ zu schützen und zu erhalten. In einem Schutzpaket für die deutsche Sprache fordert die FPÖ:

- Deutsch als gleichberechtigte Verfahrenssprache der EU (neben Englisch und Französisch)
- Einführung eines eigenen Sprachschutzgesetzes
- Mindestquote für deutschsprachige Musik und Filme in Radio und Fernsehen
- Ortsbezeichnungen auf Deutsch
- Förderungen für Maßnahmen zur Sprachpflege von der Volkskultur bis zur Unterhaltungsindustrie

Die Forderung einer gleichberechtigten Verfahrenssprache unterstützt der FPÖ-Europasprecher Bötsch in einer Presseaussendung am 6. Juni 2009 mit der Argumentation, dass aufgrund der Einwohner von deutschsprachigen Ländern, Deutsch ebenso als Verfahrenssprache angewendet werden muss. Die Einführung eines eigenen Sprachschutzgesetzes, etwa wie es in Frankreich bereits vorhanden ist, ist weniger ein europapolitisches Ziel als ein nationalpolitisches Ziel, welches nicht im EU-Parlament verabschiedet wird. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Mindestquote für deutschsprachige Musik und Filme in Radio und Fernsehen, sofern hier von Seiten der FPÖ nicht eine europaweite Mindestquote gefordert ist. Der vierte Punkt „Ortsbezeichnung auf Deutsch“ zielt wohl eher auf die Kärntner Wähler ab, wo es seit Jahrzehnten Probleme mit dem Aufstellen zweisprachiger Ortstafeln gibt. Wie auch schon bei Punkt eins bleiben auch hier die Fragen nach der Umsetzung offen.

Mit dem dritten Punkt wird auch der Slogan eines Wahlplakates verwendet. „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“ enthält die Kritik an den anderen Parteien die EU in einen Zentralstaat umwandeln zu wollen. Hier zielt die Kritik vor allem auf den ratifizierten Vertrag von Lissabon ab. Ebenso wird hier erwähnt, dass gegen den Willen der Bevölkerung Atomenergie und Gentechnik weiter vorangetrieben werden. In einem Volksvertretungspaket fordert die FPÖ daher:

- Verbindliche Volksabstimmung in Österreich über die EU-Verfassung/ den EU-Reformvertrag
- Garantie der Erhaltung der österreichischen Neutralität
- Keine Wiederholungen von Volksabstimmungen so lange, bis das Ergebnis der EU passt
- Nein zur geplanten Streichung des Veto-Rechts für Österreich
- Europa der Heimatländer statt einen (sic!) Bundesstaat, der von Brüssel gelenkt wird.
- Verfassungsklage gegen den EU-Reformvertrag
- Stopp den offenen und versteckten Ausbau der Atomkraft
- Verbot für genmanipulierte(s) Saatgut und Lebensmittel

Die Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon wird es wahrscheinlich nicht mehr geben, offen bleibt jedoch ob es tatsächlich, wie von der FPÖ gefordert, bei den nächsten relevanten Themenstellungen eine Volksabstimmung geben wird. Spielt man das Spiel durch und nimmt an, dass Österreich nach der nächsten Wahl vielleicht eine rot-blaue Regierung hat, könnte diese Frage noch ein Kernpunkt in der öffentlichen Diskussion sein. Vor allem

wenn man an den EU-Schwenk der SPÖ vor den Nationalratswahlen 2008 in der Kronen Zeitung denkt.

In der Neutralitätsfrage ist zwar richtig, dass Österreich durch den Vertrag von Lissabon eine Beistandspflicht hat. In einer Presseaussendung von Bundespräsident Heinz Fischer stellt dieser aber klar, dass der „*EU-Vertrag in der Fassung des Vertrages von Lissabon für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebietes eines Mitgliedstaates die anderen Mitgliedstaaten zur Gewährung aller in ihrer Macht stehenden Hilfe und Unterstützung im Einklang mit Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet*“ (<http://www.wien-konkret.at/politik/europa/verfassung/bundespraesident/>) aber dies dem Grundgedanken einer gemeinsamen europäischen Solidarität entspreche. Richtig ist vor allem aber auch, dass die Neutralität schon durch den Beitritt zur Europäischen Union nicht mehr dieselbe ist, wie zuvor. Interessant ist auch, dass im Parteiprogramm der FPÖ im Kapitel VII Artikel 3 Absatz 1 folgende Formulierung zu finden ist: „*Wir bekennen uns zu einer Beistandspflicht im Falle einer Aggression gegen Mitglieder der EU und zu Einsätzen außerhalb der EU im Sinne der Petersburger Beschlüsse*“ (vgl.: Parteiprogramm der FPÖ). Daraus lässt sich schließen, dass sie nach der Auslegung der FPÖ im Wahlkampf gegen ihr Parteiprogramm argumentiert. Zur Thematik der Atomenergie gab es im Februar 2009 eine mehrheitliche Befürwortung des Europaparlaments für den Ausbau der Atomenergie um die Energieversorgung zu sichern. Die gesamten österreichischen Vertreter im EU-Parlament sprachen sich jedoch geschlossen dagegen aus (vgl.: <http://www.news.at/articles/0906/15/232699/eu-parlament-bann-atomenergie-abgeordnete-ausbau-kernkraft>). Die Verfassungsklage gegen den Vertrag von Lissabon wurde von Seiten der FPÖ tatsächlich eingebracht, Ausgang offen.

Der vierte Punkt spricht sich für „Soziale Wärme statt EU für Konzerne“ aus und auch hier bekommen vor allem die beiden Großparteien ihr Fett ab. Der neoliberale Kurs der EU dient laut der FPÖ vor allem den Profitinteressen weniger Großkonzerne und ist zudem verantwortlich für die Banken- und Finanzkrise. Im Gegensatz wird der Abbau der Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer gerügt. Die EU bedeutet laut den Freiheitlichen „*Globalisierung um jeden Preis*“. Im Sozialschutzpaket fordert die FPÖ daher:

- Verlängerung der Übergangsfristen am heimischen Arbeitsmarkt zum Schutz österreichischer Arbeitnehmer
- Echte Arbeitsplätze statt Jobs, die zum Leben nicht reichen
- Rückführung von Gastarbeitern in ihre Heimatländer

- Kampf gegen den Sozialabbau durch Rücknahme von sinnlosen „Wettbewerbsfreiheiten“
- Keine versteckte Zuwanderung durch die sog. „Blue-Card“
- Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen in Österreich

Zur Thematik der Übergangsfristen für den heimischen Arbeitsmarkt ist diese nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und der Schutzklausel für bis zu drei Etappen für Österreich eigentlich Ende April 2009 ausgelaufen. Wegen der „Gefahren“ für den österreichischen Arbeitsmarkt wurde die Schutzklausel jedoch bis April 2011 verlängert, dies geschah einen Tag nach der EU-Wahl am 8. Juni 2009 (vgl.:

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/485681/index.do>). Da dies zwar alle Parteien forderten kann man hier aber vielleicht auch einen kleinen Teil dieses Erfolgs der FPÖ zubilligen.

In einer Pressemitteilung zur Rückführung von Gastarbeitslosen sagt FPÖ-Obmann Strache am 28. Mai 2009, dass Integration „*eine Bringschuld*“ sei. Zudem kritisierte Strache das Modell der Familienzusammenführung. Laut ihm soll man das Geld „*für die ausländischen Langzeitarbeitslosen lieber in deren Rückführung stecken*“. Offen bleibt die Frage, wen Strache als ausländische Langzeitarbeitslose beschreibt.

Die „Blue-Card“ dient einer einheitlichen Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU Staaten. Die Karte muss in jedem Land gesondert beantragt werden und die Aufenthaltsgenehmigung gilt nur so lange wie die Arbeitsgenehmigung gilt (vgl.: EU Richtlinie 2009/ 50/ EG des Rates vom 25. Mai 2009). Laut dieser Richtlinie soll es mit Hilfe der „Blue-Card“ also keine versteckte Zuwanderung geben. Die FPÖ bleibt in ihrer Wahlwerbung jedoch auch hier schuldig, welche genauen Maßnahmen sie für die Forderung der kleinen und mittleren Betriebe in Österreich beabsichtigen. Ebenso die Definition für „echte Arbeitsplätze“ bleibt offen und der Auslegung des Betrachters frei.

Der fünfte Punkt des Wahlfolders der FPÖ wird mit dem Slogan „Für Österreich da statt für EU & Finanzmafia“ eröffnet und ist ebenso ein Slogan, welcher sich auch auf den Wahlplakaten der Partei finden lässt. Die FPÖ spricht sich gegen die Aussage aus, dass die EU Österreich vor den katastrophalen Folgen der Wirtschaftskrise schützt. Für die FPÖ ist Brüssel Verursacher von Massenarbeitslosigkeit und Pleitewellen. Ebenso wird die Osterweiterung samt dubioser Geschäftemacherei beanstandet. Mölzer und Strache sprechen sich dafür aus, dass die EU den Staaten nicht das Recht nimmt, „*ihre eigene Bevölkerung vor*

negativen Entwicklungen zu schützen“. Im FPÖ Österreich-Schutzpaket spricht sich die FPÖ für folgende Punkte aus:

- Verlängerung der Übergangsfristen für den österreichischen Arbeitsmarkt
- Trockenlegung von Steueroasen für die Großkonzerne der EU
- Ende der blindgläubigen Anbindung an den Kurs der USA
- Keine Aufhebung des österreichischen Bankgeheimnisses
- Milliarden in die österr. Wirtschaft statt zur Verlustabdeckung von Ost-Spekulationen
- Staatliche Kontrolle und Mitsprache bei Übernahme von Staatsgarantien
- Kein Ausverkauf des Familiensilbers

Die FPÖ stimmte mit zwei Gegenstimmen in der damaligen schwarz-blauen Regierung für die Osterweiterung im Jahr 2004. Die zwei Gegenstimmen galten symbolisch für den Protest gegen das AKW Temelin und die Benes-Dekrete (vgl.:

<http://www.news.at/articles/0349/10/70309/groteske-eu-erweiterung-fpoe-ja-nein-stimmen>).

Die Verlängerung der Übergangsfristen für den österreichischen Arbeitsmarkt wurde schon im vorherigen Punkt besprochen. Im Zusammenhang mit der Trockenlegung der Steueroasen fehlt es ebenso an Konzepten wie bei der Aufhebung des österreichischen Bankgeheimnisses. Warum die FPÖ gegen die Aufhebung des Bankgeheimnisses ist bleibt offen, da sich die FPÖ ja immer für die Gerechtigkeit einsetzt und das Bankgeheimnis oft missbräuchlich verwendet wird. Die letzten drei Punkte des sogenannten „Österreich-Schutzpaket“ sind klassische innenpolitische Forderungen, welche im Zusammenhang mit einem EU-Wahlkampf fehl am Platz sind.

Im sechsten Punkt geht die FPÖ mit dem Slogan „Sicherheit statt Grenzen“ auf die Sicherheitspolitik ein. Hier werden vor allem die Öffnung der Ostgrenze und der Verzicht auf Grenzkontrollen kritisiert. Dies ist für die FPÖ der Grund für das *„Treiben von Ostmafia-Banden und kriminellen Scheinasylanten mit Raub, Diebstahl, Einbrüchen, Drogen- und Menschenhandel in Österreich“*. Hier fordert die FPÖ abermals, dass die *„Sicherheit ein Grundrecht der Österreicher ist. Es braucht Grenzkontrollen im Osten und die Ausweisung aller Kriminellen Nichtstaatsbürger“*. Im FPÖ- Sicherheitspaket setzt sich die FPÖ für folgende Punkte ein:

- Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Osten
- Finanzierung der Kontrollen aus Mitteln der EU
- Aufbau eines eigenen Grenzschutzes
- Nein zur Einführung eines totalen Überwachungssystems gegen die eigenen Bürger

- Keine EU-Schikanen gegen legale Waffenbesitzer
- Auffanglager für Asylwerber außerhalb der EU-Grenzen

In diesem Fall spricht sich die FPÖ für klare, schon bekannte, freiheitliche Ziele aus.

Interessant ist jedoch die Forderung für Waffenbesitzer, welche in einem österreichischen Wahlkampf eher Seltenheit genießt. Strache selbst ist bekennender Waffenbesitzer und er

spricht sich für Waffenbesitz für gesetzestreue Bürger aus. Im Wahlkampf warb man mit Waffenputztüchern und dem Slogan „Im Visier der FPÖ: EU-Schikanen gegen

Waffenbesitzer“, im Hintergrund konnte man zudem ein Fadenkreuz sehen, um die immerhin

244.000 Waffenbesitzer in Österreich. Die Waffenputztücher wurden an alle

Waffengeschäfte in Österreich versendet (vgl.: [http://derstandard.at/1244117019763/FPOe-](http://derstandard.at/1244117019763/FPOe-Waffenputztuecher-als-Wahlgeschenke?sap=2)

Waffenputztuecher-als-Wahlgeschenke?sap=2). Zu der Wiedereinführung der

Grenzkontrollen sprachen sich neben der FPÖ auch das BZÖ aus.

Bei den Auffanglagern außerhalb der EU ist die FPÖ nicht die einzige Partei, welche dies

fordert. So forderte etwa der SPD-Innenminister Otto Schily Auffanglager für Asylwerber in

Nordafrika. Der damalige VP-Innenminister und jetziger Spitzenkandidat der VP Ernst

Strasser forderte im Jahr 2004 Auffanglager in der Ukraine (vgl.: [http://no-](http://no-racism.net/article/991/)

racism.net/article/991/). Durch die kurze Darstellung im Folder bleibt die FPÖ auch in diesem

Punkt klare Lösungsvorschläge schuldig und spricht auch hier nur Forderungen aus. Es fehlt

auch die Darstellung, von dem was der EU-Abgeordnete der FPÖ Andreas Mölzer bis jetzt

erreicht hat.

Auf dem Folder weißt die FPÖ ebenso die „Sudelei gegen EU-Mölzer“ zurück und droht den anderen Parteien damit, dass die FPÖ auch bei dieser Wahl nicht zu stoppen sein wird.

Anhand von drei Punkten (Reden im Parlament, Schriftliche Erklärungen, Anfragen) weist die

FPÖ nach, dass Mölzer nicht der faulste sondern eigentlich der fleißigste österreichische

Europaabgeordnete ist. Nimmt man die Internetseite votewatch.eu zur Überprüfung so steht

fest, dass es bei der Frage um die Auslegung bzw. Beobachtungsweise geht, wie man einen

fleißigen EU-Abgeordneten definiert. Zur Feststellung der Angaben wurden die

Spitzenkandidaten der letzten Parlamentsperiode von 2004-2009 verglichen.

Name	Reden im Parlament	Schriftliche Erklärungen	Anfragen	Anwesenheit
Swoboda	290	2	44	93,98%
Karas	134	2	39	97,99%
Martin	141	0	74	96,98 %
Voggenhuber	56	0	16	93,62%
Mölzer	369	24	111	80,27%

Grafik XIV: Arbeitsleistung der EU-Spitzenkandidaten der EU-Wahl 2004

Definiert man den Fleiß eines Abgeordneten nach den Reden, Anfragen und Erklärungen im Parlament so ist hier, wie in der Grafik ersichtlich, zweifelsohne Andreas Mölzer Spitzenreiter. Nach diesem Ranking wäre der SP-Kandidat Hannes Swoboda der zweitfleißigste, gefolgt von Hans Peter Martin, Othmar Karas und weit abgeschlagen Johannes Voggenhuber von den Grünen. Nimmt man aber die Anwesenheit im EU-Parlament als Feststellung des Fleißes so ist hier ein gewaltiger Unterschied zu bemerken. Während alle anderen Kandidaten auf einen Wert von über 90 Prozent kommen, schafft es Andreas Mölzer auf knapp über 80 Prozent Anwesenheit. Das entspricht einer Anwesenheit an 240 Tagen bei 299 möglichen Tagen, im Vergleich dazu ist der Spitzenreiter bei der Anwesenheit Othmar Karas an 293 von 299 Tagen anwesend gewesen. Somit ist je nach Auslegung Andreas Mölzer sowohl der faulste aber auch der fleißigste EU-Abgeordnete aus Österreich. Auf der letzten Seite im Wahlkampfzettel kann man eine Petition gegen den EU-Beitritt der Türkei unterstützen.

8.4. Wahlwerbung

Wahlwerbung ist immer Mittel dem Wähler eine Botschaft auf schnellem Weg zu vermitteln. Kurze prägnante Slogans sollen Aufmerksamkeit erregen. Die FPÖ ist bekannt für Slogans, welche kurz und knapp, meist auf Basis eines Reims den Wähler animieren sollen sein Kreuz bei den Freiheitlichen zu machen. Dass hier des Öfteren von den Freiheitlichen Grenzen überschritten werden zeigen schon frühere Wahlplakate der FPÖ wie etwa „Deutsch statt nix verstehen“, „Daham statt Islam“, „Asylbetrug heißt Heimatflug“ oder „Pummerin statt Muezzin“. Im Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 wurden ebenso Grenzen überschritten und Rassismus gefordert, wofür die FPÖ von vielen Seiten herbe Kritik einstecken musste.

Dieses Unterkapitel der Wahlwerbung wird sich zuerst mit den Wahlplakaten und den Inseraten der FPÖ in den Medien auseinandersetzen um sich danach der Kritik an der Wahlwerbung widmen.

8.4.1. Wahlplakate

Im Fall der FPÖ schaffen Wahlplakate nicht nur gehörig Aufmerksamkeit sondern alle, egal zu welcher Wahl, haben eines Gemein. Auf allen Wahlplakaten ist der Parteiobmann Heinz Christian Strache abgebildet und daneben meist der eigentliche Spitzenkandidat für die Wahl. Auf manchen Plakaten ist dann gar der Parteiobmann auf prominenterer Stelle oder im Vordergrund postiert und der Spitzenkandidat dahinter.

Alle in diesem Kapitel abgebildeten Wahlplakate können auf der Homepage des Parteiobmanns Strache, nicht aber auf der Homepage des Spitzenkandidaten Mölzer abgerufen werden. Ein weiteres interessantes Detail an den Wahlplakaten ist, dass sowohl die Internetadresse der Freiheitlichen Partei und von Strache auf den Wahlplakaten steht, jedoch keine des eigentlichen Spitzenkandidaten Mölzer. Auf allen Plakaten findet sich der Slogan „Tag der Abrechnung“.

Die FPÖ erntete für die Wahlplakate herbe Kritik von anderen Parteien und die Grünen aus dem Wiener Bezirk Neubau erstatteten gar Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien wegen Rassismus und Intoleranz, ebenso gab es von Seiten der katholischen, israelitischen und moslemischen Glaubensvertretungen herbe Kritik.



Grafik XV: FPÖ Wahlplakat Nr. 1

Das erste Wahlplakat (siehe Grafik XV) „Unser Kurs ist klar: Für Österreich da statt für EU & Finanzmafia“ soll den Kurs verdeutlichen, dass die FPÖ die einzige Partei ist für welche Österreich an erster Stelle steht und nicht die EU und die laut der FPÖ vorhandene Finanzmafia innerhalb der EU. Für Generalsekretär Kickl ist die EU Schuld am Neoliberalismus und der vorherrschenden wirtschaftlichen Lage. Für ihn ist es wie er bei der Präsentation der Wahlplakate sagte, „ein Tanz um das goldene neoliberale Kalb“ und der „höchste Wert der EU ist das Gewinnstreben und die Profitgier einiger weniger Konzerne die den Weg der Union bestimmen“. Aus diesem Grund wird diese Thematik auch auf dem ersten Wahlplakat thematisiert. Die FPÖ begründet das Abbilden beider Personen als logische Konsequenz, da Beide die Achse Brüssel-Wien bilden.



Grafik XVI: FPÖ Wahlplakat Nr. 2-4

Die Botschaft des großen Wahlplakates soll laut FPÖ auch in den drei kleinen Wahlplakaten in Grafik XVI weitergetragen werden und die Thematik sowie die „Bedrohung Österreichs in und durch den falschen Kurs der Europäischen Union“ konkretisieren.

Das erste Wahlplakat enthält den viel kritisierten Slogan „Abendland in Christenhand“ und zielt auf die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ab. Diese Beitrittsverhandlungen sind laut der FPÖ sofort einzustellen. Außerdem kritisiert die FPÖ mit dem Wahlplakat auch die Antidiskriminierungsparagrafen, wo man „darauf bemüht ist den Islam viele Eintrittspforten in die Europäische Gesellschaft zu öffnen und dies unter dem Deckmantel der Toleranz verkaufen möchte“. „Für die Freiheitlichen ist dies eine Bedrohung und sie schaut als einzige Partei auf die Interessen der Österreicher“, erklärt Kickl zu dieser Thematik weiter. In ihrem

Bürgermagazin „Wir Österreicher“ kritisiert die FPÖ, dass die Zahlungen von der EU an die Türkei direkt von Österreich aufgrund deren Nettozahlungen weitergeleitet werden. Die FPÖ rechnet danach auf Seite vier des Magazins hoch, dass die Zahlungen an die Türkei in den Jahren 2007 – 2010 rund 2,26 Milliarden Euro betragen werden. Ebenso sind die Zahlen des Nettobetrages von Österreich falsch. Die FPÖ missbraucht in ihren Darstellungen scheinbar falscher Zahlen um den Wähler in die Irre zu führen. Laut einem Artikel in der Presse vom 29.9.2008 bekommt die Türkei an Vorbeitrittshilfen fast 1,8 Milliarden Euro von der EU bis zum Jahr 2010, natürlich nicht nur von Österreich. Insgesamt zahlt die EU an „Vorbeitrittshilfe“ an die Türkei und Länder des Westbalkans, wie Serbien, Bosnien-Herzegowina oder Albanien bis zum Jahr 2010 4,5 Milliarden Euro (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/eu/418363/index.do?from=simarchiv>).

Auf dem zweiten Wahlplakat findet sich der Slogan „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“, welche EU-Verräter die FPÖ meint, erklärt Kickl noch einmal ganz klar bei der Präsentation der Plakate. Der Kurs der EU wird zurzeit laut Kickl von einigen österreichischen Handlangern mitgetragen. Wem er damit meint, kann sich der Betrachter selbst zusammenreimen, er spricht also von allen anderen Parteien und deren Spitzenkandidaten und deren Mitgliedern des EU-Parlaments. Kickl spricht weiter von *„falschen Propheten, die jetzt von Tür zu Tür gehen und den Österreichern einreden sie hätten sich für Österreichs Interessen eingesetzt“*.

Das dritte Wahlplakat wirbt mit dem Slogan „Soziale Wärme statt EU für Konzerne“ und auch hier spricht sich die FPÖ dafür aus, dass der Weg in Richtung des Erhalts der sozialen Sicherheit gehen muss. Soziale Sicherheit ist für die FPÖ kein Ergebnis von wirtschaftlichen Prozessen. Darüber hinaus sei die EU in den sozialen Fragen massiv gescheitert. Daher müssen aus Sicht der FPÖ wieder soziale Angelegenheiten eine wichtige Rolle in der EU einnehmen. In der FPÖ Zeitung „Wir Österreicher“ geht man in diesem Zusammenhang auch auf die für die FPÖ viel zu schnelle Osterweiterung ein und vergisst dabei scheinbar, dass man selbst im Nationalrat zugestimmt hat. Laut der FPÖ will die EU die niedrigen Löhne vor allem in Osteuropa auf ganz Europa vereinheitlichen. FPÖ-Chef Strache sagt dazu: *„Das wird es mit uns nicht geben. Die FPÖ ist die einzige Partei, die unser Sozialsystem verteidigt. Weil wir die hohen Leistungen erhalten wollen, muss es Differenzierungen zwischen Staatsbürgern und Nichtstaatsbürgern“* (vgl.: FPÖ Bürgermagazin „Wir Österreicher“).

8.4.2. Inserate in den Medien

Die Inserate der FPÖ zielten vor allem auf populistische Themen ab. Die Thematiken waren vor allem die angebliche „Polit-Zensur“, die „Kriminellen“, die Türkei und überraschenderweise auch Israel, den „Asylwahnsinn“ und die „Faschismuskeule“ der anderen Parteien gegen die FPÖ. Bei den Inseraten der FPÖ kamen die wahren rechtslastigen Argumente der FPÖ ans Licht. So nutzte die FPÖ ihre Inserate für die populistische Hetze gegen Thematiken mit denen sich die FPÖ erhoffte, ihre Wähler zu mobilisieren. Kritik hagelte es vor allem für die Kampagne gegen die Türkei. Die Inserate der FPÖ sind klassische Dirty Campaigning Kampagnen, welche schon im Kapitel „Amerikanisierung der Wahlkämpfe“ behandelt wurden. Auf allen Inseraten sind wieder Strache und Mölzer abgebildet, überschneiden sich die Bilder der beiden Politiker so ist immer Strache „nach vorne gestellt“ und Mölzer blickt ihm über die Schultern.

Im ersten Inserat legte die FPÖ ein Veto gegen die „freie Fahrt für Kriminelle“ ein und unterstellt den anderen Parteien, dass diese Jubeln über die offenen Ostgrenzen. Die FPÖ argumentiert mit dem Argument dagegen, dass nun auch die „Gauner und Ostbanden“ jubeln, denn sie haben nun freie Fahrt für die Kriminalität. Aus diesem Grund fordert die FPÖ für die Sicherheit der Österreicher die Grenzkontrollen wieder einzuführen und so den „Export von Diebs- und Raubgut“ zu erschweren. Zur Untermuerung der „Wahrheit“ dieser Aussagen ist als Faksimile eine Überschrift von der Titelseite der Krone angegeben. Fraglich ist nicht nur die Formulierung der einzelnen Forderungen sondern auch des am Inserat unten links angegeben Links „www.giebelkreuzregime.at“, da dieser den „Kampf der FPÖ gegen die Raiffeisen Bank“ beschreibt, aber thematisch weder etwas mit dem Inserat noch mit dem EU-Wahlkampf zu tun hat.



Grafik XV: FPÖ –Veto gegen freie Fahrt für Kriminelle und Grafik XVI: FPÖ-Veto gegen EU-Asyl-Wahnsinn

Im zweiten Zeitungsinsertat legt die FPÖ ein Veto gegen den EU-Asyl-Wahnsinn ein. Sie unterstellt den asylsuchenden Personen kriminelle Scheinasylanten zu sein. Nicht nur die Bezeichnung für Asylanten als „kriminelle Scheinasylanten“ ist stark abwertend sondern auch die Unterstellung „für sich und ihre ganze Sippe Sozialhilfe zu kassieren“. Die Abstimmung über das neue Asylrecht im EU-Parlament wird ebenso abgelehnt wie die Zustimmung der anderen Parteien. Abgesehen davon, dass der Freiheitliche Abgeordnete Mölzer der Abstimmung nicht beiwohnte und so der FPÖ Forderung keinen Nachdruck geben konnte, stimmte auch der SPÖ-Spitzenkandidat gegen das neue Asylgesetz. Die anderen Spitzenkandidaten der Parteien konnten zu diesem Zeitpunkt weder dafür noch dagegen stimmen, da sie nicht im Europäischen Parlament vertreten waren, mit Ausnahme von Hans-Peter Martin. Neben den Diffamierungen der Asylanten folgt auch eine Beschimpfung in Richtung der Grünen als „Gutmenschen vom Dienst“.

Ein weiteres Inserat ist mit dem Wahlspruch „Abendland in Christenhand“ und dem Hinweis „FPÖ wählen heißt: EU-Fehler korrigieren“ versehen. Im Inserat wird der radikale Islamismus mit der Türkei gleichgesetzt und die österreichischen Parteien, außer natürlich die FPÖ, beschuldigt Handlanger der USA zu sein. Bei den Forderungen stellt die FPÖ einem Beitritt eines islamischen Landes, die Gefahr zur Aushöhlung der Menschenrechte, der Freiheit und der Demokratie gegenüber. Auch auf diesem Inserat findet sich wieder der Link zum „Giebelkreuzregime“ und auch hier ist er deplatziert.



Grafik XVII: Abendland in Christenhand und Grafik XVIII: Türkei nicht zur EU dazu!

Im vierten Inserat „Türkei nicht zur EU dazu!“ fordert die FPÖ eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei und unterstellt den anderen Parteien abermals eine bedingungslose Unterstützung für den Beitritt und dies obwohl nur Ulrike Lunacek im Wahlkampfduell im ORF klar Stellung zu einem Beitritt der Türkei bezogen hat. Alle anderen Kandidaten argumentierten eher in Richtung Partnerschaft oder einer Ablehnung des Beitritts der Türkei.

In diesem Wahlinserat warnt die FPÖ, wie schon im vorherigen Inserat vor einer Ausbreitung des radikalen Islamismus. Darüber hinaus spricht sie von folgenden Massenzuwanderungen und den für Österreich angeblich hohen Kosten eines Beitritts.

In einem weiteren Inserat wird das Veto gegen den Beitritt der Türkei auf ein Veto gegen den Beitritt Israels erweitert. Ein Inserat, welches für Aufsehen sorgte und der FPÖ die Unterstellung von Antisemitismus einbrachte. Ausschlag für das Inserat dürfte ein Statement des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi gegeben haben. Bei einem Jerusalem Besuch sagte Berlusconi „*Ich habe einen Traum, dass Israel eines Tages der EU beitreten kann*“ (<http://diepresse.com/home/politik/eu/536813/index.do>). Zudem wurde eine Aussage von VP-Spitzenkandidaten Ernst Strasser aus dem Jahr 2004 hervorgeholt in welcher Strasser sich während eines Staatsbesuches in Israel nicht abgeneigt zu einem Beitritt Israels äußerte (vgl.: <http://www.news.at/articles/0425/15/84834/staatsbesuch-nahen-osten-strasser-eu-beitritt-israels>). Obgleich ein EU-Beitritt Israels nicht zur Debatte steht, warnt die FPÖ davor, dass Österreich in einen „blutigen Nahost-Konflikt“ gezogen wird. In einer Presseaussendung von Andreas Mölzer am 19.5. 2009 forderte er Strasser auf klar Stellung zu beziehen. Zudem weiß Mölzer in dieser Aussendung die Vorwürfe des Antisemitismus zurück. „*Wenn es Pläne gäbe, Algerien in die EU aufzunehmen, dann würden wir Freiheitlichen vor einem Algerien-Beitritt warnen - das hat wirklich nichts mit Antisemitismus zu tun*“, (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090519_OTS0072) so Andreas Mölzers Antwort auf den Vorwurf in dieser Aussendung. Zeitungen wie etwa der „Kurier“ lehnten das Inserat für ihre Zeitung ab, einzig die „Kronen Zeitung“ und „Österreich“ druckten die bezahlte Anzeige.



Grafik XIX: FPÖ-Veto gegen EU-Beitritt von Türkei & Israel und Grafik XX: FPÖ-Veto gegen Polit-Zensur

Im nächsten Inserat „FPÖ-Veto gegen Polit-Zensur“ rechtfertigt sich die FPÖ zum vorherigen Inserat „FPÖ-Veto gegen EU-Beitritt von Türkei & Israel“ und unterstellt den anderen Parteien, der FPÖ zu verbieten, dies zu sagen. Im Inserat zitiert die FPÖ VP-Spitzenkandidaten Ernst Strasser, Israels Außenminister Avigdor Lieberman und den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi.

Das letzte Inserat widmet die FPÖ ihrem Mitbewerber und schärfsten Konkurrenten, nämlich der SPÖ. Mit dem Titel „Wenn die SPÖ verliert wird die Faschismus-Keule aktiviert“ wird die SPÖ unter anderem mit den Behauptungen wie „Die SPÖ hat keine Rezepte gegen die Krise“, „Der SPÖ-Kandidat ist farblos wie nur was“, „In Ebensee war ein Mitglied der „Roten Falken“ am Werk“ oder „Die eigenen Genossen haben genug vom Faymann-Wischi-Waschi“ attackiert. Der SPÖ aber auch den Grünen, Schwarzen und Orangen wird unterstellt die „Faschismus-Keule“ gegen die FPÖ auszupacken um zu mobilisieren. Darüber hinaus wird kritisiert, dass den Parteien das Ansehen Österreichs egal sei. Mit vermeintlichen „Fakten“ wird der SPÖ unterstellt gegen das Ansehen von Österreich zu arbeiten. Hier wird weit zurück in die Geschichte der Zweiten Republik geblickt. So wird der SPÖ etwa die „Anzettelung der miesen Verleumdungskampagne gegen den Bundespräsidentenskandidaten Waldheim“ angekreidet. Ebenfalls wird der SPÖ die EU-Sanktion nach Eintreten der FPÖ in die Regierung vorgeworfen. Darüber hinaus wird der SPÖ unterstellt, dass mit dem Schreckgespenst eines „Rechtsrucks“, der Jugend geschadet wird und die SPÖ gegen die FPÖ-Inserate hetze. Schlussendlich wird nochmals die „Beitrittsdiskussion um Israel“ aufgegriffen. Bei den Zitaten fehlt jedoch ein aktueller SPÖ-Politiker, denn neben Strasser, Berlusconi und Lieberman findet sich nur der ehemalige SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch wieder, welcher jedoch seit Jahrzehnten nicht mehr in der Politik aktiv ist.



Grafik XXI: Wenn die SPÖ verliert wird die Faschismus-Keule aktiviert

8.4.3. Kritik an der Wahlwerbung der FPÖ

Für die Wahlwerbung aber vor allem für die Inserate erntete die FPÖ Kritik von allen Seiten. Bundeskanzler Werner Faymann attackierte Strache im Standard als eine Schande. Besonders verärgert zeigte sich Faymann über ein FPÖ-Inserat in der Kronen Zeitung. Gemeinsam mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied plant Faymann als Reaktion eine Aufklärungskampagne in den österreichischen Schulen, auch als Reaktion auf die Vorfälle im KZ-Ebensee als jugendliche Rechtsextremisten Überlebende des Konzentrationslagers angegriffen haben. Faymann kritisiert zudem das Inserat „FPÖ-Veto gegen EU-Beitritt der Türkei und Israel“ mit den Worten *„Das ist völlig unsinnig, dass hier Israel genannt wird. Israel ist überhaupt kein Beitrittskandidat. Da gibt es nicht einmal ein Beitrittsverfahren. Der einzige Grund, Israel hier zu nennen, ist es, antisemitische Vorurteile zu bedienen. Das ist eine Schande. Für diese Hetze haben wir nichts über, diese Hetze verurteile ich scharf.“* (<http://derstandard.at/1242316025494/Faymann-attackiert-FPOe-Strache-ist-eine-Schande>).

Der Bundeskanzler warnt auch davor, dass solche Wahlkampagnen Schule machen und so das Feingefühl der Menschen dafür später nicht mehr vorhanden ist und ein Gewöhnungseffekt einsetzt (vgl.: <http://derstandard.at/1242316025494/Faymann-attackiert-FPOe-Strache-ist-eine-Schande>).

Der ÖVP-Außenminister Michael Spindlegger kritisierte ebenso den hetzerischen Wahlkampf der FPÖ, denn laut Spindlegger rechtfertigt auch ein Wahlkampf *„nicht das Schüren von Feindbildern und von abstrusen Vorurteilen, insbesondere gegen die rund 350.000 Muslime in Österreich“* (<http://derstandard.at/1242316025494/Faymann-attackiert-FPOe-Strache-ist-eine-Schande>).

Die Grünen warnen davor, dass durch die FPÖ der antifaschistische Grundkonsens Österreichs verletzt werde. Die Parteichefin der Grünen forderte im Wahlkampf 2009 einen klaren Aufschrei von allen Seiten. Der BZÖ-Spitzenkandidat Stadler spricht davon, dass die FPÖ das eigene Wählerpotential scheinbar nur mit „Antisemitismus“ mobilisieren kann (vgl.: <http://www.heute.at/news/politik/Kritik-von-allen-Seiten-an-Hassprediger-Strache;art422,37838>). Der SPÖ-Spitzenkandidat Swoboda warf Mölzer schon in der Wahlkampfauseinandersetzung im ORF vor laufender Kamera *„Rülpsen die zum Himmel stinken“* vor.

Der Grazer Menschenrechtsbeirat übte ebenso Kritik an der „rassistischen und diskriminierenden Wahlwerbung“ der FPÖ. Der Beirat verurteilt, dass Asylwerber und Muslime „pauschal kriminalisiert“ werden. Laut dem Beirat verstoße die FPÖ, gegen „das Propagandaverbot der Rassendiskriminierungskonvention und Artikel 2 der Allgemeinen

Erklärung der Menschenrechte (Verbot der Diskriminierung)“ (vgl.:

<http://steiermark.orf.at/stories/366602/>).

Auch in internationalen Medien war vom Wahlkampf der FPÖ zu lesen, so schrieb etwa der deutsche Focus von „antisemitischen und gegen die Türkei gerichteten Inhalten“

(http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/oesterreich-fpoe-wahlwerbung-sorgt-fuer-empoeerung_aid_401343.html). Der deutsche SPD Spitzenkandidat zur EU-Wahl Martin Schulz bezeichnet aufgrund des Wahlkampfes der FPÖ, Strache als „Nazi“, „*auch wenn ich damit ein Gerichtsverfahren riskiere*“, zudem spreche für Schulz der Wahlkampf der FPÖ „*die Sprache des Dritten Reichs*“

(<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,628430,00.html>).

Andreas Mölzer hat zu Beginn des Wahlkampfes die Wahlplakate der FPÖ vorab verteidigt und versprochen, dass die Wahlwerbung noch zugespitzt werde. Zum Thema Türkei Beitritt und den Plakaten, sagte Strache Anfang Mai, dass Obama, welcher den Beitritt der Türkei zur EU fordert, „*die Türkei doch zum 51. Bundesstaat der USA erklären und alle Zuwanderer mitnehmen*“ (<http://vorarlberg.orf.at/stories/360359/>).

8.5. Die Wahlkampfkundgebungen der FPÖ

Wahlkundgebungen der FPÖ lösen immer wieder einen Art Ausnahmezustand aus. Polizei und linke Demonstranten sind mittlerweile zu einem fixen Bestandteil einer FPÖ-

Wahlkundgebung geworden. Dieses Kapitel soll nur einen Auszug der Wahlveranstaltungen der FPÖ darstellen, da eine komplette Darstellung aller Wahlveranstaltungen den Rahmen dieser Diplomarbeit sprengen würde. Wahlveranstaltungen der FPÖ sind immer mit „Österreich-Fahnen“ geschmückt und Strache lässt sich des Öfteren zu Attacken gegen die vermeintlich linken Demonstranten hinreißen. Bei den Wahlveranstaltungen der FPÖ zeigten sich vermehrt Personen mit einschlägigen Codes der rechtsextremen Szene und aus diesem Grund blieb auch der eine oder andere Skandal im Zusammenhang mit einer Wahlveranstaltung nicht aus.

Bei den Feiern zum 1. Mai am Urfahrner Jahrmarkt in Linz startete die FPÖ beim EU-Wahlkampf 2009 mit ihrem Wahlkampf. Der FPÖ Wahlkampfauftakt fiel daher mit der mittlerweile schon traditionellen FPÖ-Maikundgebung in Linz zusammen. Hauptredner im „Europabierstadl“ waren der Bundesparteiobmann Strache und der Spitzenkandidat Andreas Mölzer. Als Devise wurde der Slogan „Tag der Abrechnung“ ausgegeben. In einem gut gefüllten Bierzelt mit einem hohen Anteil an jugendlichen Männern gaben beide die Themen für den Wahlkampf zum Besten.

Bei der Wahlveranstaltung der FPÖ in Graz haben mehrere Personen öfters die Hand zum Hitlergruß gerichtet. Die Personen, welche alle ein T-Shirt des RFJ trugen, skandierten in Richtung der linken Demonstranten „Hasta la vista antifascista“ und erhoben dazu die rechte ausgestreckte Hand zum Hitler Gruß. Strache reagierte auf dem Podium mit den Worten „Danke, danke meine Freunde“. Da von dieser Szene mehrere Videos auf YouTube zu finden sind erhob die Grazer Staatsanwaltschaft Anzeige gegen unbekannt. Der Spitzenkandidat der Freiheitlichen für die EU-Wahl sagte danach in einem „Zeit im Bild“- Interview, dass die FPÖ nicht für alle Vorfälle verantwortlich gemacht werden könne. Zudem wollte er im Interview nicht zu geben, dass es sich dabei um einen einschlägigen Gruß handelt, vielmehr erinnerte es ihn an das Skandieren von Fußballfans. Der freiheitliche Geschäftsführer Kickl meinte, dass es sich dabei nicht um freiheitliche Mitglieder gehandelt habe, denn ein RFJ T-Shirt kann sich laut Kickl schließlich jeder kaufen. Gerhard Kurzmann, steirischer FPÖ Obmann sagte, dass das Heben der rechten Hand Blödsinn gewesen wäre (vgl.: <http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/364488/>). Während der Veranstaltung verteilt ein Mann mit schwarzen Kapuzenpullover Sticker mit der Aufschrift „Freiheit für Honsik“ (vgl.: <http://www.format.at/articles/0922/524/243102/brandstifter-h-c-strache-eu-wahlkampf-hassparolen>). Vor und nach der Veranstaltung kam es zudem zu Ausschreitungen und Übergriffen sowohl auf rechte wie auch linke Demonstranten. Kurzmann berichtete, dass er nach der Veranstaltung von „Linksextremen“ attackiert worden sei. Die Grünen berichteten davon, dass eines ihrer Wahlkampfteams verfolgt und geschlagen wurde. Zudem sei laut GRAS eine junge Frau mit türkischen Migrationshintergrund auf dem Rückweg der Demonstration gegen die Kundgebung attackiert worden (vgl.: <http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/363859/>).

Zu einem Wahlkampf der FPÖ gehört auch immer wieder eine Wahlveranstaltung am Viktor Adler Markt im zehnten Wiener Gemeindebezirk Favoriten. Beim diesjährigen EU-Wahlkampf sorgte ein Einpeitscher für die notwendige Stimmung und zum Song „Einen Stern“ von DJ Ötzi verlangte der Einpeitscher, dass beim Eintreffen von Strache die Hände nach oben gehoben werden sollen. Eine aufgekochte Stimmung, welche eher an eine Après-Ski Party erinnert als an eine Wahlveranstaltung. Beim Einziehen von Strache werden Fahnen geschwungen, „HC-Rufe“ skandiert und die Musik lauter gedreht. Strache spricht die Arbeitergeschichte der Favoritner an, im Publikum befinden sich Großteils Männer. Immer wieder wird die Rede von Strache durch die Demonstranten gestört und attackiert diese damit, dass sich „diese Linke zu Recht vor der FPÖ demokratiepolitisch fürchten muss“. Strache spricht über „unser“ Heimatland Österreich, den roten und grünen „Heimatnestbeschmutzern“

und der Hetze gegen seine Person und Martin Graf. Immer wieder verweist Strache auf die Demonstranten und spricht davon, dass es in Österreich anscheinend ein „Nazi-Problem“ gebe, laut Strache *„ein rotes Nazi Problem“*. Strache spricht weiter von „Attacken auf gewalttätigen Linken gegen friedliebende Bürger“, worauf er großen Jubel erntet. Darüber hinaus positioniert sich Strache weiter als Opfer der Linken in seinem Heimatland. Zudem hat laut Strache die FPÖ nichts mit *„Nazismus und schon gar nichts mit dem Kommunismus zu tun“*. Bei Betrachtung des Videos

(<http://www.youtube.com/watch?v=w1ywmGnn1sA&NR=1>) fällt auf, dass Strache seine Sympathisanten vor allem mit Attacken gegen Linke und Ausländer erfreuen kann, bei den eigentlichen Themen des Wahlkampfes folgt manchmal nicht mal eine Reaktion des Publikums. Weiters hetzt Strache gegen das „Giebelkreuzregime“ und das Wochenmagazin „News“ (Strache: „Nicht Ein Wort Stimmt“).

Darüber hinaus wird die Wahlveranstaltung von rechten Hooligans gestört, welche die linken Gegendemonstranten attackieren. Mit Hitlergruß und „Ausländer raus“ Rufen erzeugen die Rechtsextremen ein bedrohliches Bild, welches an längst vergangene Zeiten erinnert. Ein bei FPÖ-Veranstaltungen üblich großes Polizeiaufgebot konnte in diesem Fall Übergriffe verhindern. Die Aktion ist auf einem YouTube Video

(<http://www.youtube.com/watch?v=8gYk5Es1eOA&feature=related>) von Vienna Online dokumentiert.

Die Wahlkampfabschlusskundgebung der FPÖ fand in einem 5000 Einwohner fassenden Ort namens Frankenburg statt. Komisch eigentlich eine derart wichtige Veranstaltung in einem solch kleinen Ort abzuhalten. Nein, wenn man den Hintergrund der Gemeinde Frankenburg in Oberösterreich kennt. Frankenburg ist der Heimatort der Familie Zogaj, deren Geschichte seit Jahren die österreichische Öffentlichkeit beschäftigt. Beim Eintreffen der FPÖ-Politiker war das Kulturzentrum (ca. 500 Plätze) der kleinen Gemeinde gut gefüllt und einige Besucher konnten das Zentrum nicht mehr betreten. Auf den Sager „die Familie Zogaj sei ein klassisches Beispiel für Missbrauch“

(<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2006736/index.do>) im Zusammenhang mit dem von der FPÖ bezeichneten „Asylrechtswahnsinn“ erntet Andreas Mölzer tosenden Applaus und „Sie soll nach Hause gehen“ Rufe. Darüber hinaus warnten die Politiker der Freiheitlichen vor der Massenzuwanderung und einem drohenden EU-Beitritt der Türkei, Marokkos, Algeriens und Israels (vgl.:

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2006736/index.do>). Der SPÖ-Bürgermeister der Gemeinde Franz Sieberer wurde für das Erteilen einer Genehmigung im Vorfeld scharf

kritisiert, er hoffte, dass während der Veranstaltung nichts passieren würde. Der Klubobmann der oberösterreichischen Grünen Gottfried Hirz hielt die Veranstaltung für eine „gezielte Provokation“, wobei es Strache nur darum gehe „Öl ins Feuer zu gießen“ (vgl.: <http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/salzkammergut/art71,192471>).

8.6. Moscheedemonstration und das „Kruzifix“

Am 14. Mai 2009 rief die Bürgerinitiative Dammgasse zu einer Demonstration gegen den geplanten Ausbau des islamischen Zentrums in Brigittenau. Die Veranstaltung hatte rund 1200 Teilnehmer und war im Vorfeld von den Grünen und der SPÖ als rechtsextreme Veranstaltung hingestellt worden. Im Zuge der Demonstration konnten genügend Vertreter der Neonazi-Szene in Österreich aber auch T-Shirts mit einschlägigen Marken und Symbolen begutachtet werden.

Im Vorfeld der Veranstaltung wurde bestätigt, dass die Neonaziszene versucht hat, die Bürgerdemo gegen das islamische Zentrum mittels verschiedenen Aufrufen zur Gewalt zu vereinnahmen. Der FPÖ Generalsekretär Vilimsky sagte, dass die FPÖ damit aber nichts zu tun habe. Der FPÖ gehe es nur darum für „*von Lärm, zunehmenden Verkehr und schleichender Islamisierung bedrängte Bürger ein Zeichen zu setzen*“ (Gnam/ Kronen Zeitung 15.5.2009 S. 3).

Zusätzliche Brisanz erhielt die Demonstration als sich Heinz Christian Strache als Redner zu Wort meldete. Auf der Bühne verteidigt er die „positive“ Formulierung „Abendland in Christenhand“. Danach zeigt Strache ein großes Holzkruzifix in die Menge und bekundet, dass es der FPÖ um das „christlich, europäische Abendland“ gehe. Des Weiteren spricht Strache, welcher sich Tage später medienwirksam Firmen lässt, über die Wichtigkeit des Glaubens und der Werte für die europäische Kultur. Strache unterstellt den Sozialdemokraten und den Grünen in Europa und Österreich, dass sie für die Islamisierung in Europa verantwortlich sind. Aus diesem Grund bekennt sich laut Strache die FPÖ zur „*Wertegemeinschaft des christlich europäischen Abendlandes, als Brüder aller europäischen Völker ...*“. Zum Abschluss der Demonstration bedankte sich Hannelore Schuster, Sprecherin der Bürgerinitiative und brisanterweise Schwiegermutter des aktuellen österreichischen EU-Kommissars Johannes Hahn mit den Worten „*Ich möchte mich auch bei den Christen bedanken, dass sie den Mut gehabt haben, mit uns Nazis zu gehen. Langsam finde ich das schon als Ehrentitel.*“ (<http://wien.orf.at/stories/362107/>).

Nach der Demonstration folgten abermals Anzeigen von Demonstranten und Gegendemonstranten und darüber hinaus eine scharfe Verurteilung der Kirche und der

anderen Parteien. Kardinal Christoph Schönborn kritisierte den Missbrauch des Kreuzes als „Kampfsymbol“ sowie auch den FPÖ Slogan „Abendland in Christenhand“. So dürfe laut Schönborn, das *„Kreuz nicht als Kampfsymbol gegen andere Religion, gegen andere Menschen politisch missbraucht werden“* (<http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/index.do?from=simarchiv>). Außergewöhnlich daran ist nicht nur die scharfe Wortwahl von Kardinal Schönborn sondern auch der Ort seines Statements, denn Schönborn verurteilte während einer Predigt die Wahlkampfaktion von Strache ohne dabei aber die Worte „Strache“ oder „FPÖ“ in den Mund zu nehmen (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/index.do?from=simarchiv>). Der evangelische Bischof Michael Bücher warf Strache die Überschreitung einer Grenze vor. Darüber hinaus kritisiert Bücher, dass durch die Aktion von Strache die Trennung zwischen Staat und Kirche gefährdet sei (vgl.: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/1978779/index.do>). Auch von Seiten des Bundespräsidenten Heinz Fischer folgte eine Rüge an Strache. Laut Fischer dürfe Religion nicht parteipolitisch missbraucht werden (vgl.: <http://www.news.at/articles/0923/11/243648/bundespraesident-eu-wahlkampf-religion>). Strache verteidigte sich nach der Demonstration mit den Worten *„die Menschen sind besorgt, dass durch die überbordende Zuwanderung Ballungszentren zu Spielwiesen von Islamisten werden“* (Gnam/ Kronen Zeitung 15.5.2009 S. 3). Spitzenkandidat Mölzer nahm in seinem Blog (andreasmoelzer.wordpress.com) Stellung zu den Protestaktionen. Er unterstützt demnach die Demonstration voll und ganz und sieht die Islamisierung in vollem Gang. Kritik gibt es von Mölzer nur für die Wortmeldungen und Aufrufe der Linken. Zum Ende zeigt er sich erfreut, dass es quer durch Europa immer mehr Bürgerinitiativen gibt, welche sich gegen die schleichende Islamisierung zur Wehr setzen. Er teilt die Sorge der Menschen, dass die Ballungszentren immer mehr zur *„Spielwiese von Islamisten und islamischen Haßpredigern (sic!) werden“* (andreasmoelzer.wordpress.com/2009/05). Wahlkampfmanager Kickl kritisierte zwar ebenso, dass nun wieder eine „bewusste Vernaderungskampagne“ gegen die FPÖ einsetzt, jedoch regte sich innerhalb der FPÖ laute Kritik gegen die Symbolisierung und einen „religiösen“ Wahlkampf. Zudem trete laut der Kritik des Vorarlberger Klubchefs, die FPÖ stets für die Trennung von Kirche und Staat ein (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/index.do?from=simarchiv>).

8.7. Comic „Der Blaue Planet“

Im Wahlkampf 2009 flatterte den Jungwählern ein Brief der FPÖ ins Haus. Inhalt des Schreibens war ein Comic namens „Der Blaue Planet – HC’s Kampf für Freiheit gegen eine

zentrale EU“, in welchem der „HC-Man“ die Jugendlichen über die EU aufklären soll. Laut einer Aussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs vom 26. Mai ist der Comic als ein „Beitrag gegen die zunehmende Entpolitisierung der Gesellschaft“ zu sehen und soll „ vor allem junge Menschen dazu anregen, über Politik zu diskutieren“

(http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090526_OTS0139/fpoe-neuer-strache-comic-der-blaue-planet-ab-1200-uhr-online).

Schon zu Beginn des Comics wird es recht dubios, so findet sich auf der ersten Seite der Hinweis, dass es sich beim vorliegenden Heft nicht um eine Parteiwerbung handle sondern um politische Bildung und darum wie die FPÖ die EU sieht. Hier stellt sich gleich die Frage ob politische Bildung gleichzusetzen damit ist, Dinge aus der Sicht der FPÖ zu sehen.

Der „HC-Man“ begrüßt auf der ersten Seite seine Leser mit den Worten „ *Hallo Leute! Die folgende Geschichte hat's in sich. Auf den ersten Blick klingt manches vielleicht unglaublich. Aber wenn wir nicht alle zusammen sehr aufpassen, kann sie sehr bald wahr werden ...* “(HC Comics Band 1 S.3). Wie recht hier Strache hat, denn das Comic ist wirklich unglaublich, denn es strotzt vor Rassismus, Populismus und Unwahrheiten im Zusammenhang mit der EU. Für dass, das es sich anscheinend nicht um eine Wahlwerbung handelt, wirbt Strache gehörig für die Anliegen der FPÖ. Seine Untertitel und Verweise haben keinen Hauch von neutraler politischer Bildung sondern von reiner Propaganda. Die EU wird als grauer Planet dargestellt und Österreich findet sich als blauer Planet wieder. Laut dem Comic sind Kommissare in der EU für „Gelage, Bankette, Abschmieren, Korruption“ (S. 5) verantwortlich, welche die Mächtigen der EU darstellen sollen. Eine EU welche mit dem Beitritt von der Türkei und Israel für radikalen Islamismus, noch mehr Zuwanderung und dem Nahost-Konflikt steht (S.4). Laut dem Heft für „politische Bildung“ gibt es ein Europäisches Volk nur für „EU-Fanatiker“, denn in Wahrheit gibt es nur Deutsche, Franzosen oder Österreicher. (vgl. S.8). Der EU-Reformvertrag wird als Bedrohung auf „unsere Freiheit, unser Geld und unser Wasser“ dargestellt. Darüber hinaus bedeutet laut dem Heft der Reformvertrag das Aus für die Neutralität (S.17). Eine weitere Behauptung die schlichtweg unwahr ist.

Der „HC-Man“ kämpft jedoch als „vollgepumpter“ Muskelprotz für die Anliegen der Österreicher. Laut dem Comic dürfen die Österreicher laut dem EU-Vertrag nur mehr internationales Bier trinken und keine heimischen Produkte mehr essen, was schlichtweg ein Schwachsinn ist. Auf Seite 46 folgt gar die Behauptung, dass man „Tiroler Speck“ oder ähnliches nur mehr auf dem Schwarzmarkt findet. Den Unwahrheiten nicht genug, wird zudem behauptet, dass die Förderungstöpfe nur von wenigen Staaten, wie etwa Österreich, gespeist werden und die anderen Staaten jedoch darauf zurückgreifen. Darüber hinaus ist auch

die Darstellung der Mitgliedsbeiträge schlichtweg falsch. Es wird nicht nur schlecht gemacht sondern auch Verordnungen, wie etwa zu Traktorensitzen oder Bananenkrümmungen werden ins lächerliche gezogen. Der HC-Man steht für Patriotismus, welcher als „Heimatliebe im besten Sinne des Wortes“ beschrieben wird und ist nur gastfreundlich zu Menschen, welche sich auch wie Gäste benehmen (vgl.: S.13). Das Schüren von Hass darf natürlich in diesem Heft, im Namen der politischen Bildung auch nicht zu kurz kommen. So singt der „HC-Man“ bei einer Feier mit seines Gleichen, welche an ein Burschenschafter-Treffen erinnert „*Jo schon in a paar Jahr do wird alles wahr was ich euch Brüder jetzt erzähl! Die Freunde vom Radikal-Islam, Hamas und Taliban sind dann bei uns daham. Hisbolla, AA!*“ (S.16). Angriffe auf den Standard („rosa Papier“) und Huldigung der Kronen Zeitung („Schmeiß ruhig 1 Schilling statt 90 Groschen rein, die Zeitung ist was wert“) folgen ebenso wie ein „Kühnen Gruß“ (mit abgewinkelter Hand), womit der „HC-Man“ im Comic abermals drei Bier bestellt (S.20). Damit zieht Strache die Kritik nach seinem angeblichen Kühnen-Gruß auf einem Foto abermals ins lächerliche.

Richtig schlimm wird das FPÖ-Comic mit einem Besuch auf dem „Grauen Planeten“ und einer Darstellung, wie sich Österreich nach dem EU-Vertrag entwickeln wird. Die Ortschaft wird als „Absurdistan“ dargestellt und absurd sind auch die Darstellungen die danach folgen. So befindet sich auf dem Stephansdom ein Halbmond und kein Kreuz mehr, ein Mann namens „Stra-CHE“ muss sich ver mummen um nicht erkannt zu werden und ein Grüß-Gott ist nach der „Umvolkung“ ebenso wenig erlaubt (vgl.: S-35-37). Slogans wie „Inländer raus, Ausländer rein“, welche von einem grünen Außerirdischen gesprayt werden, sollen auf die Politik der Grünen in Österreich abzielen. Ebenso wird mit dem Slogan „Heimat im Herzen, Scheiße im Hirn“ den Grünen unterstellt die eigene Identität aufzulösen und nur mehr in „Multi-Kulti“ zu leben. Daneben folgt die Darstellung des Wiener Karlsplatzes mit „Berufsassylanten, Profi-Bettler und Zwangsehen-Vermittler“ oder „Drogendealern, Hasspredigern und Menschenhändlern“ (vgl.: S. 39). Durch das neue Recht gibt es laut dem Comic dann Steinigungen für „Ehebrecherinnen, Schweinefleischesser und Biersäufer (35 Burschenschafter)“ (S.42.). Der Wiener Gemeindebau wird als Hochburg von Türken, Schwarzafrikanern und Linken dargestellt (vgl.: S.42). Neben der EU folgen aber auch mehrere Angriffe auf die SPÖ, so werden etwa die BAWAG und der ÖGB als Hort der Verschwendung dargestellt. Nach den für den „HC-Man“ skandalösen Zuständen folgt ein Angebot an „Stra-CHE“ ihm auf dem blauen Planeten Asyl zu leisten. Er verneint mit dem Hinweis, dass „*früher auch einmal aus Trümmern ein schönes Land aufgebaut wurde*“ (S.49). Nach der Rückkehr auf den Heimatplaneten erfährt der „HC-Man“, dass die Politiker den

Reformvertrag unterschrieben haben und sein Heim in ein „internationales Asylzentrum“ umfunktioniert wurde, welches nur mit „*Gestalten voll ist, die zwar nirgends verfolgt werden, denen aber unser Sozialsystem so richtig taugt*“ (S. 61).

Auf der Rückseite zeigt sich Österreich mit einer EU-Fahne umrandet, „besetzt“ mit mehreren Moscheen und Minaretten. Auf dem Cover findet sich hingegen der Umriss Österreichs mit einer österreichischen Fahne ohne Minarette. Der graue Planet wird als „abhängig, gleichgeschaltet, unfrei ...!“ (Rückseite) dargestellt.

Da es sich bei dem Herausgeber des Heftes um das Bildungsinstitut der FPÖ handelt und diese die Parteiakademie der FPÖ ist wurde das Heft somit mit Steuergeldern gefördert. Zudem kommt es hier zu einer missbräuchlichen Verwendung einer Parteiakademie, da es sich bei dem Heft nicht um „politische Bildung“ sondern um FPÖ-Wahlpopulismus handelt. Der Comic schürt über beinahe jede Seite den Hass auf „die Anderen“. Die Darstellung der EU ist für eine demokratische Partei unwürdig, zudem stellt sich die Frage, ob dann nicht auch Mölzer eigentlich nicht mehr für die EU kandidieren dürfte. Die EU wird als dekadenter, geldverschwenderischer Verein dargestellt, welcher für Zuwanderung, Geldentwertung, Massenarbeitslosigkeit und die Abschaffung der Neutralität steht. Zudem stellt sich die Frage, da dieses Heft an 16-jährige Erstwähler geschickt wurde, ob bei den Jugendlichen bis dato eine starke Bindung zum ehemaligen Schilling vorhanden ist. Immerhin wurde der Euro mit dem Jahr 2002 eingeführt, ein Jahr in welchem der Großteil der Leser erst neun Jahre alt war. Vor allem das Thema Wasser und die ehemalige Währung der Schilling dürften es der FPÖ angetan haben. Es verwundert, dass es kein Inserat oder Wahlplakat zum Thema Wasser gegeben hat. Dass sich die FPÖ scheinbar nicht nur im EU-Wahlkampf befindet zeigt ein Angriff auf das Wiener Rathaus und die „rote Clique“ (S.25) ebenso wie eine Darstellung des Wiener Gemeindebaus, wie ihn die FPÖ sieht (S. 42).

Neben den meist haltlosen Angriffen gegen die Europäische Union schockt vor allem der freizügige Umgang mit Wörtern und Zeichen der NS-Ideologie. Wörter wie „Umvolkung“, der „Gleichschaltung“ entstammen der NS-Propaganda, darüber hinaus kann es kein Zufall sein, dass in diesem Comic zwei „SS“ Runen (S.36 bzw. S.39) zu finden sind. Ebenso wurde der Vorfall um die „Drei Bier“ (Stichwort: Kühnen Gruß) wieder dargestellt als könnte man die gesamte Republik für dumm verkaufen.

Die Diskreditierung und Unwahrheiten im Zusammenhang mit Asylanten und dem EU-Vertrag ist eine weitere skandalöse Darstellung im Comic. Eine Darstellung von Asylanten, also schutzsuchende Personen, als Berufskriminelle ist ebenso zu verachten, wie der Spitze auf Asylanten, dass „unsere Großeltern“ nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht geflüchtet

sind und „unser“ Land wieder mit aufgebaut haben. Zudem scheint es blanker Hohn zu sein, dass die FPÖ glaubt, dass nach der Einführung des Vertrages von Lissabon, Steinigungen für „Ehbrecherinnen“ und „Schweinefleischesser“ an der Tagesordnung stehen. Der Comic stellt sicher einen Tiefpunkt der österreichischen Geschichte im Zusammenhang mit Wahlwerbung an Jugendlichen dar, denn nicht nur, dass der Comic Rassismus und Sexismus schürt, bringt er auch eine Fehlinformation über die Europäische Union unter die Jugendlichen. Zudem widerspricht der Comic dem freiheitlichen Positionspapier „Wir und der Islam“ vom Jänner 2008, denn dort heißt es „Die Freiheitliche Partei Österreichs respektiert das religiöse Empfinden aller Bürgerinnen und Bürger. Die Ausübung religiösen Lebens muß (sic!) gewährleistet sein.“ Von diesem Leitsatz im Positionspapier ist der Comic jedoch weit entfernt.

Im Wahlkampf brandete um den Comic ein Streit zwischen allen Parteien und Experten auf. Der Vorsitzende der Jungen Generation (JG) der SPÖ Wien, Wilfried Zankl bezeichnete den Comic als Fehlinformation, welche dazu führt, dass die Jugendlichen verunsichert sind. Zudem zeigt sich Zankl erschüttert über die Darstellung, dass es sich dabei um politische Bildung handeln soll. Die JG sieht im Comic zudem einen starken antisemitischen Kurs der FPÖ. Als Reaktion auf den Comic rief die JG mit Spitzenkandidaten Swoboda zu einem Marsch „Lieber links gehen statt rechts hetzen“ auf. Zudem deckte die SJ die SS-Runen im Comic auf (vgl.: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090529_OTS0170/jg-zankl-fpoe-comic-ist-fehlinformation-und-verunsichert-jugendliche). Das Renner-Institut der SPÖ sieht im Comic eine „missbräuchliche Verwendung staatlicher Fördermittel“ und fordert eine Rückerstattung der Fördermittel. Die geschäftsführende Bundesobfrau der grünen Bildungswerkstatt Daniela Graf will ebenso eine Rückzahlung der Mittel erwirken. Darüber hinaus findet sie es beschämend wenn öffentliche Gelder unter dem Deckmantel von politischer Bildung für einen „polemischen und miesen Wahlkampf“ missbraucht werden (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/euwahl/483137/index.do?from=rss>).

Der Politikwissenschaftler Hubert Sickinger sieht im Comic eine „dumpfe Propaganda“ der FPÖ, aber nicht eine staatsbürgerliche Bildungsarbeit. Im Zusammenhang mit den Rückforderungswünschen der anderen Parteien stellt Sickinger aber klar, dass dies nur die Regierung auf Vorschlag des Bundeskanzleramtes bestimmen kann (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/euwahl/483137/index.do?from=rss>). Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz kritisierte, dass der Comic, das friedliche Zusammenleben in einer Stadt wie Graz gefährde (vgl.: <http://steiermark.orf.at/stories/366602/>). Josef Votzi kritisierte in seinem Kurier Kommentar

„Blauer Kinderkreuzzug“ zum Thema „Strache-Comic“, dass dieses Comic *„eine 62-seitige Grottenbahn-Fahrt durch alle nur möglichen Vorurteile und Unwahrheiten über „die da oben“ in Brüssel“* (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090527_OT0342) darstellt. Darüber hinaus spricht er von „unterirdischer Propaganda“ von Seiten der FPÖ und fordert eine Überprüfung von Juristen über die Verwendung von öffentlichen Geldern, *„denn die Steuerzahler müssen mit ihrem Steuergeld einen derartigen Anti-EU Schund finanzieren“* (vgl.: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090527_OT0342).

8.8. Rap „Österreich zuerst“

Im EU-Wahlkampf wollte die FPÖ zum dritten Mal mit einem sogenannten „Strache Rap“ bei den jugendlichen Wählern punkten. Nach der Veröffentlichung des ersten „HC-Raps“ bei den Nationalratswahlen 2006 forderten „Der Standard“ und ein Hip Hop Portal zu einem sofortigen Gegenangriff gegen den Rap des FPÖ-Obmanns auf. Bei den Nationalratswahlen 2008 versuchte der zweite Rap mit dem Titel „Viva HC“ die Jungwähler zu mobilisieren. Auf dem Cover der damaligen CD fanden sich neben dem Titel „VIVA StraCHE“, der Obmann der Freiheitlichen mit einer Baskenmütze mit blauem Stern, ähnlich dem weltberühmten Foto von Che Guevara, wo dieser ebenfalls mit einer schwarzen Baskenmütze abgebildet ist, jedoch mit einem roten Stern.

Bei den EU Wahlen sollte also der dritte „Strache Rap“ mit dem Titel „Österreich zuerst“ folgen. Laut der FPÖ sollen im Rap Fehlentwicklungen in der EU und Österreich angeprangert werden.

Im Video zum Rap zoomt die Kamera vom Stephansdom auf einen „cool“ dargestellten mit Sonnenbrille sitzenden Strache, welcher bei der Einleitungsmelodie, eine Abänderung der Europahymne „Ode an die Freude“ nach dem Text von Friedrich Schiller und der Musik von Ludwig van Beethoven, galant und frisch vom Geländer springt und zu Rappen beginnt. Das Video entstand laut Information der FPÖ während der zweistündigen Studioaufnahmen. Der Strache Rap wurde auf YouTube bisher über 200.000 Mal abgerufen.

*Finanz und Wirtschaft in der Krise
Aus Brüssel kommt die Expertise
Das Geld ist weg das sehn' wir auch
Das ist in Brüssel längst so Brauch
Erweitern wir recht flott gegen Osten
Das wird uns nur ein Lächeln kosten
So hörte man den Kanzler sagen*

*jetzt kostet es uns Kopf und Kragen
Faymann und Pröll die Brüssel Brüder regieren Österreich immer weiter nieder
Die kleinen Betriebe stopfen Löcher der Großen
Mit ihren Steuern so wollens die Genossen
Milliarden für Banken ganz ohne Pflicht, brauchst an Kredit dann kriegst ihn nicht
Rot-Schwarz knausert bei den Armen, bei mehr Geld für Brüssel sagens Ja und Amen.*

Die erste Strophe (oben dargestellt) beschäftigt sich mit der Finanzkrise und dem angeblichen Verschwendungswahn der Europäischen Union. Im zweiten Teil folgt ein Angriff auf das aktuelle Regierungsteam und unterstellt diesem das Geld nur für die EU „locker“ zu machen.

*Volksvertreter Stadtverräter
Abendland in Christenhand
Mit uns für sozial Wärme
Statt EU nur für Konzerne
Irgendwann ist Zeit zum Zahlen
Doch dafür gibt es ja Wahlen
Wenn du diese Zeilen hörst dann weißt du Österreich zuerst.*

Der oben dargestellte Refrain wiederholt sich während des Songs des Öfteren und ist ebenso mit der Melodie von „Ode an die Freude“ unterlegt. Während des ersten Refrains wird im Video ein Comic eingeblendet, welches mit dem Untertitel „Eine schwarze Karriere“ einen Angriff auf VP-Spitzenkandidaten Ernst Strasser und dessen Einsparungen während seiner Zeit als Innenminister bei der Polizei darstellt. Danach folgt ein weiteres Comic mit dem Untertitel „... mutig in die neuen Zeiten“ mit einem geteilten Bild „Heute/ Morgen“, wobei man bei „Heute“ einen Priester mit seiner Glaubensgemeinschaft und dahinter eine Kirche sieht und bei „Morgen“ einen Iman, welcher vor einer Vielzahl von Muslimen predigt. Im Hintergrund sieht man eine Moschee. Text technisch passt die Stelle „Österreich zuerst“ mit dem Bild der Muslimen zusammen.

Im zweiten Refrain folgt ein Bild aus dem Strache-Comic, in welchem Asylanten unter einem Baum namens „Sozialstaat“ liegen und das Geld auf sie herunterfällt ohne eine Arbeit zu verrichten. Danach folgt ein Bild mit dem Titel „Grüne Parolen“ und einer fliegenden Toilette mit einem ehemaligen Spruch der Grünen „Heimat im Herzen, Scheiße im Hirn“.

Beim dritten Refrain folgt ein Bild mit dem Titel „Rassismusfahnder in Österreich“ und zeigt Österreicher mit Migrationshintergrund, welche Österreicher als „Schweinefleischfresser“,

„Scheiß Weißer“ und „Scheiß Österreicher“ „beschimpfen“. Im zweiten Abschnitt des Refrains folgt ein Cartoon des ehemaligen Vorsitzenden der Grünen Alexander van der Bellen mit einer Österreich-Fahne und dem Spruch „Nimm das Flaggerl für das Gaggerl“.

In der nächsten Refrainstelle sieht man Finanzminister Pröll mit einer Schubkarre voller Nettozahlungen für Brüssel. Im Hintergrund steht eine Person, welche eine Münze zugeworfen bekommt. Darauf folgt ein Bild mit dem Titel „EU-Gelder“ und ein Geldspeicher mit drei „Ducktales“, wovon einer den Namen „HPM“ (Hans-Peter Martin) trägt und die anderen beiden rotes bzw. schwarzes Gewand. Ebenso folgt ein Bild des österreichischen Bundesadlers mit einer Teilung in „Vorher/Nachher“, wobei dieser bei „Nachher“ in EU-Ketten gelegt ist. Danach spricht der „HC-Man“ von einer Zwei-Klassen-Justiz, in welcher die Inländer im Gefängnis ihre Strafe verbüßen müssen und Ausländern Asyl gewährt wird. Zum Schluss des letzten Refrains folgt ein Cartoon mit der gleichen Darstellung des Baumes, doch jetzt fallen vom Baum EU-Gelder und die Politiker in Brüssel erfreuen sich daran.

Der Refrain des Strache Raps ist mit einer Vielzahl von Verleumdungen gegen andere Kandidaten oder Parteien, aber auch mit stark rassistischen Aussagen besetzt. Offen bleibt die Frage ob der Refrain bei den Jungwählern auch verstanden wird. Die FPÖ versucht aber vor allem im Refrain ihre Stellung als „Heimatpartei“ hervorzuheben und die Schuld immer den Anderen zu geben. Darstellungen wie die „Vorher/Nachher“ Cartoons sind fern der Realität und schüren nur den Hass der Menschen untereinander. Ebenso sind Behauptungen, wie „Asyl für Kriminelle“ schlichtweg frei erfunden und entbehren jeden Beweis.

Türkei nach Europa, Türken statt Wiener

Warum nicht gleich Sudan und China

Geht es nach Brüssel und USA

Ist das kein Scherz, sondern morgen wahr

Zu Europa soll die Türkei doch nicht mit mir ich bleib dabei

Kein trojanisches Pferd das versprech ich dir

Denn zahlen sollen wie schon immer wir.

In der zweiten Strophe des Raps wird ein Beitritt der Türkei mit einem Ersetzen der Wiener durch Türken gleichgesetzt. Ebenso wird ein Beitritt der Türkei gleichgesetzt mit dem Beitritt Chinas oder Sudans. Interessant ist, dass vor allem an dieser Stelle immer nur Angriffe gegen Türken und die Türkei folgen und das Klientel der Österreicher mit Migrationshintergrund aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, jedoch weiterhin als Wähler warm gehalten werden sollen. Immerhin ist es erwiesen, dass die Einwanderungsgruppen aus den ehemaligen

Ländern Jugoslawiens mit der Einwanderungsgruppe aus der Türkei stark verfeindet sind. Zudem pflegt die FPÖ mit der „Serbisch Radikalen Partei“ (SRS) eine Partnerschaft, welche Strache auch dafür dient, dass die FPÖ bei Österreichern mit serbischem Migrationshintergrund sehr beliebt ist.

*EU schreibt vor nur Kontrollen im Osten
Dich wird der Unfug dein Eigentum kosten
Einbrüche, Raub und Überfälle
Freie Fahrt für Ostkriminelle
Englisch statt Deutsch ist in Brüssel Pflicht
Faymann und Pröll verstehen vieles nicht
Beitragszahlungen nice and fine
Macht so weiter und wir stellen sie ein*

Die erste Textzeile ist eine Fehldarstellung, da es Kontrollen nicht nur an den Außengrenzen im Osten gibt sondern an allen anderen Außengrenzen der EU. Die Passage ist irreführend, da sie suggeriert, dass Kontrollen verantwortlich für „Einbrüche, Raub und Überfälle“ sind. Die Textzeile „Freie Fahrt für Ostkriminelle“ ist im Video ebenfalls mit einem Cartoon unterlegt. In diesem wird eine offene Staatsgrenze gezeigt, an welcher ausländische Kriminaltouristen vom ehemaligen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und dem ehemaligen Vizekanzler Wilhelm Molterer mit Sekt und einem „Herzlich Willkommen“ empfangen werden. Der Cartoon zeigt eine Fehldarstellung des von Strache Gemeinten, denn das Schild „Republik Österreich“ ist eigentlich an der „falschen“ Seite der Grenze montiert. Die FPÖ spielt hier auf die seit 1. Jänner 2008 geöffnete Schengen Grenze an. Danach folgt eine Einblendung eines Blaulichtes unterlegt mit Sirenenengeheule.

Dann fordert eine Textzeile, dass in Brüssel Deutsch statt Englisch gesprochen wird und es ansonsten zu einer Einstellung der Beitragszahlungen kommen muss. Im Grunde werden hier wieder stark rechtspopulistische Themen transportiert, welche Ausländern pauschal Kriminalität unterstellen.

*Bin zwar glühender Europäer
Doch Österreich ist mir immer näher
Europa, Brüssel und die EU, schön und gut doch zuerst kommst du.*

Vor den letzten beiden Refrains folgt eine Feststellung Straches, dass er sich selbst als glühenden Europäer bezeichnet, jedoch Österreich näher stehen muss. Brüssel, die EU und Europa sind demnach zwar „recht schön“ aber zuerst muss der Wähler kommen. Nach dem Rap zweifelt man jedoch daran, dass sich in Strache ein glühender Europäer und kein Nationalist versteckt.

Angesprochen auf den Strache Rap antwortet Andreas Mölzer auf die Frage, ob von ihm als eigentlicher Spitzenkandidat auch ein Rap folgen wird, dass der Strache Rap ein großer Erfolg bei den jungen Wählern ist, er sich jedoch auf klassische österreichische „Gstanzln“ im kleinen Kreis beschränken wird (vgl.:

<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/482514/index.do>).

8.9. Streit mit News

Wenige Tage vor der Wahl sorgte untenstehendes News-Cover für einen Aufschrei in der österreichischen Medien- und Politiklandschaft.



Grafik XXII: News Cover „Schämt euch!“

Die Ausgabe, welche am 4. Juni 2009 erschienen ist, zeigt Heinz-Christian Strache als Adolf Hitler und den dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf als Hermann Göring. Darunter steht der Titel „Schämt Euch!“ – Die Ewiggestrigen! Warum H.-C. Strache und Martin Graf eine Schande für Österreich sind“. News-Chefredakteur Atha Athanasiadis sprach nach der Veröffentlichung von einem klaren Statement, um die Ideologie der FPÖ zu zeigen. Die FPÖ reagierte erbost und sprach von „einem absoluten Tiefpunkt in der Geschichte des Journalismus in Österreich“ und kündigte umgehend rechtliche Schritte an. Brisanz kommt an die Sache, da die Raiffeisenbank an der News-Gruppe beteiligt ist und die FPÖ mit ihrer Internetseite www.giebelkreuzregime.at seit langem scharfer Kritiker an den Verflechtungen

des Giebelkreuzes ist. Der FPÖ Wahlkampfleiter Kickl sah darin eine „besorgte Hexenjagd auf die FPÖ“. In seinem Leitartikel erwähnt Athanasiadis zudem, dass man während des EU-Wahlkampfes bewusst keine Inserate der FPÖ veröffentlicht hat, da News solche Inserate nicht akzeptiere. Zeitgleich wirft er anderen Medien Doppelmoral vor, wenn sie Kritik an der freiheitlichen Politik üben aber trotzdem Inserate an die Freiheitlichen verkaufen würden. Kickl reagierte umgehend und erklärte, dass von Seiten der FPÖ nie ein Interesse zu inserieren bestanden habe, jedoch die News Onlineredaktion an die FPÖ herangetreten sei (vgl.: <http://diepresse.com/home/kultur/medien/484304/index.do?from=simarchiv>). In der Folge veröffentlichte die FPÖ auf ihrer Homepage eine Kampagne gegen News. Mit dem Titel „So lügt News!“ wird mit Hilfe einer Präsentation genau erklärt, wie News an die FPÖ herangetreten ist um freiheitliche Inserate in News unterzubringen. Daneben veröffentlicht die FPÖ einen Mailverkehr mit Mag. Ralf H. und ein fixes Angebot von Seiten News für die Werbekampagne mit, laut FPÖ, großzügigen Parteirabatten. Da die Wahrheit hier wahrscheinlich in der Mitte liegt kann man nun nicht mehr genau feststellen wer hier lügt. Eine Frage wirft die ganze Thematik dennoch auf: News ist mit seiner Internetseite news.at eine der am meisten gelesenen österreichischen Nachrichtenportale im Internet. Wenn es von Seiten News angeblich ein großzügiges Angebot an die FPÖ gegeben hat, warum hat dies die FPÖ nicht angenommen, denn eine bessere Möglichkeit zu werben ist wohl schwer zu finden. Jedoch besteht der Verdacht, dass sich die FPÖ die wahrscheinlich hohen Kosten für ein Inserat auf der Internetseite entweder nicht leisten konnte oder wollte, warum auch immer. Eine Erklärung für das „nicht wollen“ wäre die News Berichterstattung zur Arbeit der Europaabgeordneten, wo FP-Spitzenkandidat als faulster österreichischer Abgeordneter dargestellt wird.

Die FPÖ schaltete neben ihren Rechtsanwälten auch den österreichischen Medienrat und den Bundeskommunikationssenat ein. Zudem forderte die FPÖ, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer auf, sich schützend vor die Politiker im Hohen Haus zu stellen und die Verunglimpfungen gegen Mitglieder des Hohen Hauses zu verurteilen (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090604_OTS0062/vilimsky-prammer-muss-sich-nach-news-cover-schuetzend-und-entschlossen-vor-das-hohe-haus-stellen).

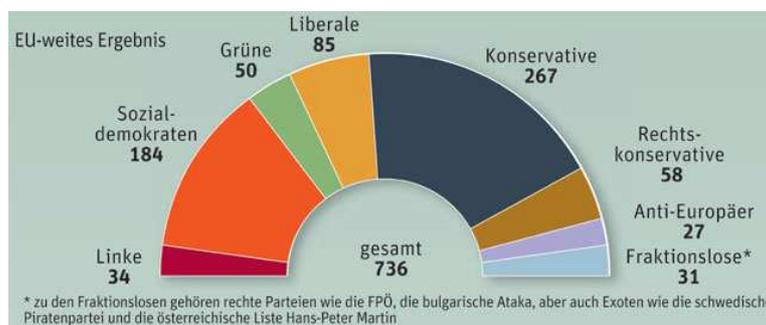
Neben den FPÖ-Politikern reagierten auch die Politiker der anderen Parteien. SPÖ Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter reagierte mit den Worten „*In einer Situation in der Pamphlete mit nationalsozialistischen Symbolen an Kinder und Jugendliche geschickt werden, sei es wichtig, dass neben der Politik auch Medien ganz deutlich „Stopp“ sagen*“ (<http://www.news.at/articles/0923/10/243489/spoe-news-cover-ist-dinge-namen>). Der

Nationalratsabgeordnete der Grünen Peter Pilz, weißt im Zusammenhang mit dem Cover daraufhin, dass Graf „derzeit nicht erklären kann, was ihn nun tatsächlich von einem Nazi unterscheidet“. Die Generalsekretäre Kickl und Vilimsky kritisieren, dass FPÖ Mandatare „ohne jegliche moralische und rechtliche Konsequenzen öffentlich in Wort und mittels „Brutalo-Fotomontagen“ mit NS-Kriegsverbrechern auf eine Stufe gestellt werden dürfen“ (<http://www.news.at/articles/0923/510/243474/aktuelles-news-cover-aufregung-nr-praesident-graf-stellungnahme>).

Zudem ist interessant, dass ein derartiges Cover in der jüngeren Mediengeschichte keinen Seltenheitswert besitzt. Nach den Nationalratswahlen 2008 titelte das Nachrichtenmagazin „profil“ auf seiner Titelseite in Runenschrift „Sieg ...!“ und darunter „Radikale Rechte wird entscheidende Kraft in Österreich“. Von Martin Graf ist im Übrigen bis dato keine Stellungnahme zum News Cover überliefert.

9. Das Wahlergebnis und die Analyse der EU-Wahlen 2009

Die EU Wahl fand zwischen 4. und 7. Juni statt. In allen 27 EU-Ländern ritterten die Kandidaten um insgesamt 736 Mandate. Nach dem in Kraft treten des Vertrages von Lissabon wurde die Mandatzahl auf 750 +1 Mitglieder angehoben. Das +1 Mitglied steht für den Parlamentspräsidenten. Österreich gewann dadurch zwei Mandate hinzu, was vor allem der SPÖ und auch dem BZÖ half. Die Mandate haben Beobachterstatus. Deutschland, welches als einziges Land in der EU einen Sitz verlieren würde, dürfte seine Mandate jedoch bis zur nächsten Europawahl 2014 behalten.



Grafik XXIII: Europawahl 2009 – Ergebnis Europa

Das Wahlergebnis in Europa ist in Grafik XXIII dargestellt. Als große Verlierer der Wahl gelten die Sozialdemokraten. Bis auf Griechenland, Lettland, Irland, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien und Malta verloren die Sozialdemokraten massiv. Als große

Wahlgewinner gelten die Konservativen und die europafeindlichen bzw. rechtsextremen Parteien, wie etwa die UKIP oder die ungarische Jobbik. Wahlsieger waren die Sozialdemokraten nur in Malta, Griechenland, der Slowakei, Dänemark und Schweden. Die Grünen gewannen europaweit Mandate dazu, auch wenn die österreichischen Grünen stark verloren. Die Konservative Fraktion konnte ihren Vorsprung auf die Sozialdemokraten ausbauen. Die Rechtskonservativen, die „Anti-Europäer“ und die Fraktionslosen konnten teils kräftig zulegen. In vielen Ländern galt die Wahl als Denkmahl für die Regierungsparteien. Aus diesem Grund verloren viele Regierungsparteien bei diesen Wahlen relativ stark.

Die Wahlbeteiligung in Österreich stieg im Vergleich zur Wahl 2004 von 42,4 Prozent auf 46 (45,97) Prozent. Vergleicht man die Wahlbeteiligung mit anderen Wahlen in Österreich so ist hier ein starker Unterschied zu erkennen, denn normalerweise finden sich etwa bei Nationalratswahlen weit über 70 Prozent Wahlbeteiligung. Europaweit ging die Wahlbeteiligung von 45,1 Prozent auf 43,1 Prozent zurück. Damit liegt Österreich erstmals seit den für Österreich ersten Wahlen zum EU-Parlament im Jahr 1996 über dem EU-Durchschnitt.

In der Folge soll es in diesem Kapitel zur genauen Analyse des Wahlergebnisses in Österreich kommen. Ebenso wird in diesem Kapitel auf die Wählerströme, die Wahlkampfkosten und die Wahlmotive eingegangen. Am Schluss kommt es zu einer Analyse des Triumphes der rechtsextremen und europakritischen Parteien.

9.1. Das Wahlergebnis der EU Wahlen 2009 in Österreich

Im Vorfeld der Wahlen sprachen viele Meinungsforscher von einem Kopf-an-Kopf Rennen der SPÖ und der ÖVP. Das Gegenteil trat in diesem Fall jedoch ein und die SPÖ fuhr eine historische Wahlschlappe ein. Die ÖVP verdankt sicherlich den ersten Platz, dies auch trotz Verlusten, dem unbeabsichtigten Duell Karas-Strasser, da hier sicherlich viele Wähler mobilisiert werden konnten. Interessant war auch, dass Strasser einen eher EU-kritischen Kurs einschlug, während Karas den EU-freundlicheren Kurs wählte.

EU-WAHL 2009: ENDERGEBNIS IN ÖSTERREICH



Grafik XXIV: Endergebnis der EU Wahl 2009 in Österreich

Neben den Sozialdemokraten haben auch noch die Grünen verloren und fielen damit wieder hinter die FPÖ zurück. Großer Wahlsieger aufgrund der Gewinne an Prozenten ist sicherlich die FPÖ, welche jedoch bei den EU-Wahlen 2004 auf ein historisches Tief abgestürzt war. Mit ihrem populistischen und hetzerischen Wahlkampf bestimmte die FPÖ jedoch sicherlich den Wahlkampf. Meinungsforscher sahen aber die FPÖ vor Hans-Peter Martin bei ca. 17-18 Prozent. Überraschend ist sicherlich auch der Zugewinn von Hans-Peter Martin von fast vier Prozent. Die Meinungsforscher haben dies bei Hans-Peter Martin nicht vorausgesagt, hingegen vielmehr, dass Martin Stimmen verlieren wird. Durch das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon hat auch das BZÖ erstmals den Einzug in das europäische Parlament geschafft. Nimmt man das Ergebnis des Jahres 2004 her, so ist jetzt der Abstand zwischen dem Ersten (ÖVP) und dem Zweiten (SPÖ) deutlich größer als nach den Wahlen 2004 zwischen der SPÖ und ÖVP, wo die Parteien nur durch 0,7 Prozent getrennt waren. Die Kommunistische Partei und die JuLis schafften wie erwartet den Einzug in das Parlament nicht.

Laut dem Politikwissenschaftler Peter Gerlich ist die niedrige Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen keine Überraschung. Gerlich attestiert den Österreichern keine Politikverdrossenheit, sondern Desinteresse und Unwissenheit an der bzw. über die EU. Ein demokratiepolitisches Problem ist die geringe Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen nicht. Gerlich vermutet aber, dass „die Wahlbeteiligung wie in diesem Jahr weiter langsam, aber sicher steigen wird“

(<http://derstandard.at/1244460268854/Interview-Nur-fuenf-Prozent-verstehen-worum-es-geht>), denn die Bedeutung der EU nehme bei den Menschen immer mehr zu. Zudem spüren die Menschen, dass viele wichtige Entscheidungen, welche auf ihr tägliches Leben Einfluss

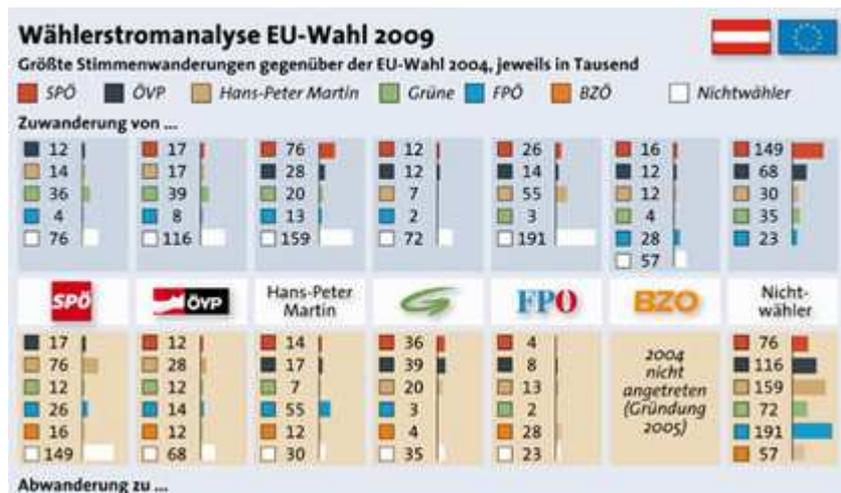
nehmen auf der Ebene der Europäischen Union beschlossen werden (vgl.: <http://derstandard.at/1244460268854/Interview-Nur-fuenf-Prozent-verstehen-worum-es-geht>). Das die FPÖ nicht mehr gewonnen hat liegt laut Gerlich, vielleicht daran, dass die sie mit ihrem Wahlkampf doch über das Ziel hinaus geschossen ist. Gerlich fordert im Zusammenhang mit den EU-Wahlen in Zukunft eine gesamteuropäische Parteikandidatur und den Aufbau einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit (vgl.: <http://wahlen.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4445&Alias=wzo&cob=418565&Page14490=8>). Politologe Peter Filzmaier schlägt hier in die gleiche Kerbe wie sein Kollege Gerlich. Er fordert ein neues Wahlsystem, bei dem die Persönlichkeit der Kandidaten eine größere Rolle spielen muss oder Parteien mit einer europaweiten gemeinsamen Liste. Zudem sollte laut Filzmaier der EU-Präsident direkt vom Volk gewählt werden. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen begründet Filzmaier damit, dass die Politik die Frage, nämlich welchen Unterschied es macht „*ob unter 785 Europarlamentariern vier oder fünf aus einer österreichischen Partei sitzen*“, nicht klären kann (vgl.: <http://derstandard.at/1242313754346/EUWahlkampf-Schadensbegrenzung-ohne-Risiko>).

9.2. Wählerstromanalyse und Wahlmotive

Nach Wahlen ist es immer wieder interessant, welche Wählerströme sich ergeben haben und welche Wahlmotive für die Wähler ausschlaggebend waren einer Partei die Stimme zu geben. Zudem ist die Auswirkung der Kronen Zeitung auf diese Wahl ebenso wenig zu verachten, wie die Frage welche Gruppen welche Partei gewählt haben.

9.2.1. Wählerstromanalyse

Die SPÖ konnte bei den EU Wahlen 536.000 oder 64 Prozent ihrer Wähler aus dem Jahr 2004 halten. 18 Prozent oder ca. 150.000 ehemalige SPÖ-Wähler sind 2009 nicht mehr zu den Wahlen gegangen. 14.000 Wähler konnte die SPÖ von der Liste Martin gewinnen, verlor jedoch im Gegenzug 76.000 Stimmen an die Liste Martin. Große Zuwanderung konnte die SPÖ von den Grünen (36.000 Stimmen) aber auch von den Nichtwählern (76.000) erzielen. 26.000 Wähler gingen von der SPÖ zur FPÖ. Die SPÖ hatte bei dieser Wahl ein klassisches Mobilisierungsproblem, da anscheinend viele SPÖ-Stammwähler der Wahl fern blieben. Die SPÖ verlor zudem als einzige Partei mehr Wähler an die Gruppe der Nichtwähler als sie von diesen mobilisieren konnte (vgl.: Institut für Strategieanalyse 2009 bzw. <http://euwahl09.orf.at/stories/1604081/>).



Grafik XXV: Wählerstromanalyse EU Wahl 2009

Die ÖVP erhielt jeweils 17.000 Stimmen von der SPÖ und der Liste Martin. Den größten Zuwachs konnte die ÖVP von den Nichtwählern (116.000) verzeichnen. Dies könnte am Vorzugstimmenwahlkampf von Othmar Karas gelegen haben, da hier viele Wähler mobilisiert worden sind. Darüber hinaus konnte die ÖVP 667.000 Stimmen (81 Prozent) von den EU-Wahlen 2004 halten. Größte Abwanderung von der ÖVP gab es zu den Nichtwählern (68.000) und zu Hans-Peter Martin (28.000). Die Abwanderungen zu den anderen Parteien hielten sich mit 12.000 – 14.000 Stimmen in Grenzen. Ein großes Plus im Kampf um Platz eins war sicherlich die hohe Wählermobilisierung aber auch, dass die Verluste an andere Parteien meist geringer ausgefallen sind als die Zugewinne (vgl.: Institut für Strategieberatung 2009 bzw. <http://euwahl09.orf.at/stories/1604081/>).

Hans Peter Martin konnte mehr als die Hälfte seiner Wähler aus dem Jahr 2004 halten. Zudem kamen zu seinen mehr als 500.000 Stimmen vor allem viele Nichtwähler- (159.000) und SPÖ-Stimmen (76.000) hinzu. Am meisten verloren hat Martin an die zweite EU-kritische Partei, nämlich die FPÖ (55.000). Die Grünen gewannen ebenfalls am meisten von den Nichtwählern (72.000) und wenig von den anderen Parteien. 56 Prozent der Grün-Wähler aus dem Jahr 2004 blieben der Partei auch bei diesen Wahlen treu. Die Grünen verloren am meisten an die ÖVP (39.000) und die SPÖ (36.000). Erwartungsgemäß wenige Wähler der Grünen wählten bei dieser Wahl die FPÖ (3.000) oder das BZÖ (4.000) (vgl.: Institut für Strategieberatung 2009 bzw. <http://euwahl09.orf.at/stories/1604081/>).

Die FPÖ erzielte vor allem aus dem Reservoir der Nichtwähler die meisten Zugewinne (191.000), dies kann vor allem als eine Re-Mobilisierung nach den Verlusten bei den letzten Wahlen gedeutet werden womit viele Wähler wieder gewonnen werden konnten. Zugewinne für die FPÖ gab es auch von Hans-Peter Martin (55.000) und der SPÖ (26.000). Verluste der

FPÖ hielten sich in Grenzen, die meisten gab es in Richtung des BZÖ (28.000), der Nichtwähler (23.000) und Hans Peter Martin (13.000). Die FPÖ gewann damit von allen Parteien mehr Wähler als sie an diese verloren hat. Beim BZÖ kann keine Wählerstromanalyse beachtet werden, da diese Partei erst im Jahr 2005 gegründet wurde und daher bei den EU Wahlen 2009 das erste Mal kandidierte (vgl.: Institut für Strategieanalyse 2009 bzw. <http://euwahl09.orf.at/stories/1604081/>).

9.2.2. Wahlmotive und Wahlverhalten

Bei den Wählern unter 35 Jahren konnte die ÖVP die meisten Wähler lukrieren nämlich 28 Prozent, gefolgt von der SPÖ (22 Prozent) und der FPÖ (19). Galten die Grünen früher vor allem als Partei der jungen Wähler, konnte sie bei den unter 35-jährigen bei dieser Wahl nur

	unter 35jährige	35- bis unter 60jährige	60 und älter	EU Befür- worter	EU Gegner	von Wirtschaftskrise betroffene Erwerbstätige	von Wirtschaftskrise nicht betroffene Erwerbstätige
SPÖ	22	23	29	24	11	14	23
ÖVP	28	30	33	36	11	36	30
HPM	14	20	21	15	31	13	17
Grüne	14	10	2	12	1	10	12
FPÖ	19	10	10	7	39	23	12
R7Ö	3	6	4	4	6	2	6
andere	1	2	0	1	1	1	1

14 Prozent dazu bringen ihre Partei zu wählen.

Grafik XXVI: Wahlverhalten bei den EU-Wahlen nach Gruppen

Die Gruppe der 35- bis unter 60-jährigen konnte die ÖVP vor der SPÖ ebenso für sich entscheiden, wie die Gruppe der über 60-jährigen. Interessant ist auch, dass die FPÖ nur bei den jüngeren Wählern vor der Liste Martin zu finden ist. Ginge es nach den EU-Befürwortern hätte die ÖVP 36 Prozent erhalten. An zweiter Stelle würde die SPÖ (24) und überraschenderweise an dritter Stelle Hans-Peter Martin (15) folgen. Die EU Gegner stimmten am meisten für die FPÖ (39 Prozent) und für Hans Peter Martin (31). Auch das Thema Wirtschaftskrise spielte beim Wahlverhalten eine Bedeutung. Müsste laut den Umfragen vor den Wahlen gerade die SPÖ von diesem Thema profitieren zeigt sich, dass sich dieser Effekt hier nicht einstellte. Personen, welche von der Wirtschaftskrise betroffen waren, wählten die ÖVP (36 Prozent) und danach die FPÖ (23). Überraschend ist hier nicht nur das geringe Standing der SPÖ sondern auch das hohe Standing der ÖVP, da diese als Wirtschaftspartei gerade in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise gebracht werden hätte können. Bei den Wählern wurde der ÖVP anscheinend die Wirtschaftskompetenz

angerechnet. Wähler, welche von der Wirtschaftskrise nicht betroffen sind stimmten die meisten für die ÖVP (30 Prozent) und die SPÖ (23). Überraschend bei dieser Wahl ist auch, dass die ÖVP die stärkste Partei (32 Prozent) bei den Pensionisten ist, denn die SPÖ konnte hier nur 31 Prozent erreichen und denkt man zurück an die Wählerstromanalyse so schuldet dies sicherlich auch im Antreten von Hans-Peter Martin, welcher hier 22 Prozent erreichen konnte (vgl.: Institut für Strategieanalyse 2009).

Das stärkste Wahlmotiv die ÖVP zu wählen war das Stammwählermotiv, gefolgt von der Interessensvertretung und dem Ziel der Stärkung der Volksparteien im EU-Parlament. Bei den Wählern der ÖVP spielte vor allem das Thema Wirtschaft eine gewichtige Rolle. Das wichtigste Motiv der SPÖ-Wähler stellte der Einsatz der Partei für Soziales und Arbeitsplätze gefolgt vom Stammwählermotiv und der Stärkung der Sozialdemokratischen Parteien im EU-Parlament dar. Bei Hans-Peter Martin stellte vor allem der Spitzenkandidat selbst und sein Image als untypischer Politiker das Hauptmotiv der Wähler dar. Bei der FPÖ galten die Wahlmotive „gegen Zuwanderung“ und „gegen Beitritt der Türkei“ als Hauptmotive. Die besten Grünen Wahlmotive stellten die Stärkung des Umweltschutzes und die Stärkung der Grünen im Europaparlament dar. Als Motiv nicht zur Wahl zu gehen zählten vor allem die Punkte „unattraktive Parteien“ bzw. „unattraktive Kandidaten“, das Interesse und die Enttäuschung von der EU (vgl.: Institut für Strategieanalyse 2009).

Bei der Wahlentscheidung konnte Hans-Peter Martin wenige Tage vor der Wahl noch 25 Prozent seiner Wähler mobilisieren. Bei den anderen Parteien erfolgte die Entscheidung meist bereits mehr als drei Wochen vor den Wahlen, was vor allem für das Stammwählermotiv spricht. Darüber hinaus waren die Spitzenkandidaten außer bei der Liste Martin bei keiner Partei das Wahlmotiv (vgl.: Institut für Strategieanalyse 2009).

9.2.3. Der Einfluss der Kronen Zeitung auf die EU Wahl 2009

Binahe alles was der Wähler über die Politik weiß, weiß er über die Medien. Ein Satz, welcher Medien in Zeiten von Wahlkämpfen immer wieder eine gewichtige Rolle gibt. Wie bereits im Punkt 3.4.1. hat sich die Wahlkampfberichterstattung der Medien in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark verändert. In bester Erinnerung ist der Nationalratswahlkampf 2008 als, nach einer Unterwerfung des damaligen Bundeskanzlers Gusenbauer und des jetzigen Bundeskanzlers Faymann, die Kronen Zeitung stark positive Berichte über die SPÖ und ihren Kandidaten lieferte.



Grafik XXVII: Einfluss der Kronen Zeitung auf den Wahlkampf

Der Kronen Zeitung wird von den Politikern immer mehr Macht eingeräumt und immer mehr Politiker haben Angst vor einer negativen Berichterstattung in der Krone. Eine Angst, welche der Kronen Zeitung noch mehr „Macht“ gibt. Im EU-Wahlkampf 2009 hatte die Kronen Zeitung ebenso großen Einfluss. Die täglichen Kolumnen und die stark positive Berichterstattung im ganzen Blatt verhalfen Hans-Peter Martin zu der hohen Anzahl an Stimmen. Wie in der Grafik XXVII gut ersichtlich ist Hans-Peter Martin der EU-Spitzenkandidat mit den meisten Nennungen in der Kronen Zeitung im Zeitraum des Wahlkampfes.

Eine Umfrage des GfK-Institutes zeigt, dass 70 Prozent aller Wähler der Liste Martin tägliche Leser der Kronen Zeitung sind. In die Nähe dieses Wertes kommt nur die FPÖ mit 67 Prozent. Danach folgen das BZÖ (58 Prozent) und unter 40 Prozent die SPÖ und ÖVP. Wie viele Prozentpunkte die tägliche Propaganda in der Kronen Zeitung wirklich gebracht hat lässt sich freilich nur schwer feststellen, jedoch glaubt auch der Kommunikationswissenschaftler Hannes Haas, dass die tägliche Präsenz in der Kronen Zeitung Hans-Peter Martin Stimmen gebracht hat. Haas verweist dabei auf die Kontinuität und die Themenführerschaft von Martin in der Kronen Zeitung. Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell findet in Anbetracht der Umstände das Abschneiden von Martin nicht sensationell und stellt zudem fest, dass es in der internationalen Medienlandschaft mittlerweile üblich geworden ist einen Kandidaten zu bevorzugen. Der Unterschied zu Österreich liegt nur darin, dass in der internationalen Medienlandschaft die anderen Kandidaten nicht negativ dargestellt werden (vgl.: <http://diepresse.com/home/politik/euwahl/485627/index.do>).

9.3. Wahlkampfkosten

In einem Wahlkampf sind auch immer wieder die Kosten für die einzelnen Parteien interessant. Im aktuellen Bundespräsidentenwahlkampf hörte man im Vorfeld, dass etwa die ÖVP aufgrund der geringen Chance und den hohen Wahlkampfkosten auf eine Kandidatur verzichte. Wie viel Geld wirklich in einem Wahlkampf steckt sieht man erst bei den offiziellen Zahlen der Parteien, obwohl der Wert bei den meisten Parteien, vor allem den Großparteien, sicherlich höher liegt. Im EU-Wahlkampf verzichteten FPÖ, BZÖ und die Liste Martin auf eine Werbeagentur. Neu im EU-Wahlkampf war sicherlich die Nutzung der Web 2.0 Plattformen, wo es in den einzelnen Parteien eigene „Web 2.0 Botschafter“ gab. Für den EU-Wahlkampf verwendete die SPÖ insgesamt 4.500 Großplakate und 7.000 Dreiecksständer, zudem kommen 41.000 Kleinplakate hinzu. Neben dem Schwerpunkt „Plakat“ war für die SPÖ auch der Online-Wahlkampf sehr wichtig, wofür es innerhalb der Partei eigene Web 2.0 Botschafter gab. Insgesamt hat die SPÖ zirka 3,5 Millionen Euro im Wahlkampf ausgegeben.

In der ÖVP verhielt sich das Verhältnis zwischen Plakat und Inserat bei etwa 60 zu 40. Ebenso wie die SPÖ setzt auch die ÖVP auf „social networks“. Die Wahlkampfkosten der ÖVP beliefen sich ebenfalls auf geschätzte 3,5 Millionen Euro.

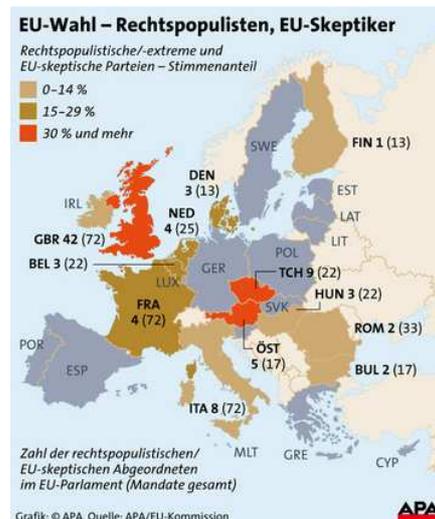
Kleinere Brötchen backen hier schon die Oppositionsparteien FPÖ, BZÖ und die Grünen. Die Grünen veranschlagten für ihren Wahlkampf etwa 1,2 Millionen Euro und haben trotz eines Überhangs an Plakaten und Inseraten ebenso den Schwerpunkt Internet in ihrem Wahlkampf. Die Freiheitlichen verzichteten ebenso wie das BZÖ und die Liste Martin auf eine Agentur. Bei der FPÖ werden laut Wahlkampfmanager Kickl nur Feinheiten wie die Reinzeichnungen ausgelagert. Wie bei den anderen Parteien floss bei der FPÖ ebenfalls ein Großteil des Budgets in Plakate und Inserate. Die FPÖ nannte für ihre Wahlkampfkosten etwa eine Million Euro. Beim BZÖ verfügte Wahlkampfleiter Stefan Petzner über 1,5 Millionen Euro, welche Großteils in Plakate und Inserate investiert wurden. Obwohl auch das BZÖ online wahlkämpfte, glaubt man laut Petzner, dass in Österreich das Internet bei den Wahlen noch nicht jene Bedeutung hat. Hans-Peter Martin gibt seine Kosten für den Wahlkampf mit 500.000 Euro an. Martin hat bei den geringen Kosten sicherlich den Vorteil der Dauerpropaganda in der Kronen Zeitung. Der Großteil des Budgets ging auch bei Martin in die klassische Plakatwerbung, darüber hinaus zierte in Wien ein Plakat Martins eine große Häuserwand (vgl.: <http://www.news.at/articles/0920/11/241686/eu-wahlkampf-millionen-so-oesterreichs-parteien-bruessel>).

9.4. Triumph der rechtspopulistischen Parteien und der EU Kritiker

Die EU-Wahlen 2009 brachten vor allem Triumphe für die EU-kritischen aber auch die rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Parteien in Europa.

Konnten schon bei den Wahlen 2004 rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien stark zulegen so wurde dieser Trend bei den Wahlen 2009 fortgesetzt. Vom rassistischen belgischen Vlaams Belang, über die niederländische PVV, zur französischen Front National bis zur britischen UKIP konnten alle Parteien wieder zu legen. Der große Verlierer bei den Wahlen 2004 in diesen Ideologiebereichen war einzig die FPÖ, welche bei den Wahlen 2009 aber wieder stark zulegen konnte. Die meisten Parteien sind in der Fraktion „Europa der Nationen“ vertreten (vgl.: Lachauer 2005 S. 108 -109).

Am Beispiel Österreichs sieht man, dass hier die Kritiker und die Rechtspopulisten zusammen auf über 30 Prozent der Stimmen kommen und damit die stimmenstärkste Partei darstellen würden. Hetzen die einen gegen Minderheiten, polemisieren die anderen gegen Brüssel und protestieren gegen die eigene Regierung. Die untenstehende Grafik verdeutlicht die Zugewinne für rechtsextreme, rechtspopulistische und EU-kritische Parteien bei den Wahlen.



Grafik XXVIII: Zugewinne für Rechtspopulisten und EU-Skeptiker

In Großbritannien erreichte die United Kingdom Independent Party (UKIP) 17,4 Prozent und die rechtsextreme British National Party (BNP) kam auf über acht Prozent und erreichte damit zwei Mandate. Die UKIP belegte bei den Wahlen den zweiten Platz noch vor der Labour Party. Die UKIP wurde mit dem Ziel gegründet Großbritannien wieder aus der EU zu holen. Eine Schockwelle löste in Großbritannien die BNP mit ihren zwei Mandaten aus. Die BNP fordert zwar ebenso wie die UKIP den Austritt aus der EU, gilt aber als offen rassistische Partei, welche nur weiße Mitglieder aufnimmt. Nun wird im EU-Parlament der Vorsitzende

der BNP Nick Griffin vertreten sein, welcher bereits im Jahr 1998 wegen rassistischer Hetze und Antisemitismus angezeigt wurde. Das Ziel der BNP ist, dass die „Einheimischen“ einen Job bekommen. Die BNP gewann vor allem in klassischen Labour Hochburgen im Norden Englands. In Zeiten der Wirtschaftskrise war es im von Industrie geprägten Norden ein leichtes mit dem Slogan „British jobs for British workers“ Stimmen zu holen (vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-3,00.html>).

In den Niederlanden holte die rechtspopulistische Partei für Freiheit (PVV) mit ihrem Chef Geert Wilders vier Mandate für das Europäische Parlament. Die mit der FPÖ befreundete PVV forderte einen Einwanderungsstopp für Muslime und würde am liebsten das EU-Parlament abschaffen. Rumänien und Bulgarien würde Wilders nachträglich von der EU ausschließen und den Koran vergleicht er mit Hitlers „Mein Kampf“. Wilders lebt in den Niederlanden unter Polizeischutz und wechselt ständig seinen Wohnsitz. Nach dem Wahlerfolg lehnte Wilders sein EU-Mandat ab, da sich die EU seiner Meinung nach zu sehr in die Angelegenheiten der Niederlande einmischt. Wilders ist ebenso wie die FPÖ strikt gegen einen EU-Beitritt der Türkei (vgl.: http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/europawahl/niederlande-rechtspopulist-verschmaecht-eu-parlamentssitz_aid_407373.html bzw. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-5,00.html>).

In Ungarn holte der Rechtspopulist Viktor Orban mehr als 56 Prozent der Stimmen mit seiner national-konservativen Fidesz. Nicht nur aufgrund dieses Ergebnisses rutschte Ungarn stark nach rechts sondern auch aufgrund von beinahe 15 Prozent der rechtsextremen Partei Jobbik. Die Jobbik ist der politische Arm der ungarischen Garde. Sie ist antisemitisch, hetzt gegen Roma und Homosexuelle und gegen „fremdes“ Kapital und Kapitalisten (vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-2,00.html>).

Die Großrumänienpartei holte zirka neun Prozent der Stimmen in Rumänien. Die Partei vereint kommunistische und nationalistische Tendenzen und spricht offen von „stinkenden Zigeunern“. Die rechtsextreme bulgarische Ataka erreichte zwölf Prozent und hetzte ebenso gegen die Zigeuner. Beide Parteien waren mit der FPÖ in der zerbrochenen rechten ITS-Fraktion im EU-Parlament. Die dänische Danks Folkeparti, ebenfalls mit der FPÖ befreundet, hetzt ebenso gegen Muslime und Asylwerber und erreichte bei den Wahlen beinahe 16 Prozent, womit sie ihr Ergebnis von den letzten Wahlen verdoppeln konnte. In Belgien erhielt die rechtsextreme Partei „Vlaams Belang“ annähernd zwölf Prozent der Stimmen. In Frankreich holte die rechtsextreme Partei Front National sieben Prozent der Stimmen (vgl.: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257,00.html>).

In Italien erreichte die Lega Nord 10,2 Prozent. Die Lega Nord und die FPÖ haben im Wahlkampf eine verstärkte Zusammenarbeit angekündigt. Die beiden Parteien vereint die Ablehnung des Islams und der Zuwanderung. Am 30. Mai 2009 wurde eine gemeinsame Pressekonferenz zur EU Wahl abgehalten. Die FPÖ wurde vom Nationalratspräsidenten Martin Graf, dem außenpolitischen Sprecher der FPÖ Johannes Hüber und dem Spitzenkandidaten Andreas Mölzer vertreten.

10. Schluss

Die Devise der FPÖ im EU-Wahlkampf war klar. Es sollte der Tag der Abrechnung für die anderen Parteien werden. Die FPÖ hetzte durch ihren Wahlkampf mit der Thematik eines EU-Beitritts der Türkei und der Warnung vor der zunehmenden Islamisierung Österreichs. Daneben wurde die EU kritisiert und vor einem Sozialabbau gewarnt. Des Öfteren wurde der Bogen bewusst überspannt um die volle Aufmerksamkeit der Medien zu bekommen und so die Themenführerschaft gemeinsam mit Hans-Peter Martin in den Medien zu übernehmen.

Der Wahlkampf der FPÖ zeigt, welche Methoden der Amerikanisierung verwendet werden. Neben dem obligatorischen „dirty campaigning“ nützt man geschickt die Medien als Sprachrohr. Darüber hinaus wurde das Internet und hier vor allem das Internetportal YouTube perfekt genutzt. Durch die von Kickl vorgegebene Achse Wien- Brüssel rechtfertigte man das Eintreten von Heinz Christian Strache in den Wahlkampf und konnte somit einen der Bevölkerung eher unbekanntem Spitzenkandidaten Andreas Mölzer besser verkaufen. Da sich Strache auf mehreren Wahlplakaten der FPÖ zu unterschiedlichen Wahlen findet, kann man hier von einer klaren Personalisierungsstrategie der FPÖ ausgehen. Durch den sogenannten HC-Rap „Österreich zuerst“ und dem Comic „Der Blaue Planet“, welcher an alle Jungwähler geschickt wurde, schaffte man es den Info- und Politainment Charakter in den Wahlkampf einzubringen. Die Darstellung der EU im Comic spottet zwar jeder Beschreibung und auch der Hinweis der Politischen Bildung des Comics kann nur als Hohn bezeichnet werden, jedoch schaffte es die FPÖ Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das gleiche gilt auch für den Rap „Österreich zuerst“, welcher es auf über 200.000 Zugriffe auf YouTube geschafft hat, dazu muss auch noch die Zahl derer dazugezählt werden, welche sich den Rap auf der Homepage von Strache downgeloadet haben. Verpackt zwar der Rap Ausländerfeindlichkeit, EU-Kritik und Unterstellungen an Asylanten so erreichte er trotzdem ein großes Publikum. Zieht man

Bilanz über die verschiedenen Wahlkampfutensilien so stellt man schnell fest, dass die FPÖ vor allem mit Hetze und Angst versucht hat Wähler zu lukrieren. Es zeigte sich aber auch, dass die FPÖ zwar starke Parolen von sich gibt, jedoch keine Lösungen bietet, was sich etwa in der Analyse des Wahlprogramms gezeigt hat.

Die FPÖ befand sich bei den letzten EU-Wahlen im Jahr 2004 an einem Tiefpunkt und die Partei verlor bei allen Wahlen einen Großteil ihrer Wähler. Vor allem die EU-kritischen und die jungen Wähler gaben auch im Jahr 2009 wieder der FPÖ ihre Stimme, womit die FPÖ 6,4 Prozent zulegen konnte. Im Match um die EU-Kritiker nahm Hans-Peter Martin sicherlich der FPÖ viele Stimmen weg, womit ein beachtlicheres Ergebnis verhindert werden konnte. Dies beweist auch die Darstellung, dass Hans-Peter Martin 31 Prozent und die FPÖ 39 Prozent der Stimmen von EU-Kritikern bekam. Interessant im Zusammenhang ist auch der Wandel der FPÖ von einer Pro-Europäischen Partei zu einer EU-kritischen Partei. Betrachtet man das Parteiprogramm der FPÖ so findet man hier immer noch klare Züge einer Politik, gegen die im Wahlkampf gekämpft wurde. Als Beispiel kann hier etwa die im Parteiprogramm verankerte „selbstverständliche“ Beistandspflicht für andere EU-Mitglieder im Fall eines Angriffes genannt werden und die Argumentation dagegen im aktuellen Wahlkampf. Man könnte daraus schließen, dass die FPÖ gegen ihr eigenes Parteiprogramm kämpft.

Im Zuge der Analyse der Wahlergebnisse der anderen Länder zeigte sich, dass vor allem EU-kritische Parteien sowie rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien starke Gewinne verbuchen konnten. Vor allem die Rechtspopulisten bedienten sich in vielen Mitgliedsländern der EU der Hetze etwa gegenüber dem Islam oder den Zigeuner.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die zunehmende Amerikanisierung der Wahlkämpfe vor allem Parteien wie der FPÖ in die Hände spielt. Die Positionierung von Strache erfolgte taktisch bis dato klug, denn Wahlanalysen zeigen, dass der Kandidat immer mehr an Bedeutung gewinnt. Bei der FPÖ besteht aber die Gefahr, dass der Wähler Strache und nicht die FPÖ wählt und sollte es hier zu einem Wechsel des Vorsitzenden kommen, könnte ein relevantes Problem auftreten. Vor allem da der FPÖ-Wähler einer klassischen heterogenen Wahlgruppe angehört, dies bedeutet dass das Wählerpotential der FPÖ aus vielen Wechselwählern und Nichtwählern besteht.

Mit ihren Themen und ihrem populistischen Wahlkampf vor allem im Zusammenhang mit einem Beitritt der Türkei schaffte es die FPÖ den anderen Parteien die Themen aufzuzwingen.

Da etwa beim Beitritt der Türkei die Emotionen hochgingen und die anderen Spitzenkandidaten immer wieder Stellungnahmen dazu abgeben mussten. Durch die Wahlkampfthemen der FPÖ wirkte die Partei auch auf die Wahlkampfführung der anderen Parteien ein. Vor allem die SPÖ und die Grünen reagierten erwartungsgemäß stark gegen die FPÖ. Durch die zunehmende „negative Kampagne“ gegen die FPÖ wurde dieser damit aber wieder nur ein Mehr an Aufmerksamkeit zuteil.

Für die Zukunft kann man nur der Hoffnung Ausdruck verleihen, dass es sich bei den nächsten Wahlkämpfen wieder um Sachthemen und nicht um populistische Hetze vor allem von Seiten der FPÖ handelt. Sieht man jedoch die Vorboten des Präsidentschaftswahlkampfes im April 2010 und der Wiener Landtagswahlen im Herbst 2010 erwartet man hier noch Schlimmeres.

11. Quellenverzeichnis

Für die bessere Übersicht ist das Quellenverzeichnis in die einzelnen Kapitel der Diplomarbeit unterteilt.

Kapitel 2: Wahlforschung und Wahlverhalten

Literaturverzeichnis:

ARZHEIMER, Kai/ SCHMITT, Anette: Der ökonomische Ansatz. IN: Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. 1. Auflage S. 243 – 303

CHAFFEE, Steven H./ HOCHHEIMER, John L.: Mass Communication in National Election Campaigns: The Research Experience in the United States. IN: SCHULZ, Winfried/ SCHÖNBACH, Klaus: Massenmedien und Wahlen. Schriftenreihe der deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Verlag Ölschläger. München. 1983. S.65-103

FALTER, Jürgen W./ WINKLER Jürgen R.: Wahlgeographie und Politische Ökologie. IN: Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. 1. Auflage S. 107 - 133

KUNZ, Volker: Rational Choice. Campus Verlag GmbH. Frankfurt/Main. 2004.

PAPPI, Franz Urban/ SHIKANO Susumu: Wahl- und Wählerforschung. Nomos-Verlag Ges. Baden-Baden. 2007 S. 25-29

PLASSER, Fritz/ ULRAM, Peter A.: Wahlverhalten. IN: Dachs, Herbert (Hrsg.) et al.: Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz Verlag, Wien. 2006

ROTH, Dieter: Empirische Wahlforschung. UTB für Wissenschaft Leske+Budrich. Opladen. 1998.

SCHOEN, Harald: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. IN: Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. 1. Auflage S. 135-185

SCHOEN, Harald/ WEINS, Cornelia: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. IN: Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. 1. Auflage S. 187 – 242

SCHMITT, Anette: Die Rolle von Wahlen in der Demokratie. IN: FALTER, Jürgen W./ SCHOEN, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. 1. Auflage S. 3-30

Kapitel 3: Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe in Europa

Literaturverzeichnis:

BIEBER, Christoph: Europawahlkampf im Internet. IN: TENSCHER, Jens (Hrsg.). Wahlkampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005. S. 195 – 210

BRETTSCHEIDER, Frank/ RETTICH, Markus: Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten. IN: FALTER, Jürgen W./GABRIEL, Oscar W./ WESSELS, Bernhard (Hrsg.). Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Verlag für Sozialwissenschaften. Juli 2005. 1. Auflage. S.157-185.

DÖRNER, Andreas/ VOGT, Ludgura: Wahlkampf im Unterhaltungsformat. Systematische Überlegungen und aktuelle Beobachtungen anlässlich der Bundestagswahl 2002. IN: SARCINELLI, Ulrich/ TENSCHER, Jens: Machtdarstellung Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 2003. 1. Auflage S. 261-273

FALTER, Jürgen W./ RÖMMELE, Andrea: Professionalisierung bundesdeutscher Wahlkämpfe, oder: Wie amerikanisch kann es werden? IN: BERG, Thomas (Hrsg.): Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Leske+Büdrich. Opladen 2002. S.49-61

GEISLER, Alexander: Alte Gladiatoren, neue Arenen. Der Wahlkampf hält Einzug ins Internet. IN: BERG, Thomas (Hrsg.): Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Leske+Büdrich. Opladen 2002. S.193 – 205

GELLNER, Winand/ STROHMEIER, Gerd: Politische Kommunikation im Internet. Das Internet als politisches Informationsmedium am Beispiel von parteiunabhängigen Politik-Portalen. IN: SARCINELLI, Ulrich/ TENSCHER, Jens: Machtdarstellung Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 2003. 1. Auflage S. . S. 125 – 139

HOFER, Thomas M.: Politikmanager nordamerikanischer Prägung als Kommunikatoren der modernen Politik. Eine Studie zur Transferierbarkeit nordamerikanischer Kampagnenstandards auf das politische System Österreichs und der Tätigkeit von US „spin doctors“ in der Alpenrepublik. Dissertation. Wien. März 2005/1.

HOFER, Thomas: Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten. IN: DUCHKOWITSCH, Wolfgang/ HAUSJELL, Fritz: Schriftenreihe Kommunikation.Zeit.Raum. Band 5. LIT-Verlag. Wien 2005/2.

HOFER, Thomas: Der Triumph des Negativen Campaigning. IN: HOFER, Thomas/ Tóth, Barbara (Hg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. LIT-Verlag. 2007. Wien S. 5-31

LEDERER, Andras: Strategien und Praktiken politischer Werbung. IN:PLASSER, Fritz/ ULRAM, Peter A. (Hg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahlen 2006. Facultas.wuv. Wien. 2007 S.39 -77)

PLASSER, Fritz/ LENGAUER, Günther: Wie „amerikanisch“ sind europäische Fernsehwahlkämpfe? IN: KASPAR, Hanna/ SCHOEN, Harald/ SCHUMANN, Siegfried/ WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W.Falter zum 65. Geburtstag. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2009 S.323 – 343

RADUNSKI, Peter: Wahlkampf im Wandel. Politikvermittlung gestern – heute – morgen. IN: SARCINELLI, Ulrich/ TENSCHER, Jens: Machtdarstellung Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 2003. 1. Auflage S. 183-231

RENNER, Franz: Die Qual der Fernsehwahl. Wahlentscheidende Entscheidungshilfen oder Medienhype: Die TV-Debatten im Nationalratswahlkampf 2006. IN: HOFER, Thomas/ Tóth, Barbara (Hg.): Wahl 2006. Kanzler, Kampagnen, Kapriolen. Analysen zur Nationalratswahl. LIT-Verlag. Wien. 2007 S.119-134.

SCHOEN, Harald: Wahlkampfforschung. IN: FALTER, Jürgen W./ SCHOEN, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005/2. 1. Auflage S. 503- 542.

STERN, Eva/ GRANER, Jürgen: It's the Candidate, Stupid? Personalisierung der bundesdeutschen Wahlkämpfe. IN: BERG, Thomas (Hrsg.): Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen. Leske+Büdrich. Opladen 2002. S. 145- 170

TENSCHER, Jens: Mythos „Spin Doctors“. Analytische Anmerkungen und empirische Befunde zu Zentralakteuren moderner Politikvermittlung. IN: SARCINELLI, Ulrich/ TENSCHER, Jens: Machtdarstellung Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung. Nomos-Verlagsgesellschaft. Baden-Baden. 2003. 1. Auflage S. 69 – 86.

WAGNER, Wolfgang: Der TV-Wahlkampf. IN: HOFER, Thomas/ Tóth, Barbara (Hg.): Wahl 2008. Strategien. Sieger. Sensationen. Molden. Wien –Graz – Klagenfurt. 2008. S.135-145

Kapitel 4: Das Europäische Parlament

Literaturverzeichnis:

BIEBER, Roland/ EPINEY, Astrid/ HAAG, Marcel: Die Europäische Union. Europarecht und Politik. Nomos Verlag. Baden-Baden. 7. Auflage. 2006. S.109 – 191

CHABERA, Bernhard: Grundlagen und Institutionen der Europäischen Union. Manuskript. Brüssel. 2006.

CORBETT, Richard/ FRANCIS, Jacobs/ SHACKLETON, Michael: The European Parliament. John Harper Publishing. London. 6. Auflage 2005.

DREISCHER, Stephan: Das Europäische Parlament und seine Funktion. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten. NOMOS-Verlag. Berlin. 2006

HARTMANN, Jürgen: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. Campus Verlag. Frankfurt – New York. 2001.

HEIN, Andreas: Das Europäische Parlament. Mehr Demokratie und Legitimität durch den Vertrag von Lissabon?. IN: Webdossier des C.A.P zur Europawahl 2009. Centrum für angewandte Politikforschung. Arbeitspapier. München. 2009

MAURER, Andreas: Das Europäische Parlament. IN: LIEB, Julia/ MAURER, Andreas (Hg.): Der Vertrag von Lissabon. Kurzkomentar. EU-Consent. Berlin. 3. Auflage 2009 S.14 - 16

NEISSER, Heinrich/ VERSCHRAEGEN, Bea: Die Europäische Union. Anspruch und Wirklichkeit. Springer-Verlag. Wien. 2001.

POLLAK, Johannes/ SLOMINSKI, Peter: Das politische System der EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG WUV. Wien. 2006.

SUSKI, Birgit: Das Europäische Parlament. Volksvertretung ohne Volk und Macht? Duncker & Humblot GmbH. Berlin. 1996.

TEKIN, Funda/ WESSELS, Wolfgang: Entscheidungsverfahren. IN: WEIDENFELD, Werner/ WESSELS, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bundeszentrale für politische Bildung. Nomos-Verlag. Baden-Baden. Schriftenreihe-Band 393 S. 106 – 115.

WEIDENFELD, Werner/ WESSELS, Wolfgang (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. Bundeszentrale für politische Bildung. Nomos-Verlag. Baden-Baden. Schriftenreihe-Band 393

WEINDL, Josef/ WOYKE, Wichard: Europäische Union. Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages. R. Oldenbourg Verlag. München-Wien. 4. Auflage. 1999. S.37 – 44

Vertragswerke:

Vertrag von Lissabon Artikel 14 S.22-23

Online- und Printmedien:

- Leinen sieht EU Parlament durch Lissabon Vertrag gestärkt. IN:
<http://www.donaukurier.de/nachrichten/politik/D-EU-Vertrag-Personalien-Leinen-sieht-EU-Parlament-durch-Lissabon-Vertrag-gestaerkt;art154676,2218191> 1. Dezember 2009
10:00 Uhr

Internetquellen:

- http://www.bpb.de/publikationen/WRKDAC,0,Geschichte_und_Struktur_des_Europaparlaments.html 1. 12. 2009 14:00 Uhr

5. Die Wahlen zum Europäischen Parlament:

Literaturverzeichnis:

ARNIM/ Hans, Herbert von: Die neue EU-Parteienfinanzierung. <http://www.dhvspeyer.de/VONARNIM/Veroeffentlichungen/njw05-05.pdf> .Speyer. 2005. 15.12.2009 11:00 Uhr.

BIEBER, Roland/ EPINEY, Astrid/ HAAG, Marcel: Die Europäische Union. Europarecht und Politik. Nomos Verlag. Baden-Baden. 7. Auflage. 2006. S. 58-115

BUHR, Carl-Christian: Europäische Parteien. Die rechtliche Regelungen ihrer Stellung und Finanzierung. Wissenschaftlicher Verlag Berlin. Berlin. 2003.

DECKER, Frank/ SONNICKSEN, Jared. Parlamentarisch oder präsidentiell? Die Europäische Union auf der Suche nach der geeigneten Regierungsform. IN: DECKER, Frank/ HÖRETH, Marcus: Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2009. 1. Auflage. S.128-161

DREISCHER, Stephan: Das Europäische Parlament und seine Funktion. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten. NOMOS-Verlag. Berlin. 2006 S. 221 – 233

HARTMANN, Jürgen: Das politische System der Europäischen Union. Eine Einführung. Campus-Verlag. Frankfurt/ Main. 2001. S. 129- 151.

JESSE, Eckhard: Wahlsysteme und Wahlrecht. IN: GABRIEL, Oscar W./ KROPP, Sabine: Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 3. Auflage. 2008 S. 299-322

PAPADOPOULOU, Triantafyllia: Politische Parteien auf europäischer Ebene. Auslegung und Ausgestaltung von Art. 191 (ex 138a) EGV. Nomos-Verlagsgesellschaft. 1999. 1. Auflage. S. 209-215.

POLLAK, Johannes/ SLOMINSKI, Peter: Das politische System der EU. Facultas Verlags- und Buchhandels AG WUV. Wien. 2006. S. 17-28

SCHÄFER, Axel: Das Europäische Parlament nach den Wahlen- Perspektiven 2009. IN: MAURER, Andreas/ NICKEL, Dietmar: Das Europäische Parlament. Supranationalität, Repräsentation und Legitimation. Nomos-Verlag. Baden-Baden. 2005. 1. Auflage. S. 253-258

SUSKI, Birgit: Das Europäische Parlament. Volksvertretung ohne Volk und Macht? Duncker & Humblot GmbH. Berlin. 1996. S. 74-94

Online- und Printmedien:

- Spenden aus Brüssel. IN: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-55410932.html>
15.12.2009 1. 12. 2009 11. 00 Uhr

Internetquellen:

- http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/displayFtu.do?language=de&id=74&ftuId=FTU_2.4.html 1. 12. 2009 10:00 Uhr.

Grafiken:

- Grafik I: Wahlbeteiligung bei den Wahlen
<http://www.euranet.eu/ger/Dossiers/Rueckblick-EU-Wahlen-09/Ergebnisse-der-Europawahl> 1. 12. 2009 10:00 Uhr
- <http://www.wien-konkret.at/politik/europa/europawahl-2009/ergebnisse/> 1. 12. 2009.
10:00 Uhr.

Kapitel 6: Der österreichische Wahlkampf bei den Europawahlen 2009

Literatur:

BÖHM, Wolfgang: Das Phänomen Hans Peter Martin. Die Presse. 30.5.2009.

<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/483539/index.do> 14.01.2010

Europawahlprogramm der Grünen 2009 siehe dazu:

http://www.gruene.at/uploads/media/Wahlprogramm_Gruene_EP_2009_01.pdf 1. 12. 2009.
10:00 Uhr.

Europawahlprogramm der ÖVP 2009 siehe dazu:

http://www.oevp.at/Common/Downloads/EP_Wahl_Wahlprogramm_A5_RZ_klein_gesamt.pdf 1. 12. 2009 2009. 10:00 Uhr.

Europawahlprogramm der SPÖ 2009 siehe dazu:

http://www.spe.at/mediaarchiv//1/media/Positionen/SPE_2009-low.pdf 1. 12. 2009 10:00
Uhr.

EU-Wahl Leitantrag des BZÖ 2009 siehe dazu: <http://www.erhoert.at/BZOE-EU-WAHL-leitantrag.pdf> 1. 12. 2009 10:00 Uhr.

PICKER, Ruth/ ZELOVITS, Eva: Europa-Wahlkampf in Österreich. IN: TENSCHER, Jens (Hrsg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2005 S. 234 – 251

POLLAK, Johannes/ SLOMINSKI, Peter: Die österreichischen Parteien und die europäische Integration. Stillstand oder Aufbruch? IN: NEISSER, Heinrich/ PUNTSCHER-RIEKMANN, Sonja (Hg.): Europäisierung der österreichischen Politik. WUV. Wien. 2002. S. 177-200

ZAUNBAUER, Wolfgang: Johannes Voggenhuber. Wiener Zeitung. 29.01. 2009 S.4
<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4601&Alias=wzo&cob=394265&Page15107=19>

Online- und Printmedien:

- FPÖ will EU-Vertrag bei Höchstgericht anfechten. IN:
http://derstandard.at/1266541153675/FPOe-will-EU-Vertrag-bei-Hoechstgericht-anfechten?sap=2&_seite=2 07.01.2010 16:00 Uhr
- Meinungsforscher vor EU-Wahl ratlos. IN: <http://euwahl09.orf.at/stories/1603557/>
26.2.2010 07.01.2010 16:00 Uhr
- EU-Wahlprognose: EVP bleibt stärkste Kraft. IN:
<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/468236/index.do> 07.01.2010 16:00 Uhr
- Liste Martin holt in Wahl-Prognosen deutlich auf. IN:
<http://www.salzburg.com/online/thema/thema+eu-wahl/Liste-Martin-holt-in-Wahl-Prognosen-deutlich-auf.html?article=eGMmOI8V5CIeeLYRI023KtGQLSOPATyvyzeahAd&img=&text=&m ode=&> 07.01.2010 16:00 Uhr

- SPÖ will „harten, aber fairen EU-Wahlkampf“. IN:
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1905775/index.do> 07.01.2010 16:00 Uhr
- Europawahl 2009: SPÖ Wahlprogramm. IN:
<http://www.dasjournal.net/news/172/ARTICLE/21058/2009-05-16.html> 07.01.2010 16:00
Uhr 07.01.2010 16:00 Uhr
- Deutsche Politiker entdecken das Netz. IN: http://www.focus.de/digital/internet/facebook-twitter-und-co-deutsche-politiker-entdecken-das-netz_aid_360191.html 07.01.2010 16:00
Uhr
- Kronen Zeitung 26.4.2009 S. 6
- Kronen Zeitung 28.April 2009 S.3
- Kronen Zeitung 05.Mai. 2009 S. 2 -3
- Kronen Zeitung 30. Mai 2009 S. 3

Internetquellen:

- <http://www.sora.at/de/start.asp?b=59>
- <http://www.glocalist.com/news/kategorie/politik/titel/gruene-oesterreich-kein-platz-fuer-voggenhuber/> 07.01.2010 16:00 Uhr
- <http://www.ogm.at/wahl/eu09.gif> 07.01.2010 16:00 Uhr
- <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20090608STO56953+0+DOC+XML+V0//DE> 07.01.2010 16:00 Uhr
- <http://www.europarl.de/view/de/Aktuell/pr-2009/Aktuell-2009-Mai/Aktuell-2009-Mai-1.html;jsessionid=2FF707B9D619B9A1F77023A837B8D703> 07.01.2010 16:00 Uhr

- http://www.euoparl.at/ressource/static/files/EPIOs_campaign_presentation__13032009_DE.pdf 07.01.2010 16:00 Uhr

Grafiken:

- Grafik II – EU Wahl 2004: <http://fm4v2.orf.at/connected/168706/main> 18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik III - Wahlwerbung des Europäischen Parlaments:
http://www.euoparl.at/transform/under-control-free/adagio_demo_2/static/images/Europawahl/148x105_EUP_Postcards_DE_AT.jpg
18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik IV – Wahlwerbung des Europäischen Parlaments:
http://www.euoparl.at/transform/under-control-free/adagio_demo_2/static/images/Europawahl/148x105_EUP_Postcards_DE_AT2.jpg
18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik V – Wahlwerbung des Europäischen Parlaments:
http://www.euoparl.at/transform/under-control-free/adagio_demo_2/static/images/Europawahl/148x105_EUP_Postcards_DE_AT3.jpg
18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik VI – Wahlwerbung des Europäischen Parlaments:
http://www.euoparl.at/transform/under-control-free/adagio_demo_2/static/images/Europawahl/148x105_EUP_Postcards_DE_AT4.jpg
18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik VII: SPÖ Wahlwerbung:
http://blog.zeit.de/oesterreich/files/2009/05/spoe_244358z.jpg 18.01.2010 18:00 Uhr
- Grafik VIII: ÖVP Wahlwerbung:
http://diepresse.com/images/uploads_425/c/b/3/474291/oevp220090427145948.jpg
18.01.2010 18:00 Uhr

- Grafik IX: Wahlwerbung Liste Martin:
<http://polilog.wordpress.com/2009/04/28/eu-wahl-die-plakate-im-vergleich/> 18.01.2010
 18:00 Uhr

- Grafik X: Grünen Wahlwerbung
<http://www.gruene.at/typo3temp/pics/9d8c9453eb.jpg> 18.01.2010 18:00 Uhr

- Grafik XI: „La liberte guidant le peuple“ von Delacroix:
<http://pedagogie.ac-guadeloupe.fr/files/Image/ecjs/liberte1.jpg> 18.01.2010 18:00 Uhr

- Grafik XII: Wahlwerbung der FPÖ:
<http://www.hcstrache.at/bilder/mediaordner/g09,15027712745,0525.jpg> 18.01.2010 18:00
 Uhr

- Grafik XIII: Wahlwerbung des BZÖ:
<http://www.politwatch.at/static/politwatch/images/bzoe.jpg> 18.01.2010 18:00 Uhr

Kapitel 7: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Literaturverzeichnis:

BAILER-GALANDE, Brigitte/ NEUGEBAUER, Wolfgang: Haider und die Freiheitlichen in Österreich. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH: 1997

GEHLER, Michael: Die zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick. IN: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. Wien. 2006 S. 35-51

HORACZEK, Nina/ REITERER, Claudia: HC Strache. Sein Aufstieg – Seine Hintermänner – Seine Feinde. Ueberreuter. Wien. 2009

JENNY, Marcelo: Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum. IN: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz, 2006 S. 305-321

KUCH, Kurt/ SCHARSACH, Hans-Henning: Haider. Schatten über Europa. Köln: Kiepenhauer & Witsch: 2000 1. Auflage

LIEGL, Barbara: Kleinparteien. IN: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. Wien. 2006 S. 402 - 411

LUTHER, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). IN: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. Wien. 2006 S. 364-388

MÜLLER, Wolfgang C.: Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. IN: Fritz Plasser et al. (Hrsg.), Das österreichische Wahlverhalten. Signum. Wien. 2000 S. 13-54.

MÜLLER, Wolfgang C.: Parteiensystem: Rahmenbedingung, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs. IN: Herbert Dachs et al. (Hrsg.), Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz, 2006 S. 279-304

SCHARSACH, Hans-Henning: Haider's Kampf. Wien: Verlag Orac: 1992. 7.Auflage

SCHIEDEL, Herbert: Der Rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Edition Steinbauer. Wien. 2007

STEININGER, Gerhard: Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? Edition Steinbauer. Wien. 2007

Online- und Printmedien:

➤ Kurier 17.12.2009 S. 2

➤ Kurier 18.12.2009 S. 1

Internetquellen:

➤ <http://www.wien-konkret.at/politik/nationalratswahl2006/nationalratswahlergebnisse>
18.01.2010 18:00 Uhr

➤ <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/420218/index.do> 18.01.2010 18:00 Uhr

➤ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,528504,00.html> 18.01.2010 18:00 Uhr

Kapitel 8: Der Wahlkampf der FPÖ zur EU Wahl 2009:

Literaturverzeichnis:

BAILER, Brigitte/ NEUGEBAUER, Wolfgang: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. IN: BAILER-GALANDA, Brigitte u.a.: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands. Deuticke. Wien. 1994. S. 357 – 494.

HORACZEK, Nina/ REITERER, Claudia: HC Strache. Sein Aufstieg – Seine Hintermänner – Seine Feinde. Ueberreuter. Wien. 2009. S. 129 - 132

Wahlfolder der FPÖ zur EU-Wahl 2009:

<http://www.hcstrache.at/downloads/09,20492335585,0525.pdf>

EU Richtlinie 2009/ 50/ EG des Rates vom 25. Mai 2009: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:155:0017:0029:DE:PDF>

Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. April 2005. Siehe dazu:

http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/Parteiprogramme/Parteiprogramm_dt.pdf 30. 10. 2009 13:00 Uhr

FPÖ Bürgermagazin „Wir Österreicher“: IN:

http://www.hcstrache.at/downloads/wiroesterreicher_mai09_ok.pdf 30.10.2009 13:00 Uhr

FPÖ Bildungswerkstatt: Der Blaue Planet. HC's Kampf für Freiheit gegen eine zentrale EU. HC-Comics. Band 1. 2009 - <http://www.hcstrache.at/downloads/09,41587386888,0525.pdf> 30.10.2009 13:00 Uhr

FPÖ Positionspapier: Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa. Jänner 2008

<http://www.fpoe->

[parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-)

[_Freiheitliche_Positionen.pdf](http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-Freiheitliche_Positionen.pdf) 07.02.2010 09:00 Uhr

Artikel in Online Medien und Printmedien:

- Andreas Mölzer im Porträt: Im Schatten von Strache und Martin IN:
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/2008723/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- EU-Wahl: FPÖ präsentiert Mölzer als Spitzenkandidat IN:
<http://diepresse.com/home/politik/eu/447055/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Österreichs EU-Nettobeitrag fast halbiert IN:
<http://diepresse.com/home/politik/eu/510023/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Bundespräsident Dr. Heinz Fischer unterschreibt EU-Vertrag von Lissabon IN:
<http://www.wien-konkret.at/politik/europa/verfassung/bundespraesident/07.02.2010> 09:00 Uhr
- EU-Parlament ist im Bann der Atomenergie: Abgeordnete für einen Ausbau der Kernkraft IN:
<http://www.news.at/articles/0906/15/232699/eu-parlament-bann-atomenergie-abgeordnete-ausbau-kernkraft> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Arbeitsmarkt: EU billigt Verlängerung der Übergangsfrist IN:
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/485681/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Groteske zur EU-Erweiterung: FPÖ sagt Ja mit zwei Nein-Stimmen! IN:
<http://www.news.at/articles/0349/10/70309/groteske-eu-erweiterung-fpoe-ja-nein-stimmen> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Waffenputztücher als Wahlgeschenke IN:

<http://derstandard.at/1244117019763/FPOe-Waffenputztuecher-als-Wahlgeschenke?sap=2> 07.02.2010 09:00 Uhr

- Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika: Für EU ist das Projekt vorerst vom Tisch IN:
<http://www.news.at/articles/0440/15/94321/auffanglager-fluechtlinge-nordafrika-fuer-eu-projekt-tisch> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Strasser will Auffanglager in der Ukraine IN:
<http://no-racism.net/article/991/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- EU zahlt 4,5 Milliarden Euro an Türkei und Westbalkan. IN:
<http://diepresse.com/home/politik/eu/418363/index.do?from=simarchiv> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Berlusconi: Israel in die EU IN:
<http://diepresse.com/home/politik/eu/536813/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Staatsbesuch im Nahen Osten: Strasser kann sich EU-Beitritt Israels vorstellen IN:
<http://www.news.at/articles/0425/15/84834/staatsbesuch-nahen-osten-strasser-eu-beitritt-israels> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Strache ist eine Schande IN:
<http://derstandard.at/1242316025494/Faymann-attackiert-FPOe-Strache-ist-eine-Schande> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Kritik von allen Seiten an Hassprediger Strache IN:
<http://www.heute.at/news/politik/Kritik-von-allen-Seiten-an-Hassprediger-Strache;art422,37838> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Kritik an „rassistischer“ Wahlwerbung IN:
<http://steiermark.orf.at/stories/366602/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- FPÖ Wahlwerbung sorgt für Empörung IN:

http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/oesterreich-fpoe-wahlwerbung-sorgt-fuer-empoeerung_aid_401343.html 07.02.2010 09:00 Uhr

- SPD-Abgeordneter Schulz bezeichnet FPÖ Chef als Nazi IN:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,628430,00.html> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Mölzer verteidigt FPÖ-Wahlplakate IN:
<http://vorarlberg.orf.at/stories/360359/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Amnesty Österreich-Generalsekretär: "Österreich hat Rassismusproblem" IN:
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1991765/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Mölzer: „Bin kein politischer Wendehals“
<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/482514/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Streit um Anti-EU-Comic: SPÖ will Förderung prüfen IN:
<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/483137/index.do?from=rss> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Hitlergruß: Erhebung nach FPÖ-Kundgebung IN:
<http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/364488/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Brandstifer H.-C. Strache bestimmt EU-Wahlkampf mit Hassparolen IN:
<http://www.format.at/articles/0922/524/243102/brandstifer-h-c-strache-eu-wahlkampf-hassparolen> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Prügel nach Strache Rede in Graz IN:
<http://oesterreich.orf.at/steiermark/stories/363859/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- FPÖ beendet EU-Wahlkampf in Zogaj-Wohnort IN:
<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2006736/index.do> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Wahlkampffinale mit HC Strache „Ich hoffe, dass nichts passiert“ IN:

<http://www.nachrichten.at/oberoesterreich/salzkammergut/art71,192471> 07.02.2010 09:00
Uhr

- „News“- Fotomontage: Graf und Strache im Reichstag
<http://diepresse.com/home/kultur/medien/484304/index.do?from=simarchiv> 07.02.2010
09:00 Uhr
- SPÖ über das aktuelle NEWS-Cover: „Ist richtig, die Dinge beim Namen zu nennen“
<http://www.news.at/articles/0923/10/243489/spoe-news-cover-ist-dinge-namen>
07.02.2010 09:00 Uhr
- Aktuelles NEWS-Cover sorgt für Aufregung: NR-Präsident Graf noch ohne
Stellungnahme
<http://www.news.at/articles/0923/510/243474/aktuelles-news-cover-aufregung-nr-praesident-graf-stellungnahme> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Sechs Verletzte und ein Nazi-Sager:
<http://wien.orf.at/stories/362107/> 07.02.2010 09:00 Uhr
- Kardinal Schönborn liest Strache die Leviten
<http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/index.do?from=simarchiv> 07.02.2010 09:00
Uhr
- Bundespräsident rügt den EU-Wahlkampf
<http://www.news.at/articles/0923/11/243648/bundespraesident-eu-wahlkampf-religion>
07.02.2010 09:00 Uhr
- GNAM, Peter: Demo gegen Moschee löst Polit-Streit aus! IN: Kronen Zeitung. 15.5. 2009
S.3 07.02.2010 09:00 Uhr

Presseaussendungen:

- Presseaussendung des Freiheitlichen Parlamentsklubs zum Strache Comic:
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090526_OTS0139/fpoe-neuer-strache-comic-der-blaue-planet-ab-1200-uhr-online

- Presseaussendung Mölzer: ÖVP-Strasser: "Israel könnte 'in ein größeres Konzept' der EU passen" IN:
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090519_OTS0072

- Presseaussendung der JG der SPÖ Wien: JG Zankl: FPÖ Comic ist Fehlinformation und verunsichert Jugendliche
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090529_OTS0170/jg-zankl-fpoe-comic-ist-fehlinformation-und-verunsichert-jugendliche

- Presseaussendung „Kurier“- Kommentar von Josef Votzi: „Blauer Kinderkreuzzug“
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090527_OTS0342

- Presseaussendung Vilimsky: Prammer muss sich nach NEWS-Cover schützend und entschlossen vor das Hohe Haus stellen!
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090604_OTS0062/vilimsky-prammer-muss-sich-nach-news-cover-schuetzend-und-entschlossen-vor-das-hohe-haus-stellen

Internetquellen:

- http://www.doew.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2004_06/moelzer.html
20.02.2010 11:00 Uhr

- andreamoelzer.wordpress.com/2009/05 20.02.2010 11:00 Uhr

Grafiken:

- Grafik XIV: Arbeitsleistung der EU-Spitzenkandidaten der EU-Wahl 2004:
Selbsterstellte Grafik nach www.votewatch.eu

- Grafik XV: FPÖ Wahlplakat Nr. 1
<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/bilder.html?index=1913> 20.02.2010 11:00 Uhr

- Grafik XVI: FPÖ Wahlplakat Nr. 2 - 4

http://diepresse.com/images/uploads_425/c/b/3/474291/fpoe220090427145854.jpg

20.02.2010 11:00 Uhr

- Grafik XV: FPÖ –Veto gegen freie Fahrt für Kriminelle.
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,979091648890,0525.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XVI: FPÖ-Veto gegen EU-Asyl-Wahnsinn
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,506281080636,0519.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XVII: Abendland in Christenhand
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,482654630205,0519.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XVIII: Türkei nicht zur EU dazu!
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,415994287922,0519.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XIX: FPÖ-Veto gegen EU-Beitritt von Türkei & Israel
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,18081472580,0525.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XX: FPÖ-Veto gegen Polit-Zensur
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,61477006755,0525.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XXI: Wenn die SPÖ verliert wird die Faschismus-Keule aktiviert
<http://www.hcstrache.at/downloads/09,301357877,0525.pdf> 20.02.2010 11:00 Uhr
- Grafik XXII: News Cover „Schämt euch!“
<http://images.derstandard.at/t/12/2009/06/03/1242376199483.jpg> 20.02.2010 11:00 Uhr

Kapitel 9: Das Wahlergebnis und die Analyse zu den EU-Wahlen 2009

Literaturverzeichnis:

LACHAUER, Chloé: Die dunkle Seite Europas – Rechtsextreme auf dem Weg zum politischen Akteur? Netzwerkbildung der Rechten in der Europäischen Union. Tectum Verlag. Marburg. 2005 S. 108-109

Online- und Printmedien:

- „Nur fünf Prozent verstehen, worum es geht“ IN:
<http://derstandard.at/1244460268854/Interview-Nur-fuenf-Prozent-verstehen-worum-es-geht> 12.03.2010 10:00 Uhr

- Das EU-Wahlergebnis ist mehr als nur ein Denkkzettel
<http://wahlen.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4445&Alias=wzo&cob=418565&Page14490=8> 12.03.2010 10:00 Uhr

- Schadensbegrenzung ohne Risiko IN:
<http://derstandard.at/1242313754346/EUWahlkampf-Schadensbegrenzung-ohne-Risiko> 12.03.2010 10:00 Uhr

- SPÖ konnte ihre Wähler nicht mobilisieren IN:
<http://euwahl09.orf.at/stories/1604081/> 12.03.2010 10:00 Uhr

- „Kronen Zeitung“ brachte Martin Stimmen IN:
<http://diepresse.com/home/politik/euwahl/485627/index.do> 12.03.2010 10:00 Uhr

- EU-Wahlkampf kostet Millionen. So viel geben Österreichs Parteien für Brüssel aus. IN:
<http://www.news.at/articles/0920/11/241686/eu-wahlkampf-millionen-so-oesterreichs-parteien-bruessel> 12.03.2010 10:00 Uhr

- Triumph der Provokateure. 3. Teil Großbritannien –wie die EU Hasser vom Spesenskandal profitierten.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-3,00.html> 12.03.2010 10:00 Uhr

- Rechtspopulist verschmäht EU-Parlamentssitz IN:
http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlen-2009/europawahl/niederlande-rechtspopulist-verschmaecht-eu-parlamentssitz_aid_407373.html 12.03.2010 10:00 Uhr

- Triumph der Provokateure – Teil 5: Wilders auf strammen Anti- EU Kurs IN:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-5,00.html> 12.03.2010 10:00 Uhr

- Triumph der Provokateure – Teil 2: Ungarn rutscht nach rechts
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257-2,00.html> 12.03.2010 10:00 Uhr
- Triumph der Provokateure – Teile 4 und 7
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,629257,00.html> 12.03.2010 10:00 Uhr

Internetquellen:

- Institut für Strategieanalyse: Wahlanalyse Europawahl 2009. ISA/SORA im Auftrag des ORF. 2009 http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa_sora_euw09.pdf 12.03.2010 10:00 Uhr

Grafiken:

- Grafik XXIII: Europawahl 2009 – Ergebnis Europa
<http://derstandard.at/1244460213458/Grafik-zu-EU-Wahlen-International-Europawahl-2009---Ergebnisse-in-den-27-Mitgliedsstaaten> 12.03.2010 10:00 Uhr
- Grafik XXIV: Endergebnis der EU Wahl 2009 in Österreich
http://diepresse.com/images/uploads/0/0/c/487436/16s03_EU-Wahl_Endergebnis_OEsterreich20090615202249.jpg 12.03.2010 10:00 Uhr
- Grafik XXV: Wählerstromanalyse EU Wahl 2009
<http://static.orf.at/vietnam2/images/site/euwahl/20090624/waehlerstrom.jpg> 12.03.2010 10:00 Uhr
- Grafik XXVI: Wahlverhalten bei den EU-Wahlen nach Gruppen
http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/isa_sora_euw09.pdf
 12.03.2010 10:00 Uhr
- Grafik XXVII: Einfluss der Kronen Zeitung auf den Wahlkampf

http://diepresse.com/images/uploads_360/8/f/b/485627/grafikkrone20090608144040.jpg

12.03.2010 10:00 Uhr

- Grafik XXVIII Zugewinne für Rechtspopulisten und EU-Skeptiker

http://diepresse.com/images/uploads_360/6/1/a/484890/inline_rechtspopulisten200906081

64135.jpg 12.03.2010 10:00 Uhr

12. Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit dem Wahlkampf der FPÖ im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009.

Den Ausgangspunkt des Themas stellt die Wahlforschung und die zunehmende Amerikanisierung der Wahlkämpfe dar. Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe in Österreich lässt sich vor allem am Beispiel der FPÖ deutlich zeigen.

Der Behandlung des Wahlkampfes der FPÖ geht eine allgemeine Betrachtung des österreichischen Wahlkampfes aller Parteien für die EU-Wahlen 2009 voraus.

Die Analyse des Wahlkampfes der FPÖ gliedert sich in die Betrachtung des Wahlprogrammes, der Wahlwerbung, der Wahlveranstaltungen, des Raps „Österreich zuerst“, des Comics „Der Blaue Planet“, des Streits mit News und der Diskussionen um die Moscheendemonstrationen und des Spitzenkandidaten der FPÖ Andreas Mölzer. Anhand dieser Themen wird die Amerikanisierung des Wahlkampfes dargestellt.

13. Lebenslauf von Markus Glück

Geburtsdatum: 26.03.1987
Geburtsort: Sankt Pölten
Vater: Ing. Günther Glück
Mutter: Hilde Glück

Schulausbildung:

1993-1997 Grillparzer Volksschule St. Pölten
1997-2001 BRG/BORG St. Pölten (Unterstufe)
2001-2005 BRG/BORG St. Pölten (Oberstufe)
Seit 2006 Diplomstudium der Politikwissenschaft und Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Beruflicher Werdegang:

August 2004: Praktikum NÖN Nachrichten Ausgabe St. Pölten
Sportabteilung
Jänner – September 2006: Zivildienst ASB St. Pölten
August 2006 – Dezember 2006: Stv. Leiter der Öffentlichkeitsarbeit des Arbeiter – Samariterbund Österreichs Gruppe St. Pölten - Bereich Medien und Politik bzw. Sponsoring und Werbung
Jänner 2007 – November 2009 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher des Arbeiter – Samariterbund Österreichs Gruppe St. Pölten
September 2008 – Juni 2009 Onlineredakteur des Sportportals offside.at
Seit März 2007: NÖN/BVZ Sporttabellendienst
Seit Juni 2007: Interviewer des Meinungsforschungsinstituts Market